Wiener Stadt-Bibliothek.
57291 F

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

In Kaffeehäusern darf nur jede zweite Lampe brennen.
So ist es gemütlicher und wir sparen Strom.

Weihnachtsausstellung im Messepalast

Gestern vormittag wurde die von der Wiener Messe A.G. veranstaltete Weihnachtsausstellung eröffnet. Gleichzeitig damit hat vor dem Messepalast unser alter Christkindlmarkt wieder eine Heimstätte gefunden, und wenn er auch nicht, wie in früheren Zeiten, mit den Herrlichkeiten aufwarten kann, die jedem Kind so gut schmeckten, ein Anfang ist wieder gemacht worden, ein Schritt wieder getan, um guten alten Brauch in die Zukunft weiterzutragen.

Die Ausstellung im Messepalast gliedert sich in drei Abteilungen, deren erste das Kinderspielzeug in alter Zeit und in der Entwicklung des Kindes zeigt, wie der reine Spielgegenstand mit fortschreitender Erfassung des Lebens immer mehr zu gespielter Arbeit wird und schließlich, im Sport, den Anschluß an die Erwachsenen findet. Den Abschluß dieser Schau bildet die eindringliche Mahnung, Kindern niemehr Kanonen und Gewehre zum Spielen zu geben. Der Besucher schließt sich aus vollstem Herzen dieser Ansicht an und möchte sie nur gerne erweitert wissen auf die Erwachsenen.

Die zweite Abteilung macht den Erwachsenen das Herz schwer, denn sie zeigt, eine kleine Nachmesse, viele nützliche Gebrauchsgegenstände, während die dritte die Kinder in ein Traumland entführt. Das schönste an diesem Traumland ist, daß man es nicht nur bewundern darf, sondern daß auch das Christkind alle die Sachen, wie Autos und Puppen, Baukasten und Eisenbahnen, wirklich bringen kann. Man sagt es zumindest.

Im Hof ist noch ein kleiner Auszug unseres Praters aufgestellt, mit Autodrom und Schießbuden, Ringelspiel und Watschenmann; aber auch ein Kasperltheater wird für Unterhaltung sorgen.

Zur Eröffnung der Ausstellung waren der Präsident der Wiener Messe A.G., Bundesminister Dr. h.c. Heinl, die Minister Dr. Frenzel und Dr. Zimmermann, Bürgermeister General Dr. h.c. Körner, die Stadträte Albrecht, Novy und Sigmund, Staatssekretär Rauscher, der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates, Nationalrat Dr. Zechner, Handelskammer-Präsident Dr. Kink sowie viele Mitglieder des Gemeinderates und viele Schulfachleute erschienen. Nach einem Vortrag der Bläsergruppe Eduard Pfleger sang der Kinderchor von Frau Prof. Dr. Lechner in entzückend unbefangener Weise ein Weihnachtslied. Dann ergriff Bundesminister Dr. h.c. Heinl das Wort. Er wies auf die Bedeutung der Ausstellung hin, die nicht nur einen Überblick über die bereits vorhandenen Spielwaren gebe, sondern auch die Lebensfreude der Kinder wieder wecken wolle. Im Einvernehmen mit dem Stadtschulrat wurde die Schau nach pädagogischen Gesichtspunkten eingerichtet. Besonders hob der Minister die Teilnahme von 15 Firmen aus den Bundesländern an der Ausstellung hervor. Zum Schluß dankte Minister Dr. h.c. Heinl allen, die zum Gelingen beigetragen hatten.

Als nächster Redner sprach Nationalrat Dr. Zechner, der die Bedeutung der Schau vom erzieherischen Standpunkt würdigte. Er schloß mit den Worten: "Möge endlich auch bei den Großen dieser Welt der ewige Streit um Recht und Vorrecht beigelegt werden, damit endlich Friede wird den Menschen auf Erden."

Bürgermeister Körner sprach von der wechselvollen Geschichte des Christkindelmarktes und fand herzliche Worte für die kleinen Künstler. Sodann erklärte der Bürgermeister die Ausstellung für eröffnet.

Die Festgäste besichtigten sodann die Ausstellung und den Christkindlmarkt, auf dem sich schon viele Kauflustige drängten.

Neuer amerikanischer Stadtkommandant

Colonel Thomas E. Lewis, der seit der Besetzung Wiens durch die Alliierten innerhalb des amerikanischen Elements die Funktion eines Wiener Brigadiers bekleidete, hat dem Bürgermeister in einem Schreiben mitgeteilt, daß seine Dienstzuweisung in Wien abgelaufen ist. Sein Nachfolger General Holmes E. Dager ist bereits in Wien eingetroffen.

Colonel Lewis übermittelt in seinem Schreiben dem Bürgermeister und der Wiener Bevölkerung seine freundlichen Grüße und allerbesten Wünsche für die Zukunft. Ich weiß die Bedeutung der vielen Fragen, welche an Sie bei der Wiederherstellung einer vom Kriege schwer beschädigten Stadt herantreten einzuschätzen, führte der General in seinem Briefe aus. Ich habe während der 1 ½ hier verbrachten Jahre große Verbesserungen gesehen und ich hoffe, es wird nicht lange dauern, bis Wien wieder in seinen normalen Zustand zurückkehrt und dieselbe reizende Stadt geworden ist, die es vor dem Kriege war, bevor es die Nazi mit Füßen traten.

Der Bürgermeister dankte dem Brigadier in einem Schreiben für die verständnisvolle Unterstützung, die er der Stadt Wien jederzeit entgegengebracht hat.

Verstärkter Straßenbahnverkehr über die Mariahilfer Straße

Die Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe gibt bekannt:

Zur Verstärkung des Verkehres in der Mariahilfer Straße wird von Dienstag, den 3. Dezember l.J., an die Linie 54 Burgring - Bhf. Rudolfsheim in Betrieb genommen. Die Verstärkungszüge verkehren nur zwischen 8 und 19 Uhr.

Wegen Behinderung des Straßenbahnverkehres durch Sprengung der Häuser IV., Favoritenstraße 41, 43 und 45 werden am Mittwoch, den 4. Dezember l.J., die Linien 66 und 67 in der Strecke zwischen Südtiroler Platz und Taubstummengasse von etwa 13 Uhr auf Bedarfsdauer eingestellt.

Während dieser Zeit wird die Linie 66 vorstadtseitig vom Südtiroler Platz zum Ghegaplatz abgelenkt und vom Kärntnerring nur bis zur Taubstummengasse geführt; die Linie 67 wird in bei-

den Fahrtrichtungen über Wiedner Hauptstraße, Matzleinsdorfer Platz, Gudrunstraße, Kepler Platz zur Favoriten Straße abgelenkt.

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Berichtigung

Die gestrige Aussendung der "Rathaus-Korrespondenz" ist irrtümlich mit unrichtigen Seitenzahlen versehen worden. Die Blätternummern 1772 bis 1775 sollen richtig 1705 bis 1708 lauten. Um eine entsprechende Korrektur wird gebeten.

Im dunkeln ist gut munkeln!
Benützen sie immer nur eine Lampe.

Heimkehrer aus Aegypten

Am 29. November ist ein Transport mit 142 Heimkehrern aus Aegypten auf dem Meidlinger Südbahnhof eingetroffen.

Zur Christbaum-Beschaffung

Der begreifliche Wunsch, ganz sicher zu einem Christbaum zu kommen, veranlaßt schon jetzt manche Wiener zur Selbsthilfe zu greifen und im Wald einfach einen passenden Nadelbaum mehr oder weniger sachgemäß zu fällen. Dieser Unfug ist in letzter Zeit in stadtnahen Wäldern vielfach beobachtet worden. Die Täter wurden angezeigt und haben mit strenger Bestrafung zu rechnen.

Es ist in weiten Bevölkerungskreisen unbekannt, daß der Großteil der Weihnachtsbäume aus regelrechten Holzschlägerungen stammt, wobei die Gipfel für den besonderen Zweck von den gefällten Bäumen abgeschnitten und als Christbäume verkauft wurden.

Wenn aus jungen Kulturen die Bäumchen genommen würden,

müßte der Preis ein Vielfaches des üblichen betragen.

Unsere Wälder haben in den letzten Jahren schwer gelitten. Der Schutz des Jungwuchses ist für die Zukunft der Wälder von größter Bedeutung. Die Erziehung der Nadelhölzer stößt außerdem in der Nähe Wiens aus anderen Gründen auf erhöhte Schwierigkeiten.

Jeder, der einen Christbaum bezieht, muß sich mit einem Berechtigungsschein des Waldbesitzers hiefür ausweisen können. Das Forst- und Jagdpersonal wird gegen jede unberechtigte Entnahme von Christbäumen einschreiten. Außerdem werden Gendarmerie und Sicherheitswache strenge Kontrollen vornehmen.

Wiener helft mit, euren Wald zu erhalten und den Jungwuchs zu sichern!

Mitnahme der Fahrgäste über die Thugutschleife

Von Donnerstag, den 5.Dezember l.J. an dürfen in der Haltestelle Schüttelstraße vor der Thugutstraße die Fahrgäste die Züge der Linie H_2 besteigen und die Thugutschleife befahren.

P r e s s e s p i e g e l vom 2./3. Dezember 1946

Seite

Wiener Zeitung, 2. Dezember

Das Gehaltsgesetz fertiggestellt 2
Kriegsschädenbehebung an Wohnungen im November.RK 3
Für den Ausbau unserer Straßen (Geldbeschaffung) 3
Salzburger Dom und St. Stephan. Der Wiederaufbau.
Der alte Steffel 3
Alfred Coßmann - ein Wiener Künstlerleben 4
35.000 Tonnen Kartoffeln verschoben? 6
Hilferuf für die Lungenheilstätte Alland 6

Wiener Kurier, 2. Dezember

Die ärztliche Betreuung (Wien spricht im Wiener Kurier) 3
Falsche 20-Schilling-Noten in Kärnten 3
Schweiz spendete 17 Millionen Kilogramm Lebensmittel 3

Weltpresse, 2. Dezember

Wochenkommentar: Beschlagnahme österreichischer Wohnungen 3
Konservierungsverfahren für Bauholz 4
Die Kartoffelversorgung funktioniert nicht!
Der Kartoffelwirtschaftsverband aber weiß es besser 5
Run auf das Künstlerhaus. Die Registrierten in der Ausstellung "Niemals vergessen!" 5
Österreichs Ziegelerzeugung 5
Das Christkind im Messepalast. Eröffnung der Weihnachtsausstellung und des neuen Christkindlmarktes 5
Freie Bahn der technisch begabten Jugend. Eine Herzenssache des Erfinderverbandes. Bitte an die Mütter 6

Neues Österreich, 3. Dezember

Sonntag eröffnete Bürgermeister Körner die Wiehnachtsausstellung im Messepalast (Bild) 1
Bundeskanzler Ing.Figl: Volle Souveränität im ersten Halbjahr 1947 zu erwarten 1
Warum bleibt die "Vereinigung demokratischer Studenten" verboten? 2
Neuer amerikanischer Stadtkommandant in Wien. RK 2
Frauendemonstrationen in Kärnten und Tirol.
Wegen Nichtausgabe der versprochenen 1550 Kalorien 2
Weihnachtsausstellung und Christkindlmarkt 3
200 Tonnen Lebensmittel aus Zürich 3
Verstärkter Straßenbahnverkehr über die Mariahilfer Straße. Ablenkung der Linien 66 und 67.RK 3
Eine Wienerin bekommt das 16. Kind. Es wurde gestern früh im Rettungswagen geboren 3
Richtlinien für Wohnungsbeschlagnahme durch die britischen Besatzungstruppen 3

Seite

Arbeiter-Zeitung, 3. Dezember

Kommt zu uns! 1
Sozialisierungsplan der Berliner Sozialdemokraten 2
Eindrücke aus Budapest. Von Bundesrat Felix Slavik 2
Österreichische Gelehrte im Ausland 2
Traumland des Kindes (Weihnachtsausstellung der Wiener Messe) 3
Der Wiederaufstieg des Arbeitersports. Vom Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes 3
Begutachtung von Gewerbeanträgen (Wiener Handelskammer) 3
Karl Honay wieder Obmann des ATUS (Arbeiter-Turn- und Sportbund) 4

Das Kleine Volksblatt, 3. Dezember

Erster Landestag des ÖAAB Wien: Vorwärts trotz aller Hindernisse! 2
Erwägungen zum Plan einer Vermögensabgabe. Von NR. Dkfm. Rudolf Kristofics-Binder 3
Kanzlerwort und Kinderrettungswerk der ÖVP. Bisher 20.000 Kinder aufs Land geschickt 5
Der Kardinal in Kahlenbergerdorf 5

Österreichische Volksstimme, 3. Dezember

Sabotage der Ernährung wird verstärkt 1
Untersuchung gegen einen ÖVP.-Abgeordneten (August Ruthner) 3
Heimkehrerschicksale. Schöner Empfang - keine Hilfe 3
Nazifabrikant verschleicht hunderte Paar Schuhe. Die "Schmalzpaarln". Drei Kisten verschimmelter Schuhe. Neun Kisten Schuhe verschoben 3
Christkindlmarkt 3
Kohlenmangel gefährdet Bäderbetrieb 3
Warum bekommt Wien kein Wildbret? 3

Österreichische Zeitung, 3. Dezember

Demonstrationen wegen Ausbleibens der 1550 Kalorien 2
Kein Brot in den Grazer Läden 2
Über die Rolle der sozialistischen Parteien nach dem zweiten Weltkrieg. (Fortsetzung) 2
Englischer Journalist über den österreichischen Widerstand (Übersetzung aus The Morning News) 3
Eine Radiofabrik baut auf. Mehrere tausend Empfänger bei den Händlern 3
Der Weihnachtsmann stellt aus 3
Ein vielversprechender Anfang. Eva Priesters "Kurze Geschichte Österreichs" 5
Amtsbescheinigungen zur bevorzugten Behandlung von Naziopfern bei Ämtern: Wohnungsamt 7

Mödlinger Nachrichten, 30. November

25 Jahre Bürgermeister (Karl Huber, Maria-Enzersdorf 1

Seite

Streiflichter über das Wohnungsproblem 5

Mödlinger Volkspost, 30. November

Muß das sein? Noch immer Anton Weber-Gasse in Mödling. Die Stadtsteuerkasse übersiedelt und sagt es nicht 5

Linzer Volksblatt, 29. November

Schuschniggs Memoiren erscheinen 2
Ergänzende Bilanzbewertung für 1945 (vorläufige Richtlinien zur Bewertung von Forderungen und Wertpapieren in den Bilanzen 1945) 5

Tagblatt, Linz, 30. November

"Bubokratie" und Selbsthilfe. Wie brechen wir das Bildungsmonopol der Besitzenden und die Beamtenoligarchie der ÖVP? Von Ludwig Eldersch 1
Die Opfer, die Linz gebracht hat. Bürgermeister Gen. Dr.Koref über die Finanzämter der Städte. Neues Finanzausgleichsgesetz beantragt 1

Tiroler Neue Zeitung, Innsbruck, 30. November

Der stille Ausverkauf Tirols 1
Ernährung und Neuwahlen 1
Wettbewerb für Einakter, Szenen und politische Chansons 3

Vorarlberger Volkswille, Bregenz, 30. November

Wir erobern die Gemeinden! (Fortsetzung) Wir steh'n vor einer Katastrophe! Warum hungern wir? Der Kampf um die Lebensmittelbeschaffung 5

Die Neue Zeit, Klagenfurt, 30. November

Vorschlag für das Wohnungsamt (Pensionisten in die Landgemeinden) 4
Der Strom - und unser Wintersorgenkind. Die Sparmaßnahmen dauern an und weitere Verschärfungen stehen bevor 5
Vor der Gleichenfeier am Hauptbahnhof (Villach) 5

Oberösterreichische Nachrichten, Linz, 2. Dezember

Bilderrahmen - Mangelware? 4

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Auch der Staubsauger will Urlaub haben.
Geben sie ihm jetzt Gelegenheit dazu!

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Dezember 1946.

Im Dezember 1946 sind nachstehende Abgaben fällig:

Bis zum 10. Dezember: Getränkesteuer für November,
Vergnügungssteuer für die zweite Hälfte November,
bis zum 14. Dezember: Anzeigenabgabe für November,
am 15. Dezember: Lohnsummensteuer für November,
bis zum 25. Dezember: Vergnügungssteuer für die erste Hälfte Dezember.

Ausgabe von Tabakwaren

Das Hauptwirtschaftsamt Wien und das Landeswirtschaftsamt für Niederösterreich und das Burgenland geben im Einvernehmen mit der Österreichischen Tabakregie den Aufruf der Raucherkartenabschnitte

M 1/21, M 2/21, M 3/21, M 4/21 und
F 1/21, F 2/21

für Wien, Niederösterreich und Burgenland bekannt.

Die Abgabemenge je Abschnitt beträgt

10 Zigaretten der Sorte "Mischung B" oder "Mischung A"
oder 2 Zigarren zum Stückpreis von über 20 Groschen
" 3 Zigarren zum Stückpreis von 20 Groschen.

Der Verkauf auf die aufgerufenen Abschnitte, die bis einschließlich 29. Dezember 1946 gültig sind, beginnt in den Trafiken Wien I-XXVI am Donnerstag, den 5. Dezember 1946 und in den Trafiken in Niederösterreich und Burgenland nach Warenanlieferung.

Die Stromabschaltungen in der kommenden Woche

In der kommenden Woche werden die Verbrauchergruppen I und II vom 8. bis 14. Dezember in der Zeit von etwa 7 bis 17 Uhr abgeschaltet. In Anpassung an diese zwangsläufige Abschaltung haben die Verbraucher an nicht abschaltbaren Kabeln ebenfalls 6 Stehtage von Montag bis Samstag zu halten und zwar in der kommenden Woche alle Verbraucher sämtlicher Bezirke mit ungeraden Hausnummern. Die Verbrauchergruppen III und IV bleiben in der kommenden Woche eingeschaltet. Der Wechsel in der Abschaltung der Verbrauchergruppenpaare und in der Reihenfolge der entsprechenden Stehtage erfolgt wöchentlich. Nach 17 Uhr darf von Verbrauchern die am selben Tag planmäßig abgeschaltet waren oder Stehtage zu halten hatten, kein Strom für Kraftzwecke entnommen werden.

Pensionisten der Gemeinde Wien

Pensionisten, die ihre Ruhe- bzw. Witwenbezüge durch die Mag. Abt. 3, Pensionsgruppe, Rathaus erhalten, haben nach Einlangen der Lohnsteuerkarte 1947 diese umgehend an obige Abteilung, Rathaus, II. Stock, Tür 21 einzusenden.

In die linke obere Ecke ist die Pensionsabschnittsnummer einzutragen.

Bei nicht rechtzeitiger Vorlage der Lohnsteuer-Karte müßte erhöhte Lohnsteuer abgezogen werden.

Betriebseinschränkung der städtischen Bäder

Wegen Brennstoffmangel sind die städtischen Bäder, mit Ausnahme des Jörgerbades, bis auf weiteres nur Freitag von 13 bis 19, Samstag von 7 bis 19 und Sonntag von 7 bis 12 Uhr geöffnet.

Es ist möglich, daß einzelne Bäder den Betrieb auch vorübergehend einstellen müssen.

Pressespiegel vom 3./4. Dezember 1946

	Seite
Weltpresse, 2. Dezember, Abend-Ausgabe	
Bürgermeister Körner bei der gestrigen Eröffnung des Christkindlmarktes vor dem Messepalast (Bild)	1
Wiener Zeitung, 3. Dezember	
Ein Blick in den Kochtopf	2
Um Verfassung und Sozialisierung	2
Gewerbeanträge ab 8. Dezember gesperrt	2
Wiener Kurier, 3. Dezember	
275.000 Geisteskranke während der Naziherrschaft ermordet. Nur mehr 40.000 Patienten in deutschen Nervenheilanstalten	2
Weltpresse, 3. Dezember	
Hastings - die erste zweistöckige Stadt	3
Notstand der Wiener Friseure. Wenn nicht rasche Hilfe kommt, müssen die Friseurläden schließen	5
Weltpresse, 3. Dezember, Abend-Ausgabe	
Keine Rayonierung des Weihnachtsweines. Unklarheit über seine Aufbringung. Wird es überhaupt Wein geben?	1
Welt am Abend, 3. Dezember	
Frauen demonstrieren um die versprochenen 1550 Kalorien	3
Eine halbe Million Strafgelder im November	3
Neues Österreich, 4. Dezember	
Traumland des Kindes (Weihnachtsausstellung)	1
Man darf sich nicht einfach einen Christbaum aus dem Wald holen. RK	3
Freiwillige Mitarbeit bei der Schneesäuberung	3
Zwei Jahre Kerker für Nazijournalist Mücke. Vom Drogisten zum Rathaus-Pressechef	3
Wieder ein Nazi "mangels an Beweisen" freigesprochen	3
Initiatives Vorgehen der Gendarmerie gegen belastete Nazi gefordert	3
Weihnachtsfeier der Wiener Hochschülerschaft	3
Vom Fremdenverkehr allein kann Salzburg nicht leben	3
Arbeiter-Zeitung, 4. Dezember	
Keine Ausschaltung der Konsumentenvertreter! Warum das Lebensmittelaufbringungsgesetz verzögert wird	2
Gewerkschaftsfragen der öffentlichen Angestellten	2
50.000 Besucher in der Weihnachtsausstellung	3
Das Kleine Volksblatt, 4. Dezember	
Konferenz der Landeshauptleute	3
Nationalrat Josef Hans: Was will das "Jugenderholungswerk?"	4
Wiener Wirtschaftskammer konstituiert	4
Prof.Dr. Holey: Der Wiederaufbau unserer Doma	5

Seite

Österreichische Volksstimme, 4. Dezember

Salzburger Landtag verlangt Abhilfe gegen DP.-Plage 1
Die gesperrten Spargroschen. Ein Besuch im Finanzamt 3
Vom Schuschnigg-Gardisten zum Gestapoagenten. Burgschauspieler Otto Hartmann verschuldete 10 Todesurteile 3
Bei der Mutter mit seohzehn Kindern 3
Sport. Übermäßiger Bürokratismus 4

Österreichische Zeitung, 4. Dezember

Frauendemonstrationen in ganz Österreich. 2
Autoreifenskandal in der Steiermark 2
Anhaltender Brotmangel in Graz 2
Über die Rolle der sozialistischen Parteien nach dem zweiten Weltkrieg (Fortsetzung) 2
Ein Jahr Schillingwährung. Von Dr. Ludwig Soswinsky
[illegible] der Österreichischen Nationalbank 3
Die Wiener Leichtmetallwerke in Liesing. Von einem liquidierten Betrieb zu einer neuen Großgießerei 6
Städtebauausstellung in Moskau 7

The Morning News, 4. Dezember

Allied Council Meeting. The food situation. Occupation costs 3

Neue Zeit, Graz, 28. November

Mühevoller Wiederaufbau in Steiermark. Arbeiterkammer und Handelskammer 1
Die Ursachen des Antisemitismus 2

Neue Zeit, Graz, 1. Dezember

Jugend in Not! Von Dr. Oskar Firbas 1
Graz, gestern, heute und morgen. Zwei Ausstellungen im Stadtmuseum 2
Wir sind die besten Hungerkünstler. Amerikanische Studenten nach acht Tagen bei 1200 Kalorien arbeitsunfähig 3
Fleischberechtigungsscheine für Selbstversorger. Landesernährungsamt Steiermark (Amtliche Anzeige) 4

Demokratisches Volksblatt, Salzburg, 29. November

Überfall auf Tramway-Wagenführer in Parsch. Straßenbahner protestieren beim Gewerkschaftsbund 3

Demokratisches Volksblatt, Salzburg, 30. November

Wer soll österreichischer Staatsbürger werden? 1
Was verteilt wurde. Bezugschein-Ausgabe beim Wirtschaftsamt Salzburg-Land 3

Seite

Demokratisches Volksblatt, Salzburg, 2. Dezember

Jugend und Sozialismus 1
"Glühlampen ausverkauft" 4

Wahrheit, Graz, 30. November

60 Kilo Kartoffeln für Nichtselbstversorger sofort möglich, wenn Aufbringungs- und Verteilungsorganisation richtig arbeiten würde 1
Grazer Massenkundgebung für Neuwahlen 1
Demnächst Brennholzausgabe in Graz 3

Wahrheit, Graz, 1. Dezember

Die Ursachen des Antisemitismus (Vortrag Dr. Wolfgang Benndorf) 3
Kein Brot in Graz 4
Sollen Männer und Frauen den gleichen Lohn erhalten?
Eine Diskussion in England. 6
Die Stellung des Intellektuellen in Österreich 6

Das Steirerblatt, Graz, 1. Dezember

Keine "Schlangen" und "Nachtgäste" bei den Behörden
Begrüßenswerte Initiative der Landesregierung -
Organisatorische Neuregelungen 3
Neuregelung der Gasbenützungsstunden 3

Kulturdienst der Stadt Wien

(Beilage zur "Rathaus-Korrespondenz")

4. Dez. 1946 Blatt 366

"Wiener Theaterpremieren".

Im Rahmen des "Instituts für Wissenschaft und Kunst" hält Dr. Benno Fleischmann am Donnerstag, den 5. Dezember 1946, um 19.00 Uhr in Wien, I., Eschenbachgasse 9 einen Vortrag über das Thema: "Wiener Theaterpremieren".

Rektor Josef Schnitt

Am 7.d.M. vollendet der Leiter und Rektor der Wiener Sängerknaben, Professor Josef Schnitt, das sechzigste Lebensjahr; er wurde in Mailberg in Niederösterreich am 7. Dezember 1886 als Sohn einer alteingesessenen Bauernfamilie geboren, studierte an der Wiener Universität, empfing 1919 die Priesterweihe, war dann in der Seelsorge an mehreren Landpfarren und später an Wiener Mittelschulen als Professor tätig. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie, als die Auflösung der ruhmvollen Hofmusikkapelle drohte, ermöglichte Schnitt durch seine Tatkraft, aus eigenen Mitteln die Weiterführung des musikalischen Dienstes der Burgkapelle, anfangs mit Frauenstimmen, aber bald schritt Rektor Schnitt an die Wiedereinrichtung des maximalianischen Statutes der Sängerknaben. Unter großen Opfern und Anstrengungen führte er die Wiener Sängerknaben wieder auf ihre berühmte künstlerische Höhe. Reisen, die die Burgkapelle in der ganzen Welt zu hohem Ansehen brachten, führten zweimal um die Erde in alle europäischen Staaten etliche Male in die Vereinigten Staaten und sogar bis nach Australien. Beim Nazi-Einbruch wurde Rektor Schnitt in seiner Eigenschaft als Priester von seiner Gründung auch aus seinem Besitze, vertrieben, bald auch in Kärnten des Landes verwiesen. Sofort nach der Befreiung ging Schnitt an den Aufbau des Sängerknabenkonviktes und die Reorganisation der musikalischen Betreuung des Gottesdienstes in der Burgkapelle. Die erste große Auslandsreise der Sängerknaben in die Schweiz war ein außerordentlicher Erfolg.

Geehrte Redaktion!

Am 5. Dezember 1946, dem Todestage Wolfgang Amadeus Mozarts, wird die seiner Erinnerung geweihte Gedenkstätte der Stadt Wien, in Wien, I., Domgasse 5, (Figaro-Haus) wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Aus diesem Anlasse veranstaltet das Amt für Kultur und Volksbildung am Wiedereröffnungstage um 17'15 Uhr in der Gedenkstätte eine schlichte Erinnerungsfeier, die allerdings infolge der beengten Raumverhältnisse auf einen kleinen, intimen Kreis beschränkt bleiben muß.

Diese Wohnung benützte Mozart in den Jahren 1784-1787 und verbrachte dort nach seinen eigenen Worten die glücklichste Zeit seines Lebens. Es entstand dort u.a. die "Hochzeit des Figaro" und teilweise auch "Don Juan".

Programm: 1 Bläser-Trio aus der Zahl der Lehrer des Konservatoriums der Stadt Wien bringt das 4. Divertimento für 2 Klarinetten und 1 Fagott von W.A. Mozart, K.V. Anhang 229, zum Vortrag und der Direktor der Musiklehranstalten der Stadt Wien, Univ.Prof. Dr. Wilhelm Fischer wird Erinnerungsworte sprechen.

Sie werden herzlichst eingeladen, zu dieser Gedenkstunde einen Ihrer Herren entsenden zu wollen.

Ausstellung im Kunstverlag Wolfrum

Am 5. Dezember 1946 wird in den Räumen des Palais Lobkowitz, I., Augustinerstrasse 1o, um 17.3o Uhr durch Bundesminister Dr. Hurdes die Ausstellung von Portraitzeichnungen und Blumenaquarellen des Künstlerehepaares Carl Theodor B l a a s - Helene von B l a a s, eröffnet. Unter anderem werden von Carl Blaas Porträts von Hofrat Thimig, Hedwig Bleibtreu, Maria Cebotari und von Tiroler Bauern ausgestellt, von Helene Blaas Blumenstücke.

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Geehrte Redaktion!

Die Fortbildungsschüler Wiens haben im Rahmen der Schulgemeinde für arme Wiener Kinder gebastelt. Sie werden diese Spielzeuge am 7. Dezember 1946 um 9 Uhr im Ausstellungssaale, Wien, 15., Hütteldorfer Straße 7-17, dem Bürgermeister der Stadt Wien übergeben. Wir laden Sie herzlich dazu ein.

Strom sparen heißt Energie sparen
für den Aufbau Österreichs.

Wiederaufbau bei der Straßenbahn

Die elektrische Einrichtung der Straßenbahnwagen ist vielfach veraltet und überlastet. Während des Krieges konnten bloß 30 Kriegsstraßenbahn-Triebwagen beschafft werden, doch sind die dazugehörigen Motore nur zum Teil geliefert worden. Die Stadt Wien hat deshalb zwei österreichischen Firmen 150 Motore von 60 KW in Auftrag gegeben, deren Kosten ungefähr 3 Millionen Schilling betragen werden. Die Lieferung wird allerdings erst in 18 Monaten beginnen können. Die Vorlage hat Dienstag den Stadtsenat passiert und wird demnächst dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Der Wiener Gemeinderat wird sich in einer seiner nächsten Sitzungen auch mit der Bewilligung eines Sachkredites von S 900.000 zu beschäftigen haben, der für die Instandsetzung von 180 durch den Krieg beschädigten Trieb- und Beiwagen der Wiener Straßenbahnen im Jahre 1946 erforderlich ist. Insgesamt sollen 460 beschädigte Wagen erneuert werden. Die Arbeiten wurden an vier bekannte österreichische Firmen vergeben.

Neues Dienstrecht der österreichischen Gemeindeangestellten.

Die Vertreter des Österreichischen Städtebundes und die der Gewerkschaft der Gemeindeangestellten Österreichs hielten heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters von Innsbruck Dr. Melzer, und des Bürgermeisters Koref von Linz, im Wiener Rathaus eine Sitzung ab, um eine neue Vereinbarung über die zukünftigen Rechtsverhältnisse der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt Wien und der übrigen Verbandsstädte und über die Regelung der Besoldungsverhältnisse zu treffen. Am Beginn der Verhandlungen stellte Vizebürgermeister Speiser die Wichtigkeit der zu treffenden Vereinbarungen fest und gab dem Wunsche Ausdruck, daß es gelingen möge, zwischen den städtischen Verwaltungen und den Angestellten zu einem freundschaftlichen Abschluß zu kommen. Magistratsdirektor Dr. Kritscha (Wien) referierte sodann über die vorausgegangenen Verhandlungen zwischen der Gemeinde Wien und dem gesamten Österreichischen Städtebund und der Gewerkschaft der Gemeindeangestellten. Vizebürgermeister Aust (Graz) schilderte die schwierigen finanziellen Verhältnisse der Gemeinden und die große Belastung, die für die Gemeindeverwaltungen aus der neuen Regelung erwachsen. Auch die Vertreter anderer Städte wiesen darauf hin, daß das Entgegenkommen, das die Gemeindeverwaltungen an den Tag legen, auch von den Gewerkschaften beachtet werden müsse und betonten die Notwendigkeit, durch gute Leistungen die öffentliche Verwaltung in ihrer Arbeit zu unterstützen. Präsident Stonner und mehrere Gewerkschaftsvertreter setzten sich für die einheitliche Behandlung aller Arbeiter und Angestellten der Gemeinden ein und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß sämtliche Fragen am Verhandlungstisch gelöst und immer eine Einigung erzielt werden kann. Der Abschluß, der zustande kam, bringt für die Beamten und Arbeiter der Städte gleiche Rechte. Für alle wird eine 35jährige Dienstzeit festgesetzt, wobei allerdings erst das vollendete 60. Lebensjahr das Recht auf Pensionierung gibt. Ein Pensionsbeitrag von 5 % wird gleichmäßig zu bezahlen sein; Arbeiter und Beamte werden das gleiche Urlaubsrecht von 14 bis 28 Werktagen haben. Der Arbeiter

in den städtischen Betrieben wird den gleichen Urlaub erhalten, wie der Beamte im höheren Dienst. Für die Jugendlichen unter 18 Jahren wird der 4-Wochenurlaub gegeben. Auch die wöchentliche Arbeitszeit wird für die Beamten und Arbeiter gleich sein und 48 Stunden betragen. Für Arbeiter und Beamte wird auch das gleiche Disziplinarrecht gelten. Personalvertretungen und Personalkommissionen werden für alle Gruppen von Angestellten der Städte gemeinsam das Mitberatungsrecht des Personals in allen wichtigen Angelegenheiten ausüben. Bedeutungsvoll ist auch der aus den Vereinbarungen hervorzuhebende Entschluß der Städtevertreter, den Arbeitern und Vertragsangestellten die vollen pragmatischen Rechte zu geben wie den Beamten. Es handelt sich hier um die Dauerkräfte, die vor dem 40. Lebensjahr in den Gemeindedienst aufgenommen worden sind. Damit die in Betracht kommenden Dienstzeiten voll aufgerechnet werden können, werden gesetzliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Sozialversicherung notwendig sein, durch welche die bereits geleisteten Beitragszahlungen den Gemeindeverwaltungen in irgend einer Form zugute kommen. Die Städtevertreter und Personalvertreter haben sich auch geeinigt, daß in Bezug auf die Bezahlung der Gemeindearbeiter und -Angestellten zwei Schemen angewendet werden sollen.

Volle Aufmerksamkeit wurde während den Verhandlungen dem Umstand zugewendet, daß die Bevölkerung an einer guten Verwaltung der Ämter und Betriebe der Städte größtes Interesse hat. Die Vertreter der Gewerkschaft haben sich bereit erklärt, dahin zu wirken, daß jeder Gemeindebeamte und -Arbeiter sich immer mehr dessen bewußt ist, daß er ein Diener des Volkes ist.

Bürgermeister Dr. Koref (Linz) betonte in seinem Schlußwort, daß alle Beschlüsse eine soziale Note tragen, auf die man stolz sein kann. Trotzdem dürfe dabei nicht die Schwere der Belastung übersehen werden, die die Städte damit auf sich genommen haben.

Zusatzkarten für Hausfrauen und Jugendliche

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Hausfrauen mit mindestens 2 Kindern unter 14 Jahren sowie solche mit einer Haushaltsführung für 2 oder mehr Personen und einer Kurzarbeit von mindestens 20 Wochenarbeitsstunden erhalten Lebensmittelkarten für Angestellte. Die Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren, die nicht berufstätig sind, erhalten gleichfalls die Angestelltenzusatzkarte; Jugendliche im Beruf erhalten die ihrer Tätigkeit entsprechende nächsthöhere Zusatzkarte; Angestellte demnach die Zusatzkarte für Arbeiter und Arbeiter die Zusatzkarte für Schwerarbeiter. Eine Zuteilung über die Schwerarbeiterration hinaus ist nicht vorgesehen.

Zur Feststellung der Anspruchsberechtigten haben die in Frage kommenden Hausfrauen sowie die Jugendlichen ohne Beruf einen Antrag zu stellen. Die Antragsformulare beheben die Hausbevollmächtigten (Hausbesorger) ab Montag, den 9. Dezember 1946 bei der zuständigen Kartenstelle und geben diese an die Anspruchsberechtigten zur Ausfüllung weiter. Bei der Kartenstelle ist der notwendige Bedarf an Formularen anzugeben.

Die an die Hausbevollmächtigten zurückgelangten ausgefüllten Formulare sind mit einer Behebungsliste bis spätestens Donnerstag, den 12. Dezember 1946 bei der Kartenstelle abzugeben.

Die Ausgabe der Zusatzkarten erfolgt in der dritten Dezemberwoche. Für die neuen Zusatzkartenbezieher bleibt der Warenbezug für die 22. Versorgungsperiode gesichert.

Für [illegible] berufstätige Jugendliche erfolgt die Ausgabe der höheren Zusatzkarten durch den Betrieb bei jener Ausgabestelle, bei der der Betrieb seine Zusatzkarten für alle Arbeiter bezieht. Soferne für die 22. Periode Zusatzkarten für die Jugendlichen schon behoben sind, müssen diese Karten umgetauscht werden. Auf den eingezogenen Karten dürfen keine Abschnitte fehlen.

An offener Tuberkulose leidende Personen erhalten die Schwerarbeiterkarte.

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Personen, die an offener Tuberkulose leiden, haben bei ihrer zuständigen Bezirkstuberkulosenfürsorgestelle ein Antragsformular für die Ausfolgung einer Schwerarbeiter-Lebensmittelzusatzkarte zu beheben. Die Ausgabe erfolgt nach den Anfangsbuchstaben des Familiennamens ab Montag, den 9. Dezember 1946 täglich zwischen 8 und 12 Uhr, und zwar am Montag von A bis H, Dienstag von I bis R und Mittwoch von S bis Z.

Der Antrag ist ausgefüllt und von der Bezirkstuberkulosenfürsorgestelle bestätigt in der Zeit von Mittwoch, den 11. Dezember bis Freitag, den 13. Dezember 1946 in der Kartenstelle des Wohnortes zur Behebung der Zusatzkarte für Schwerarbeiter abzugeben. Berufstätige Personen, die eine andere Zusatzkarte besitzen, haben diese gleichzeitig der Kartenstelle zurückzugeben. An der zurückgestellten Karte darf kein Abschnitt fehlen.

Abgabe der Hauslisten

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Da wegen der Weihnachtsfeiertage die Lebensmittelkartenausgabe für die 23. Periode vorverlegt werden muß, haben die Hausbevollmächtigten (Hausbesorger) die neuen Hauslisten bereits am Dienstag, den 10. Dezember 1946 in der Kartenstelle abzugeben. Der Abgabetermin ist unbedingt einzuhalten.

In den Hauslisten dürfen nur solche Personen aufgenommen werden, die im Hause polizeilich gemeldet sind und sich ständig hier aufhalten. Auf der Rückseite der Hausliste muß Name, Adresse und Unterschrift des Behebungsberechtigten eingetragen sein.

Nachtragsauslieferung der Lagererdäpfel

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Verbraucher, die Lagererdäpfel bestellt haben und nicht beliefert wurden, geben die Bezugsabschnitte der Erdäpfelkarte 22 bis 26 bis zum Donnerstag, den 12. Dezember 1946 bei ihrem Händler ab. Der Händler hat alle Abschnitte rechts vom Kartenstamm zusammenhängend abzutrennen und diese auf der Rückseite durch Aufdruck der Geschäftsstampiglie zu kennzeichnen. Die Übernahme der Abschnitte bestätigt er auf der Rückseite des Stammabschnittes der Erdäpfelkarte.

Die gekennzeichneten Bezugsabschnitte sind zu bündeln und bei der Verrechnungsstelle gesondert bis zum 17. Dezember 1946 einzureichen! Die von der Verrechnungsstelle erhaltene G-Bestätigung mit dem Kennzeichen "EN" ist sofort an den Großhändler weiterzugeben.

Jede Teillieferung von Lagererdäpfeln hat der Händler auf der Rückseite des Kartenstammes der Erdäpfelkarte zu vermerken, bis die gesamte Menge von 50 kg erreicht ist.

Rayonierung von Süßwaren

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Zur Feststellung des Bedarfes bei einem allfälligen Aufruf von Süßwaren für Erwachsene haben alle Verbraucher über 18 Jahre den Anmeldeabschnitt D des Einkaufscheines bis Donnerstag den 12. Dezember in einem Süßwarengeschäft oder in einem Lebensmittelkleinhandelsgeschäft abzugeben. Die Geschäftsleute haben das Original der Bedarfsanmeldung sofort an ihren Großhändler weiterzugeben, die Durchschrift mit den Rayonierungsabschnitten ist an die Verrechnungsstelle abzuliefern.

Weinausgabe zu Weihnachten

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die anläßlich der Weihnachtsfeiertage vorgesehene Ausgabe von Wein an die Verbraucher über 18 Jahre erfolgt ohne Rayonierung durch die Gastwirte und durch befugte Kleinhandelsgeschäfte. Die von verschiedenen Geschäften entgegengenommenen Voranmeldungen sind ungültig. Der Zeitpunkt der Weinausgabe wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Gültigkeitsablauf der Eierabschnitte

Das Landesernährungamt Wien gibt bekannt:

Die Gültigkeit der zum Eierbezug bisher aufgerufenen Abschnitte der Einkaufscheine aller Altersgruppen ist abgelaufen.

Lagerbestandsaufnahme in allen Lebensmittelbetrieben

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Alle Lebensmittelgroß- und Kleinbetriebe in Wien haben mit Stichtag Sonntag, den 8. Dezember 1946 eine Inventur durchzuführen. Es sind alle Lebensmittel anzumelden, die sich in den Betriebsräumen befinde. Bäcker und Brotfabriken haben auch die Salzbestände anzuführen. Sperrlager sind getrennt anzugeben und als solche zu bezeichnen.

Auf der Rückseite der Warenbestandsmeldung der Kleinbetriebe sind alle Lebensmittelgroßhändler zu vermerken, von denen die Waren bezogen werden. Die Lagermeldung (auch Leermeldung) ist in dreifacher Ausfertigung Montag, den 9. Dezember 1946 bis 12 Uhr mittags bei der zuständigen Marktamtsabteilung abzugeben. Nichtbefolgung oder unrichtige Angaben werden bestraft. Drucksorten sind in den Marktamtsabteilungen erhältlich.

Gültigkeit der Weinberechtigungsscheine

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die vom Landesernährungsamt Wien mit Gültigkeit bis zum 30. November 1946 an die Gastwirte und Lebensmittelkleinhändler ausgegebenen Berechtigungsscheine auf 100 Liter Wein (orange) bezw. auf 50 Bouteillen Wein (weiß) können noch bis zum 14. Dezember 1946 eingelöst werden.

Zusatzkarten für berufstätige, werdende und stillende Mütter.

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Werdende und stillende Mütter erhalten, wenn sie berufstätig sind, ab Beginn der 22. Versorgungsperiode neben der Mutterzusatzkarte noch die ihrer Tätigkeit entsprechende Zusatzkarte. Die Anforderung erfolgt über die Betriebe.

P r e s s e s p i e g e l vom 4. Dezember u. 5.Dezember 1946

Wiener Zeitung, 4. Dezember:
Schneesäuberung. (Polizeidirektion Wien.) 4
Weihnachtszuteilung von Rum für Arbeiter und Schwerarbeiter 4
Der Verwalter des Sanatoriums Fürth verhaftet 4

Wiener Kurier, 4. Dezember:
Denazifizierung des Aerztestandes durch mangelnde Gesetze verzögert. Ärztekammertagung begrüsst Wiederherstellung des österreichischen Sanitätsrechtes 2
Und neues Leben blüht aus den Ruinen. In ausgebrannte Häuser werden Geschäfte und Wohnungen eingebaut 3
Personalveränderung im Wohnungsamt 3
Hilfsschulen fördern minderbegabte Kinder. Vorbildliche pädagogische Einrichtung in Wien 3
Welche Lohnsteuerabzüge gelten für Weihnachtszuwendungen? 5

Weltpresse, Abendausgabe, 4. Dezember:
Umerziehung der internierten Nazi beginnt. Zunächst in Steiermark und Kärnten. Verwandtenbesuch gestattet 1
Oberösterreich baut mehr als vor dem Krieg 6
Große Ruinensprengung auf der Wieden 8

Welt am Abend, 4. Dezember:
Österreich gibt Rechenschaft. Das Rot-Weiß-Rot-Buch über den Widerstand ist fertiggestellt 1
Deutsche Westzonen sollen 2000 Kalorien erhalten 2
Gibt es zu Weinachten Frischfleisch? 3
Was ist mit dem Volksgericht los? Freisprüche am laufenden Band. Wieder ein Fehlurteil 3
Gewerbliche Wirtschaft und Sozialpolitik 4
Was sich heute Kunstgewerbe nennt 6

Neues Österreich, 5. Dezember:
Übermässig hohe Preise nicht widerspruchslos zahlen! 3
Hohe Schule der Kochkunst und österreichischen Gastfreundschaft 3
Weg mit den Riesenpensionen der Naziwitwen! 3

Arbeiter-Zeitung, 5. Dezember:
Das Volk und das Volksgericht 1
Was ist's mit den Bewirtschaftungsstellen? 2
Zum Schutz vor Preistreibern 3
Ein Antifaschistisches Gedenkbuch 3
Betriebseinschränkung der städtischen Bäder. RK 3
Pensionisten der Gemeinde Wien, (Lohnsteuerkarte 1947.) 3
Arbeitseinstellung in den Wiener Kleiderfabriken 3

Österreichische Volksstimme, 5. Dezember:
Mozart-Feier im Figaro-Haus. (Zum 155. Todestag des unsterblichen Meisters.) KD 3

Das Kleine Volksblatt, 5. Dezember:
Die Elektrizitätsversorgung Wiens. (Stadtrat Dr. Exel) 4
Im Dienst der Tierseuchenbekämpfung 5
Schottenstift baut Rudolfinerhaus auf 5
DP-Unwesen in Salzburg 6

Österreichische Zeitung, 5. Dezember:

Über die Rolle der sozialistischen Parteien nach dem zweiten Weltkrieg. (Schluss) 2
Salzburg liefert mehr Milch an DP als an Wien 6
Aus sowjetischen Betrieben in Österreich. Aus Wracks werden Schiffe. (In der Korneuburger Schiffswerft.) 8

Die Furche, 7.Dezember:

Wohnungspolitik gegen das Wohnbauen 1
"Reichsgaue" oder Bundesländer? Der Finanzausgleich im Bundesvoranschlag für das Jahr 1947. Von Sektionschef i.R. Universitätsprofessor Dr. Richard von Pfaundler 3
Das künftige Stadtbild Wiens. Ein ergebnisreicher Wettbewerb 6

Vorarlberger Wolkswille, Bregenz, 2. Dezember:

Die SPÖ fordert Versorgungsausschüsse. (Bregenz) 3

Vorarlberger Volkswille, Bregenz, 3. Dezember:

Der wirtschaftlich Selbständige: Eigenart seiner Leistung. Von Prof. Dr. Josef Hendrych 3

Neue Zeit, Linz, 3. Dezember :

Statt Ramschwarenerzeugung - Planwirtschaft. Die Betriebsräte der Privatangestellten Sektion Handel tagten in Linz 3

Salzburger Volkszeitung, 3. Dezember:

Tariferhöhung der städtischen Verkehrsbetriebe 3
Zürich im Zeichen der"Wiener Hilfe" 2

Tiroler Neue Zeitung, Innsbruck, 3. Dezember:

Zuckerspende vom Internationalen Roten Kreuz an Personen über 65 Jahre und an aktiv Lungenkranke 3
Ausgabe von Bettfedern 4
Ausgabe von Kinderstrümpfen 4
Babywäscheausgabe 4

Oberösterreichische Nachrichten, Linz, 4. Dezember:

Viele Zeitschriften - keine Lehrbücher 4

K u l t u r d i e n s t d e r S t a d t W i e n

(Beilage zur "Rathaus-Korrespondenz")

5. Dez. 1946 Blatt 368

Ausstellung im Kunstverlag Wolfrum

Am 5. Dezember 1946 wird in den Räumen des Palais Lobkowitz, I., Augustinerstraße 10, um 17'30 Uhr durch Bundesminister Dr. Hurdes die Ausstellung von Porträt-zeichnungen und Blumenaquarellen des Künstlerehepaares Carl Theodor Blaas - Helene von Blaas, eröffnet. Unter anderem werden von Carl Blaas Porträts von Hofrat Thimig, Hedwig Bleibtreu, Maria Cebotari und von Tiroler Bauern ausgestellt, von Helene Blaas Blumenstücke.

Wiedereröffnung der Mozart-Gedenkstätte

Charaktereigenschaften und Lebensart der Wiener, wie auch die schöne Landschaft bestimmen den musischen Charakter der Wiener Kultur. Nicht weniger als 4 städtische Museen und Gedenkstätten sind dem Andenken von Musikern gewidmet: Das Haydn-Museum in Haydn's Sterbehaus, 6., Haydngasse 19, das Schubert-Museum in Schuberts Geburtshaus, 9., Nußdorfer Straße 54, die Beethoven-Gedenkstätte, 1., Mölkerbastei 8 und die Mozart Gedenkstätte , 1., Schulerstraße 8 - Domgasse 5.

Ein günstiges Geschick hat dieses Mozart-Haus erhalten. Hier bewohnte er vom Oktober 1784 bis Ende 1787 im I. Stock mehrere Zimmer. Der Wiener Hofstukkateur Albert Camesina hatte das Haus im Jahre 1719 gekauft und einen Raum mit Marmorgetäfel, prächtigen Stukkos und Porträtreliefs verziert. Dieser Prachtraum gehörte zur Wohnung Mozarts. Sein Vater, der Februar bis April 1785 zu Besuch in Wien weilte, war über die Pracht der Wohnung erstaunt und schrieb an seine Tochter Marianne: "Daß Dein Bruder ein schönes Quartier mit aller zum Haus gehörigen Auszierung hat, mögt Ihr daraus erschließen, daß er 480 Gulden Hauszins zahlt".

Für die Musikgeschichte Wiens ist das Haus von größter Bedeutung. Mozart hat während seines Aufenthaltes in Wien hier seine glücklichste Zeit verbracht. Er empfing Besuche und trieb eifrig Kammermusik, vor allem mit Josef Haydn, dem er, als seinem Lehrer der Kammermusik, 6 Streichquartette als dem "liebsten Freund und berühmten Mann, widmete. Neben zahlreichen Quartetten entstand hier auch das herrliche Quintett für Klavier und Blasinstrumente, das er selbst für sein bestes Werk hielt, dann Arien und Lieder, darunter Goethes "Veilchen", die Sinfonie in D-Dur; vor allem aber die Opern "Der Schauspieldirektor" und das genialste musikalische Bild der Adelskultur "Die Hochzeit des Figaro".

So ist das "Figaro-Haus", in dem neben Haydn auch der junge Beethoven nachweislich verkehrte, zu einem Begriff Wiener Musik geworden und erfüllt die Begeisterung und Vorahnung des jungen Mozart, der an seinen Vater schrieb: "Ich versichere Sie, daß hier ein herrlicher Ort ist und für mein Metier der beste Ort in der Welt" (4. April 1781).

Das Amt für Kultur und Volksbildung hat diese für Wien würdige Gedenkstätte am 5. Dezember 1946 wieder eröffnet.

Ausstellungen in Wien

I. Bezirk

Akademie der bildenden Künste Schillerplatz 3	Österreichs Kunsthochschule in ihrem historischen Werdegang.	10-16 Uhr So 10-13 Uhr
Altes Rathaus Wipplingerstraße 8	Schätze aus dem Schutt.	So 9-13 Uhr 9-13,17-19 Uhr
Wipplingerstraße 34 Eingang Schottenring	Wettbewerb Donaukanal	10-16 Uhr
Erzbischöfl. Palais Rotenturmstraße 2	Dom- und Diözesanmuseum.	Di,Do,So 9-12
Galerie Agathon Opernring 19	Weihnachtsschau. Kunst und Kunstgewerbe.	8.30-12.30 13.30-16.30 Sa 8.30-12 Uhr So geschlossen.
Galerie Welz Weihburggasse 9	Otto Trubel. Aquarelle.	9-17 Uhr Sa 9-13 Uhr
	Vilma Eckl. Pastelle.	ab 7. Dez.1946 9-17 Uhr,Sa 9-13

Künstlerhaus Karlsplatz 5	"Niemals vergessen". Antifaschistische Ausstellung.	10-20 Uhr
Kunstverlag Wolfrum Augustinerstraße 10 (Palais Lobkowitz)	Carl Theodor von Blaas - Helene von Blaas. Porträtzeichnungen u. Blumenaquarelle.	9-17 Uhr Sa 9-13 Uhr So geschl.
Museum für Völkerkunde Neue Hofburg	Österreichische Forscher in aller Welt.	tägl. außer Montag 9-13 Uhr So 10-13 Uhr
Neue Galerie Grünangergasse 1	Weihnachts-Verkaufsausstellung.	10-12.30, 13.30-17 Uhr
Österreich-holländische Gesellschaft Wipplingerstraße 32	Verkaufsausstellung kunstgewerblicher Erzeugnisse.	8-12 Uhr 14-17 Uhr
Österr. Werkbund Kärntner Straße 15	Luxusausgaben französischer Bücher.	10-16 Uhr
Pasqualitisches Haus Mölkerbastei 8	Adalbert Stifter als Maler.	10-17 Uhr
Staatl. Kunstgewerbemuseum Weißkirchnerstraße 3	Österreichische Kunst vom Mittelalter biszur Gegenwart.	9-16 Uhr
Wirtschaftsgenossenschaft d.bild.Künstler Opernring 17	Junge Kunst.	8-13 Uhr, 14-16 Uhr Sa 8-13 Uhr

VI. Bezirk

Kulturreferat Mariahilf Getreidemarkt 1	Heimische Künstler Klosterneuburg.	9-17 Uhr So 9-13 Uhr
Local France Mariahilfer Straße 47	Hitler-Werk - Hungersnot.	9-12 Uhr 14-17 Uhr

VII. Bezirk

Messepalast Messeplatz 1	Weihnachtsausstellung.	10-18 Uhr

VIII. Bezirk

Museum für Volkskunde Laudongasse 19	Österreichische Trachten in der Volkskunst und im Bilde.	Di-Fr 9-14 Uhr Sa,So 9-12 Uhr

XV. Bezirk

Hütteldorfer Straße 5/19 "Die Naturfreunde".	18.Photoausstellung.	10-16 Uhr

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Es ist besser nur eine Glühlampe brennen zu lassen, als auf elektrisches Licht überhaupt verzichten zu müssen.

Exhumierungen im 24. Bezirk

In den nächsten Tagen wird mit der Exhumierung (Enterdigung) der Leichen begonnen, die im 24. Bezirk, Mödling und in den zum 24. Bezirk gehörenden Ortschaften außerhalb von Friedhöfen in öffentlichen und privaten Anlagen, Gärten und Höfen provisorisch beigesetzt wurden.

Die Angehörigen dieser Gefallenen und Verstorbenen sowie alle jene Personen, die solche Leichen beerdigt haben und Papiere oder sonstige Gegensätze verwahren oder zweckdienliche Angaben über sie machen können, werden dringendst gebeten, sich sofort, aber nur Montag bis Freitag zwischen 14 und 16 Uhr im Alten Rathaus, Wien I., Wipplingerstraße 8, I. Stiege, 2. Stock, Tür 16, zu melden. An Samstagen findet kein Parteienverkehr statt.

Besondere schriftliche Verständigungen auch derjenigen Angehörigen, die bereits früher um die Durchführung der Enterdigung solcher Leichen angesucht haben, erfolgen nicht. Leichen, deren Angehörige sich nicht binnen 8 Tagen melden, werden von amtswegen enterdigt und in einem Schachtgrabe wieder beerdigt, aus dem eine neuerliche Enterdigung nicht mehr möglich ist. Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß ohne besonderen Auftrag der Zentralstelle für Exhumierungen des Gesundheitsamtes der Stadt Wien Enterdigungen nicht vorgenommen werden dürfen.

7. Dezember 1946

Landesernährungsamt Wien „Rathauskorrespondenz" Blatt 1722

22/1 LEBENSMITTELAUFRUFE

für die Woche vom 9.12. bis 15.12.1946. WIEN

WAREN		Normalkartenempfänger										Zusatzkartenempfänger							
		KLST 0-3		KLK 3-6		K 6-12		JGD 12-18		E über 18		S Schwerarbeiter		A Arbeiter		B Angestellte		M w./kl. Kinder	
		Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.
Brot	dkg	25	1/1	50	W1/1	50	W1/1	50	W1/1	50	W1/1	140	1	35	1			35	1
-"-	"			45	2/1	35	2/1	100	2/1	100	2/1								
-"-	"					30	3/1	60	3/1	60	3/1								
-"- Kleinabschnitte	"	20	4St	20	4St	35	7St	45	9St	45	9St								
Mehl	"	18	2/1	18	3/1	18	4/1	18	4/1	18	4/1								
Salzspeck	"							7	40	7	40								
Fleischgemüse	"			5	W1	5	W1	5	W1	5	W1								
Schmalz	"	8	41	5/3	41 W2	13/3	41 W2	13/3	41 W2	13/3	41 W2								
Fischkonserven	"			425	40	425	40					425	2	425	2	425	2	425	2
Haferflocken	"			10	W3	10	W3	10 10	13 W3	10 10	13 W3	52	4	35	4	9	4		
Teigwaren	"					29	26					10	8						
Grieß	"	18	13	20	13	20	13												
Zucker	"	70	14	56	14	56	14	28	14	28	14	10	6	3	6			10	6
Fischmarinaden	"											10	9					20	9
Schinken mit Ei	"																	16	8
Margarine	"											15	3	10	3			15	3
Hülsenfrüchte	"											12	5	12	5	12	5	12	5
Maisgrütze	"																	26	7
Frischmilch täglich	l	3/4		1/2														1/2	
Magermilch "	l					1/4													
Erdäpfel KARTOFFEL-KARTE	dkg	70	22/1	140	22/1	140	22/1	140	22/1	140	22/1	70	7	70	7				
Durchschnittlicher Tages-Kalorienwert bei Zusatzkartenempfängern einschließlich Normalzuteilung.		1004		1337		1539		1551		1551		2802		2194		1753		2509	

1) Die Abschnitte 40 und 41 mit Aufdruck "SV" sind ungültig.

2) Dose zu zirka 15 Unzen.

3) Für vier Wochen (Kalorienanrechnung wochenweise); Diabetiker erhalten auf Abschnitt 14 und auf Abschnitt 7 des Diabetikerausweises ein Päckchen Saccharin (200 Tabletten).

4) Aufruf gilt für jene Verbraucher, die keine Einlagerung rayoniert haben. Verbraucher die Lagererdäpfel bestellt, aber noch nicht bezogen haben, erhalten notfalls Teillieferungen gegen Vermerk auf der Rückseite des Stammabschnittes der Erdäpfelkarte 22/26 .

Jugendliche und Verbraucher über 70 Jahre erhalten nach Anlieferung 1/8 Liter Magermilch täglich.

"Das öffentliche Armenwesen in Wien"

Unter diesem Titel erschien im Verlag für Jugend und Volk, herausgegeben vom Magistrat der Stadt Wien, eine interessante Skizze von Dr. Leopold Rieger. Die Broschüre gewährt einen tiefen Einblick in diesen Teil der Geschichte unserer Stadt, von den Anfängen der Armenfürsorge bis zu dem großzügigen sozialen Werk Professor Tandlers.

Schwedische Trockenmilch

Für die 3 - 6jährigen Kinder der Bezirke I und XXVI, die an der Ausspeisung in der letzten Woche teilgenommen haben, findet die Trockenmilchausgabe Montag, den 9.XII.1946, in den bekannten Ausgabestellen statt. Der Tag muß unbedingt eingehalten werden.

Kinder kommen aus der Schweiz

Die Kinder, die am 28. August 1946 und am 4. September 1946 in die Schweiz gefahren und noch nicht zurückgekehrt sind, treffen am 11.12.1946 in Wien ein. Sie sind um 7'30 Uhr früh vom Franz Josefs-Bahnhof abzuholen.

Entfallender Sprechtag

Der Sprechtag des amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe XII, Dr. Exel, fällt am Freitag, den 13. Dezember wegen dienstlicher Verhinderung aus.

Heimkehrer aus Italien

Aus dem Lager Pisa kam am 5. Dezember 1946 ein Transport mit 51 Heimkehrern, darunter 44 Wiener, auf dem Hütteldorfer Bahnhof an.

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1947.

Finanzreferent, Stadtrat Karl Honay, wird in der kommenden Woche dem Stadtsenat und dem städtischen Finanzausschuss den Voranschlag für das Jahr 1947 unterbreiten.

Im ordentlichen Teil werden Einnahmen von 387,653.170 S und Ausgaben von 457,626.440 S präliminiert, so dass ein Gebarungsabgang von rund 70 Millionen verzeichnet wird. Gegenüber dem Voranschlag 1946 ergibt sich bei den Einnahmen eine Steigerung um rund 57 1/2 Millionen und bei den Ausgaben eine solche von rund 89 Millionen Schilling.

Von den Mehreinnahmen entfallen 26 1/2 Millionen Schilling auf die Landes- und Gemeindeabgaben. Bei ihrer Veranschlagung wurde von den Ergebnissen des laufenden Jahres ausgegangen. Im einzelnen rechnet die städtische Finanzabteilung bei der Gewerbesteuer mit einem Ertrag von 40 Millionen (plus 4 Millionen), bei der Lohnsummensteuer mit 14 Millionen (plus 6'8 Millionen), bei der Grundsteuer mit 46 Millionen (plus 4 Millionen), bei der Vergnügungssteuer mit 18 Millionen (plus 6 Millionen), bei der Getränkesteuer mit 6 Millionen (plus 3 Millionen) und bei der Hundeabgabe mit 800.000 S (plus 50.000 S).

Das Erträgnis der neueingeführten Anzeigenabgabe ist mit 1 Million veranschlagt.

Die Gebühren für die Benützung der städtischen Einrichtungen - Verpflegsgebühren, Wasser-, Bäder-, Kanal-, Müllabfuhr- und andere Gebühren - sollen einschliesslich der sonstigen Entgelte für Betriebsleistungen rund 95 Millionen Schilling einbringen; die Steigerung dieser Einnahmen gegenüber dem Voranschlag 1946 beträgt rund 23 1/2 Millionen Schilling und ist zum Teil auf höhere Leistungen infolge Rückkehr zu normaleren Verhältnissen und zum anderen Teil auf Gebührenangleichung zurückzuführen.

Die Leistungen des Bundes aus dem Titel des Finanzausgleiches wurden nach der zur [illegible] Zeit der Erstellung des Voranschlages geltenden Weisung des Bundesministeriums für Finanzen im Ausmass des Jahres 1946, d.i. mit 36,688.41o S eingesetzt.

Die finanzielle Hilfe des Bundes erfährt noch dadurch eine Beeinträchtigung, dass der Stadt Wien auch diesmal ein Wiederaufbaubeitrag in der Höhe von 4 Millionen Schilling angelastet werden soll, obwohl Wien zu den vom Krieg am schwersten betroffenen Städten zählt.

Die Stadt Wien hat bereits bei anderen Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass sie eine solche Lösung des Finanzausgleiches im Hinblick auf die steigenden Einnahmen des Bundes und die steigenden Ausgaben der Stadt nicht für tragbar ansieht.

Die Einnahmen aus dem Steuerwesen decken nur 28 Prozent des ordentlichen Finanzbedarfes, unter Einschluss der Finanzzuweisungen 36 Prozent.

An der Spitze der Ausgaben steht der Personalaufwand. Er stellt sich auf insgesamt 2o3,423.81o S (gegenüber 16o,911.3oo S im Voranschlag 1946) und erreicht damit rund 45 Prozent der ordentlichen Gesamtausgaben. Die Steigerung des Personaletats gegenüber 1946 beträgt rund 42 1/2 Millionen Schilling, d.s.mehr als 26 Prozent des für 1946 veranschlagt gewesenen Personalaufwandes und etwas mehr als die Hälfte der Gesamtsteigerung des ordentlichen Haushalts. Abgesehen von den laufenden Bezugserhöhungen und der für einzelne Betriebszweige - Friedhöfe, Fuhrwerksbetrieb, Bäder, Feuerwehr- nunmehr bereits möglich gewordenen Anpassung des Fachpersonalstandes an das Erfordernis ist der Mehraufwand vor allem eine Folge der den Gemeindebediensteten im Zuge der allgemeinen Lohnerhöhungswelle bereits zugestandenen Bezugserhöhung.

Vom Personalaufwand entfallen rund 175 Millionen Schilling auf den Aktivitätsaufwand und 29 Millionen Schilling auf die Pensionslast. Letztere stellt sich sonach auf etwa 14 Prozent des gesamten Personalaufwandes.

Der Personalstand setzte sich mit dem Stichtag vom 3o. September 1946 aus 13.7oo Beamten, 12.616 Angestellten und 13.216 Arbeitern zusammen. Das Personal der städtischen Unternehmungen ist in diesem Zahlen nicht enthalten. Die Lehrer werden vom Bunde bezahlt, wofür der Gemeinde Schullastenablösungsbeträge von

zusammen 15,697.500 S angelastet werden. Am genannten Stichtag wurden 10.410 Pensionsparteien gezählt.

Bei den Ansätzen des Sachaufwandes rechnet der Voranschlag mit einer etwas besseren Beschaffungsmöglichkeit. Die größte Steigerung ist bei den technischen Betrieben zu verzeichnen, auf deren Tätigkeit der Wiederaufbau einer zerstörten Wirtschaft in erster Linie angewiesen ist. Einschliesslich des Personalaufwandes ist der Etat dieser Betriebe gegenüber 1946 um 54 Prozent höher, wogegen die Zweige der reinen Hoheitsverwaltung nur eine Steigerung um 21 Prozent erfahren haben.

Im Budget des Kulturamtes wurden die Ausgaben für Ehrenpensionen, Ehrenpreise und sonstige Ehrungen der Künstlerschaft von 70.000 S auf 90.000 S erhöht. Im Ansatz für Kunstförderung sind diesmal außer den laufenden Ausgaben auch Beträge für eine Schubert- und Brahmswoche, sowie für eine Theater- und Musikwoche sichergestellt.

Das Jugendamt veranschlagt mehr als 8 1/2 Millionen Schilling für die Schülerausspeisung, in die nunmehr auch die Lehrlinge bis zu 18 Jahren einbezogen sind. Für Pflegegelder, deren durchschnittlicher Monatssatz nunmehr 35 S je Kind beträgt, sind 1.2 Millionen präliminiert. Der Ansatz für Stipendien wurde von 500.000 S auf 600.000 S erhöht. Für die Säuglingswäscheaktion, in dieser materialarmen Zeit notwendiger den je, werden 250.000S veranschlagt. Den Kindertagesstätten werden für Lebensmittel, Spiel- und Beschäftigungsmaterial und sonstige Erfordernisse rund 670.000 S bereitgestellt. Für Dauerunterstützungen der gehobenen Fürsorge sind 24'8 Millionen, für Geld- und Sachbeihilfen 2'5 Millionen und für die wirtschaftliche Tuberkulosenhilfe, eine Aktion, deren prophylaktischer Charakter steigendem Verständnis begegnet, 840.000 S eingestellt. Die Wohlfahrtskrankenpflege erheischt für die Bewältigung ihres umfangreichen Aufgabenkreises - Ärztekosten, Medikamente, Heilbehelfe, Hauskrankenpflege, Wöchnerinnenfürsorge u.a. - 380.000 S. Bei der großen Post des Familienunterhaltes sind in Anhoffnung der Rückkehr unserer Kriegsgefangenen und im Hinblick auf die gesetzlich vorgesehene zeitliche Beschränkung weniger als im Vorjahr, aber immerhin noch 15 Millionen Schilling eingesetzt, wovon 80 Prozent durch den Bund ersetzt werden. Für die Abwehr-

aktion gegen infektiöse Erkrankungen und für die Enterdigung der im Zuge der Kampfhandlungen getöteten Soldaten und Zivilpersonen sind noch 250.000 S vorgesehen.

Die Wohlfahrtsanstalten rechnen mit einem Gesamtaufwand von 94 Millionen Schilling, womit das Anstaltenbudget des Jahres 1946 um 12 1/2 Millionen Schilling, d.i. um 16 Prozent überschritten wird. Diesen Angaben stehen nur Einnahmen von 75 Millionen gegenüber.

Dem Jugendamt unterstehen 16 Bezirksjugendämter, 74 Mutterberatungsstellen und 4 Schwangerenberatungsstellen. Für 1947 ist die Errichtung von 5 weiteren Mutterberatungsstellen geplant. An Kindertagesstätten, deren Durchschnittsbesuch im September d.J. 8319 gegen 5359 im September 1937 betrug, zählt die Stadt 108 mit 11 Krabbelstuben, 227 Kindergartenabteilungen und 52 Hortabteilungen. Das Hauptgesundheitsamt verwaltet 20 Bezirksgesundheitsämter, 17 Tuberkulosenfürsorgestellen, 2 Sputumuntersuchungsstellen. 1 Beratungsstelle für Geschlechtskranke, 1 Röntgenstation, 1 Medizinaluntersuchungsanstalt, 1 Entseuchungsbetrieb und 14 Schulzahnkliniken. Im kommenden Jahr sollen 3 weitere Tuberkulosenfürsorgestellen und 4 Schulzahnkliniken in Betrieb genommen werden. Die durch Kriegseinwirkung arg mitgenommene Absonderungsanstalt ist noch nicht betriebsfähig. Das Anstaltenamt betreut 30 Krankenhäuser, 2 Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke, 25 Jugendfürsorgeanstalten, 9 Versorgungshäuser und 3 Herbergen für Obdachlose mit zusammen 30.951 Betten. 9 Anstalten sind teilweise oder ganz von den Besatzungstruppen beschlagnahmt. Für den Rettungs-und Krankendienst sind neben der Zentrale 5 Filialen und 3 Sanitätsstationen in Betrieb. Schulungszwecken dienen die Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und Horterzieher sowie die Fürsorgeschule. Für die Verpflegung und Unterbringung in nicht städtischen Anstalten sind insgesamt mehr als 3 3/4 Millionen Schilling vorgesehen.

Die technischen Betriebe rechnen mit einem Gesamtaufwand von 79 Millionen Schilling, wovon 39 Millionen auf den Personalaufwand und 40 Millionen Schilling auf den Sachaufwand entfallen. Von dem Aufwand sollen 43 1/2 Millionen Schilling durch eigene Einnahmen gedeckt werden, sodass die allgemeinen Deckungsmittel von diesen Verwaltungszweigen mit mehr als 35 Millionen in Anspruch genommen werden müssen.

Im Hochbau sind rund 4 Millionen für die Fertigstellung von Wohnhaus- und Siedlungsanlagen mit 1.546 Wohnungen, 15 Millionen als erste Rate eines 2.000 Siedlungswohnungen umfassenden Siedlungsprogrammes und 1,700.000 S für die Erhaltung der Amtshäuser veranschlagt. Im Tiefbau sind 5 Millionen für Strassen- und 7,150.000 S für Brücken- und Wasserbauten vorgesehen. Die öffentliche Beleuchtung erfordert 1 1/2 Millionen.

Einschliesslich der auf anderen Rubriken und im ausserordentlichen Voranschlag enthaltenen Ansätze baulicher Art stellt der Voranschlag 1947 eine Summe von über 91 Millionen Schilling zur Verfügung. Ob die Bauindustrie imstande sein wird, die entsprechenden Aufträge auch tatsächlich auszuführen, hängt von Faktoren ab, auf die die Stadt keinen Einfluss hat.

Die Ansätze für Siedlungen und Kleingärten wurden von 365.000 S auf 434.600 S erhöht.

1946

Am 1.August/verwaltete die Stadt Wien 926 Althäuser, 443 Wohnhausanlagen mit 4.745 Stiegenhäusern, 23 Siedlungen mit 2.122 Einzelhäusern, 11 Wohnbaracken und Notstandsbauten, 50 Stiftungshäuser, 33 Anteilshäuser und 19 fremde Häuser mit insgesamt 74.878 Wohnungen und 4.491 Geschäftslokalen.

Für die Erwerbung und Veräusserung von Liegenschaftn veranschlagt das Liegenschaftsamt je 1 Million Schilling. Die gegenwärtige Lage auf dem Realitätenmarkt gestattet nicht, grosszügige Grunderwerbungen durchzuführen.

Für das Schulwesen sind für den Personalaufwand 20.6 Millionen Schilling, darunter als grösste Post die bereits erwähnten Schullastenablösungsbeträge, und als Sachaufwand 4.8 Millionen Schilling veranschlagt. Den Anforderungen der Schulverwaltung auf die Bereitstellung namhafter Beträge für die Beschaffung von neuen Lehr- und Lernbüchern konnte mit Rücksicht auf die Lieferschwierigkeiten nur zum Teil Rechnung getragen werden. Der Pflichtunterricht wird derzeit in 280 Schulhäusern erteilt. 17 Schulgebäude sind von alliierten Truppen besetzt, 9 Objekte werden als Flüchtlingslager und 14 Schulhäuser für andere öffentliche Zwecke verwendet. Der Stand der Pflichtschüler betrug am 13. September 1946 insgesamt 101.233 Kinder. Der gewerbliche Unterricht wird in 35 Fortbildungsschulen, 4 Berufsfachschulen, 3 Handelsakademien und 8 kaufmännischen Fortbildungsschulen erteilt; ihr Schülerstand beläuft sich derzeit auf rund 27.300.

Für Jugend am Werk sind Sonderausgaben von 610.000 S vorgesehen. Für die Kriegsgefangenen und für die Flüchtlingsfürsorge, Aktionen, die im Auftrage des Bundes durchgeführt werden, sind zusammen 4,665.540 S und als Beitrag zu den Kosten der Bundespolizei 5,333.300 S veranschlagt.

Der ausserordentliche Voranschlag sieht für die Behebung von Kriegsschäden an baulichen Anlagen 46,825.300 S und am Inventar 6,182.800 S vor. Die grössten Posten darunter betreffen die Wohnhäuser mit rund 11 Millionen und die Herstellungen an Strassen, Brücken und Wasserbauten ebenfalls mit 11 Millionen Schilling. Die insgesamt mit Ende 1946 für die Behebung von Kriegsschäden aushaftenden Kosten werden auf rund 370 Millionen Schilling geschätzt, wovon auf die städtischen Wohnhäuser allein 130 Millionen entfallen.

Als ausserordentliche Einnahmen sind nur Ersätze für die Fondskrankenanstalten, für Schiffshebungen und fürdie Schuttaktion im Gesamtbetrage von 6,510.000 S ahgewiesen. Der Abgang des ausserordentlichen Haushaltsplanes beträgt damit 46,498.100 S.

Die Bedeckung des Abganges des ordentlichen Voranschlages soll durch Einsparungen und weitere Einnahmeerhöhungen, insbesondere durch erhöhte Zuweisungen aus dem Finanzausgleich, erfolgen. Soweit damit das Auslangen nicht gefunden werden sollte, wird auch eine Kreditoperation in Erwägung gezogen. Die Ausgaben für die Behebung von Kriegsschäden sollen vorschussweise aus Rücklagemitteln bedeckt werden. Hinsichtlich ihrer endgiltigen Finanzierung kann nur eine grosszügige Regelung in Frage kommen. Darüber sind Unterhandlungen mit dem Bund bereits eingeleitet.

Die Stadtbahn an Sonn- und Feiertagen

Die Wiener Verkehrsbetriebe teilen mit, dass während der diesjährigen Wintermonate an Sonn- und Feiertagen die Züge der Rundlinie mit dem Signal GD von Hütteldorf über die Gürtel-, Donaukanal-, Wientallinie bis Hietzing und mit dem Signal DG von Hietzing über die Wiental-, Donaukanal-, Gürtellinie nach Hütteldorf geführt werden.

Im Bedarfsfalle (Veranstaltungen in Hütteldorf u.s.w.) werden alle Züge nach Hütteldorf geführt. Der Betrieb der Linie WD bleibt unverändert.

Dilaudid ist einwandfrei

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien gibt bekannt:

Da in letzter Zeit zwei Todesfälle im Zusammenhang mit vorausgegangenen Dilaudid-Injektionen gebracht worden waren, wurde die gerichtliche Obduktion der beiden Leichen und die chemische und pharmakologische Untersuchung des Präparates veranlasst.

Die zum Abschluss gelangten Überprüfungen des Präparates durch das gerichtsmedizinische und das pharmakologische Institut der Universität Wien haben nunmehr dessen qualitativ und quantitativ durchaus einwandfreie Beschaffenheit bestätigt. Somit ist die durch Radio und einzelne Tagesblätter über Veranlassung eines Polizeikommissariats ausgegebene Warnung vor dem Gebrauch von Dilaudid gegenstandslos geworden. Dilaudid kann daher, wenn im Einzelfalle keine medizinischen Bedenken gegen seine Anwendung vorliegen, in geeigneten Fällen ohne weiters wieder Verwendung finden.

Pressespiegel vom 5./6. Dezember 1946

Seite

Wiener Zeitung, 5. Dezember

Wünsche der Ärzteschaft 5
Tiefstand der Gemüseanlieferung 5

Wiener Kurier, 5. Dezember

Wein noch vor Weihnachten...? Kaufleute fordern Aufhebung der Weinbewirtschaftung 3
Ist Seidenraupenzucht aussichtsreich? Möglichkeiten der Seidenproduktion in Österreich 5

Weltpresse, 5. Dezember

Gründung einer Viehverwertungsgesellschaft 4
Die Obsternte 1946 5
Steuerfälligkeitstermine im Dezember 5
Das Figarohaus in der Schulerstraße. Zur Wiedereröffnung des Mozartmuseums. Zum KD 6
Auch der Nachlaß Illegaler verfallen 8

Welt am Abend, 5. Dezember

Austern in Linz 3

Neues Österreich, 6. Dezember

Zusatzkarten für Hausfrauen und Jugendliche ab dritter Dezemberwoche. RK 3
Weinausgabe zu Weihnachten. RK 3
"Für den Arbeiter ist es außerordentliche schwierig ..." Lebenskosten und Arbeitslöhne in Wien und der Schwarze Markt 3
Neues Dienstrecht der österreichischen Gemeindeangestellten. RK 3
Vor der Wiederaufnahme der Arbeit in der Bekleidungsindustrie 3
Das Mozart-Museum ist wieder geöffnet. Zum KD 3
Eine Wienerin ergeigt sich den vierten Platz in Paris 3

Arbeiter-Zeitung, 6. Dezember

Der neue Bürgermeister von Berlin 1
Das neue Dienstrecht der Gemeindeangestellten. RK 2
Das Jugendhilfswerk des Gewerkschaftsbundes 2
Ein neues Jugendschutzgesetz 2
Zürich hilft Wien 3
Eine Frau schreibt uns (Bezugsscheine) 3
Siebzigtausend Paar Schuhe für Wien 3
Textilien dürfen nicht zurückgehalten werden 3
Die Zusatzkarten für Hausfrauen und Jugendliche in Wien. RK 3

Das Kleine Volksblatt, 5. Dezember

Kein roter Bürgermeister in Rom 1

Seite

Wohnungsnot 3
Erste staatliche Landwirtschaftsmittelschule für Mädchen 4
Religiosität - ein Heilmittel für Lebensmüde. Wiener Katholische Akademie 6

Österreichische Volksstimme, 6. Dezember

Neue Demonstrationen wegen Lebensmittelkrise. Salzburg 1
Frau Münnichreiter muß um die Staatsbürgerschaft kämpfen. Das Ministerium des Sozialisten Helmer und die Witwe des Schutzbundmärtyrers 2
Das Hungerleben der Wiener Arbeiter. Eine amtliche britische Feststellung 3
Neues Leben blüht aus den Ruinen. Lokomotivmontagehalle I des Werkes Wien-Süd 3
Streik der Wiener Kleiderfabriken. 3
Fleischaufruf für Weihnachten 3
Kommunisten sind für die Einheit im Sport 4

The Morning News, 6. Dezember

British report outlines Austrian economy. Urgent need for trade recovery. Unbalanced Vienna diet 3
Traditional carols at Christchurch 4

Die Wirtschaft, 7. Dezember

Was fehlt an Kalorien? Der Umfang der notwendigen Lebensmitteleinfuhren. Untersuchung der "Wirtschaft" zum Thema des Tages. Zahlen des Ernährungsministers in sachlicher Beleuchtung 1
Die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft 1
Wiens Gemeindebetriebe nach dem Krieg. Ein Vergleich mit dem ersten Weltkrieg. Unterredung mit Stadtrat Dr. Erich Exel 3

Die Woche, 8. Dezember

Christl am Christkindlmarkt 3

Die Wirtschaftswoche, 6. Dezember

Stadtrat Sigmund bei den Zuckerbäckern 2

Neue Zeit, Graz, 4. Dezember

Wien 1 1/2 Jahre ohne Frischfleisch. Konferenz der Landeshauptleute über die Lebensmittelaufbringung 1

Demokratisches Volksblatt, Salzburg, 3. Dezember

Österreich erhält Ölbetriebe zurück. Ehemals deutsche Ölgesellschaften in der USA-Zone der österreichischen Regierung übergeben 1
Die Obus-Tarife werden erhöht. Salzburger Gemeinderat anerkennt die Notwendigkeit 2
Wieder Sturm auf das städtische Wirtschaftsamt 3

Die Neue Zeit, Klagenfurt, 3. Dezember — Seite

Amtliche Bekanntmachung. Magistrat der Landeshauptstadt Klagenfurt, Magistratsabteilung VIII (Wohnungsamt). Anzeigepflicht von Wohnräumen! 4

Volkszeitung, Klagenfurt, 3. Dezember

Heraus mit den drei gebotenen Feiertagen 3
Grundsätze bei Wohnungsbeschlagnahmungen. 3
Eine britische Verlautbarung

Volkszeitung, Klagenfurt, 4. Dezember

Österreichs Widerstand gegen Hitler. Die Dokumentensammlung im "Rot-weiß-rot-Buch" 1
Zusatzkarten für Hausfrauen, Jugendliche usw. 2
Kundmachung. Registrierung von unversorgten Hinterbliebenen von Freiheitskämpfern 4

Neue Zeit, Linz, 4. Dezember

400.000 Paar Schuhe in den Magazinen 1
Der Kampf um das Kollektivvertragsgesetz. Von Gottlieb Fiala, Zweiter Vorsitzender des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 4

K u l t u r d i e n s t d e r S t a d t W i e n

(Beilage zur "Rathaus-Korrespondenz")

6. Dez. 1946 Blatt 371

80 jähriges Verlagsjubiläum

Am 1. Dezember 1946 beging die Firma Urban & Schwarzenberg in Wien, der älteste und bedeutendste medizinische Verlag Österreichs, ihr 80 jähriges Bestandsjubiläum. In Wien, 1866 gegründet, nahm das Unternehmen einen raschen Aufschwung und trug in bedeutendem Maße zu der Entwicklung bei, die die Wiener medizinische Schule in der wissenschaftlichen Welt berühmt gemacht hat. Auch in der Folgezeit setzte der Verlag seine ganze Kraft ein, um österreichischen Ärzten, Klinikern und Forschern den Weg in die Öffentlichkeit zu ebnen. Die drohende Überfremdung während der nationalsozialistischen Ära konnte der Verlag dank seiner innigen Verbundenheit mit dem österreichischen Geistesleben erfolgreich abwehren. Er steht jetzt wieder mit an der Spitze jener Bestrebungen und Kräfte, die der österreichischen Wissenschaft und Forschung die ihr gebührende Weltgeltung zurückerobern wollen. Im Hinblick auf die außerordentlichen Verdienste, die sich der derzeitige Inhaber des Verlages, Hans Urban, um die medizinische Wissenschaft erworben hat, wurde ihm soeben von der Universität Innsbruck die Ehrenmitgliedschaft verliehen.

An der Feier, die aus diesem Anlaß die Mitarbeiter des Verlagshauses vereinigte, nahmen ein Vertreter des Amtes für Kultur und Volksbildung und der Vorsitzende der Korperation der Buchhändler teil.

Ausstellung Vilma Eckl

Am Samstag, den 7. Dezember 1946, findet um 11 Uhr vormittag in der Galerie Welz, Wien I., Weihburggasse 9, die Eröffnung der ersten Kollektiv-Ausstellung Vilma Eckl statt. Stadtrat Dr. Matejka wird die Linzer Malerin im Namen der Stadt Wien begrüssen. Für die Österreichische Kulturvereinigung wird Minister a.D. Pernter sprechen.

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Wer seine Wohnung elektrisch heizt, stiehlt
hundert anderen das Licht aus der Wohnung.

Ausgabe von Zigarren

Das Hauptwirtschaftsamt Wien und das Landeswirtschaftsamt für Niederösterreich und das Burgenland geben im Einvernehmen mit der österreichischen Tabakregie den Aufruf der Abschnitte M 1/22 und M 2/22, sowie F 1/22 der Raucherkarten für die Versorgungsperiode vom 9. Dezember 1946 bis 5. Jänner 1947 bekannt.

Auf diese Abschnitte, die bis 5. Jänner 1947 eingelöst werden können, werden je Abschnitt abgegeben:

entweder 3 Zigarren zu 20 Groschen
oder 2 Zigarren über 20 Groschen.

Zigaretten oder Rauchtabake dürfen auf diese Abschnitte nicht abgegeben werden.

Der Verkauf der aufgerufenen Zigarren beginnt in Wien (Bezirke I bis XXVI) am Montag, den 9. Dezember 1946 und in Niederösterreich und Burgenland nach Warenanlieferung.

Das Mitfahren auf den Trittbrettern ist lebensgefährlich

In letzter Zeit häufen sich die schweren Unfälle, die dadurch entstehen, daß auf den Trittbrettern mitfahrende Personen durch parkende und vorbeifahrende Fahrzeuge, oder, wie bei der Wiener elektrischen Stadtbahn, beim Vorbeifahren an Masten abgestreift werden.

Die Betriebsleitung der Wiener Verkehrsbetriebe warnt eindringlich vor diesem gefährlichen Unfug, durch den jeden Monat viele Menschen ihr Leben oder ihre Gesundheit einbüßen.

Neue Schulbücher für die Wiener Kinder

Die Wiener Pflichtschulen werden gegenwärtig von 101.233 Schülern und Schülerinnen besucht. In den letzten Wochen wurden allen Wiener Schulkindern die neuen Lernbücher und Klassenlesestoffe auf Kosten der Gemeinde übergeben. Es wurden insgesamt 130.000 Exemplare hergestellt. Davon entfallen auf die Volksschulen 30.000 Stück "Sprech- und Sprachübungen", auf die Hauptschulen je 40.000 Stück "Biblische Geschichte" und "Katechismus", 18.000 Stück "learn English" und je 1000 französische und lateinische Lehrbücher. Außerdem wurden 137.000 Exemplare Klassenlesestoff gedruckt. Sie verteilen sich auf je 25.000 Exemplare auf das Heft "Aus dem Leben zweier Wiener Kinder" und auf "Grimms Märchen" I. Teil, je 15.000 Exemplare entfallen auf "Des Knaben Wonderhorn", "Grimms Märchen" II. Teil und "Alt und Neu Wien". Für die Hauptschulen wurden 42.000 Exemplare "Brehms Tierleben", "Gullivers Reisen", "Das Fähnlein der 7 Aufrechten", "Sindbad der Seefahrer" und "Die österreichische Nordpolfahrt" ausgegeben.

Die Kosten dieser Bücher betragen S 685.290 und werden zur Ganze von der Gemeindeverwaltung getragen.

Spielzeug für Weihnachten

Die Schüler und Schülerinnen der Wiener Fortbildungsschulen haben für arme Kinder Spielzeug für Weihnachten verfertigt. Um dieses Spielzeug, das eine Spende an die Stadt Wien darstellt, zu übernehmen, war Bürgermeister General Dr.h.c. Körner heute vormittag in die Fortbildungsschule in der Hütteldorfer Straße gekommen. Mit ihm erschienen auch Stadtrat Dr. Freund, geschäftsführender Präsident des Stadtschulrates Nationalrat Dr. Zechner, Landesschulinspektor Mandl und der Militärkommandant des XV.Bezirkes, Major Roger.

Nach den Reden der Gäste, die einmütig ihrer Freude und Bewunderung über das Geschaffene Ausdruck verliehen, sprach Bürgermeister General Dr.h.c. Körner. Er dankte den Fortbildungsschülern für ihre große Arbeit und betonte, daß er stolz auf diese Jugend sei, die schon soviel soziales Empfinden zeige. Sodann übernahm der Bürgermeister das Spielzeug um es an Stadtrat Dr. Freund zur Verteilung an bedürftige Kinder weiterzugeben.

Verkehrsverbesserungen auf der Straßenbahn

Die Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe teilt mit, daß am Montag, den 9. Dezember l.J., folgende Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehres in Kraft treten:

1. Auf der Linie C, Kaisermühlen, Praterstern, Nordbahnstraße, Schwedenplatz, Schottenring, Alserstraße, Ottakringer-Straße bis Lorenz Bayer-Platz wird der Verkehr wieder aufgenommen. Gleichzeitig wird die Linie H_2 wieder über die Jörger Strasse statt über die Ottakringer Straße geführt. Die ersten Züge der Linie C verkehren ab Lorenz Bayer-Platz um 5'11 Uhr, ab Schüttauplatz um 5'58 und abends ab Lorenz Bayer-Platz bis Liebenberg-Denkmal 20'44 und ab Liebenberg-Denkmal bis Lorenz Bayer Platz um 21'01. Die letzten Züge gehen vom Lorenz Bayer-Platz um 20'34, vom Schüttauplatz um 21'18, bzw. vom Lorenz Bayer-Platz bis Liebenbergdenkmal um 22'14 und in der Gegenrichtung ab Liebenberg Denkmal bis Lorenz Bayer-Platz um 22'31 ab.

Der erste Zug der Linie H_2 verkehrt ab Bahnhof Hernals um 5'12 Uhr, ab Schüttelstraße um 5'56. Der letzte Zug ab Bahnhof Hernals um 22'13 Uhr, ab Schüttelstraße um 23'02 Uhr.

2. Die Rundlinie 5 wird von der Josefstädter Straße bis zur Mariahilfer Straße verlängert und die Rundlinie 6 wieder über die frühere Route Gumpendorfer Straße, Brückengasse, Schönbrunner Straße, Reinprechtsdorfer Straße zum Matzleinsdorfer Platz und weiter zur Simmeringer Hauptstraße gefahrt.

Die ersten Züge der Linie5 gehen ab Mariahilfer Straße um 5'06 Uhr, ab Praterstern um 5'48 und ab Wallensteinstraße um 5'13 Uhr. Die letzten Züge verkehren ab Mariahilfer Straße um 20'27 Uhr und in der Gegenrichtung ab Praterstern um 21'04 Uhr. Auf der gekürzten Strecke verkehrt der letzte Zug ab Praterstern bis Josefstädter Straße um 23'00 Uhr und in der Gegenrichtung ab Josefstädter Straße bis Praterstern um 22'29 Uhr. Auf der verkürzten Strecke von der Josefstädter Straße bis Wallensteinstraße fährt der letzte Zug um 23'31 Uhr ab.

3. Zur Verstärkung des Verkehres auf dem Gürtel werden an Werktagen in den Früh- und Abendstunden (Samstag mittags) Züge mit dem Liniensignal "18" zwischen Süd-Ostbahnhof und Urban Loritz-Platz verkehren.

Auf der Linie 6 verkehrt der erste Zug ab Mariahilfer Straße um 5'38 Uhr, ab Simmeringer Hauptstraße um 5'39 Uhr. Die letzten Züge fahren ab Mariahilfer Straße um 23'03 Uhr, ab Simmeringer Hauptstraße um 22'50 Uhr.

Bestandsmeldung für Fleisch und Fleischwaren

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die Fleischabgabestellen haben in der mit Stichtag 8. Dezember 1946 zu erstattenden Lagermeldung den Stand an Fleisch und Wurst getrennt anzugeben. Von den drei Ausfertigungen der Warenstandsmeldung, die am Montag, den 9. Dezmber 1946 bei der zuständigen Marktamtsabteilung einzureichen sind, verbleiben zwei Ausfertigungen in der Marktamtsabteilung, während die dritte so rasch als möglich an den Großhändler weiterzugeben ist.

Vorbereitung der Ausgabe von Essiggemüse

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Zur Vorbereitung der Ausgabe von Essiggemüse haben alle Kleinhändler, die Gemüse und Obst führen, in der Woche ab 9. Dezember 1946 ihren Bedarf bei der Fachgruppe 1., Helferstorferstraße 9 anzumelden. Die Anmeldung erfolgt bezirksweise am Montag für die Bezirke 1 bis 4, Dienstag für 5 bis 9, Mittwoch für 10 bis 14, Donnerstag für 15 bis 19 und Freitag für die Bezirke 20 und 21.

Die Kleinhändler erhalten eine Anweisung an einen Essiggemüseerzeuger auf der Basis von 25 dkg pro Einheit der Abschnitte 369 bezw. 569 der Gemüseeinkaufscheine. Die Abgabe an die Verbraucher ist ab 16. Dezember 1946 vorgesehen.

Zusatzkarten für Hausgehilfinnen

Die Landesernährungsämter Wien und Niederösterreich geben bekannt:

Hausgehilfinnen in Wien und in den Randgemeinden erhalten Zusatzkarten für Angestellte. Die Zuweisung kann ab Montag, den 9. Dezember 1946 bis Freitag, den 13. Dezember in der zuständigen Kartenstelle beantragt werden. Als Nachweis zur Anspruchsberechtigung ist die bezahlte zuletzt fällig gewesene Beitragsrechnung der Krankenkasse vorzulegen. Wenn für 2 oder mehrere Hausgehilfinnen eines Haushaltes die Zusatzkarten verlangt werden, ist auch die Anmeldebestätigung für die Krankenkasse beizubringen. Hausgehilfinnen zwischen dem 14. bis 18. Lebensjahr haben auf dem Antrag die Geburtsdaten anzugeben.

Preise der aufgerufenen Lebensmittel

Für die im Rahmen des Wochenaufrufes zur Ausgabe vorgesehenen Lebensmittel gibt das Marktamt der Stadt Wien folgende Verbraucherpreise bekannt:

Salzspeck		S 1.70 pro kg
Fleischgemüse		" 1.80 " "
Schmalz		" 2.16 " "
Fischkonserven	S 1.23 bezw. 1.30 bezw.	" 1.38 " Dose
Haferflocken		" 0.80 " kg
Teigwaren	S 0.98 bezw.	" 1.04 " "
Griess		" 0.78 " "
Zucker, Normalkristallzucker		" 1.80 " "
" Feinkristallzucker		" 1.82 " "
Fischmarinaden		" 4.50 " "
Schinken mit Ei		" 2.70 " "
Bohnen	S 0.60 bezw.	" 0.94 " "
Erbsen		" 0.90 " "
Maisgrütze		" 0.51 " "
Margarin		" 3.72 " "
Nestle	1 Dose zu 36.5 dkg	" 3.--

Pressespiegel vom 6. und 7. Dezember 1946

Wiener Zeitung, 6. Dezember:

Neues Dienstrecht der Gemeindeangestellten. RK 3
Verzicht der Salzburger Bevölkerung auf 200 Gramm Frischfleisch pro Zuteilungsperiode gegen Erhöhung der Fettration 3

Wiener Kurier, 6. Dezember:

Blaue und braune Decken bevorzugt. (Wiener Hauptwirtschaftsamt.) 3

Weltpresse, 6. Dezember:

Honig für die Wiener Kinder 3
Wieder die Weiche Ecke Flurschützgasse-Margaretengürtel 3
Der erste Lohnstreik in Wien beendet 5
Die Reinigung der Wiener Kanäle 5

Neues Österreich, 7. Dezember :

Warum gibt es in Wien heute eine Wohnungsnot? Interessantes Ergebnis einer wirtschaftspolitischen Untersuchung 2
Dilaudid ist einwandfrei. RK 3

Arbeiter-Zeitung, 7. Dezember:

England muß die Brotration kürzen 1
Wiedereinführung der 48-Stunden-Woche in Frankreich? 1
Der Wiener Gemeindehaushalt 1947. Von Stadtrat Karl Honay 1
Verhaftung eines sozialistischen Funktionärs in Graz, (Bezirksschulinspektor Anton Afritsch.) 2
Nur neu angefertigte Waren sind bezugscheinpflichtig 3

Das Kleine Volksblatt, 7. Dezember:

Die Schule - Gradmesser der Kultur. (Von Nat.Rätin Dr. Nadine Paunovic.) 2
Neue Überprüfung der Hochschüler. (Erlaß des Bundesministers Dr. Hurdes.) 4
Der Voranschlag der Stadt Wien für 1947. (Stadtrat Karl Honay) RK 4
Lueger - Schöpfer des kommunalen Sozialismus. (Stadtrat Dr. Exel über aktuelle Fragen der Kommunalpolitik und von der Möglichkeit einer Erhöhung der Tarife bei der Strassenbahn, für Gas und Strom. Gegen die zwangsweise Aussiedlung von Hauptmietern.) 4
Erholungs- und Sportlerfahrten des Verkehrsbüros. (Wintersportfahrten ins Weisse durch das Österreichische Verkehrsbüro.) 5
Über die Betriebsruhe in der Weihnachtswoche 5
Rückgang der Sterblichkeitsziffern 5
Die Stadtbahn an Sonn- und Feiertagen 5
Die städtischen Bäder. RK 5
Schokolade für n.-ö. Schulkinder 6
Keine Weihnachtskarpfen 6

Österreichische Volksstimme, 7. Dezember:

Die Staatsbürgerschaft der Frau Münnichreiter (wurde auf unbürokratische Weise gelöst) 2
Schenkungsurkunden der Roten Armee sind gültig. (Eine prinzipielle Entscheidung des Gerichtes.) 3

Erfolgreiches Ende des Schneiderstreiks. Lohnerhöhungen von 40 bis 45 Prozent durchgesetzt - Ein Erfolg der gewerkschaftlichen Einheit - Millionengewinne für Kleiderfabriken - keine Anzug für Arbeiter 3
Der große Stollen in Kaprun durchbrochen 3
Exhumierungen im 24. Bezirk. RK 3

Österreichische Zeitung, 7. Dezember:

Großer Zustrom zur Ausstellung "Niemals vergessen!" 2
"Keine Annahme wegen Arbeitsüberlastung..." (Die Überbeschäftigung des Handwerks 4
Österreichs Gemeindebediensteten erhalten neues Dienstrecht. Zur RK 4
Photoausstellung der Naturfreunde. (Stadtrat Dr.Viktor Matejka.) 5

Die Presse, 7. Dezember:

Verwaltung nach dem Gesetz. Zum Wiederaufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Von Karl Ehrhart 3
Graz baut an seiner Zukunft. Von Dr. Franz Haring, Magistratsdirektor der Landeshauptstadt Graz 5
Verbesserung des Straßennetzes. Instandsetzung der Bundesstraßen schreitet fort . Was geschieht mit der Autobahn? 6
Die Rettung des Kärntner Kunstbesitzes. Erhebliche Bombenschäden in den Städten. Umfangreiche Arbeiten der Denkmalpflege. 6
Heizkraftzentralen im künftigen Wien? Gedanken zum planvollen Wiederaufbau. Energiewirtschaftliche Symbiose von Fabriken. Von Oberbaurat Ing. B.M. Gerbel 7
Wien braucht eine verläßliche Polizei. Der Aufbau des Sicherheitswesens. Bewaffnung noch völlig unzulänglich 7
Wiener Veduten und Genreszenen 8
Entwicklung der Brennstoffeinfuhr. (Statistische Nachrichten.) 12
Ein- und Ausfuhr von elektrischer Energie. (Statistische Nachrichten.) 12

Demokratisches Volksblatt, 4. Dezember:

Der "Schuhsturm" Auf das Städt. Wirtschaftsamt 3

Volksbildung - Wiener Volkshochschulen

Urania, I., Uraniastraße 1
Fim: "Aus der glücklichen Schweiz" - Mo, Di, Do, Fr 14.30, 17 und 19.30 Uhr. Mi, Sa, So 17 und 19.30 Uhr Märchenfilm: "Hänsel und Gretel" Mi, Sa, So 14.30 Uhr. Mo 9. Lichtbildervortrag Emil M.Pessler: Die weiße Stadt am schwarzen Meer - Constanza, die Stadt der Gegensätze. (19 Uhr). Mi 11. Kurzfilme: Weihnachten im Märchenland (14.30 Uhr). Führung: Dr. Ferdinand Eckhardt: Ausstellung österr. Kunst. Treffpunkt I., Weißkirchnerstraße 1 (14.30 Uhr). Weihnachtssingen. Mundartliche Dichtungen (19 Uhr). Do 12. Lichtbildervortrag Heinrich Kemmler: Eine Mittelmeerreise (19 Uhr). Fr 13. Lichtbildervortrag: Das Gesäuse und seine Berge. Leichte und schwere Gipfelbesteigungen in den Ennstaler Alpen (19 Uhr). Sa 14. Kurzfilme: Weihnachten im Märchenland (14.30 Uhr). So 15. Führung Ing. Wolfram Ernst: Liechtenthal, Himmelpfortgrund und Thurygrund. Treffpunkt 9.15 Uhr Markthalle Nußdorfer Straße - Ecke Alser Straße. Führung Prof. Rudolf Sterlike: Atelier der akademischen Malerin Rose Reinhold. Treffpunkt 10 Uhr, XV., Graumanngasse 8. "Lyrik der Weltliteratur". III. Große französische Lyriker. Es liest Burgschauspieler Fred Liewehr. Mitw. Dr. Paul Lorena (Gesang), Dr. Erik Werba (Klavier) 10 Uhr.

Volksheim Ottakring, XVI., Ludo Hartmann Platz 7
Mo 9. Diskussionsabend Dir. Dr. Otto Brechler: "Jazz" (18.30 Uhr). Mi 11. Prim. Dr. Viktor Frankl: Lebensmut und Lebensmüdigkeit (18.30 Uhr). Wilhelm Alt: Goethes Faust - Gretchen Tragödie (18.30 Uhr). Sa 14. Lichtbildervortrag Leopold F. Woitsch: Zwischen Urwald und Fazenda (17 Uhr). Aristides Melingo-Saginth: Sterngötter, Sternglaube und Sterndeutung (19 Uhr). So 15. "Metropolis" - Ein Fritz Lang-Film mit Brigitte Helm u. Gustav Fröhlich. Im Beiprogramm: Schmalfilm-Lustspiele (17 und 19 Uhr). Die Volkssternwarte Ottakring, XVI., Vogelweidplatz 15, ist im Dezember an sternklaren Abenden an Dienstagen und Freitagen von 20 bis 21.30 Uhr geöffnet.

Volksbildungshaus Margareten, V., Stöbergasse 13
Film: "Un Carnet de bal" ab 13. Dez. "Unterwegs nach Murmansk". Mo, Sa 17 Uhr, Di, Do, Fr 17 und 19.15 Uhr, Mi 19.15 Uhr, Mo 9. "Tolstoi-Abend", Szenen aus Anna Karenina u.a. Einleit. Worte: Dr. Leopold Langhammer. Vortrag: Doz. J.Hoffmann-Altenheim (19.15 Uhr) Dr. Hugo Ellenberger: Gerhart Hauptmann (18 Uhr). Dr. Hugo Ellenberger: Intelligenz und Intelligenzprüfungen (19 Uhr). Di 10. Univ. Prof. Dr. E.Stransky: Die Krankheiten des Nervensystems (18.30 Uhr) Mi 11. Märchenfilm: "Tra Tra trallala" (17 Uhr). Univ. Doz. Dr. F. Driak: Die Zahnkaries und ihre Folgen (18.30 Uhr). Do 12. Aristides Melingo-Saginth: Johann Jakob Bachofen. Der hervorragende Mythen- und Symbolforscher (18.30 Uhr). Fr. 13. Lichtbildervortrag Helmut Kemmler: Die Welt blickt auf Bikini (18.30 Uhr). Sa 14. Märchentheater: Das tapfere Schneiderlein (14.45 Uhr). Musikal. Lustspiel: Das Fräulein mit dem Koffer (19.15 Uhr). So 15. Märchenfilm: Rumpelstilzchen (13 Uhr). "Der zerbrochene Krug" Lustspiel v. H.v. Kleist (17 Uhr). Musikal. Lustspiel: Das Fräulein mit dem Koffer (19.15 Uhr).

Volksheim Alsergrund, IX., Galileigasse 8
Mo 9. Doz. Dr. Gustav Guist: Anatomie des Auges (19 Uhr). Prof. Dr. Paul Dengler: Schmelztiegel Amerika (20 Uhr). Di 10. Dr. Herbert Novotny: Hermann Broch und der wertphilosophische Roman. (18 Uhr). Filmvorführung: "Stenka Rasin" - Leben und Kampf eines Rebellen (19 Uhr). Mi 11. Ing. Dr. phil. Karl Skowronnek: Von der Werbeidee zum Werbeplan (19 Uhr) Fr 13. Dr. Walter Schienerl: Sozialpsychologie der Individualität (20 Uhr). Sa 14. Tonfilmvorführung: IX., Sensengasse 3, Märchenfilm "Wiesenzwerge" (14 Uhr), Film: "Schleichendes Gift" (16 und 18 Uhr). Dr. Robert Schneider: "Psychologische Diagnostik" (17 Uhr) Rainer Maria Rilke zum 20. Todestag. Eine Auswahl der Gedichte und Sonette. In deutscher und englischer Sprache. Ausf.: Lt. Col. Williamson, Dr. H. Ellenberger, Ilse Geller (19 Uhr). So Tonfilmvorführung IX., Sensengasse 3, Märchenfilm: "Wiesenzwerge" (14 Uhr). Film: "Schleichendes Gift" (16 und 18 Uhr). "Hausmusik zur Weihnachtszeit" Ltg. u. verb. Worte: Viktor Korda (18 Uhr). Theateraufführung unter Leitung und Mitwirkung v. Burgschauspieler Julius Karsten: Hugo v. Hofmannsthal: "Die Hochzeit der Sobeide" Arthur Schnitler: "Litaratur" (19 Uhr).

Volkshochschule Hietzing, XIII., Veitingergasse 9
Mo 9. Hilde Weinberger: "Dichtung aus 3 Jahrtausenden" (19 Uhr).

Volkshochschule Währing, XVIII., Schopenhauerstr. 49
Mo 9. Erich Dolezal: Mensch und Weltall. Mit Lichtbildern und Filmvorführung (19 Uhr). Dir. Dr. Hugo Ellenberger: Faustzyklus. Klaramaria Skala spricht die Gretchenszenen (19 Uhr). Mi 11.12. Dir. Oskar Spiel: Begriff der tendenziösen Apperzeption (20 Uhr). Do 12. Dr. Emmerich Pogorelec: Die "schöne" Seele der Griechen und die Grundlagen der abendländischen Kultur (19 Uhr). Fr 13. "Spione". Meisterfilm v. Fritz Lang (19 Uhr).

Volkshochschule Döbling, XIX., Billrothstraße 26
Di 10. Dr. Gottfried Strohschneider: Alt-Wiener Krippenspiele (19 Uhr).

Ausstellung Vilma Eckl

Samstag, den 7. Dezember wurde in der Galerie Welz, Wien I., Weihburggasse 9, eine Ausstellung der oberösterreichischen Malerin Vilma Eckl, die eine Gesamtschau ihrer Werke bringt, eröffnet.

Dr. Egon Seefehlner von der "Österreichischen Kulturvereinigung" hob die Tatsache hervor, daß es den Bestrebungen der Kunstförderung durch diese Ausstellung gelungen sei, einen weiteren Beitrag zu einer Gesamtschau des österreichischen Kunstschaffens zu liefern. Diese Gesamtschau müsse die Grundlage bilden für den Eintritt der bildenden Kunst Österreichs in den Wettstreit der bildenden Künstler aller Nationen.

Anschließend eröffnete Stadtrat Dr. Viktor Matejka die Ausstellung und wies dabei auf die besondere Eigenart der künstlerischen Persönlichkeit Eckls hin, die angeblich aus der Not eine Tugend machend, ihre Schöpfungen nicht in Aquarell, Tempera und Öl ausführt, sondern in einem ihr leichter zugänglichen Material: der Farbkreide. Allerdings scheint gerade dieses künstlerische Ausdrucksmittel darüber hinaus der wirkungsvollste Gestalter ihres Kunstwollens zu sein. Der breite Strich, die Leuchtkraft der Farbe entspricht ihrem Wunsche nach monumentaler Formung in gleichzeitiger Verbindung mit einem flüchtigen Oberflächenwert.

Als besonders erfreulich hob Stadtrat Matejka hervor, daß nach den Tiroler Malern Werner Scholz und G.Diesner und dem Grazer Maler Fronius eine bedeutende Linzer Malerin in Wien begrüßt werden könne. Auf dem Gebiete der Kunstförderung und Kunsterziehung dürfe Österreich keine Grenzen und Zonen kennen.

Zum Schluß gedachte er auch der unermüdlichen Bestrebungen von Frau Luise Kromlacek, denen es zu danken ist, daß die Galerie Welz als vorbildliche Stelle moderner Kunstbetreuung und Kunstförderung angesehen werden kann.

P r e s s e s p i e g e l vom 7. und 8. Dezember 1946

Wiener Kurier, 7. Dezember:

Wiens Defizit für 1947: Rund 110 Millionen Schilling 3
Weihnachtskarpfen ist ins Wasser gefallen 3
Rudolfinerhaus wird vom Schottenstift aufgebaut 3

Weltpresse, 6. Dezember:

Heizölversorgung unbefriedigend. Nur die Hälfte des Bedarfes wird gedeckt. E.-Werk grösster Bezieher 5

Neues Österreich, 8. Dezember:

Schüler und Schülerinnen der Wiener Fortbildungsschulen haben für arme Kinder über 10.000 Puppen und andere Spielzeuge angefertigt. (Stadtrat für Wohlfahrtswesen Dr.Freund) (Bild) RK 1
14tägige Weihnachtsferien in den Schulen 3
Donausozialistenkongress in Prag 2
Verkehrsverbesserungen auf der Straßenbahn. RK 4
Über 70.000 Besucher in der Weihnachtsausstellung 4

Arbeiter-Zeitung, 8. Dezember:

Die kommunistischen Berliner Stadträte wollen nicht weichen 1
Wie sieht die Sozialistische Partei aus? Interessante Zahlen vom Parteitag 2
Anschlußgefahr oder Sozialistenhetze? 2
Die Wiener Parteischule 2
Wieder ein kommunistische Infamie. (Gesuch der Frau Münichreiter - Stadtrat Afritsch) 2
Neue Menschen für eine neue Welt 2
Voller Erfolg der Bekleidungsarbeiter. Die Lehre des Striks 3

Das Kleine Volksblatt, 8. Dezember:

Kohlenarbeiterstreik in USA beendet 3
Österreichs Widerstand in der Wehrmacht. Aus dem Rot-Weiß-Rot-Buch 3
Wiener Schuldiktator Dr. Fritz verhaftet 4

Österreichische Volksstimme, 8. Dezember:

Das Innenministerium will die Versammlungsfreiheit einschränken. Und stützt sich dabei auf eine Heimwehrnotverordnung
Müssen wir soviel Steuer zahlen? Von Dr. Ludwig Soswinski 1
Rettet die Kinder. Große Frauenkundgebung in den Sophiensälen 2
Zum Lebensmittelaufruf dieser Woche: Vom Ernährungsbeirat der "Volksstimme" 4
Wohnungsprobleme 6
Haslinger hilft! Besuche Haslingers in Favoriten 6
Neue Schulbücher für die Wiener Kinder. RK 6

Österreichische Zeitung, 8. Dezember:

Grazer Bürgermeister über Sabotage der Milch- und Kartoffelversorgung. Schwere Beschuldigung gegen die Gastwirte 3

Welt am Abend, 7. Dezember:

Wiener Wohnungsbedarf und die Wohnbaufinanzierung. (Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung.) 3

Welt am Montag, 9. Dezember:

Sorgenkinder unserer Zeit. (Geschlechtskrankheiten) 4
Das Mietgespenst 4

Welt-Illustrierte der Österreichischen Zeitung, 8. Dez.:

Vor dem Wiener Rathaus wurde an Stelle des Gluck-Denkmals das Standbild Josef von Sonnenfels, des tapferen Kämpfers gegen mittelalterliche Tortur, wieder aufgestellt 5
Bürgermeister General a.D. Körner überreichte Else und Albert Bassermann den Ehrenbürgerbrief der Stadt Wien 5

Neue Zeit, 6. Dezember: (Graz)

Zwischen Kapitalismus und Bolschewismus 1
Städter wollen Schleichhändler lynchen 2
Der "reichste" Hausherr von Graz. Besitzer von 645 Objekten - 90.000 Schilling monatlicher Zinsertrag 3

Das Steirerblatt, Graz, 5. Dezember:

Brotgetreide im Anrollen. Zulagen für Weihnachten 1

Das Steirerblatt, 6. Dezember:

Barackenlager in der Karlau für überstellte Pg. 3
Große Weihnachtsschuhaktion im Gang. 70.000 Paar an die Wiener Händler geliefert. Auch die Bundesländer berücksichtigt 3
Die Stadtgemeinde der größte Hausherr von Graz. 2382 Wohnung mit 8070 Personen werden von der Liegenschaftsverwaltung betreut 3

Wahrheit, 3. Dezember: (Graz)

Brot und Brennholz - Sorgen der Grazer 3

Wahrheit, 4. Dezember: (Graz)

400.000 Paar Schuhe werden zurückgehalten. Spontane Grazer Frauendemonstration um Schuhe - Betriebe verlangen Neuwahlen 1

Wahrheit, 5. Dezember (Graz):

Der Speisezettel für Weihnachten. 10 dkg Schweinefleisch pro Kopf der steirischen Bevölkerung, Wein- und Fischzuteilung für Weihnachten gesichert! - Schwierige Ernährungslage 1

Wahrheit, 6. Dezember (Graz):

Die Gemeinde als Baumeister 3
Anzeige überzähliger, zur Berufsausübung beanspruchter Wohnräume 4

Tagblatt, 5. Dezember, (Linz):

Wo bleibt der Bewirtschaftungsausschuß? (Vorständekonferenz des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.) 1 2
Aus dem Linzer Stadtrat
Kunstgewerbe einmal näher betrachtet. Die Firma "Look here" erzeugt kunstgewerbliche Gegenstände zu angemessenen Preisen 2

Linzer Volksblatt, 5. Dezember:

Unter dem Patronat der Berufsfeuerwehr. Die Freiw-illigen Feuerwehren von Linz werden verringert. Wichtige Beschlüsse des Linzer Stadtrates 2

Neue Zeit, Linz, 5. Dezember:

Wie der Amtsschimmel wiehert. (Neue einheitliche Seifenkarte für Oberösterreich.) 3

Neue Zeit, Linz, 6. Dezember:

Unruhen in Graz. Ausgabe von Schuhbezugscheinen im Grazer Wirtschaftsamt 1

Oberösterreichische Nachrichten, Linz, 6. Dezember:

Österreichs Lastkraftwagenbedarf 3

Oberösterreichische Nachrichten, Linz, 7 Dezember:

Verfehlte Preispolitik.(Prof. Dobretsberger) 1

Salzburger Volkszeitung, 6. Dezember:

Wer darf den Bauernhof kontrollieren? 4
Kundmachung über die Pflichteinstellung von Invaliden 6

Volkszeitung, Innsbruck, 5. Dezember:

Wann kommen endlich die Bewirtschaftungsstellen 1
Sind Halstücher ein Luxus? 3

Tiroler Neue Zeitung, Innsbruck, 4. Dezember:

Ausgabe von Bettfedern und Inlett 3
Fahrtbegünstigungen der Kriegsbeschädigten auf den Innsbrucker Verkehrslinien 3

Tiroler Neue Zeitung, Innsbruck, 5. Dezember:

Neue Verpflegsgebühren in Krankenhäusern 3
Neuerfassung des Wohnraumes. (Stadtmagistrat) 4

Volkszeitung, Klagenfurt, 6. Dezember:

Wein für Kärnten sichergestellt 1

Vorarlberger Volksblatt, Bregenz, 5. Dezember:

Das Rot-Weiß-Rot-Buch 1

Vorarlberger Volkswille, Bregenz, 5. Dezember:

Die Konsumentenvertreter dürfen nicht ausgeschaltet werden. Warum d. Lebensmittelaufbringungsgesetz verzögert wird 2
Wir erobern die Gemeinden. Ernährungslage schlimmer als zuvor. Das Sicherheitsrefert.
Konferenz der sozialistischen Gemeindevertreter 3

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Schränke den Stromverbrauch auf ein Mindestmaß ein;
du ermöglichst damit die Erzeugung lebenswichtiger Güter.

Wasserleitungseinrichtungen müssen vor Frost geschützt werden

Mit Rücksicht auf den bereits eingetretenen Frost ist es notwendig geworden, Massnahmen zu ergreifen, um das Einfrieren der Wasserleitungseinrichtungen zu verhindern. Es wird daher empfohlen, die Kelleröffnungen geschlossen zu halten und gebrochene oder fehlende Verglasung behelfsmäßig, jedoch möglichst luftdicht zu ersetzen. Freiliegende Leitungsteile, wie Hauswechsel, Wasserzähler, Rohre usw. sind mit alten Säcken oder Hadern zu umhüllen. Der Wasserzähler und das vor diesem montierte Absperrventil (Hauswechsel) können auch in einem mit Sägespänen, Holzwolle u. dgl. ausgefüllten, leicht entfernbaren Holzkasten untergebracht werden.

Verlängerung der Ausstellung "Wettbewerb Donaukanal"

Im Hinblick auf das grosse Interesse, das den Wettbewerbsentwürfen zur Neugestaltung des Donaukanales von allen Teilen der Wiener Bevölkerung entgegengebracht wird, bleibt die Ausstellung im grossen Saal des Börsengebäudes noch bis einschliesslich Sonntag, den 15.Dezember 1946, geöffnet.

Schweizer Bücher in Wien eingetroffen

Nach Überwindung verschiedener Schwierigkeiten in beiden Vertragsländern sind nun die ersten Schweizer Bücher für Weihnachten in Wien eingetroffen. Leider ist die Freude darüber nicht

ganz ungetrübt, da einerseits aus kurstechnischen Gründen nicht der ursprüngliche Umrechnungsschlüssel von 1:1 in Kraft treten konnte, sondern die Bücher jetzt zum offiziellen Kurs von S 2.30 für einen Schweizer Franken berechnet werden müssen.

Es ist dafür Vorsorge getroffen, dass in erster Linie wertvolle Bücher geliefert werden, also vor allem wissenschaftliche Bücher und Bücher einer demokratischen Weltanschauung, die wir hier viele Jahre entbehren mußten. Da gleichzeitig auch die ersten Lieferungen österreichischer Bücher in die Schweiz erfolgen, wird sowohl das österreichische, wie das schweizerische Buchgeschäft zu Weihnachten im Zeichen des gegenseitigen Bücheraustausches stehen.

Die städtischen Bäder und die Kohlen.

Es ist unvermeidlich, dass auch die städtischen Bäder unter den Schwierigkeiten der Brennstoffversorgung zu leiden haben. Schon in den letzten Wochen mussten einzelne Abteilungen, - vor allem die Wannenbäder, die sehr viel Kohle verbrauchen-, aber leider auch einige Bäder zur Gänze, wegen Brennstoffmangel vorübergehend eingestellt werden.

Nachdem die Bäder sozusagen von der Hand in den Mund leben - übrigens nicht nur die Bäder allein - ist eine Prognose auch nur für die nächsten Tage nicht möglich. Als Richtlinie soll jedoch dienen, dass die Bäder in erster Linie für die arbeitende Bevölkerung von grösster Wichtigkeit sind, und für viele die einzige Möglicheit einer gründlichen Körperreinigung bieten. Die städtische Bäderverwaltung wird deshalb bemüht sein, den Betrieb zumindest an Samstagen und Sonntagen aufrecht zu erhalten. Vorläufig werden die Volksbäder, wenn es die Brennstoffanlieferung ermöglicht, auch am Freitag Nachmittag geöffnet sein. Nur das Jörgerbad wird auch Donnerstag Nachmittag und Freitag ab 9 Uhr zur Verfügung stehen.

Grosse Sorgen bereiten die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage. Ob es möglich sein wird, den wie alljährlich grossen Ansturm an Badegästen bewältigen zu können, lässt sich heute noch nicht voraussagen. Der letzte Badetag vor den Feiertagen wird Sonntag, der 22. Dezember, sein.

"Botschaft aus Österreich"

Der Dichter Franz Theodor Csokor hält am 10.Dezember um 21.10 Uhr im Radio Beromünster, Studio Zürich, einen Vortrag über die Ausstellung, "Meisterwerke aus Österreich", unter dem Titel: "Botschaft aus Österreich".

Die Verwaltung der Wiener Randgemeinden

In Besprechungen, die vor kurzem zwischen Vertretern des Landes Niederösterreich und der Stadt Wien geführt wurden, ist die Einsetzung eines vierzehngliedrigen Verwaltungsausschusses vereinbart worden, der zu gleichen Teilen von Wien und Niederösterreich beschickt wird. Aufgabe dieses Ausschusses wird es sein, in Fragen der Verwaltung der 81 Randgemeinden, die nach den neuen Grenzziehungsgesetzen der beiden Landtage wieder an Niederösterreich zurückfallen sollen, in der Übergangszeit bis zum Inkrafttreten der neuen Grenzen, jene Entscheidungen zu treffen, die wegen ihrer finanziellen Bedeutung oder wegen sonstiger weitreichender Konsequenzen der Zustimmung beider Länder bedürfen. Die Verwaltung der Randgemeinden wird in dieser Zeit wie bisher von der Stadt Wien weitergeführt, das vom Land Niederösterreich in diese Gemeinden bereits entsendete Personal der Stadt Wien unterstellt. Die in den Wiederaufbauplänen für die Randgemeinden vorgesehenen Arbeiten sind durch diese Regelung ebenfalls sichergestellt, ihre Finanzierung erfolgt einvernehmlich und gegen etwaige spätere Verrechnung.

300 goldene Hochzeiten im Wiener Rathaus

Heute nachmittag überreichte Bürgermeister General Dr. h.c. Körner in Anwesenheit des Finanzreferenten der Stadt Wien, Stadtrat Honay und der Bezirksvorsteher einem diamantenem und 59 goldenen Hochzeitspaaren aus dem 2. bis 8. Bezirk ein Ehrendiplom und eine Geldspende. Der Bürgermeister gratulierte den Jubilaren herzlichst im Namen der Stadt und dankte ihnen, dass sie so treu den langen Weg miteinander gegangen sind.

Morgen werden die goldenen Hochzeitspaare aus den Bezirken 9 bis 13, Mittwoch die aus dem 14., und 17. bis 20. Bezirk, Samstag aus dem 15. und 16. Bezirk und am Kommenden Montag aus dem 21.Bezirk in das Wiener Rathaus eingeladen um die Glückwünsche der Stadt durch den Bürgermeister entgegenzunehmen.

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Der Gebrauch elektrischer Staubsauger und Bodenbürsten gefährdet die Stromversorgung.

Maßnahmen gegen Schnee und Glatteis

Die Städtische Straßenpflege und die Städtischen Straßenbahnen haben für die Schneesäuberung und die Bestreuung bei Glatteis bereits alle Vorkehrungen getroffen. Der Stand der motorisierten Schneeräumungsgeräte konnte durch intensive Arbeit in den Werkstätten des Städtischen Fuhrparkes auf 45 Motorschneepflüge und 2 geländegängige Schneepflüge gebracht werden, während den Straßenbahnen heuer 51 Schneepflugtriebwagen und 86 Schneepfluganhänger zur Verfügung stehen. Aber selbst mit diesen Schneeräumungsgeräten wird es nur möglich sein die Hauptverkehrsstraßen schneefrei zu halten. Für die Säuberung der Seitengassen werden private Traktoren oder Pferdepaare herangezogen werden müssen.

Für die Schneesäuberung sind, wie in jedem Jahr, außer den Arbeitern der Städtischen Straßenpflege auch noch zahlreiche Hilfskräfte notwendig. Es wurden daher in allen Bezirken Schneearbeiteraufnahmestellen eingerichtet, bei denen sich eine genügend große Zahl von Werkzeugen befindet.

Es ergeht daher an alle Personen, die in keinem festen Arbeitsverhältnis stehen und gesund sind, das dringende Ersuchen, an Schneetagen ihre Arbeitskraft gegen die schon bekanntgemachte Entlohnung zur Verfügung zu stellen. Zur Schneesäuberung in den Seitengassen wird auch wieder an die freiwillige Mithilfe der Hausbewohner appelliert. Bei dieser Arbeit ist besonders darauf zu achten, daß die Rinnsale und Kanalgitter freigelegt werden.

Bei Glatteis werden die Straßenübergänge durch das Strassenpflegepersonal bestreut werden. Um die Verkehrssicherheit rascher zu erreichen, ergeht an alle Hauswarte und Hausbewohner die Bitte, außer der Bestreuung der Gehwege, auch die der Übergänge und vorgelagerten Fahrbahnteile mit Sand oder Asche vorzunehmen.

Die Gemeindeverwaltung hofft, daß sich alle Wiener im Interesse unserer Stadt und zur Überwindung der jetzigen außerordentlichen Verhältnisse zu dieser Mithilfe bereitfinden werden.

Weihnachtsausstellung "Jugend am Werk".

Die Aktion "Jugend am Werk" veranstaltet im Neuen Rathaus, Stiege IV, I. Stock, Tür 37, eine Weihnachtsausstellung, die vom 11.12 bis 14.12.1946 täglich von 9 bis 15 Uhr geöffnet ist.

Die Regelung öffentlicher Sammlungen

Der Wiener Landtag hat am 3. Oktober 1946 ein Gesetz betreffend die Regelung öffentlicher Sammlungen beschlossen. Darnach muß für Sammlungen auf der Straße oder mittels Sammelbogen in den Häusern, zwei Monate vorher beim Magistrat um Bewilligung angesucht werden. Das 11. Stück des "Landesgesetzblatt für Wien", das den genauen Wortlaut dieses Gesetzes enthält, ist nunmehr erschienen und im Drucksortenverlag des Neuen Wiener Rathauses und in der Österreichischen Staatsdruckerei, Wien 3., Rennweg 12a, zum Preise von 20 Groschen erhältlich.

Keine Höherreihung von Verbrauchergruppen

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Das Bundesministerium für Volksernährung hat den Landesernährungsämtern mitgeteilt, daß die vom Ministerrat beschlossene Besserstellung der Jugendlichen, bestimmter Hausfrauengruppen und der an offener Tuberkulose leidenden Personen auf einen Zeitpunkt verschoben werden muß, in dem sich die allgemeine Versorgungslage gebessert hat. Desgleichen dürfen sämtliche Höherreihungen, die von der Verbrauchergruppenkommission des Ministeriums beschlossen wurden, nicht durchgeführt werden, sondern sind auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Darunter fällt auch die Einreihung der Hausgehilfinnen in das Zusatzkartenschema. Die diesbezüglichen, in der Tagespresse am 6. Dezember 1946 erschienenen Verlautbarungen des Landesernährungsamtes werden daher zurückgenommen.

Die Kartenstellen haben den Auftrag erhalten, die Ausgabe er Zusatzkarten an die in Frage kommenden Verbrauchergruppen sofort einzustellen.

Heimkehrer aus Ägypten

Ein Transport mit 275 Heimkehrern, darunter 260 Wiener, kam am 9. Dezember 1946 aus Ägypten über das Lager Leistritz am Meidlinger Bahnhof in Wien an.

Der Straßenbahnverkehr während der Sprengungen in der Praterstraße.

Wegen Behinderung des Straßenbahnverkehres durch Sprengung der Häuser II., Praterstraße Nr. 8 und Ferdinandstraße Nr.2 werden am Mittwoch, den 11. Dezember l.J., die Züge der Linien A, Ak, B und Bk auf die Dauer des Bedarfes über die Aspernbrücke, abgelenkt.

Die Haltestelle auf der Aspernbrücke ist aufgelassen, die Züge der Linien A und B halten am Stubenring nach der Wiesinger-

straße, die Züge der Linien Ak und Fk am Franz Josefs-Kai vor der Biberstraße, wo je eine Haltestelle errichtet wurde.

Betriebsvertrauensmänner-Konferenz der Gemeindeangestellten.

In einer vom Zentralvorstand, Gewerkschaft der Gemeindeangestellten, am 10. Dezember 1946 im Sophiensaal einberufenen Betriebsräte-Konferenz berichtete Gewerkschaftspräsident Stonner in einem ausführlichen Referat über das zwischen der Gewerkschaft und der Gemeinde Wien sowie den Vertretern des Städtebundes abgeschlossene neue Dienst- und Lohnrecht. Nach monatelangen Verhandlungen, die an jeden einzelnen der Teilnehmer ein ungeheures Maß an geistiger und physischer Inanspruchnahme stellte, ist dieser Abschluß am 5. Dezember 1946 dank dem verständnisvollen Entgegenkommen des Personalreferenten Vizebürgermeister Speiser erfolgt. Dieser Abschluß hat den Gemeindeangestellten nunmehr ein einheitliches Dienst- und Lohnrecht gebracht, das in seiner Art richtunggebend und bahnbrechend für die Zukunft sein wird. Nunmehr sind alle Gemeindeangestellten, sowohl die der Hoheitsverwaltung als auch der städtischen Unternehmungen und Betriebe dienst- und lohnrechtlich gleichgestellt. Nach abgeführter Generaldebatte, an der sich sechs Redner beteiligten, wurde der Bericht von den Betriebsvertrauensmännern einstimmig zur Kenntnis genommen und der Gewerkschaftsleitung der Dank ausgesprochen.

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Rayonierung von Rum

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Im Rahmen der Weihnachtszuteilungen erhalten in Wien alle Verbraucher über 18 Jahre 1/8 Liter Rum. Zur Feststellung des Bedarfes ist bis zum 14. Dezember 1946 der Abschnitt 26 der Lebensmittelkarten in einem Spirituosen- oder in einem zum Spirituosenverkauf zugelassenen Lebensmittelgeschäft (unbeschränkter Gemischtwarenhandel) abzugeben.

Spirituosen- und Lebensmittelhändler haben das Original der Bedarfsmeldung ab 16. Dezember 1946 in der Fachgruppe Lebensmittelkleinhandel, I., Helferstorferstraße 9 einzureichen und erhalten dort die Zuweisung zu einem Spirituosenerzeuger. Die Zweitschrift der Bedarfsmeldung und die gesackelten Rayonierungsabschnitte sind der Verrechnungsstelle zu Kontrollzwecken zu übergeben.

Zurückstellen von Zusatzkarten

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Das Bundesministerium für Volksernährung hat die Landesernährungsämter verständigt, daß für die auf Grund von Höherreihungen bezw. Umreihungen von Verbrauchergruppen neu ausgegebenen Zusatzkarten die erforderlichen Lebensmittel im Rahmen des Bedarfsdeckungsplanes für die 22. Versorgungsperiode nicht beigestellt werden können. Die Betriebe und Dienststellen sowie auch Einzelpersonen, die für die 22. Versorgungsperiode höhere Zusatzkarten als in der Vorperiode erhalten haben, müssen diese Zusatzkarten, die mit Lebensmitteln nicht abgedeckt werden können, ausnahmslos sofort an die Ausgabestelle zurückgeben.

Anstelle der zurückgegebenen Karten erhalten sie die Zusatzkarte jener Einstufung, die in der 21. Versorungsperiode gegolten hat. Die Nichtbefolgung dieser Anordnung unterliegt strenger Strafe.

Diese Verlautbarung gilt gleichzeitig als Dienstanweisung für die Kartenstellen.

11. Dez. 1946

Die Verwendung elektrischer Höhensonnen und Föhnapparate ist bei der derzeitigen Stromlage nicht tragbar.

"Das Licht der Zukunft"

Über dieses Thema spricht im Rahmen des Instituts für Wissenschaft und Kunst am Donnerstag, den 12. Dezember 1946, um 19 Uhr Univ. Prof. Dr. Robert Ettenreich im Kleinen Hörsaal des II. Physikalischen Instituts, Wien, 9., Strudelhofgasse 4. Bei dem Vortrag werden elektrische Gasentladungslampen demonstriert.

Die Folgen nationalsozialistischer Verwaltung

Wie im Wiener Rathaus im letzten Kriegsjahr gewirtschaftet wurde.

Die totale Kriegsführung der Nationalsozialisten hat der Wiener Gemeindeverwaltung schwere Schäden zugefügt. In einer am Dienstag abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Stadtsenates und Finanzausschusses zeigte Stadtrat Honay einige interessante Ergebnisse aus dem nun fertiggestellten Rechnungsabschluß über die letzte Periode nationalsozialistischer"Verwaltung" vom 1. April 1944 bis 31. März 1945 auf. In diesen letzten zwölf Kriegsmonaten wurde nicht nur keinerlei produktive Arbeit geleistet, der städtische Haushalt verdorrte; es wurde auf Kosten der Substanz gewirtschaftet. Der Wiener Bevölkerung wurden rund 560.4 Millionen Reichsmark an Steuern und sonstigen Abgaben auferlegt; ausgegeben wurden aber nur 469.1 Millionen! Rund 91.3 Millionen wurden eingespart. Davon allein beim Gesundheitswesen 26 Millionen, bei der Fürsorge 21,5 Millionen, bei der Schule 3.9 Millionen, bei der Feuerwehr 4.1 Millionen, bei der Straßenpflege 6.2 Millionen, bei Bauten 7.7 Millionen und bei den Bezügen der Angestellten 13.8 Millionen. An den städtischen Wohnhäusern unterblieb jede Reparatur, wodurch 3.4 Millionen erspart wurden und der städtische Hausbesitz allein 10,027.078.86 RM an Gewinn brachte! Die Überschüsse aus der Gebarung wanderten nach Berlin, wo sie zur Finanzierung des Krieges verwendet wurden. Der Gemeinde wurden dafür als Pfand die verkappten Kriegsanleihepapiere, die Reichsschatzscheine übergeben. In den Kassen der Gemeinde Wien liegen nun für 177.2 Millionen Reichsmark solche "Wertpapiere"! Wie Stadtrat Honay betonte, muß jetzt die Gemeinde nicht nur die durch die Kriegshandlungen dem Gemeindegut zugefügten Schäden beheben, sondern auch die Versäumnisse der "Verwaltung" der Barbaren nachholen.

Die beiden Körperschaften nahmen den Bericht zur Kenntnis. Anschließend referierte Stadtrat Honay über den Vorschlag für das Jahr 1947 und Stadtrat Dr. Exel besprach ausführlich die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1947. Dazu sprach Gemeinderat Dr. Soswinsky (KP). Bürgermeister Körner teilte mit, daß der Gemeinderat am Montag, den 16.ds. mit der Beratung des Voranschlages beginnen werde.

Verfall des Rasierseifenabschnittes III

Das Hauptwirtschaftsamt Wien gibt für die Bezirke I-XXVI bekannt, daß der Abschnitt III der alten Seifenkarten M mit 14. ds.M. verfällt und durch den Einzelhandel in der Zeit vom 16. bis einschließlich 21. Dezember 1946 bei den zuständigen Verrechnungsstellen zur Schlußabrechnung zu bringen ist.

Weihnachtsverkaufsausstellung im Konzerthaus

Am Sonntag, den 15. Dezember 1946, wird um 11 Uhr vormittag in den Foyers des Konzerthauses die Ausstellung "Wiener Malerei zu Weihnachten 1946" eröffnet. Die Ausstellung kann in der Zeit von 9 bis 17 Uhr gegen einen Eintrittspreis von 50 Groschen besucht werden. Abends ist die Ausstellung den Konzerthausbesuchern frei zugänglich.

Die Stromregelung in der kommenden Woche

In der Woche vom 15. bis 21.12. werden die Verbrauchergruppen III und IV in der Zeit von etwa 7 bis 17 Uhr abgeschaltet. In Anpassung an diese zwangsläufige Abschaltung haben die Verbraucher an nicht abschaltbaren Kabeln ebenfalls sechs Stehtage von Montag bis Samstag zu halten, u.zw. alle Verbraucher sämtlichen Bezirke mit geraden Hausnummern.

Um zu den Weihnachts- und Neujahrsfeiertagen eine möglichst gleichmässige Aufteilung der zur Abschaltung kommenden Verbraucher-Gruppen-Paare zu erzielen, wurden die Abschalttage nur für diese Zeit wie folgt festgelegt:

vom 22. bis 25.12. werden die Verbrauchergruppen I und II
vom 26. bis 28.12. " " " " " III und IV
vom 29.12.bis 1.I.1947 werden die Verbrauchergruppen I und II
vom 2.I. bis 4.I. " " " " III und IV

in der Zeit von etwa 7 bis 17 Uhr abgeschaltet. Jene Verbraucher, welche an nicht abschaltbaren Kabeln angeschlossen sind, haben an den vorerwähnten Tagen Stehtage zu halten u.zw.

vom 22. bis 25.12. alle Verbraucher sämtlicher Bezirke mit ungeraden Hausnummern

vom 26. bis 28.12. alle Verbraucher sämtlicher Bezirke mit geraden Hausnummern

vom 29.12. bis 1.I.1947 alle Verbraucher sämtlicher Bezirke mit ungeraden Hausnummern

vom 2.I. bis 4.I. alle Verbraucher sämtlicher Bezirke mit geraden Hausnummern.

Nach 17 Uhr darf von Verbrauchern, die am selben Tage planmässig abgeschaltet waren oder Stehtage zu halten hatten, kein Strom für Kraftzwecke entnommen werden.

Wichtige Beschlüsse für den Wiederaufbau der Stadt Wien

Am 3o.November fand die 4. Sitzung des Technischen Beirates für den Wiederaufbau statt. Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Gundacker referierte über die Abänderungen des Bebauungsplanes für die Front des Palais Harrach in der Herrengasse. Dem Antrag der Stadtregulierung auf Wiedervorverlegung der Baulinie stimmte der Beirat einhellig zu. Somit bleibt in der Herrengasse die derzeitige Art der Verbauung bestehen. Das Kinoprojekt an der Ecke des Harrach-Palais musste in dem Gutachten des Technischen Beirates sowohl aus verkehrstechnischen als auch aus städtebaulich-künstlerischen Gründen abgelehnt werden.

Im Anschluss daran wurde die Regulierung der Meidlinger Hauptstrasse besprochen und dem Antrag der Stadtregulierung einhellig zugestimmt. Damit wird die östliche Baufluchtlinie der Meidlinger Hauptstrasse wesentlich zurückgelegt, um der Verkehrsnisere für die fernere Zukunft zu begegnen. Weiters wurde aus gegebenem Anlass einem Antrag der Architekturabteilung zugestimmt, nach welchem in Zukunft beim Bau von Geschäftsportalen grundsätzlich auf die Fassadengestaltung der übrigen Häuserfront Rücksicht genommen werden muss. Demzufolge werden Verschandelungen durch aufdringliche und nicht zum umgebenden Stadtbild passende Geschäftsportale in Zukunft nicht mehr bewilligt werden.

Zum Schluss wurde der Antrag der Stadtregulierung auf Änderung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das

Gebiet des Stefansplatzes begutachtet. Der Technische Beirat stimmte dem vorgelegten Antrag einhellig im allgemeinen zu und hat hiezu ein positives Gutachten erstattet. Bezüglich der geplanten Baufluchtlinien des Teiles Graben-Stock im Eisen-Platz - Goldschmidgasse einschliesslich der Überbauung dieser Gasse wurde noch eine genauere Studie angeregt. Der Platz vor dem Churhaus soll in einen reinen Fussgängerplatz verwandelt und ein weniger auffälliger Zugang für die öffentliche Klosettanlage geschaffen werden.

Der Strassenbahnverkehr während der Sprengungen in der Brünner Strasse

Wegen Behinderung des Strassenbahnverkehrs durch Sprengung der Häuser XXI., Brünner Strasse 2 und 4 wird am Freitag, den 13. Dezember l.J., der durchgehende Verkehr im Bereiche Floridsdorf, Am Spitz auf die Dauer des Bedarfes unterbrochen. Die Züge der Linie 17 werden in der Schlosshofer Strasse, die der Linie 117 in der Franz Ziegler-Gasse umgekehrt. Die Züge der Linien 231 und 331 fahren von der Stadt bis Floridsdorf, Am Spitz und in der Richtung zur Stadt bis Peitlgasse .

K u l t u r d i e n s t d e r S t a d t W i e n

(Beilage zur "Rathaus-Korrespondenz")

11. Dez. 1946 Blatt 376

Ausstellungen in Wien

I. Bezirk

Akademie der bild. Künste, Schillerplatz 3	Österreichs Kunsthochschule in ihrem historischen Werdegang.	10-16 Uhr So 10-13 Uhr
Altes Rathaus Wipplingerstraße 8	Schätze aus dem Schutt.	9-13, 17-19 Uhr So 9-13 Uhr
Börse Wipplingerstraße 34 (Eingang Schottenring 11)	Wettbewerb Donaukanal.	10-16 Uhr
Erzbischöfliches Palais Rotenturmstraße 2	Dom- und Diözesanmuseum.	Di,Do,So 9-12
	"Religiöse Kunst seit 1938"	9-16 Uhr tägl. So 9-11 Uhr
Galerie Agathon Opernring 19	Weihnachtsverkaufsschau Kunst und Kunstgewerbe.	8.30-12.30, 13.30-16.30, Sa 8.30-12 Uhr, So geschlossen.
Galerie Welz Weihburggasse 9	Vilma Eckl - Pastelle.	9-17 Uhr, Sa 9-13 Uhr
	Otto Trubel - Aquarelle.	9-17 Uhr, Sa 9-13 Uhr
Künstlerhaus Karlsplatz 5	"Niemals vergessen", Antifaschistische Ausstellung.	10-20 Uhr
	Weihnachtsausstellung 1946.	10-20 Uhr
Kunstverlag Wolfrum Augustinerstraße 10 (Palais Lobkowitz)	Carl Theodor von Blaas - Helene von Blaas, Portraitzeichnungen und Blumenaquarelle.	9-17 Uhr Sa 9-13 Uhr So geschlossen
Museum für Völkerkunde Neue Hofburg	Österreichische Forscher in aller Welt.	tägl.außer Mo 9-13 Uhr So 10-13 Uhr
Neue Galerie Grünangergasse 1	Weihnachtsverkaufsausstellung	10-12.30, 13.30-17 Uhr.

Neues Rathaus Lichtenfelsgasse 2 Stg.IV/I/37	Jugend am Werk.	9-15 Uhr
Österr.-holländ. Gesellschaft Wipplingerstraße 32	Verkaufsausstellung kunstgewerblicher Erzeugnisse.	8-12 Uhr, 14-17 Uhr
Österr. Werkbund Kärntnerstraße 15	Luxusausgaben französischer Bücher.	10-17 Uhr
Pasqualatisches Haus Mölkerbastei 8	Adalbert Stifter als Maler.	10-17 Uhr
Staatl. Kunstgewerbemuseum Weißkirchnerstraße 15	Österreichische Kunst vom Mittelalter bis zur Gegenwart.	9-16 Uhr
Ausstellungsräume Opernring 11	"Verhüte Verkehrsunfälle.	ab 15.Dez.1946
Wirtschaftsgenossenschaft der bild. Künstler Opernring 17	Junge Kunst.	8-13,14-16 Sa 8-13 Uhr

III. Bezirk

Foyer des Wiener Konzerthauses Lothringerstraße 20	Verkaufsausstellung "Wiener Malerei zu Weihnachten 1946".	ab 15.Dez.1946 9-17 Uhr

VI. Bezirk

Kulturreferat Mariahilf Getreidemarkt 1	Heimische Künstler Klosterneuburg.	9-17 Uhr So 9-13 Uhr
Local France, Mariahilfer Straße 47	Hitler-Werk - Hungersnot.	9-12,14-17 Uhr

VII. Bezirk

Messepalast Messeplatz 1	Weihnachtsausstellung.	10-18 Uhr

VIII. Bezirk

Museum für Volkskunde Laudongasse 19	Österr. Trachten in der Volkskunst und im Bilde.	Di-Fr 9-14 Sa,So 9-12

XV. Bezirk

Hütteldorfer Straße 5/19 "Die Naturfreunde".	18.Photoausstellung.	10-16 Uhr

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

12. Dez.1946 Blatt 1750

Geehrte Redaktion !

In Abänderung der Aussendung der "Rathaus-Korrespondenz" vom 11.12.1946 auf den Blättern 1747 und 1748 lautet der Text der " Stromregelung in der kommenden Woche" wie folgt:

In der Woche vom 15. bis 21.12. werden die Verbrauchergruppen III und IV in der Zeit von etwa 7 bis 17 Uhr abgeschaltet. In Anpassung an diese zwangsläufige Abschaltung haben die Verbraucher an nicht abschaltbaren Kabeln ebenfalls sechs Stehtage von Montag bis Samstag zu halten,u.zw. alle Verbraucher sämtlicher Bezirke mit geraden Hausnummern.

Nach 17 Uhr darf von Verbrauchern, die am selben Tage planmässig abgeschaltet waren oder Stehtage zu halten hatten, kein Strom für Kraftzwecke entnommen werden.

Schwächere Glühlampen ermöglichen längere Brennzeiten

Fortbildungsschüler helfen den Wiener Kindern

Vor kurzem wurde über das Spielzeuggeschenk der Fortbildungsschüler an die Wiener Kinder berichtet. Im Anschluß daran übergaben Schülerinnen dem amtsführenden Stadtrat für das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien, als Ergebnis von 2 künstlerischen Veranstaltungen der Schüler der kaufmännischen Fortbildungsschulen, einen Spendenbetrag von S 1000.-.

Schwedische Eishockeyspieler im Wiener Rathaus

Nach zwei großen Spielen in Prag ist die schwedische Eishockey-Auswahlmannschaft in Wien eingetroffen. Die Schweden gehören zu den führenden Sportsleuten des Kontinents, deren Können und sportlicher Geist weltbekannt sind und stets Vorbild waren. Dadurch, daß ihr Land vom Kriege verschont blieb, konnten sie während dieser Zeit den Eishockeysport weiter ausüben und in guter Form bleiben. Unter den schwedischen Spielern befinden sich auch solche, die früher schon öfters in Wien waren und daher mit großem Interesse dem Zusammentreffen mit der österreichischen Mannschaft entgegensehen. Für Österreich wird das Spiel mit den Schweden die erste internationale Eishockey-Veranstaltung in dieser Saison sein.

Bürgermeister General Dr. h.c. Körner empfing heute in Anwesenheit von Stadtrat Dr. Matejka und des Sportreferenten der Stadt Wien, Kratky, die schwedischen Sportsleute im Wiener Rathaus. Nach herzlichen Worten der Begrüßung gab er der Hoffnung Ausdruck, daß sich die freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen Schweden und Österreich bestehen, durch einen engen und dauernden Sportverkehr noch weiter vertiefen mögen.

Auch im 9. Bezirk wurden die Luftschutztafeln entfernt

Die Bezirksvorstehung Alsergrund hat, so wie dies vor einiger Zeit schon in Mariahilf der Fall war, eine Aktion zur Entfernung aller Hinweise auf Luftschutzanlagen unternommen. Mit dem Verschwinden der an den Krieg erinnernden Luftschutzzeichen wurde somit auch im 9. Bezirk ein neuer nachahmenswerter Beitrag zur Wiederherstellung des friedensmäßigen Zustandes unserer Stadt geliefert.

Tatkräftige österreichische Hilfe aus Argentinien

Die Österreicher in Argentinien haben sofort nach Kriegsende mit großzügigen Sammlungen begonnen, um in Wien die Not lindern zu helfen. Trotz der schlechten Transportverhältnisse

trafen schon im Frühjahr große Mengen an Schafwolldecken, Kinderkleidern, Wäsche und Schuhen hier ein und konnten an Kinderheime und Familien der am schwersten bombengeschädigten Bezirke verteilt werden. Diesen Transporten folgten Lebensmittelsendungen für Waisenhäuser außerhalb Wiens und für verschiedene caritative Zwecke in Wien und Niederösterreich. Weitere Sendungen für Kinder, für alte Leute und von Verwandten, Freunden und Persönlichkeiten namentlich gewidmete Pakete werden noch erwartet.

Ein Zeichen der Verbundenheit unserer Landsleute in Argentinien mit ihrer alten Heimat ist die Tatsache, daß, laut einer Mitteilung der Präsidentin dieses argentinischen Hilfswerkes für Österreich, Frau Dr. Henry a de Schleich an den Bürgermeister der Stadt Wien, der bekannte Dirigent Erich Kleiber in Buenos Aires ein Konzert unter dem Motto "Wiener Walzer für Wien" dirigierte, dessen Reinerträgnis in Form von Lebensmitteln der Wiener Bevölkerung gespendet wird. Wir möchten an dieser Stelle diesem argentinischen Hilfswerk, Meister Kleiber und allen Beteiligten unsere herzlichsten Grüße entbieten und ihnen für ihre tätige Hilfsbereitschaft innigen Dank sagen.

Stromregelung für Weihnachten und Neujahr

Entgegen anders lautenden Mitteilungen wird bekanntgegeben, daß in den Wochen vom 22.12. 1946 bis 4.1.1947 in der Zeit von etwa 7 bis 17 Uhr folgende Verbrauchergruppen abgeschaltet werden:

vom	22.12. bis 25.12.	die Verbrauchergruppe	I
"	26.12. bis 28.12.	" "	II
"	29.12. bis 1.1.47	" "	III
"	2.1. bis 4.1.1947	" "	IV

In Anpassung an diese zwangläufigen Abschaltungen haben die Verbraucher an nicht abschaltbaren Kabeln je drei Stehtage zu halten, u.zw.

vom	22.12. bis 25.12.	die Verbraucher der Bezirke 1 bis 12 und der Gebiete südlich Wiens mit ungeraden Hausnummern
"	26.12. bis 28.12.	die Verbraucher der Bezirke 13 bis 26 und der Gebiete nördlich Wiens mit ungeraden Hausnummern
"	29.12. bis 1.1.47	die Verbraucher der Bezirke 1 bis 12 und die Gebiete südlich Wiens mit geraden Hausnummern
"	1.1. bis 4.1.47	die Verbraucher der Bezirke 13 bis 26 und die Gebiete nördlich Wiens mit geraden Hausnummern.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß alle anders lautenden Mitteilungen unrichtig sind.

Ab 5.1. beginnt wieder mit der gleichzeitigen Abschaltung der Verbrauchergruppen I und II der normale sechs-Tage-Turnus.

Entfallende Sprechstunden

Die Sprechstunden des amtsführenden Stadtrates Afritsch entfallen am Montag, den 16. Dezember und am Donnerstag, den 19.Dezember.

Pressespiegel vom 11./12. Dezember 1946

Wiener Zeitung, 11. Dezember:

"Österreich dankt seinen Freunden in der Welt" 2
Ernährungsenquete im n.ö.Landhaus 3
Sieben Jahre für einen Kriegshetzer. (Redakteur des "Kleinen Blattes" Kurt Boog 3

Wiener Kurier, 11. Dezember:

Österreich hat die meisten Selbstmörder 3
Stadt Wien trifft Vorsorge für die Wintersportzeit. Rettungsdienst im Wienerwald wird wieder eingerichtet 3
Schweizer Bücher in Wien eingetroffen 3
Die Welle der Neugründungen. 987 Firmenregistrierungen in 18 Monaten. Art der Neueintragungen in das Handelsregister. Eine aufschlußreiche Nachkriegsstatistik 5
Österreich stiftet Kulturförderungspreis 4
Das schöne Wien. (Albertina-Ausstellungen) 4
Stalin Ehrenbürger von Prag 8
Berlins Oberbürgermeister muß zurücktreten 8

Weltpresse, 11. Dezember:

Forschungsinstitut für Berufskrankheiten 3
Heute kommt Söderdelje. (Schwedische Eishockeymannschaft) 5
WienerWeihnachtskarpfen waren gesichert 5
Wiener Sängerknaben in Berlin 5
Am Aufbau Österreichs praktisch mitwirken ... Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt in Hernals mustergültig 6
Freiwillige Sonntagsschichten der steirischen Bergarbeiter. Als Gegenleistung prozentuale Erhöhung des Kaloriensatzes 8
Zehn Dekogramm Schweinefleisch zu Weihnachten 8
Österreich kann sich die 1550 Kalorien nur selbst sichern. Bedeutsame Feststellungen des Leiters der österreichischen UNRRA-Mission 1

Welt am Abend, 11. Dezember:

Tariferhöhung 3
"Verhütet Verkehrsunfälle!" Sonntag Eröffnung einer zeitgemässen Ausstellung 3
Besitzer der "Linde" zahlt 2000 S Strafe 3
Feuerwehr hatte wegen Wasserinbrüchen über 200 Ausrückungen 3
...und mußten von der Wiener Rettung ins Spital gebracht werden 3

Neues Österreich, 12. Dezember:

Für rasche Verwirklichung der Kunstkammer 2
Für 177 Millionen Reichsmark wertlose Reichsschatzscheine. Wie im Wiener Rathaus im letzten Kriegsjahr gewirtschaftet wurde 3
Minister Dr. Gerö. Präsident des Olympischen Komitees 3
Sprengungen in der Brünnerstrasse. RK 3
Die Stromregelung in den kommenden Wochen. RK 3
Furtwängler: "Ich war ein Antinazi". Die Entnazifizierungskommission sucht neues Beweismaterial 3
Bäckereien für die Wiener Christbäume. 15 dkg Backwerk für jedes Wiener Kind 3

"Die Philosophie des Marxismus." Staatssekretär a.D. Ernst Fischer 3

Arbeiter-Zeitung, 12. Dezember:

An der Wende zweier Zeiten. Von Dr. Karl Renner 1
Der Streit um die Berliner Stadtverwaltung beendet 1
Untermieter 3
Kein Kind ohne Weihnachtsfreude! (Kinderfreunde) 3
Hofrat Zaffron 75 Jahre alt (Lainzer Spital) 3

Das Kleine Volksblatt, 12. Dezember:

Vertrauensbruch gesetzlich verankert? (Wohnungsanforderungsgesetz) 2
Grundsätze der Entnazifizierung. Von Dr. Fritz Bock 3
Landschule als Arbeits-, Heimat- und Lebensschule 4
Montag Budgetdebatte im Wiener Rathaus 4
Lehren aus dem Schweizer Fremdenverkehr (Von unserem Vorarlberger Mitarbeiter) 6

Österreichische Volksstimme, 12. Dezember:

Kundgebung der Wiener Frauen. "Rettet unsere Kinder!" 2
Der Anschlag gegen die Versammlungsfreiheit. Wer trägt die Verantwortung für die Anwendung der Heimwehrnotverordnung? 2
Repariertes Dach muß abgetragen werden. Die verzweifelten Mieter der "Hasenleiten" beim Bürgermeister 3
Nazi im Linzer Ernährungsamt 3
Briefe an die " Volksstimme": Erfahrungen eines Heimkehrers. Bevorzugte Petroleumscheine für gaslose Haushalte 3
Werkküchen und Weihnachten 3
Acht Krankenkassenärzte für ganz Stadlau 3

Österreichische Zeitung, 12. Dezember:

"Rettet die Kinder Wiens!" Kundgebung der Frauen und Mütter 2
Die Ravag - ein österreichiseher Sender 3
Bau von Landarbeiterwohnungen in Niederösterreich beschlossen. Zweite Sitzung des niederösterreichischen Landtages 3
Wiederherstellung der Kirche Am Hof 3
Die Folgen der Nazimißwirtschaft in Wien. Wie im Rathaus im letzten Kriegsjahr gewirtschaftet wurde 3
Englische Wohnungsanforderungen in Villach 2

The Morning News, 12. Dezember:

Second gift for Viennese children. "Old Vienna" Association. Selection of Children 3

Tagblatt, Linz, 9. Dezember:

An die Bevölkerung von Linz. (Öffentliche Fürsorge, öffentliche Diskussionsabend 3
Aufruf an die Bevölkerung von Linz. (Magistrat Linz, Wirtschaftsamt.) 4
Brennholzausgabe für Kochzwecke 4

Tagblatt, Linz, 10. Dezember:

Österreichs Wirtschaft. Trotz aller Schwierigkeiten langsam aufwärts. O.-Oe. Landwirtschaft - Eisen- und Stahlwirtschaft - Aluminium - Gummi . 3

Versteatlichung - der erste Schritt. Von Dr. Erich Blumberg. Gesellschaftliche Rationalisierung. Wie erreichen wir einen höheren Lebensstandard? 3

Demokratisches Volksblatt, Salzburg, 9. Dezember:

Reden ist leichter als arbeiten. Ein Wort zu den kommunistischen "Erfolgen". (Lebensmittelzuteilungen - Kontrollausschüsse) 3

Volkszeitung, Innsbruck, 9. Dezember:

Besserstellung der Befürsorgten. 3
Warum sind die 12 - 13jährigen dauernd benachteiligt? 4

Tiroler Nachrichten, Innsbruck, 9. Dezember:

Frauen stürmen Prager Parlament 2

Tiroler Neue Zeitung, Innsbruck, 10. Dezember:

Aufhebung der Antragsperre für Kinderschuhe 3
Antragsperre für Fahrräder und Fahrradersatzbereifung 3

Vorarlberger Volkswille, Bregenz, 10. Dezember:

Österreichs Widerstand gegen Hitler. Englischer Journalist berichtigt seine Ansicht 1
Reform der Geistesschulung 1
So steuert man der Wohnungsnot,(Feldkirch) 3

Kulturdienst der Stadt Wien

(Beilage zur "Rathaus-Korrespondenz")

12. Dez. 1946 Blatt 378

Arbeitsgemeinschaften des "Instituts für Wissenschaft und Kunst"

in der Woche vom 15. - 21.Dezember 1946.

Sonntag, 15. Dez.	9.30 Uhr	Führung Otto König durch die Biologische Station Wilhelminenberg (Endstation 48).
Montag, 16. Dez.	18.30 "	Dr. Holzer - Dr. Rigele: Zur Geschichte der Mathematik.
	19.00 "	Dipl. Ing. Krones: Die neue Welt u.d. Sozialismus.
Dienstag, 17. Dez.	18.00 "	Univ. Prof. Dr. Stern: Entwicklungstendenzen des Kapitalismus.
	18.30 "	Univ. Prof. Dr. Marinelli: Die Stellung des Menschen im Naturganzen.
Mittwoch, 18. Dez.	17.30 "	Univ. Lektor Dr. H. Jauker: Übersicht über die tschechische Literatur.
	18.00 "	Dr. Hollitscher: Geschichtsprobleme und Problemgeschichte d. europäischen Philosophie.
	18.30 "	Dir. A. Aichhorn: Der straffällig gewordenen Jugendliche
Freitag, 20. Dez.	19.00 "	Riedl - Rille: Unterwasserforschung im Rahmen der Meeresbiologie. (Wien, 9., Sensengasse 3)
Samstag, 21. Dez.	16.00 "	Dr. Schmida: Die Philosophie Rob. Reiningers.

Die Arbeitsgemeinschaften finden in Wien, 7., Museumstraße 5/II. Stock statt.

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Geehrte Redaktion

Am Montag, den 16. Dezember, um 8 Uhr früh, beginnen im Gemeinderats-Sitzungssaal des Neues Wiener Rathauses die Beratungen des Wiener Gemeinderates über den Voranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1947. Eine Tagesordnung und der gebundene Entwurf des Voranschlages liegen der heutigen Aussendung bei. Wir ersuchen um Entsendung Ihres Kommunalberichterstatters.

Entfallende Sprechstunde

Am Montag, den 16. Dezember 1946, entfällt die Sprechstunde des amtsführenden Stadtrates für baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Rohrhofer.

Hofrat Dr. Zaffron 75 Jahre alt

Heute vormittag beging das Versorgungsheim Baumgarten den 75. Geburtstag ihres Primararztes, Hofrat Dr. Josef Zaffron. Der Gefeierte wurde am 14. Dezember 1871 geboren und 1896 zum Doktor promoviert. Die bekanntesten Vertreter der Wiener Schule, Billroth und Gussenbauer waren seine Lehrer. Am 6. Dez. 1898 trat er in den Dienst der Gemeinde Wien und wirkte zunächst in der Versorgungsanstalt im 9. Bezirk. Später arbeitete er im Versorgungshaus Liesing und 1904 wurde er Primararzt in Lainz. Als 1925 der vorbildliche Tuberkulose-Pavillon des Jubiläumsspitales, eine Schöpfung Professor Tandlers, eröffnet wird, erhält Dr. Zaffron die Stelle des Primararztes. Dort wirkte er viele Jahre und erwarb sich als Mensch und Arzt ein Ansehen, das ihn weit über die Grenzen Österreichs bekannt machte. Nach der Befreiung stellte

er sich neuerlich der Stadt Wien zur Verfügung und leistete einen wesentlichen Beitrag zur Wiedereröffnung des Altersheimes Baumgarten.

Im Festsaal der Anstalt waren Pfleglinge und Personal zusammengekommen und auch Bürgermeister General Dr. h.c. Körner, Dr. Ritschl vom Gesundheitsamt, in Vertretung des Vizebürgermeisters Weinberger, der Leiter des Anstaltenamtes Senatsrat Dr. Schwarzl sowie Vertreter des Lainzer Versorgungshauses und der Leiter des Baumgartner Heimes, Putzendopler, erschienen. Nach den Reden der Festgäste ergriff Bürgermeister General Dr.h.c. Körner das Wort, der Hofrat Dr. Zaffron im Namen der Stadt Wien auf das herzlichste gratulierte und den Wunsch aussprach, der Jubilar möge noch lange Jahre sein segensreiches Wirken zum Wohle der Pfleglinge und der ganzen Menschheit fortsetzen.

"Niemals vergessen!"

Die antifaschistische Ausstellung wird am 25. Dezember die Pforten schließen. Dienstag, den 24. Dezember bleibt das Künstlerhaus geschlossen. Die registrierten Nationalsozialisten die aus irgend einem Grunde für die Ausstellung bisher noch keine Einladung erhalten haben, können diese im Sekretariat der Ausstellung jederzeit beheben.

In den nächsten Tagen wird der 250.000 Besucher erwartet.

Schwedische Trockenmilch

Für die 3 - 6 jährigen Kinder der Bezirke II, IV, V, VIII, XII, XIV, XVI, XXI und der Orte Liesing, Atzgersdorf, Erlaa, Siebenhirten und Inzersdorf, die an der Ausspeisung in der letzten Woche teilgenommen haben, findet die Trockenmilchausgabe Montag, den 16.12.1946, in den bekannten Ausgabestellen statt. Der Tag muß unbedingt eingehalten werden.

14. Dezember 1946

Landesernährungsamt Wien „Rathauskorrespondenz" Blatt 1755

22/2 LEBENSMITTELAUFRUFE für die Woche vom 16.12. bis 22.12.1946. WIEN

WAREN		Normalkartenempfänger										Zusatzkartenempfänger							
		KLST 0-3		KLK 3-6		K 6-12		JGD 12-18		E über 18		S Schwerarbeiter		A Arbeiter		B Angestellte		M w./st. Mütter	
		Menge	Abschn	Menge	Abschn	Menge	Abschn	Menge	Abschn	Menge	Abschn	Menge	Abschn	Menge	Abschn	Menge	Abschn	Menge	Abschn.
Brot	dkg	25	1/II	50	W1/II	50	W1/II	50	W1/II	50	W1/II	140	13	35	13				
-"-	"			35	2/II	50	2/II	100	2/II	100	2/II								
-"-	"					40	3/II	75	3/II	75	3/II								
-"- Kleinabschnitte	"	20	4St	20	4St	35	7St	45	9St	45	9St								
-"-	"			10	W6	10	W6	10	W6	10	W6								
Mehl	"	18	2/II	18	3/II	18	4/II	25	4/II	25	4/II								
Kalbfleisch	"			20	42														
Rindfleisch	"					16	42	16	42	16	42	12	14	12	14				
Schmalz	"	8	33	5 3	44 W5	11 3	44 W5	11 3	44 W5	11 3	44 W5								
Hülsenfrüchte	"			5	W4	5	W4	5	W4	5	W4	55	16	33	16			48	16
Haferflocken	"			15	39	34	39					30	17	15	17			20	17
Grieß	"	17	15	17	15	17	15									16	9		
Suppenwürfel a 1/2 dkg	"	2 St	17	2 St	17	2 St	17	2 St	17	2 St	17								
Bohnenkaffee	"							16	15	16	15								
Ersatzkaffee	"							8	16	8	16								
Fischkonserven	"											32	18	45.4	18	32	8	32	18
Salzspeck	"																	10	20
Margarine	"											14	15	6	15	6	7	14	15
Zucker	"											10	19	3	19			10	19
Eier EINKAUFSCHEIN	St.	1	S	1	S	1	S	1	S	1	S								
Frischmilch täglich	l	3/4		1/2														1/2	
Magermilch täglich	l					1/4													
Erdäpfel KARTOFFEL-KARTE	dkg	70	22/II	140	22/II	140	22/II	140	22/II	140	22/II	70	20	70	20				
Durchschnittlicher Tages-Kalorienwert: Bei Zusatzkartenempfängern einschließlich Normalzuteilung.		1008		1333		1553		1547		1547		2804		2194		1759		2508	

1) Die Abschnitte 33, 42 und 44 mit Aufdruck "SV" sind ungültig.
2) Nach Maßgabe der Anlieferung.
3) Als Weihnachtssonderzuteilung.
4) 32 dkg = 1 Dose; 45.4 dkg = 1 Dose zu zirka 16 Unzen.
5) Aufruf gilt für jene Verbraucher die keine Einlagerung rayoniert haben.

Jugendliche und Verbraucher über 70 Jahre erhalten nach Anlieferung 1/8 Liter Magermilch täglich.

Ausgabe von UNRRA-Tabakwaren

Das Hauptwirtschaftsamt Wien und das Landeswirtschaftsamt für Niederösterreich und das Burgenland geben im Einvernehmen mit der österrreichischen Tabakregie bekannt:

Ab Samstag, den 14. Dezember 1946 beginnt die einmalige Ausgabe verschiedener Sorten amerikanischer Zigaretten und Pfeifentabake auf Abschnitte der Karte für besondere Aufrufe, die in den Trafiken des gesamten Bundesgebietes bis einschließlich 5. Jänner 1947 eingelöst werden.

Gegen Abtrennung der zusammenhängenden fünf Abschnitte 15 - 19 - 20 - 24 - 25 werden

entweder 60 amerikanische Zigaretten zum Stückpreis von 50 Groschen

oder 1 Paket amerikanischer Pfeifentabak im Gewichte von ungefähr 50 Gramm zu S 10.- zuzüglich 10 Zigaretten der Mischung "A"

ausgefolgt.

Es besteht kein Anspruch auf Zuteilung bestimmter Sorten amerikanischer Zigaretten oder Pfeifentabake.

Die UNRRA-Zigarettenration im Gesamtbetrag von S 30.- kann in drei, die UNRRA-Pfeifentabakration einschließlich 10 Zigaretten "MA" in zwei Teilen bezogen werden, wobei jedoch der Trafikant die aufgerufenen 5 Abschnitte beim ersten Teilbezug abzuschneiden hat.

Die restliche Bezugsmenge hat der Trafikant auf der Rückseite der Karte, in Worten, mit Tinte oder Tintenstift, unter Beidruck der Geschäftsstampiglie vorzumerken.

Aufruf zum Seifenbezug

Das Hauptwirtschaftsamt Wien gibt für die Bezirke I-XXVI bekannt:

Der Abschnitt E 3 der Seifenkarten M und N wird zum Bezug von 1 Stück Einheitsseife, der Abschnitt T 2 der Seifenkarten S zum Bezug von 1 Stück Toiletteseife, der Abschnitt W 3 der Seifenkarten M, N und S zum Bezug von 1 Normalpaket Waschpulver und der Abschnitt RS der Seifenkarte M zum Bezug von 1 Stück Rasierseife aufgerufen. Die Ausgabe erfolgt nach Maßgabe der Anlieferung.

Kinder kommen aus der Schweiz zurück

Alle Kinder, welche am 18. September 1946 in die Schweiz gefahren sind, kommen am 18. Dezember 1946 nach Wien zurück. Die Kinder sind um 7 Uhr früh vom Franz Josefs-Bahnhof abzuholen.

Pressespiegel vom 12./13.Dezember 1946

Wiener Zeitung, 12. Dezember:

Lebenserinnerungen des Bundespräsidenten 2
Österreichische Textilien in London eingelangt 2
Ein Volk gibt Rechenschaft. ("Rot-weiß-Rot-Buch") 2
Olympisches Komitee konstituiert 3
Die Besoldung der n.ö. Landesbeamten 3
Wenn Nazi/sparten. RK 3
Abgelehntes Kinoprojekt 4
Gemüselieferung weiterhin gering 4
Die Sängerknaben beim Bundespräsidenten 5

Wiener Kurier, 12. Dezember:

Amerikanischer Weihnachtsmann kommt zu 150.000 österreichischen Kindern. Auf Wunsch General Clarks Weihnachtsfeiern für 5- bis 12jährige Gäste 1
Trockenkartoffeln statt Frischerdäpfel 3
Ohne Syrup kein Backwerk für die Kinder 3
Österreichisch-holländische Nikolofeier 3
Falsche Hundertschillingnoten auch in Salzburg 3
Kinoprojekt in der Herrengasse abgelehnt. Geschäftsportale müssen ins Stadtbild passen 3
Hunderttausend Christbäume kommen nach Wien. Polizei musste Kauflust eindämmen 3
Österreichisch-amerikanische Gesellschaft. Generalversammlung wählte Präsidium 3

Weltpresse, 12. Dezember:

Britisches Weihnachtsgeschenk für Wiener Kinder. General Steele wird 20.000 Schilling für Bekleidung spenden 2
Quo vadis - österreichischer Film? Die Weltgeltung des österreichischen Films in Gefahr 6
Wiener Ausstelungen vor Weihnachten. KD 5
"Das gute österreichische Buch".(Humboldt-Verlag) 5
Die Österreichisch-Britische Gesellschaft 5
Abgelehntes Aufnahmegesuch begründet nicht Parteianwärterschaft. Definition des Begriffes "Parteianwärter" durch den Obersten Gerichtshof 8

Weltpresse,Abendausgabe, 12. Dezember:

Schleichhändler mit 24. Geschäftszimmern. Pompans Lebensunterhalt betrug 10.000 Schilling monatlich 1

Welt am Abend, 12. Dezember:

Darum es keine Strümpfe gibt 1
Christlicher Demokrat - Bürgermeister von Rom 2
Aus Kaserne wird ein Spital. Hainburg ein modernes Krankenhaus 3
Wien "rüstet ab". Gute Fortschritte in der Beseitigung von vernichtetem Kriegsmaterial 3
Rettet die Wiener Kinder. Großkundgebung der Wiener Frauen im Sophiensaal 3
Lohnedebatte um Frauenarbeit 4

Neues Österreich, 13. Dezember:

Schwedische Eishockeymannschaft in Wien (von Bürgermeister Dr. Körner empfangen) Bild 1
Abänderung der Stromregelung an den Feiertagen. RK 3
Was uns die UNRRA noch bringen wird. Anlieferungen bis in den März hinein zu erwarten 2
Bücher für unsere Jugend 2
Die Zufuhr des Weihnachtsweines. Weintransporte im ganzen Bundesgebiet möglich 3
Schweizer Schuhaktion für Österreich 3
Exhumierungen im 24. Bezirk. RK 3

Arbeiter-Zeitung, 13. Dezember:

Das österreichische Versammlungsrecht und die Alliierten 2
Der Schrecken der Wiener Lehrerschaft. (Volksgerichtshofprozess Mathias Petschenka.) 3
Weg mit den Erinnerungszeichen an den "Kuckuck!" RK 3
Die Regelung öffentlicher Sammlungen. (Landesgesetzblatt für Wien.) 3
Schuhtauschstelle 3

Das Kleine Volksblatt, 13. Dezember:

Bundesminister Dr. Felix Hurdes. Der Akademiker im Staat 3
Strengere Kontrolle in der Baustoffwirtschaft 3
Volkszählung für ganz Österreich beantragt 3

Österreichische Volksstimme, 13. Dezember:

Arbeiterjugend beharrt auf Schwerarbeiterkarte. Neun Forderungen gewerkschaftlicher Jugendvertrauensmänner 1
Streikdrohung in Bregenz. Auch in Vorarlberg keine 1550 Kalorien 2
Kontrolle der Einbürgerungen 2
Kleider für Heimkehrer 3
Werden die Weihnachtszubussen rechtzeitig kommen? 3
Behördenerschweren Rückführung der Roten-Kreuz-Wagen 3
"So a Pflanzerei war no net da". Der Widerruf der Zusatzkarten 3
Was hängen wir auf den Weihnachtsbaum? 3
Hausruine eingestürzt. (Wiedner Hauptstrasse 71) 3

Österreichische Zeitung, 13. Dezember:

Telephon und Postzustellung werden verbessert. Generaldirektor Dr. Dworschak über die Ausgestaltung desPostbetriebes 3

Die Wirtschaftswoche, 13. Dezember:

Ambulantes Gewerbe. (Kärnten) 5
Überstundenbesteuerung (Steuerberater Rudolf Singer) 6

Die Wirtschaft, 14. Dezember:

Wohnungen aus Ruinen. Ein Fonds soll den Wiederaufbau finanziell sicherstellen. Erhöhung des Mietzinses auf 60 Groschen je Friedenskrone. Allgemeine Lohnerhöhung den vermehrten Mietaufwand ausgleichen. Ein gangbarer Weg zum Wiederaufbau in Österreich 1

Sorgen um die neuen Staatsbetriebe. Woher die Mittel für die Entschädigungen und die Zuschüsse? 1
Bald mehr Gas in Wien? Eine Ankündigung des Stadtrates Dr. Exel 1
Rollbalken hoch - falsch verstanden. Bedenkliche Machtbestrebungen des Wiener Wohnungsamtes. Das berüchtigte "freie Ermessen" 3
Vorübergehende Sperre von Gewerbeanträgen 3
Ausgerechnet der oberste Stock. (Auskünfte und Formblätter in den Magistratischen Bezirksämtern.) 7
Amtsschimmel - kriegsversehrt. (Kriegsversehrte in Betrieben.) 7
Statt Erhöhung Kürzung.(Schwerarbeiterzulage) 7

Demokratisches Volksblatt, Salzburg, 10. Dezember:

Wann kommen endlich die Bewirtschaftungsstellen? 2
Warum es in Salzburg so unsicher ist. Die Leistungen und Sorgen unserer Polizei 3

K u l t u r d i e n s t d e r S t a d t W i e n

(Beilage zur "Rathaus-Korrespondenz")

13. Dez. 1946 Blatt 379

Beifall für Hedi Gigler in Paris

Beim Internationalen Musikwettbewerb Marguerite Long-Jaques Thibaud in Paris gelang es der jungen Wiener Geigerin Hedi Gigler, gegen stärkste internationale Konkurrenz nach dem bekannten ungarischen Künstler Virovai den ehrenvollen 4. Platz zu belegen. Hedi Gigler konnte als erste bei ihrem Vorspiel beim Wettbewerb öffentlichen Beifall erringen.

Die Leistung dieser jungen Künstlerin wird in der französischen Presse als hervorragend bezeichnet.

Start der Filmfreunde in Salzburg

Am vergangenen Sonntag veranstaltete die Gesellschaft der Filmfreunde ihr erstes Gastspiel in Salzburg. In zwei Matineen im Lifka-Kino konnte das Vorstandsmitglied, Professor Dr. Hübl ein sehr zahlreiches Publikum begrüßen. Er zeigte und besprach Filmerfolge aus fünf Jahrzehnten und bot einen fesselnden Überblick über die technische und künstlerische Entwicklung des Lichtspieles. Mit Rücksicht auf das bewiesene starke Interesse sollen derartige Matineen alle 14 Tage in Salzburg stattfinden. Auch die Gründung eines Zweigvereines der Filmfreunde wird für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht genommen.

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Fortführung der Lebensmittelaktion für unsere Greise

Dem Wohlfahrtsamte der Stadt Wien ist es im Zusammenwirken mit den ausländischen Spenderorganisationen trotz außerordentlicher Schwierigkeiten gelungen, den bedürftigen Personen über 70 Jahre, die im November durch die Fürsorgeämter ein Paket erhalten haben, auch im Dezember eine bescheidene Lebensmittelspende zukommen zu lassen. Wegen der Schwierigkeiten bei der Aufbringung so großer Lebensmittelmengen kann mit einer allmonatigen Ausgabe nicht gerechnet werden. Je nach den vorhandenen Vorräten wird jeweils ein Aufruf durch die Presse erfolgen.

Wasserleitungen sind während der Nacht abzusperren

Der Frosteinwirkung stärker ausgesetzte Wasserleitungen sind während der Nachtzeit im Einvernehmen mit den Hausparteien abzusperren, gründlichst zu entleeren und tagsüber nur zeitweise zur Wasserentnahme zu öffnen. Bei der Entleerung, bzw. Füllung der Leitungen ist die höchstgelegene Entnahmestelle jedes Steigstranges so lange geöffnet zu halten, bis die Leitung vollständig geleert ist, bzw. bis das Wasser bei dieser Entnahmestelle ausfließt und erst dann wieder zu schließen.

Die Leiter der Landeswirtschaftsämter im Rathaus

Freitag abends veranstaltete der Bürgermeister für die zu einer Tagung in Wien versammelten Leiter der Landeswirtschaftsämter ganz Österreichs einen Empfang, an dem auch Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. h.c. Heinl und die Stadträte

Honay, Flödl und Sigmund teilnahmen. Bürgermeister Dr. h.c. Körner begrüßte die Gäste in einer launigen Rede, in seiner zweifachen Funktion als Bürgermeister der Stadt und als Landeshauptmann des Landes Wien. In seinen Ausführungen beschäftigte er sich hauptsächlich mit dem Verhältnis zwischen den Bundesländern und Wien und ersuchte die Vertreter der Landeswirtschaftsämter, die Bedürfnisse der Stadt Wien, die durch den Krieg mehr gelitten hat als die meisten Bundesländer, zu würdigen und zu berücksichtigen. Er schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche nach guter Zusammenarbeit mit den Ländern.

Bundesminister Dr. Heinl beschäftigte sich ebenfalls mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Länder und mit den Schwierigkeiten, die die Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete zu überwinden hat.

Für die Gäste sprach Hofrat Winkler, Klagenfurt. Er versicherte, daß die Länder für Wien nicht nur immer Verständnis sondern auch die größten Sympathien haben und daß sie in ihren wirtschaftlichen Entscheidungen immer auch an die Bedürfnisse Wiens denken. Er schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß es bald gelingen möge, die furchtbaren Schäden, die der Krieg der Stadt Wien geschlagen hat, in zäher Aufbauarbeit zu überwinden, sodaß Wien bald wieder jene fröhliche und glückliche Stadt werde, die es einst gewesen ist.

22/3 LEBENSMITTELAUFRUFE für die Woche vom 23.12. bis 29.12.1946 WIEN

	WAREN		Normalkartenempfänger										Zusatzkartenempfänger							
			KLST		KLK		K		JGD		E		S		A		B		M	
			0-3		3-6		6-12		12-18		über 18		Schwerarbeiter		Arbeiter		Angestellte		u./d. Mütter	
			Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.	Menge	Abschn.
	Brot	dkg	25	1/III	50	W1/III	50	W1/III	50	W1/III	50	W1/III	140	25	35	25				
	-"-	»			35	2/III	50	2/III	100	2/III	100	2/III								
	-"-	»					40	3/III	85	3/III	85	3/III								
	-"-Kleinabschnitte	»	20	4St	20	4St	35	7St	45	9St	45	9St								
	-"-	»			10	W9	10	W9	10	W9	10	W9								
	Mehl	»	18	2/III	18	3/III	18	4/III	18	4/III	18	4/III								
1 2	Schweinefleisch	»			10	43	10	43	10	43	10	43	10	26					10	26
3	Schmalz	»							3	6St	3	6St	10	27	10	27	10	13	10	27
	-"-	»	8	34	7/3	45 W8	12/3	45 W8	4/3	45 W8	4/3	45 W8								
	Hülsenfrüchte	»			5	W7	5	W7	5	W7	5	W7	30	28	10	28			10	28
4	Haferflocken	»					20	38	9	3St	9	3St								
	Grieß	»	18	16	36	16	27	16					24	29	6	29	6	15		
5	Gerstenmehl	»							7.5	3St	7.5	3St								
	Puddingpulver	»					5	25												
2	Rindfleisch	»															20	14		
6	Fischkonserven	»											15	30	23	30			23	30
	Margarine	»											20	31	18	31			14	31
7	Erbsenkonserven	»																	56.7	29
	Zucker	»											10	32	4	32			10	32
	Frischmilch täglich	l	3/4		1/2														1/2	
	Magermilch täglich	l					1/4													
8	Erdäpfel KARTOFFEL-KARTE	dkg	70	22/III	140	22/III	140	22/III	140	22/III	140	22/III	70	33	70	33				
Durchschnittlicher Tages-Kalorienwert bei Zusatzkartenempfängern einschließlich Normalzuteilung.			1007		1333		1553		1545		1545		2804		2193		1757		2507	

1) Die Abschnitte 34, 43 und 45 mit Aufdruck "SV" sind ungültig.
2) Nach Maßgabe der Anlieferung.
3) Auf 6 Fettkleinabschnitte zu je ½ dkg = 3 dkg.
4) Für Verbraucher über 12 Jahre auf 3 Fleischkleinabschnitte je 3 dkg Haferflocken.
5) Auf 3 Hülsenfrüchtekleinabschnitte je 2,5 dkg = 7,5 dkg. 6) 15 dkg = 1 Dose; 23 dkg = 1 Dose
7) Dose zu 20 Unzen. 8) Aufruf gilt nur für jene Verbraucher, die keine Einlagerung rayoniert haben.

Jugendliche und Verbraucher über 70 Jahre erhalten nach Anlieferung 1/8 lt. Magermilch täglich.

Preise der aufgerufenen Lebensmittel.

Für die im Rahmen der Wochenaufrufe 22/2 und 22/3 vom 16. bis 29.Dezember 1946 vorgesehenen Lebensmittel gibt das Marktamt der Stadt Wien folgende Verbraucherpreise bekannt:

Schmalz		S 2.16 pro kg
Salzspeck		1.70 " "
Margarine		3.72 " "
Bohnen	0.60 bezw.	0.94 " "
Haferflocken	0.85 bezw.	1.10 " "
Weizengrieß		0.78 " "
Gerstenmehl		0.51 " "
Puddingpulver	Päckchen zu 5 dkg	0.45
Zucker (Normalkristall)		1.80 pro kg
Zucker (Feinkristall)		1.82 " "
Bohnenkaffee		7.85 " "
Ersatzkaffee	1.50 bis	1.56 " "
Eier	Stück	0.26
Fischkonserven	Dose zu 15 dkg	0.72
"	" " 23 dkg	1.05 bezw. 1.10
"	" " 32 dkg	1.50
"	" " 45.5dkg	2.20
"	" " 15 Unzen	1.30
"	" " 16 "	1.38
Erbsenkonserven	" 20 "	0.78
Suppenwürfel	Stück	0.03

.-.-.

Weihnachtszuteilungen.

1.) Zuckerspende des irländischen Volkes.

Das Volk des freien Staates von Irland hat durch Vermittlung des Internationalen Roten Kreuzes der Wiener Bevölkerung als Weihnachtsgeschenk Zucker in einer Menge gratis zur Verfügung gestellt, daß alle Verbraucher beteilt werden können. Nach Wunsch der Spender darf eine Anrechnung auf den Kaloriensatz nicht erfolgen und bei der Abgabe nur ein Spesenbeitrag eingehoben werden.

Es erhalten alle Kinder und Jugendlichen bis zu 18 Jahren 35 dkg (Beitrag 14 g) und alle Erwachsenen über 18 Jahre 25 dkg Zucker (Beitrag 10 g). Die Abgabe erfolgt auf Abschnitt 18 der Lebensmittelkarten durch den Lebensmittelkleinhandel auf Grund der Rayonierung. ./.

Mit der Ausgabe wird in der zweiten Hälfte der Woche begonnen werden.

2.) Schweizer Spende für Kleinstkinder.

Aus der "Schweizer Spende" erhalten die Kinder bis zu 3 Jahren neuerlich in dieser Woche gegen einen Spesenbeitrag Zucker und Hirsegrieß, und zwar die Kinder bis zu 1 1/2 Jahren 25 dkg Zucker (Beitrag 5 g) und 55 dkg Hirsegrieß (Beitrag 10 g), die Kinder zwischen 1 1/2 Jahren und 3 Jahren 40 dkg Zucker (Beitrag 8 g) und 70 dkg Hirsegrieß (Beitrag 12 g). Der Zucker wird auf Abschnitt 106 und Hirsegrieß auf Abschnitt 112 der Ergänzungskarten Sgl und Klst in jenen Geschäften abgegeben, die durch den Aushang "Ausgabestelle der Schweizer Spende" gekennzeichnet sind.

3.) Ausgabe von Powidl.

Alle Verbraucher über 18 Jahre erhalten 10 dkg Powidl auf Abschnitt 19 der Lebensmittelkarte bei dem Kaufmann, bei dem sie mit Zucker rayoniert sind.

4.) Nährblockschokolade für Kinder.

Die Kinder bis zu 3 Jahren erhalten 10 dkg, die Kinder zwischen 3 und 6 Jahren 15 dkg und die Kinder von 6 bis 12 Jahren 10 dkg Soja-Nährblockschokolade auf Abschnitt 27 ihrer Lebensmittelkarten. Die Abgabe erfolgt in Blocks zu je 5 dkg.

Außerdem erhält jedes Kind bis zu 12 Jahren noch eine Nährblocktafel zu 9 dkg auf Abschnitt 28 der Lebensmittelkarte. In beiden Fällen erfolgt die Ausgabe durch die Süßwarengeschäfte auf Grund der Rayonierung.

5.) Rationsschachteln für Kinder und Jugendliche.

Auf Abschnitt 19 der Lebensmittelkarten erhalten die Kinder und Jugendlichen zwischen 3 und 18 Jahren eine Rationsschachtel (Emergency Ration) mit verschiedenen Süßigkeiten, Zucker, Tee- und Salztabletten. Die Ausgabe erfolgt durch die Lebensmittelkleinhändler auf Grund der Rayonierung mit Zucker.

./.

6.) Zuckerwaren für Kinder und Jugendliche.

Kinder zwischen 6 und 12 Jahren erhalten noch 5 dkg, die Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren 20 dkg Zuckerwaren (Bananendragees, Fondants, Nährblocks) auf Abschnitt 30 der Lebensmittelkarte in dem Süßwarengeschäft, in dem sie rayoniert sind. Ein Anspruch auf eine bestimmte Warenart besteht nicht.

7.) Rum für alle Erwachsenen.

Um jedem Haushalt den Bezug von Rum vor den Weihnachtsfeiertagen zu ermöglichen, wurde in Wien von einer Beschränkung der Ausgabe auf die Zusatzkarten der Arbeiter und Schwerarbeiter abgesehen. Es erhält jeder Verbraucher über 18 Jahre 1/8 Liter Rum in dem Geschäft, in dem er sich zum Bezug vorangemeldet hat. Die Abgabe erfolgt auf Abschnitt 25 der Lebensmittelkarte. Je nach Anlieferung wird mit der Abgabe gegen Ende der Woche begonnen werden können. Zum Einkauf ist ein Gefäß mitzubringen.

8.) Zur Weinausgabe.

Es ist beabsichtigt, an jeden Verbraucher über 18 Jahre auch eine Bouteille oder 3/4 Liter Wein anläßlich der Feiertage auszugeben. Es wird getrachtet, bestehende Schwierigkeiten noch rechtzeitig zu beheben, um zeitgerecht den Aufruf verlautbaren zu können.

9.) Ausgabe von Essiggemüse.

An sämtliche Verbraucher wird 1/4 kg Essiggemüse auf die Abschnitte 369 bezw. 569 des Gemüseausweises verteilt. Die Abgabe erfolgt durch jenes Geschäft, in dem der Gemüseausweis rayoniert ist. Ein Anspruch auf eine bestimmte Warenart besteht nicht.

10.) Ausgabe von Bohnenkaffee.

Die Weihnachtsausgabe von 16 dkg Bohnenkaffee für alle Verbraucher über 12 Jahre auf Abschnitt 15 der Lebensmittelkarten wurde bereits in den Lebensmittelaufruf für die kommende Woche aufgenommen.

11.) Weihnachtsbäckerei auf Brotabschnitte.

Kinder und Jugendliche bis zu 18 Jahren können auf Abschnitt 29 der Lebensmittelkarte bei gleichzeitiger Abgabe von 3 Brotkleinabschnitten bei einem Zuckerbäcker 15 dkg Weihnachtsbäckerei beziehen. Mit der Ausgabe der Bäckerei wird erst gegen Ende der Woche begonnen werden.

./.

P r e s s e s p i e g e l vom 13. und 14. Dez.1946

Wiener Zeitung, 13. Dez. Seite:

Ein privater Steuereinnehmer (Weingroßhandlung Julius Rozek,) zur RK. 2
Die Wiener Kantorei (Wiener Sängerknaben). 3

Wiener Kurier, 13. Dez.

Schneeräumaktion in der US-Zone aktionsbereit. Straßenberichtssystem lenkt Einsatz. 3
Wie wird österreichischer Besitz an Wertpapieren im Ausland behandelt? (Übersicht). 5
London arbeitet mit Hochdruck an den Vorbereitungen zur Olympiade 1948. 5

Weltpresse, 13. Dez.

Österreichische Textilien für England. 4
Das Rote Kreuz wirbt um Helfer. 5
Schuttabräumung und Wiederaufbau. 6

Welt am Abend, 13. Dez.

In Kürze wieder Autobusbetrieb? Ing. Findeis von den städtischen Verkehrsbetrieben zur Wiederaufnahme des Autobusverkehres in Wien. 3
Gemeinderatssitzung wegen kritischer Ernährungslage. (Innsbruck). 3

Neues Österreich, 14. Dez.

Sitzung des Alliierten Rates. Nazigesetz mit verschärfenden Abänderungen genehmigt. Freigabe der Lebensmitteltransporte in ganz Österreich. 1
76. Geburtstag des Bundespräsidenten. 2
Vor einer Erleichterung in der Versorgung mit Textilwaren. Einheitliche Bewirtschaftung von Textilien und Leder. 2
Morgen beginnt Ausgabe der UNRRA-Tabakwaren. RK. 3
Hofrat Dr. Zaffron 75 Jahre alt. 3

Arbeiter Zeitung, 14. Dez.

Erhöhung der Lebensmittellieferungen nach Österreich. 1
Die Allgemeine Bewirtschaftungskommission. 2
"Liebes Rotes Wien!". Bolivien und Südafrika fragen an. 3

Das Kleine Volksblatt, 14. Dez.

Landtagsabgeordneter Franz Lifka: Die Kapitalbildung von morgen. 2
Erste Tagung der Allgemeinen Bewirtschaftungskommission. Schuhe und Kleider für das Volk. 4

Österreichische Volksstimme, 14. Dez.

Delogierung definitiv eingewiesener Mieter unzulässig. 3
Die Unterernährung der Lehrlinge. 3
Kein silbener und goldener Sonntag in Niederösterreich. 4

Seite:

Österreichische Zeitung, 14. Dez.

Stalin Ehrenbürger von Prag. 1
"Vurschrift ist Vurschrift". (Stadtbahn) 6
Warum Wohnungsnot in Wien? Eine Veröffentlichung des Instituts für Wirtschaftsforschung. 6
Leider nur eine Ausnahme. In einem Werkkindergarten. 6
Vertreter von Straßen- und Wasserbauarbeitern tagen. 6

Die Presse, 14. Dez.

Der Sozialisten-Kongress in Prag. 1
Verwaltungsreform 4
Wohnungspolitik (Zum Wohnungsanforderungsgesetz). 4
Wunschträume oder Wirtschaftlichkeit? Gedanken und Anregungen zum Ideenwettbewerb über das Kai-Viertel. Oberbaurat Ing. P.M. Gerbel. 5
Die Aussichten auf das Frühstücksei. Ausbau der Hühnerzuchtbetriebe. Eine Aktion des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes. 5
Es gibt wieder Auslagen in Wien. 5
Mangel an Photoartikeln. 5
Der Grazer Weihnachtstisch. (Zuteilungen) 6
Verknappung der Baumaterialien. 8
Haushalt der Gemeinde Wien. 8

The Morning News, 14. Dez.

Education Without Tears. Martin Chisholm visits a Montessori school in London to watch a unique system of teaching in operation. 2
Allied Council Meeting.
The Denazification of Vienna University.
The Denazification Law.
The Austrian food situation for 1947. 3

Das Steirerblatt, 11. Dez.

500 Adoptivkinder in Steiermark gesucht. Weihnachtsausstellung und Presseempfang im Landesjugendamt. 3

Wahrheit, Graz, 11. Dez.

Ein Kind kostet 90 Groschen. (Statistik des Grazer Stadtschulrates). 3
Entzückendes Spielzeug aus Altmaterial. Das Jugendamt betreut unsere Kinder. 3

Oberösterreichische Nachrichten, Linz, 11. Dez.

Stephansdom bekommt Mosaikdach. 3
Das Wichtigste über Kriegsschädenrecht. Von Dr. Josef Reingruber. 4
Die Lehrbücherfrage. 4

Oberösterreichische Nachrichten, Linz, 12. Dez.

Durchführung von öffentlichen Sammlungen und sammlungsähnlichen Veranstaltungen. 4

Seite:

Linzer Volksblatt, Linz, 11. Dez.

Österreichische Luftfahrtprobleme. (Übersicht) 5

Salzburger Volkszeitung, 12. Dez.

Gibt es heute endlich Benzin? (Landwirtschafts- und Ernährungsamt). 3

Demokratisches Volksblatt, Salzburg, 11. Dez.

Sozialisten in den Handelskammern. Vom Nationalrat Ludwig Kostroun. 1
Amerika hilft Salzburg. Was zu unseren Lebensmittelzuteilungen von den Amerikanern geliefert wurde. 3
Sittenbarometer noch tiefer gesunken. (Salzburger Polizeibericht.) 3

Tiroler Nachrichten, Innsbruck, 10. Dez.

Wirrwarr im Ernährungswesen, Keine weiteren Z... ...ben! Das Landesernährungsdirektorium. Kinderschuhe, Aufhebung der Antragssperre. Antragssperre für Fahrräder und Fahradersatzbereifung. 3

Tiroler Neue Zeitung, Innsbruck, 12. Dez.

Was uns das Wirtschaftsamt schreibt ... 3

Die Neue Zeit, Klagenfurt, 10. Dez.

Auf der Schattenseite des Lebens. Wie und wo die öffentliche Fürsorge der Landeshauptstadt unseren Bedrängten hilft. 3

Die Neue Zeit, Klagenfurt, 11. Dez.

Die große Sorge um das Obdach. Weitere Wohnungsbeschlagnahmen in Villach? Brief des Bürgermeisters an den Gouverneur. 3

Vorarlberger Volkswille, Bregenz, 11. Dez.

Nur ein kleines Geschichtchen (Landesernährungsamt). 3

Vorarlberger Volkswille, Bregenz, 12. Dez.

Es geht um uns und unserer Kinder Leben (Frauendeputation in der Landesregierung. 4

Vorarlberger Volksblatt, Bregenz, 10. Dez.

Um das Funktionieren der Ortsausschüsse. Von Landeshauptmann Ulrich Ilg. 3

Vorarlberger Volksblatt, Bregenz, 11. Dez.

Jugend in Not. 1

Kulturdienst der Stadt Wien

(Beilage zur "Rathaus-Korrespondenz")

14. Dez. 1946 Blatt 380

Volksbildung - Wiener Volkshochschulen

Urania, I., Uraniastraße 1

Film: "Aus der glücklichen Schweiz" - Mo.14.30 und 17 Uhr
ab 17. "Die steinerne Blume" - Di. 14.30, 17 und 19.30 Uhr
Mi., Sa., So 17 und 19.30 Uhr
Do., Fr. 14.30 und 17 Uhr.

Märchenfilm: "Hänsel und Gretel" - Mi., Sa., So 14.30 Uhr
Kurzfilme: "Weihnachten im Märchenland" - Mi., Sa., So 14.30 Uhr.
Mo. 16. Lichtbildervortrag Primarius Doz. Dr. Paul Gröneis: Kann der Organismus des Menschen mit der derzeitigen Kalorienmenge auf die Dauer leistungsfähig bleiben? (19.30 Uhr). Di. 17. Gustav Dellmondo: "Was ma so d'erlebt". Ernstes u. Heiteres aus dem Alltag in Wort und Lied. Mitw. Toni Gerhold, Albert Messany, Susanne Polsterer, J. Mayer-Aichhorn (19 Uhr). Mi. 18. Führung Dr. Ferd. Eckhardt: Ausstellung Österr. Kunst. Treffpunkt 14.30 Uhr Kunstgewerbemuseum I., Weißkirchnerstraße 1. Do. 19. Klavierabend Konstantin Mexis. Mitw. Trude Neuberger (Koloratursopran). Am Flügel: Max Kundegraber (19 Uhr). Rainer Maria Rilke - zum 20. Todestag. Es sprechen Dr. Hugo Ellenberger und Klaramaria Skala (19.30 Uhr). So. 22. Führung Ing. Wolfram Ernst: Weihnachtsstimmung im Dorfe am Rande der Großstadt. Treffpunkt 9.15 Uhr Nußdorfer Platz beim Haltestellehäuschen. - Führung Reg. Rat Prof. Rudolf Sterlike: Atelier des akad. Malers Prof. Ferd. Eckhardt. Treffpunkt 10 Uhr vor dem Hause VII., Mariahilfer Straße 113.

Volksheim Ottakring, XVI., Ludo Hartmann Platz 7

Mo. 16. Diskussionsabend Dr. Otto Brechler: "Können Tiere denken?" (18.30 Uhr) Mi. 18. Prim. Dr. Viktor Frankl: Psychologie und Ethik des Geschlechtslebens (18.30 Uhr). Univ. Prof. Dr. Wilhelm Fischer: Der altklassische Konzertsatz (18.30 Uhr). Dichterlesung Grete v. Scheuer. Einleit. Worte: Dr. Karl v. Dolberg. Veranstaltung der literar. Fachgruppe in Verbindung mit dem Verband demokratischer Schriftsteller und Journalisten (18.30 Uhr).

Sa. 21. Lichtbildervortrag Leopold Paul Weitsch: Zwischen Kolonie und Großstadt in Brasilien (17 Uhr).
Hellmuth Kemmler: Grüne Küsten, blaues Meer (19 Uhr). So. 22. "Wien, die Stadt der Lieder". Mitw. Marieluis Tichy, Albert Steindl, Anny Storm, H. Wlach und ein Schrammelquartett. Gestaltung und verb. Worte Olga Greipel (18.30 Uhr). "Hanneles Himmelfahrt" Traumdichtung v. Gerhart Hauptmann. Es liest: Wilhelm Alt. Am Klavier: Annie Hanak (19.30 Uhr) Die Volkssternwarte Ottakring, XVI., Vogelweidplatz 15, ist an sternklaren Abenden im Dezember an Dienstagen und Freitagen von 20 bis 21.30 geöffnet.

Volksbildungshaus Margareten, V., Stöbergasse 13
Film: "Unterwegs nach Murmansk" ab 20. Dez. "Das unsterbliche Lied". - Mo., Di., Mi., Do., Fr., So 17 und 19.15 Uhr Sa. 14.45 und 17 Uhr. Di. 17. Lichtbilder-vortrag Univ. Prof. Dr. R. Pape: Der durchsichtige Mensch- Röntgenstrahlen und ihre Verwendung in der Medizin (18.30 Uhr). Mi. Märchenfilm: "Wundervolle Märchenwelt" (14.45). Do.19. Märchenvorlesung: Hänsel und Gretel, Die Nebelprinzessin, Schneewittchen. Es liest: Susanne Polsterer (16.30 Uhr) Fr. 20 Filmvortrag Ing. Josef Angeli: Im Lande der Mitternachtssonne (18.30 Uhr). Dr. Erwin Rieger: Die Stellungnahme des Gegenwartsmenschen zum zeitgenössischen Musikschaffen (19 Uhr). Sa. 21. Theateraufführung "Komtesse Mizzi". Komödie v. Arthur Schnitzler (19.15 Uhr). So. 22. Märchenfilm: Der Lügenbrei (13 Uhr). Märchentheater: Das tapfere Schneiderlein (14.45 Uhr).

Volksheim Alsergrund, IX., Galileigass 8
Mo. 16. Doz. Dr. Gustav Guist: Beidäugiges, einäugiges Sehen, der Sehakt, Farbensehen (19 Uhr). Dr. August Brenner und Dr. Amadeus Grohmann: Lachendes Amerika (20 Uhr). Di. 17. Dr. Herbert Novotny: F.Th. Csokor und die Dramatik der Gegenwart (18 Uhr). "Charly Chaplin in 100 Rollen". Die berühmtesten Lustspiele d. großen Künstlers (19 Uhr). Mi. 18. Ing. Dr. Karl Skowronnek: Technik der Wahl wirksamer Werbemittel (19 Uhr). Do. 19. Dr. Wilh. Koenig: Der Weltflugverkehr (20 Uhr). Sa. 21. und So.22. Tonfilmvorführung IX., Sensengasse 3: "Wenn die Sonne wieder scheint" mit Paul Wegener, Paul Klinger, Maria Koppenhöfer u.a. (14,16 u. 18 Uhr).

Volkshochschule Währing, XVIII., Schopenhauerstraße 49
Mo. 16. Lichtbildervortrag Prof. Dr. Rudolf Illek: Brauchtum zur Advents- und Weihnachtszeit. Mitw. Kleiner Chor de. Österr. Volksliedsingkreises (19 Uhr). Dr. Emmerich Pogorelec: Kants Kritizismus (19 Uhr). Di. 17. Prof. Karl Th. Sauer: Klaviervorträge aus Chopins Werken (20 Uhr). Mi. 18. Dir. Oskar Spiel: Wesen des Charakters (20 Uhr). Do. 19. Dr. Emmerich Pogorelec: Die Geburt der griechischen Philosophie (19 Uhr). Fr. 20. Kindernachmittag. Susanne Polsterer erzählt Weihnachtsmärchen, anschließend lustige Kurzfilme (14 Uhr). Komikerpaare in Stumm- und Tonfilm (19 Uhr).

Volkshochschule Hietzing, XIII., Veitingergasse 9
Do. 17. Dr. Wilhelm Gartner: Ziele und Methoden der Antropologie (19 Uhr).

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Gemeinderat

Der Wiener Gemeinderat trat heute um 8 Uhr früh unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr.h.c. General a.D. Körner zu Beratungen des Gemeindevoranschlages für das Jahr 1947 zusammen.

Die Beratungen wurden vom Finanzreferenten der Stadt Wien, Stadtrat Karl Honay (SPÖ) eingeleitet. Der Berichterstatter referierte zugleich über die von ihm geleitete Verwaltungsgruppe II Finanzwesen, sodaß mit der Generaldebatte über das Budget auch die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe Finanzwesen abgeführt wird.

Amtsführender Stadtrat Honay führte u.a. aus:

Zum 2. Mal in diesem Jahre wird dem Gemeinderat der Haushaltsplan für die Geschäftsführung vorgelegt. Wir sind heute in der angenehmen Lage, den Mitgliedern des Gemeinderates mitteilen zu können, daß wir, in halbwegs normale Verhältnisse übergleitend, einen Voranschlag vorlegen, der verfassungsgemäß zur rechten Zeit eingebracht wurde und dem Volk von Wien nach Möglichkeit all das, was man in diesen bewegten Zeiten verlangen kann, bietet.

Wir haben leider noch immer sehr ungeklärte politische und wirtschaftliche Verhältnisse. Noch immer ist unser Land in vier Zonen geteilt, noch immer herrscht eine wirtschaftliche und politische Ungleichheit, die sich zum allergrößten Teil auf Wien auswirkt. Die Auswirkungen der Kriegszeit auf die Bundeshauptstadt sind ärger als in den anderen Bundesländer, und wir sehen, daß Wien auf allen Gebieten eine ziemlich schwierige Situation zu verzeichnen hat.

Wir haben gegenüber normalen Zeiten nicht nur an der Beschäftigtenzahl verloren, sondern auch unsere Wirtschaft hat seit

1934 einen Schrumpfungsprozeß erfahren hat, der zu bösen Ahnungen berechtigt.

Wien zählte - unter Berücksichtigung der 26 Bezirke - im Jahre 1934 2,091.541 Einwohner. Nach einer Zählung vom 10.11.1946 hatte es 1,689.244. Es ist also ein Bevölkerungsdefizit von 402.297 Personen zu verzeichnen. Das zeigt, daß wir uns auf einer absteigenden Ebene befinden.

Eine Verschlechterung in der Bevölkerungsbewegung, die sich gleichfalls ungünstig auf unsere Wirtschaft auswirken wird, müssen wir in einer sehr unliebsamen Vergreisung unserer Bevölkerung konstatieren. Wir haben beispielsweise im Jahre 1934 in Wien 276.080 Personen gehabt, die mehr als 60 Jahre alt waren; im Juli 1946 ist diese Zahl auf 309.480, also um 33.400 gestiegen.

Dagegen ist das frische Blut in dieser Stadt in einem bedauerlichen Rückgang begriffen. Im Jahre 1934 hatten wir noch 195.450 Jugendliche zwischen 6 und 14 Jahren zu verzeichnen, im Jahre 1946 nur 89.464. Das bedeutet einen Rückgang von rund 95.000. Die gleiche Beobachtung können wir bei der Schrumpfung unserer Wirtschaft machen. Im Jahre 1932 hatten wir beispielsweise in Wien allein 13.987 Gewerbeanmeldungen, die im Jahre 1944 als Kriegsfolge auf 1.579 zurückgegangen sind, denen 4.202 Gewerbe--rücklegungen gegenüberstehen. Bei den protokollierten Firmen ist der Rückgang noch weitaus stärker. 1930 gab es in Wien noch 9.355 protokollierte Einzelfirmen gegen derzeit 4.463. Die Zahl der gesamten protokollierten Firmen ist von 22.806 auf 10.269 zurückgegangen. Der gleiche Rückgang läßt sich auch in der Zahl der Beschäftigten feststellen. Nach der Statistik der Wiener Ortskrankenkasse gab es in Wien am 31.12.1939 587.526 Beschäftigte am 30. 6.1946 bloß 382.000.

Es ist ganz klar, daß sich dieser Schrumpfungsprozeß auch auf das Budget unserer Stadt in einer sehr bedauerlichen Weise auswirken wird. Nur langsam kann sich unsere Industrie und unser Gewerbe auf die Friedensverhältnisse, soweit man in der gegenwärtigen Periode von solchen sprechen kann, umstellen. Unsere Wirtschaft steht im Zeichen des Mangels und der Verknappungserscheinungen und diesen Erscheinungen folgen Teuerung sowie ein Anziehen der Preis- und Lohnschraube. Dieser Zustand des wirtschaftlichen Gleichgewichtes ist fast in ganz Europa aufgehoben, er wirkt sich

aber ganz besonders in Österreich, und hier vor allem in der Bundeshauptstadt am stärksten aus.

Die Finanzen unserer Stadt sind ziemlich stabil geblieben. Die Abgaben konnten keine wesentliche Erhöhung erfahren, dagegen sind die Mehrausgaben ziemlich stark gestiegen. Während wir 1946 eigene Steuereinnahmen in Höhe von 101.9 Millionen präliminierten sieht der Voranschlag für 1947 Steuereinnahmen von 128.4 Millionen Schillingen vor; das bedeutet ein Mehr an Steuern von 26.5 Millionen. Dem gegenüber stehen jedoch Mehrausgaben von 89 Millionen. Unser Steueraufkommen deckt 28 % unserer Ausgaben. Wir haben in der Gemeindeverwaltung durch Erhöhung von einzelnen Tarifen Mehreinnehmen von 57.5 Millionen für 1947 veranschlagt. Auch hier konnten die Mehrausgaben nicht zur Gänze gedeckt werden.

Es ergibt sich das Bild, daß 457,630.000 Schilling Ausgaben nur 387.650.000 Schilling Einnahmen gegenüberstehen und somit ein Abgang von 69,980.000 Schilling Abgang zu verzeichnen ist. Das Steuerbudget ist in den grundlegenden Abgaben unverändert geblieben. Die gegenwärtig aufscheinenden Mehreinnahmen durch Vergnügungs- und Getränkesteuer werden in normaleren wieder zurückgehen. Der Ausbau der Lohnsummensteuer, die konform mit der Erhöhung der Löhne und Gehälter vermehrte Einnahmen erwarten läßt, kann wohl am meisten Beachtung geschenkt werden, doch liegt auch diese Steuer im Verhältnis zur seinerzeitigen Fürsorgesteuer weit zurück, da durch diese im Jahre 1931 nicht weniger als 68,600.000 Schilling eingegangen sind.

An der Spitze der Ausgaben stehen wie immer die Personallasten. Die Situation ist so, daß 45 % der Ausgaben für das Personalbudget vorgesehen sind. Während 1946 die Personalausgaben 161 Millionen Schilling betrugen, haben sie für das Jahr 1947 eine Steigerung um 42.4 Millionen Schilling auf 203,400.000 Schilling erfahren. Die Notwendigkeit der Erhöhung der Bezüge kann nicht angezweifelt werden, da sie eine Folge der in der letzten Zeit in Österreich herrschenden Preispolitik ist, die dazu zwingt, die öhne der Arbeiter und Angestellten den tatsächlichen Verhältnisse anzupassen. Es muß aber eine Reform in der Personalpolitik eingeschlagen werden. Trotz der anfallenden Mehrarbeiten, die sich aus den Eingemeindungen, der Übernahme der Fondskrankenanstalten, der Führung der Standesämter und dem Dienst in der Ernährungswirtschaft ergeben, sind rund 3000 Angestellte zuviel und hier muß das Prinzip Platz greifen: Lieber weniger und gut bezahlte, zufriedene Angestellte, als ein Heer von schlecht bezahlten und unzufriedenen Bediensteten.

Wesentlich im Budget für das kommende Jahr sind wieder die Ausgaben für die Fürsorge. Veranschlagt sind 161 Millionen Schilling, also genau so viel wie an Personalausgaben für das Jahr 1946. Sie betragen 35 % der Gesamtausgaben. Ein solches Budget auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens in dieser Zeit kann nur die Anerkennung aller Kreise finden.

Für die technischen Einrichtungen sind 79 Millionen Schilling an Ausgaben vorgesehen, davon 39 Millionen Schilling für Personalaufwand und 40 Millionen Schilling für Sachausgaben. Von diesen 79 Millionen Schilling sollen 43.5 Millionen durch eigene Einnahmen der technischen Betriebe gedeckt werden. Trotz Mangel an Fachkräften und Transportmitteln soll im kommenden Jahr auch auf dem Gebiete des Bauwesens mehr geschaffen werden, als man noch vor einem Jahr annehmen konnte. Es soll möglich gemacht werden, 1947 weitere Fortschritte zu erzielen. 19 Millionen Schilling sind für Bauten vorgesehen, davon 4 Millionen Schilling für die Wiederbenützbarmachung von 1546 Wohnungen und 15 Millionen Schilling für den Neubau von 2000 Siedlungswohnungen, die erste Rate auf dem Wege zur Schaffung schöner, einwandfreier und hygienischer Wohnungen. Es handelt sich hier um ein Programm, das den Gemeinderat in den nächsten Jahren immer wieder beschäftigen wird.

1 Million Schilling ist für den Ankauf von Liegenschaften vorgesehen, trotz der herrschenden Schwierigkeiten auf der Grundstückmarkt.

Für das Wiener Schulwesen, das immer guten internationalen Klang gehabt hat, wurden 20.6 Millionen Schilling präliminiert. Wie immer werden auch im kommenden Jahr den Kindern die Lernmittel unentgeltlich zur Verfügung stehen.

Auch für 1947 ist ein ausserordentlicher Voranschlag vorgesehen, von dem 46.5 Millionen Schilling unbedeckt erscheinen. Es handelt sich vor allem um Beträge zur Behebung von Kriegsschäden. An der Spitze steht die Wiederinstandsetzung von Wohnhausbauten der Gemeinde Wien: Von insgesamt 53 Millionen Schilling sieht der ausserordentliche Voranschlag 11 Millionen für die Reparatur kriegsbeschädigter Wohnungen

vor, weitere 11 Millionen Schilling für die Wiederherstellung von Brücken und Strassen, 3.5 Millionen für Schulgebäude, 3 Millionen für beschädigte städtische Bäder, 1.5 Millionen für Märkte und Schlachthöfe und 1 Million Schilling für Gartenanlagen.

Wenn man die vorgesehenen Ausgaben für Bauten im ordentlichen und im ausserordentlichen Voranschlag zusammenrechnet, so ergibt sich für 1947 ein Betrag von 91 Millionen Schilling für bauliche Zwecke. Ob dieses Programm auch tatsächlich durchzuführen sein wird, wird vor allem vom Umfang der Materialzuweisungen im Jahr 1947 durch die zuständigen Ministerien abhängen.

Eine weitere Sorge ergibt sich aus der Behandlung der Randgebiete. Die Niederösterreichische Landesregierung hat die Forderung erhoben, dass die 1938 von den Nazis eingemeindeten 97 Gemeinden an Niederösterreich zurückfallen sollen. Es haben Verhandlungen stattgefunden, die weder den Niederösterreichern noch den Wienern Freude bereiten. Auf beiden Seiten gab es nur Unzufriedene. Da die Verwaltung abernicht von der Unzufriedenheit leben kann, sind 81 Gemeinden abgetrennt worden.

Die von beiden Landtagen beschlossenen übereinstimmenden Trennungsgesetze liegen unerledigt beim Alliierten Rat und wir können daher diese Gemeinden nicht ausschalten, sondern haben im Voranschlag für sie vorsorgen müssen. Die 81 Randgemeinden bringen uns an Einnahmen 10,9[illegible]640 Schilling, denen rund 21Millionen Schilling an Ausgaben gegenüberstehen. Das Land Niederösterreich hat für diese Gemeinden eine gewisse Haftung übernommen und zu diesem Zweck einen Kredit von 6 Millionen Schilling eingeräumt.

Stadtrat Honay besprach dann die Bedeckung des Defizites. Schon der ordentliche Voranschlag des Jahres 1946 weist ein Defizit von 38 Millionen Schilling auf. Dieses Defizit wird sich schätzungsweise ziemlich stark verringern. Nicht weil absichtlich Ausgaben zurückgestellt wurden, sondern weil die würgende Materialnot viele vorgesehene Arbeiten nicht durchführen hat lassen. Das verbleibende Defizit des Jahres 1946 wird durch eine Erhöhung der Bundesbeschüsse gedeckt werden. Heute finden diesbezüglich im Finanzministerium unter Vorsitz des Finanzministers ernste Verhandlungen statt.

Es ist zu hoffen, daß wir eine Behandlung erfahren, die den Interessen und der Bedeutung der Bundeshauptstadt in der zweiten Republik entspricht. Alle Gemeinden, nicht nur in Österreich, leiden unter einem Defizit. Paris z.B. weist ein solches von 4 Milliarden Francs auf. Durch Verhandlungen, die der Städtebund und die Landesregierungen mit der Bundesregierung geführt haben, werden den Ländern und Gemeinden aus der Abgabenteilung 25 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Das ist ein Akt der Gerechtigkeit.

Im Voranschlag scheint für Finanzzuweisungen des Bundes an Wien sowohl als Land als auch als Gemeinde ein Betrag von 36.9 Millionen Schilling auf. Das ist derselbe Betrag, den uns der Finanzminister auch im Jahre 1946 zur Verfügung gestellt hat. Er entspricht keineswegs mehr den geänderten Verhältnissen. Dieser richtigen Auffassung konnte sich auch der Bundesfinanzminister nicht verschließen. Es wurde daher für die Länder eine nachträgliche Zuweisung von 12 1/2 Millionen Schilling zuerkannt und an Finanzzuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände ebenfalls 12 1/2 Millionen Schilling bewilligt. Es bekommen daher alle Länder und Gemeinden 25 Millionen Schilling mehr. Wieviel von diesem Betrag auf Wien entfällt, kann heute noch nicht mitgeteilt werden, das wird vom Ergebnis der Verhandlungen abhängen, die heute im Finanzministerium beginnen

Zum Vergleich führte der Redner an, wie sich die Abgabenteilung in früheren Jahren zu Gunsten Wiens ausgewirkt hat. Im Jahre 1928 wurden vom Bund aus der Abgabenteilung 136.8 Millionen Schilling im Jahre 1937 69.3 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Jetzt bekommen wir aber nur 36.9 Millionen Schilling. Es muß getrachtet werden, allen Ländern und Städten eine gerechte Zuteilung aus den Steuern, die sie selber aufbringen, zu sichern. Es ist geplant, für das Jahr 1948 eine neue Abgabenteilung zu erwirken. Es soll der Regierung ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der den Ländern und Gemeinden das bringt, was sie zum Leben brauchen.

Es wird getrachtet werden, auch im Jahre 1947 Einsparungen durchzuführen und doch werden wir gewzungen sein, den Anleiheweg zu beschreiten. Das hängt mit der Währungspolitik zusammen, die nicht von der Regierung gemacht werden kann, sondern über die andere Mächte entscheiden. Es geht aber nicht an, daß nur die heutige Generation die furchtbaren Wunden und Schäden, die zwei

große Kriege uns geschlagen haben, auf ihre Schultern nehmen soll. Es muß auch die kommende Generation dafür aufkommen.

Von den Kriegsschäden im Ausmaß von 370 Millionen Schilling haben die städtischen Wohnhausbauten allein 130 Millionen Schilling aufzuweisen. Hierin liegt die Ursache unseres grossen Wohnungselends.

Der Redner betonte zum Schluss, dass er mit ruhigem Gewissen sagen könne, daß alle amtsführenden Stadträte mit größter Gewissenhaftigkeit mitgearbeitet haben, um ein Budget zu erstellen, das dem Volke von Wien dienen kann. Es ist kein Budget, das von einer Partei hier in diesem Hause aufgestellt wurde, sondern es wurde in kollegialer Zusammenarbeit aller drei Parteien erstellt.

Wir wissen, daß so wie bei einem Privathaushalt auch bei uns oft die harte Not anklopft und wir mit schweren Sorgen zu ringen haben.

Ich glaube aber, wenn wir diesen Voranschlag ernstlich prüfen, ein hoher und heiliger Ernst darin zu finden ist und wenn wir alle zusammenarbeiten, wir wieder ein schönes, freies und glückliches Wien haben werden. (Allgemeiner starker Beifall.)

Als erster Redner in der Generaldebatte sprach Gemeinderat Schwaiger (ÖVP). Er betonte nochmals, daß es sich bei diesem Voranschlag für das kommende Jahr nicht um eine einseitige Angelegenheit einer Partei handeln könne, daß aber der Wille zur Zusammenarbeit nicht einseitig sein dürfe.

Es wäre für uns einfacher gewesen, in die Opposition zu treten und gleich einer anderen Fraktion unerfüllbare Anträge zu stellen, um so die Gunst des Volkes zu erringen. Wir haben aber eine solche Stellungnahme abgelehnt und uns zur Mitarbeit entschlossen. Daraus resultiert aber auch ein Recht auf Mitverantwortung und Mitsprache. Wir müssen heute hier feststellen, daß es in der SPÖ eine Gruppe gibt, die versucht, eine Zusammenarbeit zu verhindern und die Zeichen der Zeit nicht verstehen will. Dem gegenüber steht die Gruppe des evolutionären Sozialismus.

Wir sprechen heute nochmals unsere Bereitschaft aus, mit allen aufbauwilligen Kräften zusammenarbeiten zu wollen. Es gibt heute nur eines: daß wir gemeinsam arbeiten und uns gemeinsam des Erfolges freuen.

Auf den Voranschlag für das Jahr 1947 eingehend, stellte der Redner fest, daß dieser Überblick zeige, daß es mit Wien u. Österreich wieder aufwärtsgehe. Unsere Wirtschaft und unser Handel haben den toten Punkt überwunden.

Allerdings ist auch der Abgang sehr groß und wir müssen uns ganz ernstlich mit ihm beschäftigen. Der Redner äußerte sich zustimmend zu dem Vorschlag der Verringerung des Personalstandes und zur Schaffung höherer Einnahmen und eines besseren Finanzausgleiches von Seiten des Bundes. Auch zu dem Vorschlag, Anleihen aufzunehmen, sprach sich Gemeinderat Schweiger zustimmend aus. Als vierten gangbaren Weg zeigte der Redner die Möglichkeit einer Verwendung der Rücklagen auf. Nach Abzug der wohl wertlos gewordenen Reichsschatzscheine verbleiben noch immer 240 Millionen Schilling und diese müssen wir in erster Linie für die Bedeckung der Kriegsschäden verwenden.

Wien hat 47 % der gesamten Kriegsschäden Österreichs erlitten. Ihre Behebung kann unmöglich allein von der Wiener Bevölkerung getragen werden. Es wird daher bei dem zu schaffenden Kriegsschädenwiedergutmachungsgesetz Wien den ersten und größten Anspruch auf die zur Verfügung stehenden Mittel haben.

Redner spricht seine Genugtuung aus, daß endlich die Schaffung eines für alle Gemeindeangestellten Österreichs geltenden Dienstrechtes vorbereitet wird. Auf das Gebiet der Personalpolitik der Gemeinde Wien übergehend erklärt er, der Personalreferent habe sich fast zum Diktator des Rathauses aufgeschwungen, der sich jede Wiedereinstellung und jede Wiedergutmachung nur mühsam abringen lasse. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. - Gegenrufe bei der SPÖ). Oft wird selbst berechtigten Forderungen aus rein parteiegoistischen Gründen ein starres Nein entgegengesetzt. (Erneute Zwischenrufe bei der SPÖ). Wenn bei der Gemeinde noch ein Überstand von 3000 Bediensteten besteht, so sollte man doch zu der Maßnahme des Abbaues erst im letzten Moment greifen, da Abbaumaßnahmen immer Unruhe erregen und Anlaß geben, parteipolitische Tendenzen in die Personalpolitik hineinzutragen. In den Dienst der Gemeinde wurden viele Facharbeiter aufgenommen, die in der Privatwirtschaft dringendst benötigt würden. Hier muß gründlicher Wandel durch eine geschickte Lenkung geschaffen werden.

Vollkommen undemokratisch ist die Vorgangsweise bei den Neuaufnahmen. Wir wissen von konkreten Beispielen, daß bei jedem einzelnen Besuchsteller ein sozialistischer Parteifunktionär vorspricht und dem betreffenden entweder ganz offen oder mehr oder minder versteckt sagt, daß sein Ansuchen nur Erfolg haben werde, wenn er Mitglied der Sozialistischen Partei sei. (Lebhafte Zu-

stimmung bei der ÖVP.- Gegenrufe bei der SPÖ). Wir müssen diese Vorgangsweise auf das entschiedenste zurückweisen. Der Hinweis auf eine ähnliche Praxis bei den Ministerien trifft nicht zu, da die Ministerien, also auch die sozialistischen, fast autonom auf diesem Gebiete sind und da mit ein großer Unterschied zwischen der Personalpolitik des Bundes und der Gemeinde gegeben ist. Bei der Gemeinde Wien hat der Personalreferent das gesamte Personalwesen in seine Hand gerissen. Wir erheben dagen feierlich Protest und werden uns nicht eher zufrieden geben, als bis uns das zustehende Mitsprache-recht gegeben wird. (Lebhafter Beifall bei den Gemeinderäten der ÖVP.)

Redner wendet sich dagegen, finanzielle Besserstellungen der Angestellten durch Preiserhöhungen wieder wettzumachen, und betont zu dem Gebiet der Verwaltungsreform, daß es notwendig wäre, den durch den Krieg angeschwollenen Bürokratismus möglichst rasch einzudämmen. Es wurde nicht einmal ein Versuch dazu unternommen.

Auf das Gebiet der Steuern übergehend betont der Redner, die Steuerschraube sei bereits bis zum letzten angezogen.

Der Redner bedauerte es, daß für das Kapital Kultur und Volksbildung ein im Verhältnis zum Vorjahr gekürzter Betrag vorgesehen sei. Er betonte, daß gerade auf dem Gebiete der Volksbildung unendlich viel gut zu machen wäre.

Die Erhöhungen auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens zeigen die bedauerliche Tatsache auf, daß wieder sehr viele Menschen auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind. Es sei aber erfreulich, daß für diesen Zwecke verhältnismäßig viel Mittel zur Verfügung stehen. Es darf aber mit Fürsorge keine Parteipolitik betrieben werden. Fürsorge könne und dürfe nicht aus Parteimotiven heraus gesehen, sondern müsse als Gemeinschaftspflicht betrachtet werden.

Was das Gesundheitswesen betreffe, so ist erst vor kurzer Zeit anläßlich einer Pressekonferenz auf den alamierend schlechten Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung hingewiesen worden. Umso eher hätte man sich aber zu wundern über die zögernde Förderung des Gesundheitswesens durch die Wiener Gemeindeverwaltung. Wohl betragen Wohlfahrtswesen und Gesundheitswesen zusammen einen bedeutenden Teil des Voranschlages, im Verhältnis zum Wohlfahrswesen betrage die vorgesehene Summe für das Gesundheitswesen jedoch nur 14 %.

Welchen gewaltigen Aufschwung unser Wirtschaftsleben nimmt, ist aus dem Kapitel Bauangelegenheiten zu ersehen, das eine Steigerung von 94 % aufweist. Auf dem Gebiete des Wiederaufbaues jedoch muß man eigentlich enttäuscht sein. Bisher hatte man sich bloß mit der Planung und Ausstellung dreier grosser Projekte beschäftigt. Daneben wäre aber noch eine ganz grosse Zahl von Entwürfen in Angriff zu nehmen, die für die künftige Entwicklung unserer Stadt von grösster Bedeutung sein werden.

Der für Siedlungsbauten angesetzte Betrag von 15 Millionen Schilling reiche bei Zugrundelegung der heutigen Kosten wohl höchstens für 500 Siedlungshäuser aus. Die vom Finanzreferenten angesetzte Zahl von 2.000 Wohnungen erscheint daher sicherlich als zu hoch gegriffen. In Zeiten der Not müsse aber möglichst rasch zu Lösungen gekommen werden. Mit dem genannten Betrag könnte die siebenfache Zahl von ausgebombten Wohnungen benützbar gemacht werden, was 3500 Familien wieder ein Dach über dem Kopf geben könnte. Der Vorschlag der ÖVP geht daher dahin, daß die Wiener Gemeindeverwaltung sich in erster Linie auf Reparaturen verlegen müsse und der Siedlungsbau mehr den Genossenschaften und der Privatinitiative überlassen werden dürfe.

Auf dem Sektor des Fahrzeugwesens sei die traurige Lage nach Beendigung des Krieges durch die tatkräftige Hilfe der Besatzungskräfte und der UNRRA bald behoben worden. Heute stehen wir aber vor der Tatsache, daß wir einen Großteil unserer Fahrzeuge nicht benützen können, weil der nötige Treibstoff fehlt. Wir verfügen zwar in Zistersdorf über reichliche Ölvorkommen, doch wird uns von diesen nur ein geringer Teil zur Verfügung gestellt.

Der Redner beschäftigt sich sodann mit Fragen des Wohnungswesens und verlangt die Auflösung von Doppelwohnungen und die Sicherung, daß anfallende leere Wohnungen möglichst rasch wieder an neue Mieter vergeben werden können. Die Anforderungsfrist für neue Wohnungen soll auf 6 Wochen verlängert werden. Es gäbe nur eine wirkliche Lösung der Wohnungsfrage und zwar, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß unsere ausgebombten Wohnungen möglichst rasch wieder bezogen werden können. Das Versagen der Wiener Gemeindeverwaltung gegenüber der Privatinitiative, gerade auf diesem so lebenswichtigen Gebiete, müßte uns zu denken geben. Wir müssen hier im nächsten Jahre manche Unterlassungssünde gutmachen und revidieren.

Die Jugend findet wieder Freude an manuellen Berufen. Es muß daher im Verein mit dem städtischen Baudrt alles daran gesetzt werden, um unsere Fortbildungsschulen wieder auf den alten Stand zu bringen. Es soll die Privatinitiative nicht durch bürokratische Vorschriften gehemmt werden.

Auf dem Gebiete der Ernährung herrscht ein unbefriedigender Zustand. 1550 Kalorien können niemals eine ausreichende Ernährungsbasis darstellen. Der Redner erklärt, den heutigen Tag zum Anlaß nehmen zu wollen, um namens der Wiener Gesamtbevölkerung dem Bundeskanzler herzlichst dafür zu danken, daß er es ermöglicht hat, ein gegebenes Versprechen auch tatsächlich einzuhalten. (Beifall bei den Parteigenossen.) Auch der Bauernschaft gebühre für ihr Verständnis für unsere schwierige Lage voller Dank. GR. Schwaiger erwähnte, daß im Ministerrat unterZustimmung aller drei Parteien das volle Genügen der Ablieferungspflicht durch die Bauernschaft festgestellt wurde.

Zur Frage der Kriegsgefangenen erklärte der Redner, daß z.B. noch immer viele österreichische Kriegsgefangene in belgischen Bergwerken schwer arbeiten müssen. Er appellierte an das Weltgewissen, uns doch endlich unsere Kriegsgefangenen wieder zu geben. Wir werden ihnen ihre Arbeitsplätze sichern. Solange sie noch nicht hier sind, wollen wir für ihre Angehörigen nach besten Kräften sorgen.

Zum Schluß gab der Redner seiner Freude darüber Ausdruck, daß aus dem Budget die Wiedergeburt unsererVaterstadt ersichtlich sei. Es würde aber vieles besser sein, wenn man uns die Freiheit längst gegeben hätte. (Beifall bei den Parteigenossen.) Laßt uns ein freies Volk werden, denn nur ein selbständiges unabhängiges Österreich kann Europa zu seinem Glück und Wohle dienlich sein. Die Männer und Frauen der Österreichischen Volkspartei tragen in ihren Herzen die durch nichts zu erschütternde Gewißheit, daß unserWien und damit unser Österreich wieder auferstehen wird. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Gemeinderat Lauscher (KPÖ) führte aus: Meine Fraktion nimmt den Voranschlag für das Jahr 1947 wieder zum Anlaß zu einer offenen und freimütigen Aussprache. Es sind ohne Zweifel im vergangenen Jahr auch Fortschritte erzielt worden, doch diese können nichts an der Tatsache ändern, daß die allgemeine Lage der Stadt und der Bevölkerung eine Verschlechterung erfahren hat. Besonders augenscheinlich wird dies, wenn wir die Zustände jetzt vor Weihnachten betrachten. Es gibt keine Strümpfe, keine Schuhe, keine Wäsche, nicht einmal das Glas Wein zu den Feiertagen ist sichergestellt. Nur einige kleine Zubussen zur Ernährung werden gegeben. Schlechte Nachrichten kommen gerade jetzt, es wird die Erhöhung der Gas-, Strom- und Straßenbahnpreise angekündigt, die Zusatzkarten für Tuberkulose sind zurückgezogen worden und die Wiener werden diese Weihnachten sehr trostlos finden.

Unsere Lage hat in den letzten Wochen schon einigemale Anlaß zu Debatten im Gemeinderat gegeben. Es ist aber eine traurige Wahrheit, daß im Laufe des Jahres unsere Armen ärmer und unsere Reichen reicher geworden sind. Unsere Fraktion hat oft ihre warnende Stimme erhoben. Die brennenden Probleme unserer Stadt können nicht ohne die gesamtösterreichischen Probleme gelöst werden. Daher haben wir immer die Auffassung vertreten, daß der Gemeinderat seine ganze Autorität einsetzen muß, um auf die österreichische Politk Einfluß zu nehmen. Es ist eine Tatsache, daß der Mangel an Kleidern und Schuhen eine Folge unserer falschen Regierungspolitik ist. Die Regierung benchteiligt offensichtlich Wien gegenüber den anderen Bundesländern. Dabei ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten in Wien im steten Steigen begriffen und es wird auch wieder produziert, unsere Herbstmesse war ein Beweis dafür, aber es fehlt jede Planung. Meine Fraktion hat schon wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß unsere Handelspolitik verfehlt ist und die einseitige Orientierung nach Westen unserer natürlichen Bestimmung zuwider läuft.

20 Monate nach der Befreiung hat Österreich noch immer kein Gesetz für die Finanzierung des Wiederaufbaues, obwohl der sechste Entwurf zur Beratung steht. Ebenso war es bisher nicht möglich zu einem tragbaren Finanzausgleich mit dem Bund zu kommen. Auch die Forderungen der Arbeiter- und Angestelltenschaft sind bisher nicht erfüllt worden.

Wir finden, daß man sich bei all diesen Fragen nicht immer auf die Besetzung unseres Landes ausreden kann. Niemand ind auf die Dauer übersehen, daß die beiden großen Parteien die Mehrheit haben und daher auch die Hauptverantwortung tragen müssen. In diesem Zusammenhang geht es nicht an, daß die ÖVP immer von ihrer Liebe zu Wien spricht, andererseits aber ihre Vertreter im Parlament und in der Regierung Wien systematisch benachteiligen und eine rasche Überwindung seiner Notlage verhindern. Auf die Dauer wird man eine solche doppelsichtige Politik nicht fortsetzen können.

Auch die sozialistische Mehrheit dieses Hauses muß zur Kenntnis nehmen, daß die Reden ihrer Vertreter im Gemeinderat nicht ernst genommen werden können, wenn sie sich nicht in der Haltung ihrer Vertreter im Parlament und Regierung widerspiegelt und wenn sie die Interessen Wiens nicht energisch vertritt und durchzusetzen vermag. Man behauptet, das erkläre sich daraus, daß die sozialistische Partei im Parlament und Regierung nicht die Mehrheit habe. Sollte dies wirklich der Fall sein, gibt es einen Ausweg: Neuwahlen. Die ÖVP verliert den Einfluß in allen Schichten der Bevölkerung. Der Einfluß der Kommunistischen Partei ist im ständigen Wachsen begriffen, da sie durch ihre entschiedene Haltung im Stande war, ziemlich einschneidende Verschlechterungen für die werktätige Bevölkerung abzuwehren und mannigfache Verbesserungen durchzusetzen. Bei einer neuen Volksbefragung wird die ÖVP gewiß ihre Mehrheit verlieren und werden die reaktionären Kräfte geschlagen werden. Eine Führung der beiden Arbeiterparteien würde mit der Benachteiligung Wiens Schluß machen und durch Ausschaltung der reaktionären Kreise in den Schlüsselpositionen von Staat und Wirtschaft neuen Impuls und die Grundlage für eine Zusammenarbeit aller österreichischen Demokraten schaffen. Wer sich gegen Neuwahlen stellt, macht sich am derzeitigen Stand Übel/mitschuldig.

Das Budget 1947 enttäuscht die Wiener in der Erwartung, daß im kommenden Jahre eine nennenswerte Verbesserung der Verhältnisse eintreten werde. Als Hauptgrund dafür, daß heuer noch nicht wiederaufgebaut werden konnte, wurde der Mangel an Arbeitskräften angegeben, tatsächlich war aber zu wenig Baumaterial vorhanden.

Redner fragt an, welche konkreten Massnahmen die Gemeindeverwaltung zu ergreifen gedenkt, um die für eine planvolle Bautätigkeit notwendigen Materialien für 1947 zu sichern. Angesichts der Kriegsschäden und des Wohnungselendes in unserer Stadt genügt es nicht, von der Tradition Wiens auf dem Gebiete des Bauwesens nur zu reden. Wir halten es für abwegig, immer nur die Alliierten, die rund 8000 Wohnungen in Wien in Anspruch nehmen, für die Wohnungsnot verantwortlich zu machen, wenn in Wien noch 100.000 Ausländerleben, von denen kaum 5000 in Lagern untergebracht sind. Für eine Befreiung von dieser Ausländerfrage muss mit Nachdruck eingetreten werden. Wir begrüssen den Entwurf eines Wohnungsanforderungsgesetzes, das bessere Möglichkeiten der Wohnungsanforderung gibt, finden es aber keineswegs im Sinne der Parteienkonzentration, dass er ohne jede Fühlungnahme mit unserer Partei ausgearbeitet wurde.

Redner bespricht sodann die Frage des Mieterschutzes, für dessen völlige Beseitigung das Organ der ÖVP, das "Kleine Volksblatt", eintrete. Ich erkläre im Namen meiner Partei, dass wir einer Beseitigung oder Durchlöcherung des Mieterschutzes niemals unsere Zustimmung geben, sondern für die Sicherung des Mieterschutzes entschlossen den Kampf aufnehmen werden. Eine Wohnbautätigkeit um den Preis der Zertrümmerung des Mieterschutzes lehnen wir ab.

Für die bombengeschädigten Mieter ist nichts getan, obwohl die Voraussetzung für eine serienweise Produktion von einfachen Möbeln gegeben wäre. Unser Vorschlag auf Kommunalisierung von sofort produktionsfähigen, derzeit unter öffentlicher Verwaltung stehenden Holz- und Möbelfabriken wurde bisher übergangen.

Die Gewerbetreibenden führen einen harten Kampf gegen die Widrigkeiten unserer schwerfällig anlaufenden Wirtschaft. Es ist wohl berechtigt, dass sich das Gewerbe gegen den zu stürmischen Zulauf an selbständigen Erwerbenden schützt, aber es darf nicht der ganze Zustrom der aufbauwilligen Kräfte unterbunden werden.

Hinsichtlich der Ernährung genügt es nicht, nur die kritische Lage aufzuzeigen und die Schuldfrage erst erörtern zu

wollen, wenn die Gefahr vorbei ist. Der Kampf um die Sicherung der Ernährung wird mit aller Entschiedenheit fortgesetzt werden müssen. Redner begrüsst im besonderen die nachträgliche Erhöhung der Ausgabenpost für Fürsorgezwecke und hofft, dass durch weitere zusätzliche Zuwendungen an die Ärmsten in Form von Kleider- und Lebensmittelaktionen ein Ausgleich geschaffen werden könne. Wie ein Alpdruck lastet die Not unserer Kinder auf den Müttern. Aber auch der Kampf gegen die Tuberkulose muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln geführt werden.

In der Personalpolitik sind durch die Schaffung einer neuen Dienstordnung beträchtliche Fortschritte erzielt worden. Die KPÖ ist der Ansicht, dass jede Einseitigkeit der städtischen Personalpolitik schärfstens bekämpft werden muss.

Nach der wirtschaftlichen Lage der städtischen Unternehmungen kann die Bevölkerung leider nicht damit rechnen, dass die Sparmassnahmen mit Strom und Gas aufhören und Verbesserungen im Strassenverkehr eintreten werden. Die Unvermeidbarkeit der Erhöhung der Strassenbahntarife wurde bereits durch Stadtrat Honay in der Presse angekündigt, ohne dass vorher mit den Parteien darüber Beratungen stattgefunden hätten.

Der Redner wies sodann darauf hin, dass die Kommunistische Partei ihre ganze Kraft für die Beseitigung der Not aufwenden werde. Die gewaltigen Aufgaben, die sich aus dem Wideraufbau ergeben, können nicht von einer Partei allein gelöst werden. Angesichts des bevorstehenden Winters ist die Zusammenarbeit aller Kräfte mehr denn je notwendig. Eine solche ist aber nur möglich, wenn keine Sonderinteressen verfolgt werden.

Unterbrechung des Gemeinderats-Berichtes.)

Vorübergehende Kürzung der Gaslieferzeiten

Infolge einer durch den Frost eingetretenen starken Verminderung der Erdgaslieferung ist vorübergehend eine Kürzung der Gaslieferzeiten notwendig.

Ab Dienstag, den 17.ds. bis auf weiteres wird morgens erst ab 6 Uhr (statt bisher 4 Uhr) Gas abgegeben werden.

Gasmesser vor Frost schützen!

Die Wiener Gaswerke ersuchen alle Gasbezieher, ihre Gasmesser, insbesondere solche mit Wasserfüllung, durch Umhüllen mit geeigneten Isolationsmitteln, wie Tüchern u.dgl. gegen Frost zu schützen.

Die Gaswerke verfügen derzeit weder über das erforderliche Personal, um verfrostete Gasmesser instandzusetzen noch über jene Chemikalien, die das Einfrieren der Gasmesser verhindern.

Baustoffbezugscheine werden ungültig

Der Landesinspektor für die Baustoffbewirtschaftung im Land Wien gibt bekannt:

Alle grünen Bezugscheine über Baustoffe, welche von einer Dienststelle des Wiener Magistrates ausgegeben wurden, verlieren mit 31. Dezember 1946 ihre Gültigkeit.

Zur Erleichterung des erforderlichen Umtausches wird den Besitzern empfohlen, bis längstens 30. Dezember 1946 bei einem Baustoffhändler oder dem bezüglichen Lieferwerk die Bestellung aufzugeben.

Unterbrechung der Gaslieferzeiten

Die Direktion der Wiener städtischen Gaswerke gibt bekannt: Infolge einer durch den Frost verursachten unvorhergesehenen Verringerung der Erdgaslieferung kann heute ab 12 Uhr mittags die Gasversorgung nicht normal aufrecht erhalten werden. Die Bevölkerung wird aufmerksam gemacht, die Gasflämmchen zu beobachten und im Falle des Verlöschens die Hähne zu schließen. Telefonische Anrufe bei den Wiener Gaswerken sind zwecklos und daher zu unterlassen. Voraussichtlich wird es möglich sein, die Gasversorgung ab 18 Uhr im normalen Umfange wieder aufzunehmen.

Fortsetzung des Gemeinderatsberichtes

Als zweiter Redner der Kommunistischen Partei wies GR. Dr. Soswinski, darauf hin, dass dem Finanzentwurf für 1947 jeder Optimismus fehle. Grundlegendes und Entscheidendes müsse getan werden, solle es zu einer Änderung kommen. Man darf das Versagen auf allen Gebieten nicht immer nur mit einem Hinweis auf das Vorhandensein der Alliierten abtun. Es ist nicht zu leugnen, dass aus der Besetzung Kosten erstehen, es ist aber auch noch kein Plan für die Zeit nach der Besetzung vorhanden.

Eine weitere Erschwernis ist darin zu sehen, dass eine Gemeinde im Range eines Landes wie Wien nicht unabhängig ist und sich nicht freihalten kann von einer vollständig verfehlten Finanzpolitik des österreichischen Staates. Es wurde schon früher auf die Notwendigkeit von Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion hingewiesen. Viele Monate sind seit damals vergangen, aber noch nichts wurde von der Regierung in dieser Richtung hin getan. Wien muss so lange auf eine Änderung der Wirtschaft warten, bis sich mit der Änderung der Aussenpolitik auch eine Änderung der Aussenhandelspolitik ergeben wird. Eine Anregung, die von der KPÖ vor einem halben Jahr gegeben wurde, befindet sich heute erst im Stadium der Vorberatung. Es ist die Aufgabe eines Finanzministers oder eines Finanzreferenten, die wirtschaftlichen Gegebenheiten zu untersuchen und neue Vermögensbildungen einer Besteuerung zuzuführen, um die Mittel zu finden zur Neuschaffung des notwendigen Wohnraumes. Die finanziellen Grundlagen müssen auch geschaffen werden durch die Einverleibung erträgnisreicher Betriebe, wie z.B. die Kinounternehmungen. Wenn Baustoffe auf normalem Weg nicht zu bekommen sind, dann müssen auch alle Anstrengungen gemacht werden, um die Baustoffindustrie so weit als möglich zu kommunalisieren.

Erst wenn diese Grundregeln geschaffen sind, werden wir auch in der Finanzwirtschaft einen Schritt weiter kommen. Aber nicht allein aus eigener Finanzkraft wird die Gemeinde ihre Aufgaben bewältigen können. Dazu ist notwendig, dass auch der Bund einen entscheidenden Beitrag leistet. Leider muss festgestellt werden, dass heute noch immer die nationalsozialistische Finanzgesetzgebung gilt. Es ist nichts getan worden, um die Fi-

hanzhoheit der Länder und Gemeinden wieder herzustellen.

Die vielbesprochene und in aller Munde befindliche Kräftekonzentration ist bis heute nicht durchgeführt worden. Die Beschlüsse und Resolutionen des österreichischen Städtetages hätten ja allgemein zur Kenntnis gebracht werden sollen, damit man sich auch dafür einzusetzen vermag. Diese Resolution ist aber nur den beiden großen Parteien des Parlaments zugestellt worden, das heisst, daß auch nur diese beiden Parteien dafür die Verantwortlichkeit zu tragen haben.

GR. Dr. Soswinski brachte am Schluß seiner Ausführungen einen Antrag ein, nachdem der Gemeinderat der Stadt Wien die Wiederherstellung der Steuerhoheit fordern solle, wie sie in der Zeit vor dem Faschismus den Bundesländern zustand. Er fordert weiters, daß im Finanzausgleich die Stadt Wien als Bundesland und Gemeinde den ihr gebührenden Anteil an dem gesamten Steueraufkommen erhält, der dieser Stadt auf Grund ihrer Steuerkraft, ihrer Bedeutung und der Schwere ihrer Kriegsschäden zukommt.

Eine Konzentration der Kräfte tut not, jener Kräfte, die in gemeinsamer Arbeit auf allen Gebieten neue Wege beschreiten wollen. Nur wenn uns das gelingt, dann wird Wien wieder ein Wien des Wiederaufbaues, ein Wien des Fortschritts, ein demokratisches Wien werden.

GR. Lötsch (SPÖ) wies auf die finanziellen Sorgen aller Gemeinden und Länder hin. Es müssen daher auf dem Gebiete des Steuerwesens neue Wege beschritten werden. Die wirklichen Einnahmen der Gemeinde Wien kommen aus zwei wichtigen Steuerquellen. Die eine ist die Gewerbesteuer und die andere die Grundsteuer. Zu diesen Steuern kommt noch die Lohnsummensteuer, die Getränkesteuer und die Inseratenabgabe. Auf dem Gebiete des Steuerwesens sind wir schon einmal neue Wege geschritten. Vor dem ersten Weltkrieg, im Jahre 1913, hatte die Gemeind Wien ihre Hauptsteuereinnahme im Mietzinsheller. 40 % ihrer Einnahmen stammten von der Zinskrone. Zu diesen 40 % kam noch die Verzehrungssteuer - sie brachte der Gemeinde 1/9 ihrer Ausgaben - und eine Steuer aus den Monopolbetrieben, die 1/5 der Ge-

meindeeinahmen gedeckt haben. Es sind damals auf den Kopf der Wiener Bevölkerung an Steuern 144 Schilling entfallen, unter Breitner waren es 107 Schilling und heute haben wir eine Steuergesetzgebung, die ungefähr 92 Schilling pro Kopf beträgt. Man kann also nicht davon reden, daß die Bevölkerung zu stark besteuert ist. Wir werden daher, sobald die Wirtschaft es erlaubt, mit einer Steuerreform einsetzen.

Die heutigen Steuern, Grundsteuer, Gewerbesteuer, Getränkesteuer und Inseratenabgabe ergeben gegenüber dem Vorjahresbudget 1946 eine Steigerung von 26.6 Millionen Schilling. Aus dieser Ziffer kann ersehen werden, daß es doch langsam vorwärtsgeht.

Freilich kann die Gemeinde Wien nicht aus eigener Kraft die finanziellen Mittel aufbringen, um das Budget in Ordnung zu bringen und die Kriegsschäden zu beheben. Bei den künftigen Verhandlungen zwischen Ländern, Gemeinden und dem Bund muß getrachtet werden, daß die Gemeinde Wien jene Mittel bekommt, die sie braucht, um ihre Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen.

GR. Lötsch betonte, dass nur wenige Menschen wissen, wieviel Personal notwendig ist, um einen geordneten Gemeindebetrieb aufrechtzuerhalten. Gegenwärtig seien bei der Gemeinde Wien 39.532 Arbeiter und Angestellte in Rechnung gestellt. Von diesen wurden schon 4.835 als Nationalsozialisten ausser Dienst gestellt. Pensionen beziehen gegenwärtig 14.414 Personen. In diesen Zahlen sind die Lehrpersonen nicht enthalten, weil die Lehrer vom Bund bezahlt werden. Allerdings muss die Gemeinde der Regierung jährlich 16 Millionen Schilling als Entschädigung dafür zahlen. Die Gemeinde Wien gibt also in jedem Jahr 204 Millionen Schilling für das Personal aus, das sind rund 45 % der Gesamtausgaben des Gemeindebudgets.

Die Aufgaben in der Gemeindeverwaltung jedoch sind sehr vielseitig. Im Vordergunrd steht die Sorge für das Obdach. Es ist ein untragbarer Zustand, daß die Wohnungssuchenden zu jeder freiwerdenden Wohnung ein Wettrennen veranstalten. Wir begrüssen daher die im Voranschlag aufgestellte Summe für Siedlungs- und Wohnungsbauten, die allerdings nur einen Tropfen auf einen heissen Stein bedeutet.

Es ist in diesem Saal schon sehr viel davon die Rede ge-

wesen, daß die gesunde Familie der Hauptpfeiler zu einem gesunden Staat sein muß. Wir haben uns dieser Erkenntnis nie verschlossen und darum schon nach dem ersten Weltkrieg mit einer umfassenden Bautätigkeit eingesetzt. Bis 1933 haben wir 65.000 Wohnungen erbaut und wenn es die Verhältnisse wieder erlauben, werden wir diese Tätigkeit auch in der Zukunft fortsetzen. Ich spreche hier von keinem Geheimnis, wenn ich sage, daß wir daran denken, den Wohnhausbau zu kommunalisieren, freilich müssen dann auch die Betriebe, die das Material dazu herstellen, kommunalisiert werden.

Die Schwierigkeiten in der Durchführung dieses Planes sind bekannt: Die Mehrheit in der Regierung ist für eine großzügige Verstaatlichung und Kommunalisierung nicht zu haben. Es wird also die Bevölkerung dafür sorgen müssen, daß jene Kräfte zum Sieg gelangen, die dieses große Unternehmen der Allgemeinheit dienstbar machen wollen. Die Gemeinde Wien ist heute schon der größte Hausbesitzer. 74.878 Wohnungen und 4491 Geschäftslokale werden von uns verwaltet, und ich glaube hier sagen zu können, wenn es keinen Februar 1934 gegeben hätte, bestünde heute wahrscheinlich keine Wohnungsnot. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Der Redner wies in der Folge auf die Leistungen der Sozialistischen Verwaltung in der Vergangenheit hin und betonte, daß zum Beispiel unter der Ära Breitner die Wiener Bevölkerung viel weniger Steuern bezahlt habe als vor dem Weltkrieg und daß diese Steuern gerechter verteilt waren, weil man dort hingriff, wo Geld vorhanden war. Durch den Krieg aber sind alle Menschen arm geworden, am ärmsten die Kinder und die alten Leute, wie die Tatsache beweist, daß wir täglich mehr als 12.000 Kinder ausspeisen müßen. Diese Aktion kostet uns 8,5 Millionen Schilling.

Eine Folge der jahrelangen Unterernährung ist das Anwachsen der Tuberkulose. Zur Bekämpfung dieser Seuche sind im Voranschlag 840.000 Schilling vorgesehen. Wir sind aber davon überzeugt, daß dieser Betrag nicht genügen wird, um die Tuberkulose wirksam zu bekämpfen, denn zuerst müßten wir die Bevölkerung ordentlich ernähren können.

Besonders hob GR. Lötsch hervor, daß im Voranschlag für die Angehörigen der Kriegsgefangenen 15 Millionen vorgesehen sind. Wir betrachten es selbstverständlich als unsere Pflicht, daß Regierung und Gemeinde für diese Menschen sorgen, aber wir wollen hoffen, daß diese Post im nächsten Jahr nicht mehr vorhanden ist und alle unsere Kriegsgefangenen endlich zu Hause sein werden.

Für die Behebung der Kriegsschäden sind noch 370 Millionen Schilling notwendig. Im ausserordentlichen Voranschlag sind rund 53 Millionen für Beseitigung der baulichen Schäden an den Gemeindeobjekten, 7 Millionen davon zur Ersetzung des Inventars vorgesehen.

Die Gemeinde Wien wird jene Zustände herbeiführen, die notwendig sind, damit das Wiener Volk endlich einmal in Ruhe und Frieden seiner Arbeit nachgehen kann. Wenn dieser Voranschlag dazu beiträgt, begrüssen wir das auf das lebhafteste, geben aber auch der Hoffnung Ausdruck, dass es doch einmal möglich sein wird, einen besseren Voranschlag vorzulegen, in dem alle Bedürfnisse der Bevölkerung Wiens ihre Anerkennung finden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Parteigenossen.)

Damit ist die Debatte über die Gruppe II beschlossen.

Amtsführender Stadtrat Honay wendet sich in seinem Schlusswort gegen den Versuch des Gemeindesrates Schwaiger, die sozialistische Mehrheit in einen revolutionären und einen evolutionären Teil, einen diktierenden und einen nach demokratischen Grundsätzen urteilenden, zu gliedern. Alle, die in der sozialistischen Mehrheit die Verantwortung tragen, sind Sozialisten. Die Behauptung, dass wir mit der Begebung einer Anleihe einen Plan der ehemaligen Christlichsozialen Partei verwirklichen, ist abwegig, da man die heutigen Verhältnisse mit den Verhältnissen nach dem ersten Weltkrieg nicht vergleichen könne. Zu dem Vorwurf gegen die Breitnersteuern kann nur gesagt werden, dass während der Zeit der Nationalsozialisten, auch von den jetzigen Anhängern der ÖVP sehr viele gesagt haben: „ Wenn nur der Breitner wieder käme!" (Anhaltender Beifall bei den Parteigenossen.)

Wir tragen den Selbstverständlichkeiten und Erfordernisen der Wirtschaft Rechnung. Die Steuern sind im Voranschlag nicht zu niedrig sondern nur vorsichtig präliminiert, weil wir mit dem Steigen mancher Ausgaben und allenfalls mit unvorhergesehenen Ausgaben rechnen müssen. Wir können auch nicht unsere Rücklagen 100 %ig aufzehren. Wir ziehen sie in einem beschränkten Ausmass zur Behebung der Kriegsschäden heran, können uns aber nicht aller Barmittel entblössen. Die Ansätze für die Gruppe "Kultur und Volksbildung" sind nicht stiefmütterlich bedacht.

Bei Beurteilung dieses Voranschlags müssen die Beträge berücksichtigt werden, die als Ressortaufwand bei anderen Verwaltungsgruppen aufscheinen, wie die für Subventionen und für Stipendien eingesetzten Beträge, die zum grössten Teil kulturellen und volksbildnerischen Zwecken dienen.

Dazu kommen ferner die Personallasten dieser Gruppe, die allein 2.7 Millionen Schilling betragen.

Die Kritik der ÖVP an unserem Bauprogramm trifft nicht ganz zu. Die für Siedlungsbauten eingesetzten 15 Millionen, um die mn nicht nur, wie behauptet, 500, sondern 800 bis 1000 Siedlungswohnungen bauen kann, sind nur die erste Rate dieses Programms. Die Gemeindeverwaltung fördert selbstverständlich die Baugenossenschaften. Das Eigenkapital in der Bevölkerung muß für diese Zwecke dienstbar gemacht werden, damit allein kann aber die Wohnungsnot nicht behoben werden. Ohne die öffentliche Hand kann das Wohnungselend in dieser Stadt niemals beseitigt werden. Daher tun wir selbstverständlich alles, um die notwendigen Mittel zur Verwirklichung des Wohnbauprogrammes aufzubringen.

Es hätte nicht erst der Aufforderung der Kommunistischen Partei bedurft, daß die Sozialistische Partei den Mieterschutz mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigt.

Wir bemühen uns, einen Ausweg aus dem Chaos zu finden, aber das Ziel kann nach all den Zerstörungen dieses mehr als 2000 Tage währenden Krieges nicht in kurzer Zeit erreicht werden. Gemeinderat Dr. Soswinsky, den ich ob seiner Sachlichkeit sehr schätze, vermißt den neuen entscheidenden Gedanken auf dem Gebiete der Finanzpolitik. Leider hat er auch nicht gesagt, wie man es in dieser Zeit anders machen könnte. Die Einhebung einer Wohnbausteuer oder einer Hausgehilfenabgabe ist nicht möglich, auch die Kraftfahrzeugsteuer brächte keinen großen Ertrag, da gegenüber 58.944 Kraftwagen vor dem Kriege zur Zeit nur 15.570 und dazu überaltete Fahrzeuge in Betrieb stehen. Bei dem Versuch, Einnahmen aus der Kommunalisierung der Wiener Kinobetriebe zu schaffen, wurden große Schwierigkeiten gemacht. Wir vertreten diesen Gedanken nicht nur vom Standpunkt der Finanzen sondern auch einer Durchdringung des Volkes mit einer vernünftigen Kinopolitik. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen).

Vollständig ferne liegt es irgend einer Fraktion des Gemeinderates, das Recht auf Kritik zu beschneiden. Im Gegenteil, alle die die Verantwortung tragen, sollen die Möglichkeiten einer Kritik an der Verwaltung haben. Diese Kritik muß aber positiv sein und man wird den Verdacht nicht los, daß die Kritik der Kommunistischen Partei gewisse Sonderinteressen verfolgt. (Zwischenrufe des G.R. Lauscher). Wenn aber die Worte des Kommunistischen Sprechers ernst gemeint sind, dann wollen wir das begrüßen.

Die von G.R. Dr. Soswinsky eingebrachte Entschließung die im wesentlichen nichts neues enthält, empfiehlt Stadtrat Honay zur Annahme. Was die Aufstellung des Voranschlages für 1947 betrifft, so hätte die geleistete Arbeit die sachliche Anerkennung der Vertreter der ÖVP und der KPÖ gefunden. Es wurde der Versuch gemacht, einen Voranschlag zu bilden, der Wien das gibt, was es braucht. Jetzt kommen Monat für Monat die Landeshauptleute zu gemeinsamen Beratungen beim Bundeskanzler zusammen. Diese Länderkonferenzen sind zu begrüßen und es ist zu hoffen, daß alle Parteien dem Land Wien in diesen Konferenzen ihre Unterstützung geben werden. (Lebhafter Beifall.)

Die hierauf folgende Abstimmung über das 2. Hauptstück des Voranschlages 1947 und über den Antrag Dr. Soswinsky ergab eine einstimmige Annahme.

Unterbrechung der Sitzung um 11.45 Uhr.

Wiederaufnahme der Sitzung um 14 Uhr.

Den Vorsitz führt G.R. Dr. Neubauer.

Es gelangt nun das 3. Hauptstück des Voranschlages, "Kultur und Volksbildung" zur Verhandlung.

Aus den Ziffern des Voranschlages spiegelt sich deutlich die geistige, moralische und materielle Not der Zeit wieder. Wir sind formell zwar aus dem Budget-Provisorium herausgekommen, wir halten aber nichtsdestoweniger den Zeitumständen gehorchend bei provisorischen Ziffern.

Die Aufgaben der Verwaltungsgruppe III sind derart mannigfach und infolge ihrer pulsierenden Lebensnähe so abwechslungsreich und im besonderen Maße der Anpassung an die jeweiligen Umstände unterworfen, daß sie wegen ihrer Vielgestaltigkeit unmöglich in diesem Rahmen eine umfassende oder gar gründliche Schilderung erfahren können. Ich will daher an Hand des Voranschlagsplanes in Kürze in rückschauender Darstellung des Geleisteten das Ziel der Verwaltungstätigkeit für 1947 skizzieren, und nur einige Andeutungen für die Zukunft machen.

Es gibt wohl kaum eine Ausstellung im abgelaufenen Jahr, an der die Verwaltungsgruppe III - sei es direkt oder indirekt, sei es initiativ oder helfend, sei es beratend oder ausbessernd- nicht teilgenommen hätte. Das gilt von der Buchausstellung, die im Frühjahr ca. 2.000 Bücher der Schweizer Verlagsproduktion der letzten zehn Jahre vermittelt hat, bis zur eindrucksvollen Großleistung der Antifaschistischen Ausstellung "Niemals vergessen". Viele dieser Ausstellungen, das kann man wohl sagen, haben die Stadt Wien wieder in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit gerückt und volksbildnerisch fortschrittliche Arbeit geleistet.

Der Redner bespricht den Erfolg der Ausstellung "Niemals vergessen", die von mehr als 250.000 Personen besucht wurde; unter diesen waren 50.000 registrierte Nationalsozialisten.

Es wird daher Vorsorge zu treffen sein, daß das günstige Erträgnis dieser Ausstellung vor allem für den Aufbau eines ständigen antifaschistischen Museums und für den sonstigen kulturellen Aufbau Verwendung findet. Nach der derzeitigen Disposition wird die Ausstellung am 31. Dezember 1946 für Wien geschlossen. Sie wandert dann in verschiedenen Ausführungen zunächst in die Landeshauptstädte der anderen Bundesländer.

Eine besondere Förderung erfährt die Wiener Volksbildung, wie dies der Tradition der Vilksbildungsstadt Wien entspricht.

Die Arbeit für die Wiener Volksbildung bedarf der Zentralisation und der Koordination aller auf Bildung gerichteten Bestrebungen. Außerdem zielt sie darauf ab, alle Mittel der technischen Vervollkommnung zu verwenden, um breiteste Wirkung mit tiefstem Nachdruck zu verbinden. Für diese gleichzeitige Extensivierung und Intensivierung der Wiener Volksbildung haben wir ein neues Forum ins Leben gerufen, das den Namen "Gesellschaft der Bildungsfreunde" führt. Sie arbeitet, wie alle Volksbildung, überparteilich und überkonfessionell.

Schon die Wintersemester 1946/47 haben neben den vier alten Volkshochschulen (Volksheim Ottakring, Volksbildungshaus Urania, Volksbildungshaus Margarethen und Alsergrund) sieben andere kleinere Volkshochschulen (Währing, Döbling, Wien-West, Hietzing, Wieden, Favoriten, Floridsdorf) in diesem Verband gearbeitet. Etwa 14.000 Hörer besuchen wöchentlich mehr als 500 Kurse, die von 300 Dozenten besorgt werden.

Die Erhöhung der Ausgaberubrik "Ehrungen" um 20.000 S gegenüber dem Vorjahr, wurde durch die notwendige Erhöhung der allzu bescheiden gehaltenen außerordentlichen Zuwendungen notwendig.

Besonderes Augenmerk wird der Begabtenförderung zugewendet; die Obsorge umfaßt nicht nur die Schüler der Städtischen Kunstschulen, sondern auch der staatlichen: der Hochschule für angewandte Kunst, der Akademie der bildenden Künste, der Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst. Insgesamt konnten 244 Kunstschüler bedacht werden.

Besonders hervorheben möchte ich auch geldliche Hilfen, die den Teilnehmern an dem Internationalen Musikwettbewerb in Genf und zuletzt in Paris gegeben werden konnten.

Die 42 Stellen der Städtischen Büchereien, die 15 Stellen der Zentralbibliothek und die 3 Büchereien in den Volkshochschulen, zusammen 60 Büchereien, arbeiten trotz ihrer verschiedenartigen rechtlichen Voraussetzungen sachlich in engster Weise miteinander. Sie erfassen monatlich zirka 30.000 Leser.

Mit der Kleinen Galerie für Schule und Heim, die gute Verbindung zum Stadtschulrat hat, haben wir eine wirkungsvolle Einrichtung geschaffen, durch den Kunstdruck breiten Massen ästhetische Erziehung zu vermitteln. Sie betreibt ein Wechselrahmen-Abonnement, ein Abonnement auf monatlich wechselnde Ausstellungen und ist eben im Begriffe, einen Bildverleih, ähnlich einer Leihbibliothek einzurichten.

Die Ravag hat eine eigene wöchentliche Sendung "Volksbildung und Rundfunk" eingeführt.

Der Redner betonte im besonderen die außerordentliche Unterstützung, die die Arbeit der Wiener Volksbildung durch den Österreichischen Gewerkschaftsbund erfährt.

Das Institut für Wissenschaft und Kunst bemüht sich um die Dozentenführung und diese Bemühungen sollen für die Intensivierung der Volksbildung wirksam werden.

Die Vorarbeiten für eine Gesamtausgabe der Werke der österreichischen Dichter Karl Kraus und Anton Wildgans beschäftigten auch die Verwaltungsgruppe III.

So groß das Bestreben ist, eine Theatergemeinde in Wien auf breitester Grundlage für die minder und mindestbemittelten Schichten der Bevölkerung aufzubauen, und so sehr diese Arbeit aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen längst realisiert sein müsste, so bedauerlich ist, daß hier allen Versuchen zum Trotz noch kein fruchtbares Ergebnis verzeichnet werden kann. Das allgemeine Ansteigen der Preise und Löhne war dieser Aktion nicht förderlich. Die theater- und musikpolitischen Aufgaben der Stadt Wien wurden aber im abgelaufenen Jahr in dem Mass wahrgenommen, dass ich wohl sagen darf, dass die Stadt Wien vieles getan hat, um einerseits das Theater- und Musikleben qualitativ und quantitativ zu fördern und andererseits um vieles abzuwenden, was in einer Zeit inflationistischer Neugründungen dem Ruf unserer Stadt abträglich ist.

Die Kunstförderung umfasst sämtliche Zweige der Kunst. Der Betrag von 165.000 S ist allerdings so gering bemessen, daß besondere durchgreifende Förderungsmassnahmen wohl nicht in Betracht kommen.

Die gleichen Preise für das Jahr 1946, die im Budget ausgewiesen waren, sind leider aus Gründen der allgemeinen Einsparung nicht verliehen worden.

Am 31. Jänner 1947 ist der 150. Geburtstag Franz Schuberts. Ebenso fällt in das Jahr 1947 der 50. Todestag Johannes Brahms. Dieser beiden Meister soll in einem entsprechenden festlichen Akt gedacht werden. Hiefür ist ein Betrag von 20.000 S in Aussicht genommen. Wir wollen hier an die Bruckner-Festwochen im Jahre 1946 anknüpfen. Auch für sonstige festliche Veranstaltungen im Rahmen einer Theater- und Musikfestwoche soll in diesem Ansatz Bedeckung gefunden werden. Die Kunstförderung vollzieht sich ferner in Form der Auftragserteilung an Künstler oder durch Ankauf von Werken. Eine Ausstellung über die Neuerwerbungen der Stadt Wien, die noch vor Weihnachten im Rathaus eröffnet wird, wird einen Einblick in diese kunstfördernde Tätigkeit vermitteln.

Die Musiklehranstalten haben eine durchaus erfreuliche Entwicklung genommen. Die Musikschulen der Stadt Wien, die für die Musikerziehung der breiten Schichten des Volkes bestimmt sind, konnten im vergangenen Jahr erfreulicherweise um Schulen im 10., 13., 18. und 21. Bezirk erweitert werden. Die Schulräume entsprechen aber keinesfalls noch dem Ansturm der Schüler. Die Bemühung, die Schulen in den dichtbevölkerten Bezirken zu vermehren, wird fortgesetzt. Die Zahl der Schüler beträgt heute am Konservatorium der Stadt Wien 887, an den Musiklehranstalten 662, an den Singschulen der Stadt Wien 5520.

Die Modeschule der Stadt Wien hat die Aufgabe, den Nachwuchs für eine Branche zu erziehen, die als Wiener Mode vor dem Kriege Weltruf besass. Der modische Beruf hat durch Materialmangel und durch die Einschränkung der Kriegszeit schwer gelitten. Und gerade dieser Beruf liegt der Wienerin ganz besonders. Die Sorge für eine entsprechende Nachwuchserziehung auf diesem Gebiete ist daher eine besondere Pflicht der Stadt Wien. Dadurch wird auch am wirksamsten der Kampf gegen den schädlichen Kitsch auf dem Gebiete der Mode geführt werden können. Die Modeschule umfasst zwei allgemeine Lehrgänge, Die Modeklasse soll modisch geschulte, im Schneidern bewanderte Kräfte ausbilden, aus denen sich der Nachwuchs für Modezeichnerinnen, Modegraphikerinnen und Schneiderdirektricen ergeben soll. Die Textilklassen werden den Nachwuchs für Textil- und Musterzeichnerinnen und Strickereizeichnerinnen stellen. Die handwerklichen Klassen umfassen: Handweberei, die Spezialklasse für Schmuck, für Schrift und Buchbinderei und für Geschenkartikel. Die Schule besuchen derzeit 210 Schülerinnen. Mit der Schule soll auch aus den Beständen der städtischen Sammlungen und des früheren Hauses der Modeschule eine Modebibliothek und eine Modesammlung verbunden werden.

Die städtischen Büchereien sind eine der Säulen der Volksbildung in Wien. Bereits im Vorjahr konnten 23 Wiener städtische Büchereien wieder in Betrieb genommen werden. 19 weitere Büchereien wurden in Betrieb genommen, sodass heute 42 Zweigstellen mit 150.000 Bänden guten Lesegutes bereits über 16.000 ständige Leser versorgen.

Die Zahl der Entleihungen beträgt 70.000 Bände monatlich. Für das kommende Jahr ist eine Erweiterung der städtischen Büchereien in Aussicht genommen, sodaß hoffentlich Ende des nächsten Jahres 50 Zweigstellen in Betrieb stehen werden. Die größte Sorge der städtischen Bücherei bildet begreiflicherweise die Beschaffung von Büchern. Die nunmehr geschaffene Möglichkeit, vor allem, aus der Schweiz Bücher zusätzlich zu erhalten, soll im weitesten Maße ausgenützt werden. Daß mit dem im Voranschlag ausgeworfenen Betrag von 50.000 S keinesfalls das Auslangen gefunden werden kann, ist, wenn man sich den Buchpreis vor Augen hält, wohl selbst verständlich.

Die Landesbildstelle ist eine gemeinsame, mit dem Bundeslande Niederösterreich geführte Einrichtung. Ihr obliegt die Versorgung der Schulen, Ämter/und anderer Interessenten (Ravag, Besatzungsmächte, etc.) mit Photos zur Projektion wie zur Reproduktion für Archivzwecke, einschließlich der textlichen/und technische Ausbildung der Lehrerschaft, der Vorführer bei Volksbildungsinstituten und anderer Interessenten durch Kurse und Belehrung, ferner die Verteilung von Schmalfilmgeräten und Stehbildprojektoren an Schulen, die Betreuung und Ergänzung des Bild (Negativ)-Archives und schließlich der technische Dienst für die Instandhaltung der in der Landesbildstelle vorhandenen Geräte. Der Laborbetrieb für den Bedarf der Ämter, Schulen, Institute, Besatzungsmächte ist ein außerordentlich reger. Das Laboratorium für photowissenschaftliche Arbeiten ist im Ausbau begriffen. Das Archiv umfaßt heute 85.000 Bildnegative. Die Verhandlungen mit den Bundesland Niederösterreich wegen der entsprechenden Beteiligung an den Kosten dürften hoffentlich binnen kurzem befriedigend abgeschlossen werden können.

Der Redner beschäftigt sich ausführlich mit Fragen der Denkmalpflege, und der Wiederinstandsetzung von Gedenkstätten, um sich dann der Stadtbibliothek zuzuwenden, die neben der gewaltigen Arbeitsleistung der Wiedereinrichtung ihrer Buchbestände auch ihre aufbauende Tätigkeit mit Erfolg fortsetzt. So gelang es z.B. 240 Blätter von Nestroyhandschriften, sowie den wertvollen schriftstellerischen Nachlaß den Malers und Kritikers Seligmann zu erwerben.

Auf die Erwerbung von kostbaren Schuberthandschriften zum Angebot von 40.000 Schilling mußte verzichtet werden.

Der planmäßige Aufbau des Bestandes an Viennensien, insbesondere der Handschriften, von denen die Stadtbibliothek eine der reichhaltigsten Sammlungen besitzt, wird auch im kommenden Jahre fortgesetzt. Erfreulicherweise gelang es im Jahre 1946, alle Manuskripte und den grössten Teil der auswärts geborgenen Bücher zurückzutransportieren. Die rückgeführten Bücher werden nun im einzelnen revidiert und hier ergeben sich leider viele Beschädigungen.

Die Städtischen Sammlungen waren auch im letzten Geschäftsjahre vor allem damit befaßt, ihre auswärts geborgenen Musealgegenstände wieder nach Wien zurückzubringen. Bei der Sichtung und Ordnung dieser Gegenstände wirkt sich die Raumnot der Städtischen Sammlungen unangenehm aus. Die Städtischen Sammlungen haben trotz aller Schwierigkeiten auch im laufenden Jahre versucht, die Lücken in ihren Beständen aufzufüllen. So konnten insbesondere Bilder aus der secessionistischen Periode erworben werden. Erfreulicherweise bilden fallweise Widmungen an die Städtischen Sammlungen die Möglichkeit zur Ausgestaltung des Musealbestandes und es sei hier allen Förderern der Städtischen Sammlungen, die in verständnisvoller Weise ihr Scherflein zur Ausgestaltung des Musealbestandes beigetragen haben, aufrichtigst gedankt. Über die Erwerbungen der Städtischen Sammlungen in der letzten Zeit wird eine Ausstellung im Rathaus Aufschluss geben, die noch vor Weihnachten, am 23. Dezember, eröffnet wird. In Vorbereitung ist auch die Ausstellung "Das Wiener Stadtbild im Wandel der Zeiten".

Die Sportförderung befasste sich im laufenden Jahre vorwiegend nur mit der Sicherung und Wiederherstellung der verfügbaren Sport- und Spielplätze, die in vielen Fällen wieder ihren früheren Inhabern vor 1938 zur Verfügung gestellt werden konnten. Hand in Hand damit ging, soweit es die beschränkten Material- und Geldmittel zuliessen, eine Förderung des Wiederaufbaues der Anlagen und der Sporteinrichtungen. Die Schäden, die dem Sport durch die Kriegsverhältnisse erwachsen sind, müssen leider mit über 5 Millionen Schilling geschätzt werden. Eine Summe, die weder einzelne Vereine noch die öffentliche Hand heute auszulegen vermögen.

Von den 115 Sport- und Spielplätzen sind nicht weniger als 38 total zerstört und 77 beschädigt, von den 400 Turnhallen 134 zerstört und 110 unbenützbar. Der Sportbeirat der Stadt Wien, der vor kurzem neu konstituiert wurde, wird sich bereits in den nächsten Tagen mit diesem wichtigen Problem zu befassen haben. Daß hier nur eine gemeinnützige Einstellung aller interessierten Kreise in wahrhaft demokratischer Zusammenarbeit Hilfe bringen kann, ist von vornherein klar. Ich richte auch hier den dringenden Appell an alle sportliebenden Kreise, in wahrhaft demokratischer Gesinung gemeinsam an der Wiederaufrichtung des Wiener Sportbetriebes, der wieder seine Weltgeltung erlangen muß, einmütig mitzuarbeiten und kann die Versicherung abgeben, daß das Amt für Kultur und Volksbildung alles, was nur irgendwie in seinen Kräften liegt, gerne dazu beitragen wird. Die Arbeiten werden durch eine sinnvolle Gesamtorganisation des österreichischen Sportes, an deren Gestaltung gearbeitet wird, zweifellos eine wesentliche Förderung erfahren. Der Wiederinstandsetzung der Sportplätze, insbesondere aber der besonders wichtigen Frage der Beschaffung von Sportgeräten und Sportausrüstungen, wird ein besonderes Augenmerk zugewendet werden, da ja gerade diese Gegenstände eine wesentliche Voraussetzung für die Sportausübung bilden und wohl am ehesten durch die Bemühungen der öffentlichen Hand beschafft werden können. Ich verweise hier nur auf die Beschaffung von Spielbällen, von Sportkleidern, die sich kleine Vereine überhaupt kaum selbst zu verschaffen vermögen. Der Berichterstatter gibt der Hoffnung Ausdruck, daß für Kultur und Volksbildung die notwendigen zusätzlichen Geldmittel im Bedarfsfalle im Geschäftsjahr 1947 selbst bewilligt werden.

Als erster Redner in der Debatte über das Referat Dr. Matejkas ergriff G.R. Dr. Trautzl (ÖVP) das Wort. Er betonte, daß auf dem Gebiete der Kultur und Volksbildung insbesondere in Bezug auf die Kunstförderung viel geleistet wurde. Es tauchen nur hie und da Bedenken auf, daß aus der Förderung und aus der Fürsorge für die Kunst vielleicht zu stark eine Lenkung der Kunst erwachsen könnte.

Die Kunst ist aber ein so empfindliches Instrument, dem man die volle Freiheit lassen muß. Die Kunstlenkung könnte auch sehr leicht einen bürokratischen Charakter annehmen, was unter allen Umständen vermieden werden muß.

Sehr begrüssenwert sind auf dem Gebiete der Volksbildung die Bestrebungen zur Errichtung einer überparteilichen Gesamtorganisation. Wir alle hoffen, daß es tatsächlich gelingt, ein Volksbildungsgebäude organisatorisch aufzurichten, das allen Wünschen möglichst gerecht wird.

Die Berufslenkung sollte die Jugendlichen, und zwar schon die Schulpflichtigen, erfassen. Wir laufen leicht Gefahr, daß infolge des Bestehens gewisser Mangelberufe in Handwerk, Industrie und Gewerbe Kinder zu irgendeinem Beruf gedrängt werden, in dem sie sicherlich ganz tüchtig sind; sie würden aber anderseits auf einem anderen Gebiet viel wertvolleres leisten. Schon jetzt sollte man jene Berufe ins Auge fassen, die der österreichischen Eigenart entsprechen, z.B. hatten wir eine hochentwickelte Juwelierkunst. Auch die Kunstgewerbebetriebe würden dringendst Nachwuchs brauchen.

Bezüglich der Schulbildung betonte der Redner, daß wir mit Stolz sagen können, dassdas Wiener Schulwesen immer vorbildlich gewesen ist und daß es dem Zusammenwirken aller gelingen wird, Wien wieder zu der Schulstadt zu machen, deren Ruf weit hinaus über die Grenzen unseres Vaterlandes geht. Die zu überwindenden Schwierigkeiten sind aber gerade hier ganz ungeheuer. Nicht nur, daß infolge der Säuberung von nationalsozialistischen Elementen ein Mangel an Lehrkräften herrscht, fehlen auch die entsprechenden Schulräume. Durch den Krieg wurde einegroße Anzahl von Schulgebäuden vernichtet oder schwer beschädigt. Wir müssen trachten, den notwendigen Schulraum zu beschaffen, wenn wir nicht die Schuljugend in überfüllten Räumen unterrichten wollen. Der Redner verwies darauf, daßdie Gemeindeverwaltung sehr viel Schulraum in Anspruch nimmt. Es sind nicht weniger als 13 Wiener Schulen von magistratischen Stellen besetzt.

Auch das Problem der Beheizung der Schulen bedarf gerade jetzt wieder dringend einer Lösung, wo die Kinder und Jugendlichen bei Temperaturen von 4 bis 6 ° unterrichtet werden müssen. Der Redner dankte der Wiener Lehrerschaft, die wirklich vorbildlich ihre Pflicht erfüllt. (Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Steinhardt (KPÖ) stellte fest, daß in den vergangenen Monaten auf dem Gebiet der Kultur und Volksbildung Erkleckliches geleistet worden ist. Man muss bedenken, unter welchen Umständen die Arbeit auf diesem Gebiete begonnen wurde und wie sehr in den letzten Jahren das kulturelle Gesicht Wiens verzehrt worden ist. Nach dem Bericht, den wir heute gehört haben, kann man in der Tat im grossen und ganzen zufrieden sein, denn was der Weiterentwicklung hemmend im Wege steht, ist das, was uns auch auf allen anderen Gebieten hindert: Der Mangel an allem. Ein grosses Verdienst hat sich das Amt für Kultur und Volksbildung dadurch erworben, daß es den Wienern die Kunst des Ostens erschlossen hat, die bei uns so gut wie unbekannt war. Der Redner würdigte sodann die Arbeit für die Ausstellung "Niemals vergessen", die zuerst mit einer gewissen Skepsis aufgenommen wurde. Der Erfolg habe jedoch die Bemühungen gerechtfertigt und 250.000 Besucher haben die Ausstellung gesehen.

Zum Schluss wies GR. Steinhardt darauf hin, daß manches, was von seiner Fraktion angeregt wurde, nicht fortgeführt worden ist, wie z.B. die Einflussnahme auf den Spielplan der Theater. Er schlug sodann vor, daß man Ausstellungen auch in die Randbezirke verlegen solle, um sie der arbeitenden Bevölkerung leichter zugänglich zu machen und bemängelte die Vernachlässigung der alten Leute in den Anstalten in kultureller Beziehung.

GR. Planek (SPÖ) bezeichnet als Grundwahrheiten die Unteilbarkeit der Kultur und ihre Bestimmung für die Allgemeinheit. Die Sozialistische Partei hat darauf immer wieder nicht nur durch Worte, sondern auch durch viele Taten hingewiesen. Das Herantragen der Kultur an die breiten Volksmassen, ist nur durch die Vereinigung aller Kräfte und durch rationelles Vorgehen möglich. Die Inselhaftigkeit der Volksbildung muss endlich einmal durch die Zentralisierung, durch rationelles Arbeiten u. durch Koordinierung aller Volksbildungsmittel beseitigt werden. Die Kultur ist für viele Leute nur ein gutes Geschäft. Wir müssen von einer Zentralstelle aus, und dazu wäre das Kulturamt der Stadt Wien berufen, die Dinge [illegible] steuern. Das wäre richtige Kulturlenkung. Redner erinnert an das ehemalige Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, das verschiedene Gebiete der Kultur durch einfache statistische Methoden an die Allgemeinheit herantrug und an die Antifaschistische Ausstellung, die den gleichen Weg beschritten habe.

Man müßte ein solches Institut wieder aufbauen. Alle weltanschaulichen Verbände sollen in eine solche zentralisierte allgemeine Volksbildung nicht eingeschaltet werden. Die religiösen Verbände sollen mit der allgemeinen Volksbildung nichts zu tun haben; sie sollen den Glauben, nicht auch den Wissensbereich vertreten. Das Schicksal der Demokratie wird von der Volksbildung abhängen. Demokratisch sein heißt die Verpflichtung, sachkundig zu sein, denn nur der Sachkundige kann in der Demokratie mitreden und mitbestimmen.

Die Stadt Wien hat ein vorbildliches Schulwesen. Dieses wäre allerdings ohne das Wirken Ott Glöckels undenkbar. Im Parlament werden jetzt die Fragen der Schulgesetzgebung und der Lehrpläne beraten werden. Wir wollen hoffen, daß die Wiener Schule zum Vorbild für ganz Österreich wird. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Die vom Kulturamt geleistete Kunstförderung ist anerkennenswert, aber gerade auf diesem Gebiete muß noch manches geschehen. Alle diejenigen, die heute im Kunstleben stehen, haben eine Art Mission zu erfüllen, nämlich ihre Kunst an die breiten Massen des Volkes heranzubringen. Die Förderung des Kunstgewerbes ist nicht nur eine Frage der Kultur sondern auch der Wirtschaft. Das Kardinalproblem ist der Nachwuchs. Das Kunstgewerbe von heute hat mit wirklicher Kunst nicht mehr viel zu tun. Hier muß eine große Erziehungsarbeit einsetzen. Die schaffenden Künstler benötigen für ihre Arbeit den entsprechenden Rahmen. Redner regt in diesem Zusammenhang die Mithilfe der Gemeinde Wien zum Beispiel beim Wiederaufbau der Sezession an.

Auch auf dem Gebiete des Sports muß noch vieles geleistet werden. Wir brauchen noch viele Anlagen und Spielplätze, aber auch entsprechende Grünflächen. Die Pläne dazu liegen längst vor. Aber auch in diesem Punkt wird es vielfach von der Rechten des Hauses abhängen, ob diese Pläne durchgesetzt werden können, nämlich dann, wenn es zur Enteignungsfrage kommen wird. Dann wird es sich herausstellen, ob es noch Sonderinteressen oder nur ein Allgemein-Interesse gibt. Heute sind die Plätze für die zu schaffenden Anlagen noch frei, jetzt besteht für den Wiener Gemeinderat eine einmalige Chance für die Planung der nächsten Zukunft. Zur Kunst gehört selbstverständlich auch die Freiheit.

Kunst ist undenkbar ohne alle anderen Dinge des Lebens. Die Grundlage hiezu hängt aber auch von den Alliierten ab.

Stadtrat Dr. Matejka kam in seinem Schlußwort auf die gegenwärtige Ausstellung im Konzerthaus zu sprechen, bei der man auf den Standpunkt absoluter Freiheit steht. Es hat über ein Jahr gedauert, bis die Ausstellung zu Stande kam. Die Künstler die dort ständig ausstellen sind, in jedem Monat andere und können von zehntausenden Menschen aller Schichten der Bevölkerung gesehen werden. In vorbildlicher Weise wird moderne und konservative Kunst den breiten Massen zugänglich gemacht.

Erfreulich ist, daß in diesem Hause betont wurde, daß in den letzten eineinhalb Jahren eine intensive Berührung mit der Sowjet-Union stattgefunden hat. Man war von der Stadt Wien aus immer bemüht Berührungspunkte mit allen Ländern zu finden, in einen Kursttransfer einzutreten, aus dem zahlreiche Aktionen entstanden. Unter Hinweis auf die Antifaschistische Ausstellung betonte Stadtrat Dr. Matejka, daß es die Pflicht des Gemeinderates wäre, den Arbeitern und Angestellten, wie auch den künstlerischen und technischen Leitern der Ausstellung offiziel den Dank auszusprechen und vor allem die Arbeit Prof. Slamars zu würdigen. (Allg. Beifall.) Die Intensivierung der Volksbildungsarbeit ist sehr wichtig und bedarf einer elastischen, labilen und anpassenden Form. Diese Form hat sich die "Gesellschaft der Bildungsfreunede" zu eigen gemacht, der man eine große Zukunft voraussagen darf. Er begrüßte auch die von Gemeinderat Planek erwähnten Arbeiten des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums und gab bekannt, daß eine solche Institution im Erstehen begriffen ist, die mit dem Namen Otto Neurath verbunden sein wird. Das Amt für Kultur und Volksbildung steht mit der Witwe Neuraths in Verbindung und es werden wieder die Methoden seiner Bildstatistik in Wien angewandt werden.

Damit ist die Debatte über das Kapital "Kultur und Volksbildung" erledigt. Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe III wurde einstimmig angenommen, desgleichen auch der Antrag des Gemeinderates Steinhardt, wonach das Reinerträgnis der Antifaschistischen Ausstellung zum Teil für kulturelle Zwecke und zur Unterstützung der Naziopfer verwendet werden soll.

Unterbrechung des Gemeinderatsberichtes.

650 Heimkehrer aus Rußland

Heute nachmittags ist der erste der angekündigten Heimkehrertransporte aus Sowjet-Rußland am Ostbahnhof in Wien angekommen. Er brachte 650 Mann, davon rund 400 Wiener. Zum Empfang des Transportes hat sich in Vertretung der Bürgermeisters Vizebürgermeister Speiser eingefunden, der von den Heimkehrern als Abgesandter der Stadt Wien herzlichst begrüßt wurde. Die Bundesregierung war durch Minister Dr. Altmann vertreten. Namens des Heimkehrerreferates der SPÖ begrüßte Bundesrat Millwisch die Heimkehrer.

Verkaufszeiten zu Weihnachten

Der Wiener Magistrat (Mag.Abt.63) gibt auf verschiedene Anfragen bekannt:

Im Lebensmittelkleinhandel und im sonstigen Kleinhandel gelten am Goldenen Sonntag (22.12.) und am 24., 25. und 26.12.46 folgende Verkaufszeiten: Lebensmittelkleinhandel, Kleinverschleiß der Lebensmittelerzeugungsgewerbe, Kleinhandel mit Lebensmitteln und anderen Waren: 22.12 (Sonntagsarbeit gestattet) 8 - 11, 16 - 19 Uhr, 24.12. (Offenhaltungspflicht) 7 - 17 Uhr, Mittagssperre unzulässig.

Kleinhandel mit anderen Waren als Lebensmitteln: 22.12. (Sonntagsarbeit gestattet) 10 - 18 Uhr, 24.12. (Offenhaltungspflicht) 9 - 17 Uhr, Mittagssperre unzulässig.
25. und 26.12 (gesetzliche Feiertage): Milchgeschäfte durch zwei Stunden nach dem Einlangen der Milch (Offenhaltungspflicht).

Verlegte Sprechstunde

Vizebürgermeister Lois Weinberger hält in dieser Woche seine Sprechstunden statt Freitag schon am Donnerstag, den 19. Dezember von 9 bis 12 Uhr.

Fortsetzung des Gemeinderats - Berichtes:

Nun übernimmt GR. Amalie Resniczek den Vorsitz.

Es gelangt das Kapitel "Wohlfahrtswesen" zur Verhandlung. Berichterstatter amtsführender Stadtrat Dr. Freund (SPÖ) führte aus, daß auch in diesem Jahre die Fürsorge im Zeichen anhaltender wachsender Not stehe. Eine rasch sich vollziehende Aufzehrung aller Sachvorräte nähert sich dem Ende. Auch der Mittelstand, der bisher noch über einige Reserven verfügte, wird bereits davon ergriffen.

Die Voraussetzung einer gedeihlichen Entwicklung des einzelnen und der Familie ist, bei dem jetzigen Stand der Technik und bei dem Stand der landwirtschaftlichen Entwicklung, doch eigentlich die primitive Erfüllung des Bedarfes an Wohnraum, Licht, Beheizung, Kleidung u. Nahrung. Es ist aber der öffentlichen Wirtschaft von Staat und Gemeinde, ganz abgesehen von der sogenannten freien Wirtschaft des Unternehmertums, nicht gelungen, diese Bedürfnisse auch nur annähernd zu befriedigen. Aber auch uns beherrscht keine Befriedigung über das Geleistete, aber dem überaus empfindlichen Mangel an allen Verbrauchsgütern, an Nahrung und an Energie und der Unmöglichkeit, die Kriegsschäden an unseren Wohnhäusern restlos zu beseitigen, ist es zuzuschreiben, daß die gerechterweise zu erfüllenden Bedürfnisse nicht erfüllt werden konnten.

Wenn wir jetzt dennoch einiges in der Wiederherstellung und vielleicht sogar im Aufbau erreichen konnten, so verdanken wir dies meiner Meinung nach vier Umständen. Zunächst den großen Mitteln, die der Gemeinderat für das Jahr 1946 der Wohlfahrtspflege ohne jeden Abstrich zur Verfügung stellte, dann der Unterstützung durch die alliierten Mächte und ganz besonders den reichlichen Spenden der Hilfsorganisationen der Schweiz, Dänemarks, Schwedens, Hollands, der Vereinigten Staaten und Argentinien, nicht zuletzt der restlosen Arbeit unserer Beamten, Kindergärtnerinnen, Fürsorgeräte und Fürsorgeamtsvorsteher.(Allgemeiner Beifall.) Außerdem hat das gute Einvernehmen, das das Wohlfahrtsamt mit allen politischen Parteien und ihren Forsorgeorganisationen pflegen konnte, viel zum Gelingen unserer Sache beigetragen.

Was der Verwaltungsgruppe IV ganz ungemein die Arbeit erschwert, ist die durchaus unorganische Abgrenzung zwischen dem Wohlfahrtsamt und dem Gesundheitswesen. Es sind dies zwei Gebiete, die unzertrennlich zueinander gehören.

Der Redner führte dann weiter aus, daß die Ausgaben der Gemeinde Wien für das Wohlfahrtswesen 92.5 Millionen Schilling erreicht haben. Für Wohlfahrts- und Gesundheitswesen betragen die Ausgaben zusammen 166 Millionen Schilling.

Stadtrat Dr. Freund umriss sodann die Aufgabengebiete der ihm unterstehenden Ämter und ging auf die einzelnen Rubriken des Budgets ein.

Bisher wurden 45 Wärmestuben errichtet. Bei den Dauerbesorgten kam es zu einer Erhöhung der Ausgaben auf 26,8 Millionen Schilling. Eine Familie bestehendaus einem Mann, einer Frau und 2 Kindern bekommt jetzt 150 Schilling im Monat. Ich weiss, daß dies noch immer nicht sehr viel ist, aber es war uns nicht möglich für diesen Zweck mehr aufzubringen. Der grösste Teil dieser Dauerunterstützten besteht noch dazu aus Leuten, die über 65 Jahre alt sind. Mit einer Rückkehr in das Erwerbsleben ist also hier nicht mehr zu rechnen.

In der allgemeinen Fürsorge werden vor allem Asoziale, Staatenlose, Trinker und ähnliche Gruppen betreut. Die letzte Sparte wird dadurch etwas aufgelockert werden, daß die Nazikinder ausgeschieden werden, denn ich kann diese Kindern vergelten lassen, was ihre Väter verbrochen haben, (Zwischenrufe:sehr richtig!)

Wir haben aber auchin diesem Budget die Ausgaben für einmalige Geld- und Sachbeihilfen auf 2.5 Millionen Schilling erhöht und falls dies nicht ausreichen sollte, steht uns aus dem Erträgnis der Armenlotterie eine letzte Reserve, vor allem für Leute, die nicht in den starren Rahmen des Fürsorgegesetzes fallen, zur Verfügung.

Ein sehr wichtiges Kapitel stellt die wirtschaftliche Tuberkulosenhilfe dar. Neben der Heilstättenbehandlung ist die Sorge für das leibliche Wohl des Kranken hier das beste Heilmittel. Nur in gesunden Wohnungen kann es zu einer Sanierung der gesundheitlichen Verhältnisse kommen. Wir zählen in Wien 30.500 Fälle aktiver Tuberkulose, darunter 750 Dauerbefürsorgte, die einen durchschittlichen Aufwand von 70 Schilling verursachen. Auch das ist nicht viel und wird bemühen uns daher durch Sachbeihilfen die Befürsorgung dieser Leute zu verbessern. Im Einvernehmen mit dem Finanzreferenten habe ich deshalb beschlossen, im Dezember 100 Schilling für jeden Tuberkulose-Dauerbefürsorgten flüssig zu machen, damit diese wenigstens vor der drückendsten Not bewahrt werden.

Schliesslich muss ich aber unbedingt darauf dringen, daß die Verpflegung der Tuberkulosen besser wird. Es ist bisher leider noch immer nicht gelungen, die Arbeiterkarte für sie zu erlangen. Die Zahl der Tuberkulosen in unserer Stadt bildet ein grosses Gefahrenmoment für uns alle. Es muss daher unser Ziel sein, diesen Menschen zu helfen.

Ein kleiner Betrag scheint für die Rubrik Krüppelfürsorge auf. Wobei ich aber bemerken will, dass die Krüppelorganisationen selbständige Körperschaften sind und Subventionen erhalten, die an anderen Stellen des Budgets angeführt sind.

Ein sehr grosser Teil der Arbeitslast, die auf unseren Fürsorgeämtern ruht, umfassen die zusätzlichen Hilfsmassnahmen durch ausländische Organisationen.

Aus dem Sachbeihilfenlager in der Josefstädterstrasse wurden seit Jänner 227.300 Einzelpersonen mit Lebensmitteln, Bekleidung und Schuhen versorgt. Wir haben u.a. die Aktion des Britischen Roten Kreuzes durchgeführt, ferner die British Aid for Austria, die Schweizer Quäkerhilfe und die amerikanische Quäkerhilfe. Trotz unserer Bemühungen war es nicht möglich, für die 25-60jährigen Tuberkulosekranken irgendeine dauernde Hilfe aufzutreiben. Auch KZler und sonstige politisch und rassisch Verfolgte werden von uns, und zwar aus amerikanischen und anderen Spenden, befürsorgt. Für die Unterstützung der Familien noch nicht Heimgekehrter waren im Vorjahre 36 Millionen Schilling eingesetzt. Heuer sind 15 Millionen präliminiert. Wir bedauern es, dass wir diese Summe unseren Heimkehrern nicht in Form von Löhnen und Gehältern auszahlen können.

Das grosse Kapitel der Flüchtlingsfürsorge ist eine durchlaufende Post und scheint im Budget überhaupt nicht auf, bereitet uns aber sehr viel Arbeit und kostet viel Material. Die Anzahl der Flüchtlinge nimmt in Wien wieder allmählich zu. Wir haben zur Zeit in der Stadt 112.851 gemeldete Ausländer. Davon sind ungefähr die Hälfte Flüchtlinge. Das Flüchtlingsproblem beschäftigt uns auch bevölkerungspolitisch ausserordentlich.

Der Berichterstatter kam sodann auf die Tätigkeit des Jugendamtes, auf die Jugenderholungsfürsorge und den zentralen Informationsdienst zu sprechen. Im Jugendamt werden von den sechs grossen Dezernaten drei von Frauen selbständig geführt, und zwar die Dezernate für Jugendrechtsfürsorge, Erholungsfürsorge und für

Kindergartenwesen, welch letzteres mit Ausnahme des männlichen Zentralinspektors zur Gänze aus Frauen besteht.

Gegenwärtig hat das Jugendamt 24.000 Amtsmündel zu betreuen, unter denen sich nur 146 eheliche Kinder befinden. Zu diesen Amtsmündeln gehören auch die sogenannten "Armeekinder", deren Väter von den alliierten Mächten gestellt wurden. Es ist eine interessante Tatsache, daß von 735 solchen Kindern 371 im Osten, und 364 im Westen ihre Väter zu suchen haben. Unter den Kindern befinden sich auch 2 kleine Neger. Sie alle werden mit derselben Liebe betreut und großgezogen werden wie die übrigen.

Gegenwärtig sind 292 Kindergartenabteilungen im Betrieb, in denen 454 Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen beschäftigt sind. Die Kinder erhalten dort für 1 Schilling die ganze Woche hindurch ein gutes und ausreichendes Essen. Insgesamt werden dort 8.900 Kinder betreut. In guter Entwicklung sind die Mutterberatungsstellen begriffen. Statt 33 im Jahre 1938 gibt es bereits 74, zu denen im nächsten Jahr fünf weiter hinzukommen. Daneben ist ein Mutterschulungskurs geschaffen worden. Eine besondere Sorge bedeutet, wie schon bei der vorigen Budgetdebatte erwähnt, die Beschaffung von Säuglingswäsche. Vielleicht wird es aber doch möglich sein, so wie früher einmal wieder ein komplettes Windelpaket abzugeben.

Die durch das Jugendamt direkt oder indirekt geführte Ausspeisung hat bereits astronomische Zahlen erreicht. Die allgemeine Schul- und Lehrlingsausspeisung umfaßt täglich 120.000 Esser, die Gemeindeküchen und Kindergärten speisen 4000 Kinder aus, die Schwedenaktion 29.000 drei- bis sechsjährige Kinder, die Dänen seit 1. Mai 1946 nicht weniger als 21.000 Kinder, sodaß es zusammen über 170.000 Kinder sind, die täglich ein Mittagessen erhalten. Aber auch die unentgeltlich gegebene Hilfe erfordert große Summen für die Zubereitung und den Transport der Speisen. An Herstellungskosten sind in einem Jahr 1,200.000 Schilling erwachsen.

Eine zusätzliche Arbeit wird von den Fürsorgerinnen durch die Milchabgabe geleistet. Insgesamt wurden 122.000 Portionen ausgegeben. Von den Schweden wurde zusätzlich Trockenmilch ausgegeben, wodurch insgesamt 400.000 Portionen, die je 3 1/2 Liter fetter Vollmilch darstellen, zur Verteilung gelangten.

Für die Erholungsfürsorge in Heimen sind bereits 700 Betten vorhanden, zu denen noch 3450 Betten des Gewerkschaftsbundes und privater Institutionen zu rechnen sind. Die Erwähnung der Tatsache, daß im heurigen Jahr mehr als 6.000 Wiener Kinder in der Schweiz auf Erholung waren, löste im ganzen Saal starken Beifall aus.

Stadtrat Dr. Freund berichtete, daß in letzter Zeit das Amerikanische Rote Kreuz wieder Schuhe und Kleider für Kinder nachWien gebracht hat. Die Schweiz hat 400.000 Franken zur Beschaffung von 40.000 Paar Kinderschuhen aufgewandt. Dies wäre besonders begrüssenswert, weil Kinder aus Mangel an Schuhen oft überhaupt nicht oder nur zeitweilig die Schule besuchen können.

Besonders dankenswert sei die Erhöhung der Stipendien und Lehrlingsbeihilfen auf den Betrag von 600.000 Schilling. Sie sind eine neue Einführung und tragen dadurch, daß sie bloss an Mangelberuf-Lehrlinge gewährt werden, einer gewissen Berufslenkung Rechnung.

Zum Schlusse führte der Redner aus, daß die Summen, die für die Wohlfahrtspflege ausgeworfen werden, sehr groß sind. Sie sind aber nötig, um unser Volk und insbesondere unsere Jugend über diese schwere Zeit der Not hinwegzubringen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Als erste Rednerin in der Debatte sprach GR-Eleonore Hiltl (ÖVP) Sie verglich die Wohlfahrtspflege mit einem grossen Meer, in das wir immer Wasser hineinschütten wollen, um die grossen Bedürfnisse wirklich zu befriedigen.

Sehr erfreulich sei, daß der Betrag, der für Säuglingswäschepakete angesetzt wurde, eine starke Erhöhung erfahren hat. Sie dankte im Namen der Mütter, die durch diese Aktion von einer schweren Sorge befreit worden seien.

Die Rednerin danke jenen Nationen, die sich in den vergangenen Monaten so sehr bemüht haben, unsere Not zu lindern und unserem Lande zu helfen. Wir freuen uns zwar über diese Hilfe, doch wären wir glücklich, wenn wir endlich aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln die Not und das Elend unseres Volkes beheben könnten. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Auc Auch der Errichtung von Kindergärten sollte verstärktes Augenmerk zugewendet werden. Es sollte hier die Privatinitiative viel mehr unterstützt werden. Wir alle legen Wert darauf, daß die Wie-

ner Kinder zu wirklich österreichischen charaktergestärkten Menschen, fern von jeder Parteipolitik, erzogen werden.

Auf dem Gebiete der Erholungsfürsorge wurde viel geleistet. Es sollte aber hier getrachtet werden, auch für unsere Mütter Erholungsaktionen durchzuführen und ausserdem Erholungsheime für unsere alten Leute zur Verfügung zu stellen.

Das monatliche Taschengeld für die Pfleglinge in den Anstalten sollte erhöht werden. GR. Hiltl beantragt das monatliche Handgeld für die Pfleglinge der Altersheime der Stadt Wien von derzeit 2 Schilling auf 4 Schilling zu erhöhen und in der Folge den weiteren Preissteigerungen anzugleichen.

Die Rednerin richtete ferner einen Appell an die weibliche Jugend, sich als Heimfürsorgerinnen zur Verfügung zu stellen, um den durch ihren Beruf überlasteten Müttern zu helfen. Sie würden einmal in späteren Jahren, wenn sie sich in der gleichen Lage befinden, dankbar sein, wenn ihnen das gleiche vergolten wird. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Zum Schluß betonte die Rednerin, daß wir alle zusammenstehen sollen, um das Elend und die Not zu lindern, um damit gemeinsam unserer Stadt Wien den grössten und heiligsten Dienst zu leisten. (Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Steinhardt (KPÖ), führte unter anderem aus: Neben dem Ernährungsamt ist das Wohlfahrtsamt jenes, das am meisten mit den widrigen Zeitumständen zu ringen hat und wir müssen daher anerkennen, dass das erstellte Budget einigermassen den Anforderungen entspricht.

In der Folge betonte GR. Steinhardt, dass alles, was getan worden sei, noch zu wenig sei und noch viel mehr getan werden müsse, denn was nützt es, wenn unsere Kinder einige Stunden in guter Pflege und Obhut sind und wen sie nach Hause kommen, wieder in eine trostlose Umgebung zurückgleiten. Man spricht heute von einer Verwahrlosung der Jugend, aber hier nützt keine Erziehung, sondern wir müsen unseren Kindern heraushelfen aus der furchtbaren Not, in der sie leben müssen. Der Redner spricht sich auch gegen die unnatürliche Trennung des Gesundheits- und Fürsorgeamtes aus und tritt für eine vernünftige Scheidung ein, solange wir kein solches gigantisches Genie wie Professor Tandler besitzen.

-.-.-.-

Nachtrag zu Blatt 1787:

Als erster Redner in der Nachmittagssitzung referierte Stadtrat Dr. Matejka (KPÖ) über das dritte Hauptstück des Voranschlages (Kultur und Volksbildung).

Wenn ich namens meiner Fraktion meine Zustimmung zu dem Budget der Gruppe „ Wohlfahrtswesen gebe, so verbinde ich damit den Wunsch, daß in der wirtschaftlichen Lage unseres Staates bald eine Besserung eintrete und daß insbesondere die Lage unserer Kinder eine bedeutende Besserung erfährt.

GR. Nödl (SPÖ) betont die Notwendigkeit, an die Aufgaben des Wohlfahrtswesens vor allem mit dem Herzen heranzugehen. Die Sozialistische Partei hat Wien schon einmal zum Zentrum einer vorbildlichen Fürsorge gemacht, die weit über die Grenzen unseres Landes hinaus gewürdigt worden ist. Bei verschiedenen Spenden, die uns jetzt zuteil werden, wird immer wieder darauf hingewiesen, es sei eine Dankesschuld, unserer Stadt zu helfen, weil man ihr so viele Anregung auf dem Gebiete der Fürsorge verdanke. Wenn ich namens der Sozialistischen Partei sage, daß die Zeit, da einige wenige Wohltäter Almosen verteilten, endgültig vorbei sein muss und dass wir nicht demütige Bittsteller schaffen dürfen, sondern daß es Pflicht eines Gemeinwesens ist, den unverschuldet in Not geratenen Menschen in jeder Lage zu helfen, ist damit in groben Umrissen gesagt, was wir uns unter Fürsorge vorstellen. Wir hatten in diesem Saale nicht immer die Zustimmung der anderen Parteien zu unserer Ansicht über die Fürsorge. Rednerin erinnert an die Zeit vor 1934, wo man der Sozialdemokratischen Partei die sogenannte "Fürsorgeinflation" vorwarf, als sie den Menschen zu helfen versuchte. Es ist besser vorzusorgen, als nachträglich Hilfe zu bringen, wenn es vielleicht schon zu spät ist.

Wir begrüssen es gleichfalls, daß die Säuglingswäscheaktion wieder eingeleitet wird und die Kindergärten wieder instandgesetzt wurden. Ihre Zahl muss aber vergrössert werden. In den Kindergärten soll nur Frohsinn und Glück unter den Kindern verbreitet werden. Der Auswahl der Kindergärtnerinnen ist grosse Beachtung zu schenken. Bei der Anstellung müssen ehemalige politische Häftlinge bevorzugt werden. Begrüssenswert wäre es, wenn sich die Ausbildung der Kindergärtnerinnen auf 4 Jahre zwischen dem 14. und 18. Lebensjahr erstrecken würde und sie nicht, wie jetzt, erst mit dem 16. Lebensjahr begänne. Alles, was für die Jugend geschieht, sichert die Zukunft unserer Stadt. Professor Tandler hat einmal den Satz geprägt: "Wer Kindern Paläste baut, reisst Kerkermauern nieder!" Dies gilt auch heute.

Eine Lücke in der Kette der Fürsorgemassnahmen für unsere Jugend klafft bei den schwer erziehbaren oder sozial gefährdeten Kindern, die in Erziehungsheime kommen, da diese nicht dem Wohlfahrtsamt, sondern dem Anstaltenamt unterstehen. Es wäre günstiger, alle mit der Jugendfürsorge befassten Anstalten im Wohlfahrtsamt zu vereinen.

Zu dem Appell der GR.Hiltl an die weibliche Jugend, sich überlasteten Müttern zur Hilfe zur Verfügung zu stellen, erklärt die Rednerin, die Jugend habe durch den Krieg so viel verloren, dass es nicht angezeigt sei, sie zu Pflichten anzuhalten, die sie nicht freiwillig, froh und aus eigener Initiative zu übernehmen geneigt ist. Man muss sie so lenken, dass sie von selbst zur Hilfe bereit sind.

Diejenigen, die unter dem Faschismus in die Kerker gewandert sind, müssen, wenn es irgend eine Stelle zu besetzen gilt, jenen gegenüber bevorzugt [illegible] werden, die vielleicht dieselben Fähigkeiten besitzen, aber ihre Treue zu unserer Stadt nicht so bewiesen haben. Dazu ist das Opferfürsorgegesetz geschaffen worden. Die Rednerin ersucht, den ehemaligen Häftlingen die Amtsbescheinigungen beschleunigt auszustellen. Den Witwen von Justifizierten muss das Leben so weit als möglich erleichtert werden.

Am Schlusse ihrer Rede kam GR. Nödl auf das Los der österreichischen Kriegsgefangenen zu sprechen. Sie machte sich zur Sprecherin der wartenden Frauen und appellierte an die Alliierten und an die Frauen in diesen Ländern. Österreich braucht seine Männer nicht nur zum Aufbau, sondern auch dazu, dass die zerstörten Familien wieder in Ordnung gebracht werden, die Kinder ihre Väter bekommen und die Frauen wieder beruhigt ihrer Arbeit nachgehen können. Erst wenn die Kriegsgefangenen daheim sind, werden die Österreicher wissen, daß wirklich Friede geworden ist. (Lebhafter Beifall.)

Stadtrat Dr.Freund sagte in seinem Schlusswort, dass er auch im Ausland um Säuglingswäschepakete gebeten hat. Vielleicht wird es aber auch möglich sein Säuglingswäsche aus der inländischen Zellwolleindustrie zu bekommen.

Die Erholungsaktionen werden durch eine Besserung der Bahnverhältnisse eine Steigerung erfahren können. Es ist beabsichtigt, Mütter samt ihren Kleinkindern Auf Erholung zu schicken.

Der Antrag der G.R. Hiltl auf Erhöhung des Handgeldes der Pfleglinge in den Altersheimen wird ehebaldigst zur Behandlung gestellt werden. (Allgemeiner Beifall).

Die Fürsorge- und Kindergärtnerinnenschulen haben in Österreich einen guten Klang. Für diese jungen Mädchen soll demnächst ein Internat geschaffen werden. Die Anstalt Eggenburg wird demnächst wieder in Betrieb gesetzt werden.

Es wird weiterhin das Ziel des Wohlfahrtsamtes bleiben, die Zahl der Kindergärten zu erhöhen. Die Anregung KZlerinnen in den Fürsorgerinnen- und Kindergärtnerinnenschulen zu begünstigen und ihnen durch Erlassung des Schulgeldes materielle Hilfe zu gewähren, wird wohl die Zustimmung des ganzen Hauses finden. Die Erziehungsheime werden wir sicher in grösserer Anzahl dann eröffnen können, sobald es die allgemeine Lage gestattet.

In der darauffolgenden Abstimmung wird der Ansatz des vierten Hauptstückes des Voranschlages der Stadt Wien einstimmig angenommen. Der Antrag auf Erhöhung des Handgeldes für die Pfleglinge der Stadt Wien wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Einem Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Dr. Freytag, Nathschläger und Genossen (ÖVP) der verlangt, dass die weiblichen Schaffnerinnen aus Gründen der mangelnden Sicherheit auf den Strassen Wiens ihren Dienst spätestens um 2o Uhr beenden können, wird die Dringlichkeit zuerkannt. Der Antrag wird sodann dem Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Die Sitzung wird um 18.25 Uhr unterbrochen und morgen früh um 8 Uhr fortgesetzt werden.

Lebensmittelkarten für die nächste Versorgungsperiode

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die Ausgabe der Lebensmittelkarten für die nächste Versorgungsperiode erfolgt mit Rücksicht auf die Weihnachtsfeiertage schon im Laufe dieser Woche, und zwar für die Bezirke 1 bis 5, 10 bis 13, 20 und 21, sowie für das Gebiet von Neu-Wien am Mittwoch, den 18. Dezember und für die übrigen Bezirke am Donnerstag, den 19. Dezember. Die Zusatzkarten werden von den Kartenstellen erst in der Woche nach den Feiertagen ausgegeben. Alle Karten sind sofort nach Erhalt mit Name und Adresse zu beschreiben.

Die Bestellscheine der Lebensmittelkarten sowie der Anmeldeabschnitt 23 der Erdäpfelkarte sind bis Freitag, den 27. Dezember 1946 in den Geschäften abzugeben. Die Rayonierungsfrist ist unbedingt einzuhalten, weil die Auslieferung der Waren auf Grund der abgegebenen Rayonierungsabschnitte erfolgt.

Am Tage vor der allgemeinen Kartenausgabe und am Tage der Ausgabe selbst muß der Parteienverkehr in den Kartenstelen auf unaufschiebbare Fälle beschränkt werden. Für Spinnstoffangelegenheiten ist der Parteienverkehr an diesen Tagen gesperrt.

Die von den Wohnparteien bestätigten Hauslisten sind bis Freitag, den 27. Dezember 1946, in den Kartenstellen abzugeben.

Gemüseaufruf

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Auf die Abschnitte 341 und 541 des Gemüseausweises wird nach Maßgabe der Anlieferungen 1/2 kg Gemüse/abgegeben. Die Abschnitte 351 und 551 werden nur noch bis Samstag, den 21. Dezember 1946 eingelöst.

Die Gemüsekleinhändler haben die bisher eingenommenen Abschnitte 304 und 504 bei der Verrechnungsstelle abzurechnen und die dafür erhaltene G-Bestätigung sofort an ihren Großhändler weiterzugeben.

Schwierigkeiten in der Gasversorgung

Es wird bekanntgegeben, daß infolge andauernden Erdgasmangels die Gasversorgungslage weiterhin unbefriedigend ist und infolgedessen die heutige abendliche Gasabgabe vorzeitig eingestellt werden muß. Die Gasabnehmer werden aufgefordert, die Gasflammen zu beobachten und bei deren Verlöschen die Hähne zu schließen.

Pressebesichtigung

Freitag, den 20. Dezember 1946, 15 Uhr nachmittags, findet im Historischen Museum der Stadt Wien, Neues Rathaus, Feststiege I, eine Besichtigung der Ausstellung "Neuerwerbungen des Museums der Stadt Wien" für die Presse statt. Die Wiener Tageszeitungen sind dazu herzlichst eingeladen.

P r e s s e s p i e g e l vom 14. bis 16. Dezember 1946

Wiener Kurier, 14. Dezember:

Textilien werden ab 1. Jänner 1947 nach einheitlichem System verteilt. Die erste Tagung der Bewirtschaftungskommission. Über 800.000 Paar Schuhe hergestellt. Eine Schuhbesohlung pro Jahr. 2
Wiener Konditoren erzeugen Christbaumbäckereien 3
Straßenhilfsdienst kommt wieder. Jugend-Rot-Kreuz wird gegründet 3
Silvestertermin in der Buchhaltung. Anwendungsmöglichkeiten der "Vorläufigen Richtlinien" 5
Junge Schneiderinnen werden ausgebildet. Fachlehranstalt für Bekleidungsgewerbe 6

Weltpresse, 14. Dezember:

Ein Gesetz, das zum Mißbrauch einlädt. Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes zum "Reichsleistungsgesetz" 2
Planung ist Theorie - Lenkung ist Praxis. Minister Dr. Krauland über Wirtschaftsplanung und Unternehmertum 4

Weltpresse, Abendausgabe, 14. Dezember:

Die Sonderzuteilungen für Weihnachten. RK 1
Lebensmittelpakete für Greise. RK 8

Welt am Abend, 14. Dezember:

Kommende Woche Sitzung des Wiener Gemeinderates 3

Neues Österreich, 15. Dezember:

Allgemeine Stillegung der Industriebetriebe zwischen Weihnachten und Neujahr 1
"Österreichische Volkshymne" ohne rechte Begeisterung. Die Autorschaft Mozarts ungewiß und die Melodie verstümmelt 3
Weihnachtsfeier des Sowjetkommandos für österreichische Kinder 4
Die Weihnachtszuteilungen in Wien 5

Arbeiter-Zeitung, 15. Dezember:

Die Kohlennot in der Sowjetzone 3
Wanderung am Donaukanal. Eine traurige Bilanz 4

Das Kleine Volksblatt, 15. Dezember:

Ruf zum Frieden. Kardinal Erzbischof Dr. Theodor Jinnitzer 2
Frauenbund eröffnet Tauschzentral. 4
Wovon sollen die Kleinstkinder leben? 4
Ausstellungen religiöser Kunst in Wien 8

Österreichische Volksstimme, 15. Dezember:

Mehr Kohle für DP.-Lager als für Wiener Industrie. Böswillige Benachteiligung der östlichen Teile Österreichs durch das Handelsministerium 1
"Müllipantscher", Schleichhändler, Preistreiber - das Wald der Lebensmittelpolizei - Marktamtsbeamten. Schmalz, das uns nie erreichte. Ein Viertel Wein um zehn Schilling. Gemüselieferungen an den Schwarzhandel 3
Kinder basteln für Kinder. Besuch in einem "Kinderland"-Kindergarten 4
Vom Ernährungsbeirat der "Volksstimme". Zum Lebensmittelaufruf dieser Woche 4

Weihnachtsfeier der "Jungen Garde" des Vereines "Kinderland" 6
Weihnachtsfeiern der Alliierten 6
"Würste aus Menschenfleisch" - erfunden. Die Wahrheit über die Ödenburger Schaueraffäre 6
Soll der Nazi-Alpenverein wieder erstehen? 7

Österreichische Zeitung, 15. Dezember:

Der Bruder der Eisenbahn. Leistungen und Aufgaben des Amtes für Straßenverkehr. Rechtsgrundlagen und Organisation. Die Straßenbahnen. Es gibt wieder 400 Taxi. Die Rolle des Personennotverkehres. Straßen - das Problem der Zukunft 3
Der Wiener Büchermarkt um die Weihnachtszeit. Im Bundesverlag 7
Rax-Schneeberg-Relief im Naturhistorischen Museum 4
Wasserleitungen bei Nacht absperren. PK 4
Wir hätten ihn noch erwarten können .... (Zigarettenaufruf) 4
111-Millionen-Defizit des Gemeindehaushaltes 1947 4
Bautätigkeit in Wien 4

The Morning News, 15. Dezember:

Austrians must not misunderstand us 2
Weltpresse concert in aid ot blind 3
Vienna Notebook. In the Russian zone of Vienna this week. 3
Woman's International Boxing Championship 5

Welt am Montag, 16. Dezember:

Weihnachtsausstellung im Konzerthaus 2
Brunnen der Großstadt. Die Wasserversorgung der Stadt Wien von gestern, heute und morgen 4
Unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Von 24.000 Zivilrechtssachen 90 Prozent Ehescheidungen. 4
Die städtischen Bäder und die Kohlen 4
Die Wohnungsfrage und die französischen Besatzungstruppen 3

Sport Tagblatt, 16. Dezember:

1500 Kriegsgefangene aus Russland kommen heute an. Der erste Transport der 5000 vor Weihnachten freigelassenen Gefangenen 1
Weihnachtsausstellung im Konzerthaus 2

Das Steirerblatt, 12. Dezember, Graz:

40.000 Paar Schuhe für steirische Kinder. Der Chef der "Schweizer Spende" Erich Meßner besuchte die Steiermark 3

Wahrheit, Graz, 12. Dezember:

Bericht vom Versorgungsausschuß Leoben 3
Ist der Lippenstift "kußecht"? Ein Besuch in der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung 3

Neue Zeit, Linz, 13. Dezember:

Ein Linzer Gastwirt mit faschistischen Methoden. Zwölfstündige Arbeitszeit für die weiblichen Angestellten. Schläge für seinen Oberkellner 3

Salzburger Volkszeitung, 13. Dezember:

Arbeit eines Jahres. Rede des Landeshauptmann Ing. Hochleitner im gestrigen Landtag. Um das Wiederaufbaugesetz. Das Märchen vom "goldenen Westen". Ankurbelung der Wirtschaft. Gerechte Entnazifizierung. Fürsorgewesen wieder in Ordnung. Heimkehrerbetreuung. Die Frage der DPs 2

Tiroler Neue Zeitung, 13. Dezember:

Schweizer Schülerausspeisungsaktion 3
Kein Wein zu Weihnachten? 3

Vorarlberger Volkswille, 13. Dezember, Bregenz:

Bregenz und Umgebung. Wir können nicht mehr weiter! Warum hält der Bürgermeister nicht Wort? Errichtung des Gemeindevermittlungsamtes 3
Was ist mit den 3/4 Litern? 3

Vorarlberger Volksblatt, Bregenz, 12. Dezember:

Der Stand der Ernährungslage in Vorarlberg 3
Meisterprüfungen beim Gewerbeförderungsinstitut 3

Volkszeitung, Klagenfurt, 12. Dezember:

111.000 Raummeter für Holzaktion (Klagenfurt u. Villach) 3

Die Neue Zeit, Klagenfurt, 12. Dezember:

Ein Sägewerk im Kleinformat. Stämme können im Wald zu Brettern geschnitten werden. Erfindung eines Villacher Konstrukteurs 3

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Gemeinderat

Der Wiener Gemeinderat setzte heute um 8 Uhr früh unter dem Vorsitz des Bürgermeisters General a.D. Dr.h.c. Körner die Beratung des Voranschlages fort.

Zur Verhandlung gelangt das 5. Hauptstück: Gesundheitswesen.

Berichterstatter Vizebürgermeister Weinberger hebt einleitend hervor, daß im abgelaufenen Jahr manches erreicht werden konnte, leider vieles noch offen bleiben mußte und einzelne Projekte noch in der Planung stehen.

Die Bettenzahl der Krankenhäuser betrug vor dem Kriege 12.000, nach dem Kriegsende nur 8.000. Derzeit sind es wieder 11.600 Betten. Beschlagnahmt sind noch immer das Krankenhaus Wieden, das Krankenhaus der Wiener Kaufmannschaft, das Brigittaspital sowie Pavillon 1 und 3 im Altersheim Lainz. Die Schadenshöhe an Inventar und Material wurde mit ungefähr 2,5 Millionen Schilling errechnet. An geplanten Maßnahmen auf diesem Gebiete sind die Bemühungen um Freigabe der besetzten Krankenhäuser, um den Aufbau der zerstörten Krankenhäuser und Errichtung eines Krankenhauses in Floridsdorf zu erwähnen. Zunächst soll allerdings der Ausbau des gegenwärtigen Notspitales durchgeführt werden. Die Floridsdorfer Bevölkerung hat einen sehr schönen Betrag für ihr Krankenhaus gesammelt. (Lebhafter Beifall.) Einige andere Spitäler an der Peripherie Wien werden auch ausgestaltet.

Bei den Jugendfürsorgeanstalten zielen unsere Bemühungen darauf ab, die von den Alliierten besetzten Heime frei zu bekommen sowie derzeit unbenützbare und beschädigte Gebäude in-stand zu setzen. Dies gilt insbesondere für die Heime Dornbach, Augarten und Veidlingau. Das Erziehungsheim Hohe Warte wird voraus-

sichtlich im März, das Heim in Klosterneuburg im März oder April 1947 in Betrieb genommen werden.

In der Altersfürsorge gingen durch die Kriegsschäden 7.500 Betten von 9.100 Betten der geschlossenen Altersfürsorge verloren. Seit Kriegsende konnten bisher 1.500 Betten dem ursprünglichen Zweck zugeführt werden. Es besteht die Absicht, die ehemalige SS-Kaserne in Meidling für diese Zwecke zu erwerben.

Sehr traurig sieht es auf dem Gebiete der Obdachlosenfürsorge aus. Von den ehemals vier Heimen mit 3.000 Betten gingen durch Kriegseinwirkungen drei verloren. Gegenwärtig ist nur das Heim in Meidling mit 500 Betten benützbar.

Im Rettungsdienst haben sich die Ärzte, die Sanitäter und das Personal sehr bemüht, das vollkommen zusammengebrochene Werk selbst wieder aufzubauen. Es besteht noch großer Mangel an Fahrzeugen. Die Medikamentenversorgung ist ein sehr ernstes Problem. Während wir bisher dank der Hilfe der ALliierten und auch Neutraler das Auslangen finden konnten, wird seit einiger Zeit das Fehlen besonders wichtiger Spezialpräparate gemeldet. Daraus können sich weittragende Folgen ergeben. Große Schwierigkeiten bestehen auch bei den Röntgenuntersuchungen infolge des Mangels an Röhren und Filmmaterial. Starker Mangel herrscht auch an Fieberthermometern. Die Amerikaner haben in ihrem Sektor Säuglingswäsche ausgeteilt, doch ist eine Ausdehnung dieser Aktion auf die gesamte Stadt zu wünschen.

Das Personal in den Krankenanstalten hat durch die Nazi-herr-schaft stark gelitten. Von den Ärzten mußten nach der Befreiung viele entlassen werden, und es war nicht leicht, einen neuen Stock wieder aufzubauen. Es fehlt noch immer an diplomierten Schwestern. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich auch hinsichtlich der Entlohnung. Ein schwerer Notstand herrscht unter den Jungärzten. Es wurde daher die Wiedereinführung von sogenannten Jungarzt-Stipendien, wie sie bis 1938 bestanden, angeregt. Ungenügend bezahlt sind auch die geistlichen Schwestern, die zum Teil nur ein Viertel des Gehaltes der anderen Pflegerinnen erhalten.

Als dringliche Maßnahme für die nächste Zeit bezeichnete Vizebürgermeister Weinberger die Erhöhung der Zahl der Mutterberatungsstellen. Auch der schulärztliche Dienst soll ausgedehnt werden. Wichtig ist auch der Ausbau und die Vermehrung der Schul-

zahnkliniken. Weiter verwies der Redner auf die derzeitige schlechte Unterbringung der medizinisch-hygienischen Untersuchungsanstalt. Da derzeit kein Neubau möglich ist, wird an eine Unterbringung in einem anderen Objekt gedacht werden müssen; entweder im Rudolfs-Spital oder in einem Gebäude der Gemeinde Wien in der Maria Theresien-Straße.

Vbgm. Weinberger befasste sich hierauf mit technischen Fragen, der Gewährung der Krankenzubussen, die noch keine befriedigende Lösung gefunden haben.

Als geplante Massnahmen auf weitere Sicht nannte VBgm. Weinberger den Wiederaufbau der Quarantänestation in der Arsenalstrasse für Fälle besonders bösartiger, seltener Seuchen. Weiter wird an die Schaffung einer Zentralstelle zur Beratung von Nerven- und Gemütskranken gedacht, an die Wiedererrichtung der Süchtigen- und Trinker-Fürsorge, an den Aufbau einer psychologischen und biologischen Eheberatung, an den Aufbau einer Schwangerenberatung und an die Errichtung von Erholungsheimen für mittellose erholungsbedürftige Wiener.

Ausführlich besprach der Berichterstatter das Problem der Tuberkulose. Die Gesamtzahl an aktiven Tuberkulosekranken betrug im Janner 1946 27.607, im November 1946 30.951. Todesfälle gab es 1938 1910, im Jahre 1945 4213. Es ist somit ein dauernder allmählicher Anstieg der Zahl der Erkrankungen festzustellen. Was bisher zur Bekämpfung getan werden konnte, wurde getan. Leider gibt es noch immer nur 17 Fürsorgestellen gegenüber 28 im Frieden. Im 21. Bezirk wurden vom Wohnungsamt Räume in Aussicht gestellt, jedoch erhielt das Gesundheitsamt bis jetzt noch keine endgültige Entscheidung. Es ist eine Schande für Wien, dass die Floridsdorfer über die Donau herüber kommen müssen, um in eine Fürsorgestelle zu kommen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Zur Spitalsbehandlung der Tbc stehen derzeit 1593 Betten zur Verfügung, weitere 1000 Betten sind notwendig. Zur Heilstättenbehandlung können gegenwärtig 1200 Betten in Wien und in den Bundesländern verwendet werden, die aber nur für den halben Bedarf ausreichen. Notwendige Massnahmen wären die Vermehrung der TBC-Fürsorgestellen, der Heilstättenbetten, die Errichtung eines Referates für TBC-Kranke im Wohnungsamt, und Nahrungsmittelzubussen für Kranke, die an aktiver Tbc leiden. Es ist bedauerlich, dass ein diesbezüglicher Erlass der Bundesregierung schon nach Ausgabe der Karten durch das Ernährungsamt von den Alliierten verboten wurde.

Diese Maßnahme erscheint vollkommen unverständlich und es ist nur zu hoffen, daß sie wieder zurückgenommen wird. Ohne Nahrungsmittel kann man die Tbc nicht ernsthaft bekämpfen. Wichtig wäre auch die Anschaffung eines mobilen Schirmbildgerätes zur systematischen Röntgenuntersuchung der gesamten Bevölkerung. Auch was an Volksaufklärung getan werden konnte, wurde getan. Ein Film des Gesundheitsamtes über die Gafahren der Tbc ist in ähnlicher Art wie er bei den Geschlechtskrankheiten gemacht wurde, in Bearbeitung. In letzter Zeit wurde auch über das Thema Tuberkulose eine Pressekonferenz abgehalten, die im Inland wie sicherlich auch im Ausland starken Eindruck gemacht hat.

Auch bei den Geschlechtskrankheiten herrscht eine ernste Situation. Im November gab es 1.428 frische Infektionen, davon 879 Ekrankungen an Tripper und 535 an Lues. Die Medikamente für die Behandlung stehen uns noch zur Verfügung, auch die Betten sind dafür vorhanden. Aber wir sollten vor allem die jungen Leute, die geheilt wurden, weiter betreuen können, um einen sonst unvermeidlich erscheinenden Rückfall zu vermeiden. Es wäre notwendig, für diese Menschen ein Heim zu schaffen und ich hoffe, daß es uns und dem Wohlfahrtsamt gelingen wird, hier weiterzukommen. Auf dem Gebiete der Aufklärung, der sehr große Bedeutung zukommt, haben wir alles getan was möglich war.

Ein erfreulicheres Kapitel ist die Lage auf den übrigen Seuchen- und Gefahrengebieten. Wir haben hier, ich sage es offen, Glück gehabt, und es ist ein Wunder zu nennen, daß im Gefolge des Krieges nicht mehr geschehen ist. Bei Diphterie hatten wir im November 366 Erkrankungen (12 Todesfälle) und im Oktober 430 (11 Todesfälle); Scharlacherkrankungen im Oktober 270 und im November 201 Fälle, Todesfälle gab es hier keine, die Zahl der Fälle an Kinderlähmung, über die so viele Gerüchte in Umlauf waren, ist kaum höher als normal, nämlich 40 Fälle (2 Todesfälle) im Oktober und 24 (4 Todesfälle) im November; Malaria im Oktober 15 und im November nur 2 Erkrankungen. Auch hier wieder keine Todesfälle. Typhus 44 Erkrankungen (3 Todesfälle) im November und 72 (4 Todesfälle) im Oktober und schließlich Ruhr 21 (2) im Oktober und 12 (2) Fälle im November. Die Kurve dieser Erkrankungen verläuft also weiter sehr günstig, was auf die Bemühungen der Ärzte des Gesundheitsamtes wie auch auf die Normalisierung der allgeminen Verhältnisse und auf die günstigen Wet-

terbedingungen zurückgeführt werden kann.

Ich glaube ihnen hiemit gezeigt zu haben, daß von unserer Seite aus alles geschehen ist, was wir tun konnten. Was ich aber gerade hier vermisse, ist die notwendige Zusammenarbeit. Wäre die Wirklichkeit, könnten die Dinge hier noch besser liegen als ich berichten konnte, denn gerade hier gilt das Wort, daß vorbeugen besser ist als heilen.

Ich möchte zum Schluß auch heute an dieser Stelle allen Beteiligten für ihre Mitarbeit im Namen der Stadt Wien und in meinem Namen den Dank aussprechen. (Allgemeinder Beifall).

Unterbrechung des Gemeinderatsberichte.

Weitere Kürzung der Gaslieferzeiten

Infolge andauerndem Erdgasmangel kann die Gasversorgung nicht im bisherigen Umfange aufrechterhalten werden. Bis auf weiteres wird Gas

von 6 Uhr bis ungefähr 12 Uhr und
von 18 Uhr bis ungefähr 21 Uhr

abgegeben. Dies gilt auch für Donnerstag und Samstag.

Die Gasabnehmer werden aufgefordert, die Gasflammen zu beobachten und bei deren Verlöschen die Hähne zu schließen.

Telephonische Anrufe bei den Gaswerken sind zwecklos und zu unterlassen.

Badezeiten in den städt. Bädern zu den Feiertagen

Wegen des zu erwartenden starken Andranges werden die städt. Bäder in der Woche vor den Weihnachtsfeiertagen bei entsprechender Brennstofflieferung von Donnerstag, den 19. (mittags) bis Sonntag, den 22. (mittags) geöffnet sein. Vom 23. Dez.1946 bis 1. Jänner sind alle städt. Bäder geschlossen.

Als erster Redner in der Spezialdebatte sprach zu diesem Kapitel GR. Steinhardt. (KPÖ) Er stellte fest, daß das Gesundheits- und das Wohlfahrtsamt aber auch das Wohnungsnot eine gemeinsame Linie beziehen müssten, um in wichtigen Fällen unmitelbar ohne Bürokratismus das Richtige tun zu können.

Wir haben heute die beruhigende Erklärung gehört, dass sich das Gesundheitswesen in Wien und wahrscheinlich auch in Österreich gegenüber dem Vorjahre bedeutend verbessert hat, und Ruhr, Typhus und andere Kriesseuchen auf ein Minimum zurückgegangen sind. Leider aber sind Erkrankungen stärker geworden, die besonders für Kinder sehr gefährlich werden können, wie Krätze und andere Hautkrankheiten. Deshalb möchte ich hier an den Referenten die Bitte richten, an die Bezirksärzte Anweisung zu geben, dass sie die Kinder, bevor sie in Wohlfahrtsanstalten aufgenommen werden, genau auf diese Krankheiten untersuchen, denn es ist vorgekommen, daß Kinder mit Läusen in die Anstalten gebracht worden sind. Es ist eine allgemeine Verschmutzung unserer Stadt eingetreten und die Mütter sagen mit Recht, dass sie die Kindernicht reinhalten können, weil zu wenig Seife da ist. Es bedeutet dies eine sehr grosse Gefahr, denn die Verbreitung des Ungeziefers ist in solchen Fällen schon nach wenigen Tagen sehr gross.

Sehr bedenklichist auch das Ansteigen der Tuberkulose, die Morbus Vienensis, die besonders heute durch die Unterernährung der Kinder günstige Aufnahme findet. Dabei konnte ich aber feststellen, dass sich Österreich in manchen Dingen der Ernährung zum grossen Teil selbst versorgen könnte, wie zum Beispiel mit der für die Tuberkulose so wichtigen Milch. Aber heute geben die Kühe plötzlich keine mehr und so kann auch hier nicht geholfen werden.

Es herrscht Mangel an Rettungsautos. Es stehen aber in Rettungsstelle der Stadt Wien 6 solcher Autos, die nicht in Betrieb genommen werden können, weil keine Reifen vorhanden sind. GR.Steinhardt appellierte an den Stadtrat für Gesund-

heitswesen, hier seine Bemühungen zu verstärken, damit die Reifenverteilungsstelle der Stadt Wien in der Wipplingerstrasse die erforderlichen Reifen zuteilt.

Zum Schlusse verlangte der Redner, der Stadtrat für Gesundheitswesen möchte im Einvernehmen mit dem Wohnungsamt in verstärktem Masse trachten, die fehlenden Räume zur Errichtung von Tuberkulosefürsorgestellen zu beschaffen.

GR.Dr.Goldbach (ÖVP): Die Gesundheit ist das Wohlbefinden in körperlicher, geistiger und sozialer Beziehung. Daher müsse der Einfluss des Referenten für Gesundheitswesen alle Sparten unserer Gemeindeverwaltung umfassen.

Dr. Goldbach wies ebenfalls auf die Dringlichkeit der Errichtung von Tuberkulose-Fürsorgestellen hin. Die Tuberkulosen-Fürsorge sei der wichtigste Teil des Gesundheitswesens. Der Stadtrat für das Wohnungswesen sollte seine Beamtenschaft auf die Dringlichkeit der Beschaffung von Räumen zur Errichtung der fehlenden Fürsorgestelle aufmerksam machen.

Sehr erfreulich seien die Fortschritte der Aufklärungsarbeit über die Geschlechtskrankheiten. Man sollte auch auf dem Gebiete der Tuberkulose aufklärend wirken und ähnlich wie über die Geschlechtskrankheit auch über die Tuberkulose einen Film herstellen. Das Notspital in Floridsdorf muss ausgebaut werden, bis ein modernes Spital errichtet werden kann, da jährlich ungefähr 4.200 Fälle in die Spitäler diesseits der Donau herübergebracht werden. Der Mangel an Fürsorgerinnen zeigt sich besonders in der Tuberkulosenfürsorge. Redner regt an, zum mindesten während der Zeit des Personalmangels die Fürsorgerinnen wieder den Tuberkulosefürsorgerinnen zu einem praktischen Hilfsdienst beizugeben. Es herrscht Mangel an Stationsschwestern. Diese Posten müssten, da sie grössere Opferwilligkeit und Mehrarbeit verlangen, mit Funktionszulagen ausgestattet werden. Meine Partei steht ferner auf dem Standpunkt, dass gleiche Arbeit wenigstens annähernd gleich entlohnt werden müsste. Die geistlichen Krankenschwestern erhalten aber monatlich 40 bis 45 Schilling, (Rufe: Hört! Hört! bei der ÖVP.) während die weltlichen Schwestern einen Gehalt von monatlich 132 bis 165 Schilling zuzüglich 50 Schilling Härteausgleich bekommen.

Meine Fraktion regt daher an, für die geistlichen Schwestern eine Entlohnung festzusetzen, deren sich die Gemeindeverwaltung nicht zu schämen hat. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Antonie Platzer (SPÖ) verweist auf die schlechte Bezahlung der Schulärzte in den Mittelschulen und weiter auf die Frage der Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheit in Floridsdorf. Da kein Gebäude zur Verfügung steht, habe man das Lazarett Stammersdorf in Betracht gezogen, doch sei auch dieses nicht geeignet. Der von der Floridsdorfer Bevölkerung im Vorjahre gesammelte namhafte Betrag sei daher dem Krankenhaus Floridsdorf zugewiesen worden. Angesichts der hohen Zahl der Tuberkuloseerkrankten können wir mit dem bisher Geleisteten nicht zufrieden sein. Allerdings stehen den Bemühungen oft unübersteigliche Schranken entgegen, so der Mangel an Betten, an Wäsche, an den wichtigsten Medikamenten und vor allem an Nahrung. Es wäre in Erwägung zu ziehen, ob nicht die von Schleichhändlern beschlagnahmten Lebensmittel auf kurzem Weg in Tuberkulose-Heilstätten oder -Fürsorgestellen zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten muss das grösste Augenmerk zugewendet werden. Für Kriegsversehrte sollte der Plan in Betracht gezogen werden, ein orthopädisches Spital auf kommunaler Grundlage zu führen und Prothesen zu erzeugen, um die Versehrten wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern. Eine Rückverrechnung der Kosten mit dem Bund müsste möglich sein. Hinsichtlich der Pflegerinnen-Schulung ist einiges geschehen, es müssten aber auch externe Schülerinnen aufgenommen werden, um den grossen Mangel an geschultem Pflegepersonal abzuhelfen. Die Zahl der Ärzte genügt keineswegs. Nur dem glücklichen Zustand, dass wir keine Infektionsepidemien zu verzeichnen hatten, ist es zu verdanken, daß dieser Mangel nicht allzu sichtbar wurde. Wir begrüssen es, dass Österreich seine Wissenschaftler wieder in die Heimat zurückruft. Gleicherweise müssten auch jene tüchtigen Ärzte, die vor 1938 als Emigranten ins Ausland gingen, wieder nach Österreich berufen und in das Gesundheitswesen unserer Stadt eingebaut werden. (Lebhafter Beifall.)

VBgm. Weinberger ging in seinem Schlusswort auf die einzelnen Anregungen und Hinweise der Debattenredner ein. Er verwies dabei auf die dienstliche Unterstellung des Rettungsdienstes und gab seiner Ansicht Ausdruck, dass dessen Bestreben nach einer gewissen Selbständigkeit geht, da hier noch die Tradition der alten Freiwilligen Rettungsgesellschaft wirke. Was die Zurückholung emigrierter Ärzte betreffe, so ist in dieser Hinsicht alles Mögliche getan worden. Daneben darf aber nicht unerwähnt bleiben, dass Österreich und Wien schon zu viele Ärzte hat, deren Zahl sich noch erhöhen wird, wenn alle Kriegsgefangenen zurück sein werden. Für die Ärzte wird es bald sehr schwierig werden und ein gewisses Elend in diesem Berufszweig wird nicht zu vermeiden sein. Am Schlusse seiner Rede gab Vizebürgermeister Weinberger der Versicherung Ausdruck, dass er und seine Mitarbeiter sich weiterhin bemühen werden, alles für die Gesunderhaltung der Wiener Bevölkerung zu tun und dass es hoffentlich bald ein gesundes Wien mit gesunden Wienern geben wird.

Die Ansätze des 5. Hauptstückes einschliesslich der Ansätze zum ausserordentlichen Voranschlag wurden einstimmig angenommen.

-.-.-.-.-

Unterbrechung des Gemeinderatsberichtes. Kardinal Innitzer in Floridsdorf.

Am 17. Dezember besuchte Kardinal Dr. Theodor Innitzer das Krankenhaus der Gemeinde Wien in Floridsdorf.

VBgm. Stadtrat Weinberger hob in seiner Begrüssung hervor, dass er sich freue, den Kardinal an dieser Stätte, die der Gesund des Körpers diene, willkommen heissen zu können.

Ein Rundgang durch die Räume des Hauses zeigte, auf welch hohem medizinischem Niveau sich die Krankenanstalt derzeit trotz der gegenwärtigen baulichen Unzukömmlichkeiten dank der Bemühungen der Ärzte, Schwestern und Angestellten befindet. VBgm.Weinberger stellte den Beginn des Ausbaues des Krankenhauses für das nächste Jahr in Aussicht.

Fortsetzung des Gemeinderatsberichtes.

Es gelangt nun das 10. Hauptstück des Voranschlages, Ernährungswesen, zur Behandlung.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) führte als Berichterstatter aus:

Wir befinden uns in den gleichen Schwierigkeiten wie in allen Wochen vorher. Wir wissen zur Stunde nicht, wo wir in wenigen Tagen das Mehl für unser Brot hernehmen sollen. Jetzt, wo der Frost eingetreten ist, müssen wir die Erdäpfellieferungen unterbrechen und zehntausende Familien haben erst wenige und tausende noch gar keine Erdäpfel bekommen. Ich sage das hier deshalb, damit die Mitglieder des Gemeinderates heute wieder dazu Stellung nehmen können.

Ich spreche hier im Namen der Kleinkinder und Säuglinge, für die wir in den letzten Monaten kaum genügend sorgen konnten und im Namen der Schulkinder. Ich spreche hier im Namen der Jugendlichen, die schon im Vorgefühl der bewilligten Rationserhöhung im letzten Moment die erhöhten Karten zurückgeben mußten. Ich spreche im Namen der Frauen, die wir so lange vertrösteten, im Namen der 30.000 Tuberkulosen, für die wir alle Vorbereitungen getroffen haben, um dem Übel der Tuberkulose durch das einzigege Mittel, eine reichlichere und bessere Ernährung, etwas abhelfen zu können. Ich spreche im Namen der alten Leute, deren körperlicher Verfall man auf der Straße beobachten kann und ich spreche letzten Endes im Namen der gesamten Wiener Bevölkerung, die am Ende ihrer Kraft steht und die den Wirkungen des Winters der Kälte und der Not mehr ausgeliefert ist, als je zuvor Menschen in einer Großstadt. Meine Mitarbeiter haben sich bis zur Erschöpfung ihrer Kräfte bemüht und meine Arbeit war nur deshalb möglich, weil ich eine große Anzahl von Menschen besitze, die sich vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht unablässig in den Dienst der Allgemeinheit gestellt haben. Ich sage ihnen und allen Funktionären in der Wirtschaft hier meinen Dank (Beifall.)

Sodann wandte sich Stadtrat Sigmund der Mehl- und Brotversorgung zu. Seit Monaten verspricht man eine Bevorratung unserer Stadt und ich bitte alle, die uns helfen können, daß sie uns herausheben mögen aus dieser Not, und seit Monaten gelingt es nicht. Wir haben noch eine unbedeckte Lücke von 1.400 Tonnen Mehl von denen niemand weiß, woher es kommen soll.

Mehr als 2.000 Tonnen liegen noch ausserhalb unserer Stadt in den Mühlen von Niederösterreich, die deshalb herangezogen werden müssen, weil die Lieferungen der UNRRA nicht ausreichen.

Wir sind die einzige Grosstadt die ich kenne, der es nicht möglich ist, eine Verpflegung in den Gasthäusern zu geben. Wir waren zur Zeit der Messe notdürftig imstande, 16 Gaststätten zu mobilisieren. Der Vorschuss, den wir ihnen gegeben haben, ging uns in der allgemeinen Versorgung ab und ich musste gleich nach Schluss der Messe die Restbestände wieder einziehen lassen.

Zu dem Verlangen des Herrn VBgm. Weinberger, die Termine für die Ausstellung der Lebensmittelbeihilfen an Kranke zu verkürzen, muss ich leider sagen, dass ich sie nicht verkürzen kann, wenn ich gar keine Lebensmittel dafür habe. Für 36.716 Fälle hatte ich 520.000 Liter Milch, 4400 Kilo Fleisch, 3.650 Kilo Fett, 12.900 Kilo Nährmittel und 205.000 Kilo Brot verausgabt, eine Menge die ich nicht ersetzt bekomme, weil sie im Ernährungsplan nicht enthalten ist und das deshalb, weil die Alliierten die Aufnahme in den Ernährungsplan nicht bewilligt haben (Rufe, hört! Hört!). Ich muss also diese Summe aus den allgemeinen Rationen herausparen, wie aber soll ich das bei den heutigen Verhältnissen zuwegebringen ?

Es wurde von Gemeinderat Steinhardt festgestellt, dass es um Österreich nicht so schlecht stehen müsste, wenn die Ablieferung besser wäre. Ich will keinen Stand generell beschuldigen und ich kenne viele brave Bauern, die ihre Pflicht erfüllen, aber ich will die Fehler so aufzeigen, wie sie sich hier darstellen.

Die Gesamternte an Kartoffeln betrug nach den Mitteilungen des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft 2,2o8.ooo Tonnen. Wenn man von dieser Summe auch die für Saatgut, für die Selbstversorger und für die Fütterung der Schweine verwendeten Kartoffel ebrachnet, wären noch immer genügend Kartoffel vorhanden gewesen, um zumindest 5o kg pro Kopf für die Bevölkerung ausgeben zu können. Es hätte allerdings Vorsorge getroffen werden müssen, um die in Niederösterreich und in den Kartoffelanbaugebieten erzeugten Kartoffel rechtzeitig nach Wien zu bringen.

Bezüglich der Versorgung mit Frischfleisch erwähnte Stadtrat Sigmund, daß im September bereits ein Bestand von rund 1,350.000 Schweinen vorhanden gewesen ist. Diese Schweine haben nach Mitteilungen des Viehwirtschaftsverbandes eine Ausbeute von 40.226 Tonnen Fleisch gebracht. Von diesem Fleisch wird Wien im Jahre 1946 zu Weihnachten eine Sonderausgabe von 10 dkg Schweinefleisch pro Kopf bekommen, d.s. ~~1.760~~ 170 Tonnen. Wien hat ungefähr ¼ der Einwohnerschaft Österreichs erhält aber nur 1/25 des anfallenden Schweinefleisches aus der Inlandaufbringung.

Ähnlich liegen die Dinge bezüglich der Milchaufbringung. Der Milch- und Fettwirtschaftsverband hat anläßlich der letzten Zählung einen Stand von 1,145.704 Stück Kühen fest gestellt. Die Milchleistung dieser Kühe beträgt insgesamt 1,381.835 Tonnen. 1,574.000 Selbstversorger verbraucht 380.000 Tonnen Milch, während 1,700.000 Wiener nur 37.000 Tonnen Milch im Jahre verbrauchen, d.h. ungefähr die gleiche Menge Selbstversorger verbraucht zehnmal so viel Milch als die Wiener Bevölkerung. Außerdem werden für die Kälberaufzucht 239.000 Tonnen Milch verwendet, während wir in Wien nicht einmal für unsere kleinen Kinder, für die kranken und alten Leute die nötigen Milchmengen zur Verfügung haben.

Stadtrat Sigmund schilderte seine Bemühungen, statt des Konservenfleisches Frischfleisch nach Wien zu bringen. Im Inland fallen 95.427 Tonnen Fleisch für die Versorgung der Bevölkerung an. 1,574.000 Selbstversorger verbrauchen davon 54.000 Tonnen, d.h. 1% der Selbstversorger hat 1.6% Frischfleisch zur Verfügung, während umgekehrt 1% der Nichtselbstversorger nur 0.8% verbrauchen kann.

Der Referent hält den Kampf um die Auflösung der Wirtschaftsverbände für ungerecht. In einer Notzeit, muß die Verteilung der vorhandenen Lebensmittel von zentralen Stellen aus gelenkt werden.

Es wurde oft verlangt, dem Produzenten doch die Lebensmittel zuzugestehen, die er braucht, um nicht hungern zu müssen. Wenn man aber die Unterschiede zwischen der Möglichkeit des Produzenten in seiner Ernährung und der Möglichkeit des Arbeiters und Angestellten und des frei Schaffenden in der Stadt aufzeigt, so kann kaum die Rede davon sein, daß sich hier eine Gefährdung der Ernährung der Produzenten herausbildet.

Nach Angaben des Getreidewirtschaftsverbandes fällt bei der Gerste eine Gesamtmenge von rund 102.000 Tonnen an. Nach Abzug der Mengen für Saatgut und 5 % Schwund und der 40 % Ablieferung verbleiben dem Produzenten 26.920 Tonnen. Beim Hafer hat die Gesamternte 169.000 Tonnen ergeben, abzüglich Saatgut, 5 % Schwund und 20 % Ablieferung verbleiben 84.322 Tonnen. Wenn man bedenkt, dass dem bäuerlichen Haushalt ausserdem Obst, Geflügel, Eier und die nicht 100%ig erfaßten anderen Lebensmittel zur Verfügung stehen, dann muss ich dem Herrn GR. Steinhardt recht geben und sagen - ohne daß ich mich dabei einer Demagogie schuldig mache - es müßte Wien, es müssten die Länder, die Kranken und die Kinder nicht hungern, wenn wirklich alles erfasst würde, was Österreich aus seinem Boden hervorbringt. (Starker Beifall bei den Sozialisten und Kommunisten.) Die Gemüseanlieferung aus den Gegenden um Gramat-Neusiedl und Tulln betrug im Jahre 1944 in einem Monat 979.000 kg, im Jahre 1946 nur mehr 466.000 kg. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Die Not der Wiener Bevölkerung ist also zum Teil in Verhältnissen begründet, die im Inneren herrschen und nicht abgestellt werden. (Zustimmung.)

Zur Unterstreichung der Schwierigkeiten, die uns aus der Besatzung erstehen, weist der Berichterstatter an Hand eines Berichtes des Gartenbauwirtschaftsverbandes den Leidensweg zur Erlangung von Transportbescheinigungen für Kartoffeln auf. Als es endlich gelungen war, die Kartoffelaufbringung in einzelnen Gebieten bis auf das Zehnfache zu erhöhen, und die Bauern die Kartoffel zur Bahn brachten, traten die grössten Hemmnisse bei Ausstellung der Transportbescheinigung durch die betreffenden Besatzungsmacht ein. Als Beispiel dieser Schwierigkeiten schildert Stadtrat Sigmund einen Fall der Ausstellung eines solchen Transportscheines, auf die eine volle Woche gewartet werden musste, wofür nicht weniger als 12 Vorsprachen mit stundenlangen Wartezeiten notwendig waren. (Lebhafte Hört-Hört-Rufe!)

In einer Zeit, wo wir Nächte hindurch gearbeitet haben, erklärte Stadtrat Sigmund, war es uns also erst in mehr als einer Woche möglich, die Transportscheine für die beladenen Kartoffelwaggons zu bekomm. (Erneute lebhafte Zwischenrufe.)

Zahlreiche Lebensmittel werden der rechtmäßigen Verteilung entzogen. UNRRA-Sendungen kommen in Wien beraubt an; in den Originalpackungen befinden sich statt Fleischkonserven Ziegelsteine, Mehlsäcke weisen Schwundmengen bis zu 4 kg auf; Schleich- und Schwarzhandel verwenden Unsummen von Geld zur Erlangung eines Teiles der Lebensmittel, und schließlich versucht noch ein Teil des Gewerbes und der Kaufmannschaft, auf Kosten der Gesamtbevölkerung besser zu leben. Der überwiegende Teil des Gewerbes und Handels arbeitet in loyaler und aufrichtiger Weise, es gibt aber auch einen Teil, der die Allgemeinheit skrupellos bestiehlt. Im Februar waren bei meiner Amtübernahme diesbezüglich 250 Anzeigen zu verzeichnen. Diese Zahl stieg ständig und betrug im Oktober 4,015. Wir müssen einen wesentlichen Teil unserer Kraft zur Erhaltung des Lebensmittelbestandes für die Allgemeinheit aufwenden.

Der Amtsführende Stadtrat schilderte sodann einige krasse Beispiele, wie Lebensmittel der Bevölkerung entzogen werden. So gab es in einem sonst völlig leeren Fleischlager, versteckt alle Arten von Frischfleisch und Gesochtem, dazu alle bisher ausgegebenen Fleisch- und Fischkonserven, ferner Äpfel und Gemüse in einer Zahl, wie sie nur bei Grünwarenhändlern zu finden sind. In einem anderen Laden, konnte eben noch festgestellt werden, wie ein ganzer Lungebraten in ein Faß mit Gedärmen geworfen wurde, um ihn vor der Kontrolle zu verbergen. Auf diese Weise wird die Wiener Bevölkerung systematisch bestohlen. Die andere Seite, von der die Wiener Bevölkerung systematisch bestohlen wird, heißt: Gemüse und Obst. Der Umstand liegt darin, daß ein wesentlicher Teil der Produzenten nicht zum Marktpreis liefert, sondern lieber zu Überpreisen verkauft. Es wurde der Versuch gemacht, den Organisationsapparat so aufzubauen, daß das Menschenmöglichste aus diesen systematischen Beraubungen bewahrt werden kann.

Stadtrat Sigmund kam dann auf die Erhöhung der Rationssätze zu sprechen. 1550 Kalorien müssen, wenn sie versprochen werden, auch gegeben werden können. Seit einigen Wochen ist diese Ausgabe nicht mehr möglich und die angerechnete Menge von Kartoffeln mußte schuldig geblieben werden. Der letzte Rat der Alliierten hat beschlossen, die Versorgung der Werksküchen und Spitäler mit Kartoffeln abzulehnen.

Wir werden die vielen Monate des Winters nicht wissen, wie wir durchkommen sollen. Wir sind also nicht imstande, 1550 Kalorien auszugeben. Es wird der Versuch gemacht werden, mit Hilfe der Erzeugnisse der Gmünder Fabrik den ausfallenden Teil an Kartoffeln zu ergänzen, doch wenn die UNRRA-Lieferungen und die Aufbringung im Inland nicht anders geregelt werden, dann wird Wien in wenigen Wochen vor einer Hungerkatastrophe stehen. Ein Lichtblick scheint in den Vorbereitungen des amerikanischen Elementes zu liegen. Es laufen bereits amerikanische Lebensmittel in Wien ein; ob sie ausreichen werden, kann man noch nicht sagen. Hoffentlich bleibt es aber nicht allein bei der Hilfe des amerikanischen Elementes, sondern nehmen sich auch die anderen Mächte der Not der Wiener Bevölkerung an.

Stadtrat Sigmund hat dann alle Funktionäre, die nicht mit der Ernährung zu tun haben, Mitteilungen an die Presse zu vermeiden, wenn sie nicht über genaue Informationen verfügen. Die Folge solcher unkontrollierten Presseinformationen sind erweckte Hoffnungen, die so wie die Ankündigungen der Weihnachtszubussen dann nicht annähernd erfüllt werden können.

Da Wien nicht schlechter ist, als irgend ein anderes Bundesland, so muss ihm Gerechtigkeit zuteil werden, denn die Situation könnte eines Tages so umschlagen, dass die anderen einmal froh sein werden, ihre Lebensmittel nach Wien bringen zu dürfen. Was heute für die Wiener schlecht ist, kann morgen für die anderen schlecht sein, das lehren schon die Erfahrungen der verflossenen Jahre.

Noch einige Bemerkungen zu einem Kapitel, das viel Unmut erweckt hat: Die Weinverteilung. Nach Schätzungen der zuständigen Stellen betrug die Gesamternte 2 Millionen Hektoliter Wein. Wenn ich hier ein aufrichtiges Wort sagen darf, warich der Meinung, daß Lebensmittel für die Erhaltung der Bevölkerung unerlässlich sind, und deshalb sollten wir Genussmittel dazu verwenden, um dafür auf dem Kompensationsweg Lebensmittel einzutauschen. Die zuständigen Stellen waren aber anderer Meinung. Die Verteilung war wie folgt geplant: 200.000 Hektoliter sollten als Bodensatz im Fass verbleiben. Als Eigenverbrauch für den Produzenten wurden 630.000 Hektoliter in Abzug gebracht.

Für Exportzwecke wurden 360.000 Hektoliter zurückbehalten und als Spitzenweine ebenfalls 360.000 Hektoliter Wein. Es verbleiben also, 310.000 Hektoliter. Nun war aber die Situation so, daß viele Weinbauern infolge der Kriegsverhältnisse einen wesentlichen Teil ihres Fassgeschirres verloren hatten und man musste den Überschuß an Most sofort nach Wien und in die Länder schaffen. In dieser Zeit sollen rund 400.000 Hektoliter Most weggeführt worden sein. Es bleiben also 110.000 Hektoliter. Man hat somit den Zeitpunkt versäumt, die zeitgerechte Bewirtschaftung des Weines durchzuführen. So kam es, daß der Weinaufruf für Leopoldi in letzter Minute zustandegebracht wurde und der Aufruf für Weihnachten und Neujahr keine Erfüllung finden wird. Ich selbst habe damit nicht mehr zu tun als die Weinscheine auszugeben und die Abrechnung der vereinnahmten Abschnitte durchzuführen.

Ich habe davon gesprochen, daß von der Inlandaufbringung zu wenig Vorsorge für die Erfassung der Lebensmittel aufgewendet wird. Ich habe in der Umgebung unserer Stadt in einigen kleinen Orten eine Kontrolle bei 15 Landwirten durchführenlassen. Dabei wurde festgestellt, daß 3.150 kg Brotgetreide, 1415 kg Gerste, 375 kg Hafer und 65.150 kg Erdäpfel nicht abgeliefert worden waren.

Am 3. Dezember wurde eine Viehzahlung durchgeführt, bei der alle Tiere angegeben werden mussten, um eine Bewirtschaftung zu ermöglichen. Bei einem einzigen Landwirt, Eisenheld in Hagenbrunn, wurden 400 kg Getreide und 8.000 kg Erdäpfel, 5 Schweine und 3 Rinder, nicht abgeliefert bzw. nicht angegeben. In drei Gemeinden waren 9 Schweine, 1 Ochse und 1 Kalbin nicht angegeben worden. Wenn solche Dinge möglich sind, dann muss ich daran zweifeln, daß alle, die über die Lebensmittel verfügen, unserer Notgemeinschaft wirklich ein Opfer bringen.

Es muss endlich Vorsorge getroffen werden, dass die Lebensmittel in unserem Land für die arbeitende Wiener Bevölkerung verwendet werden. (Lebhafter Beifall.)

In der Spezialdebatte zum Kapitel Ernährung sprach als erster Redner Gemeinderat Dr.Ing.Hengl (ÖVP). Er führt aus:
Gegen die Österreichische Bauernschaft wird in der letzten Zeit - bedingt durch die schwierige Ernährungslage - eine konzentrische Hetze geführt, die von der Landwirtschaft mit Entrüstung abgelehnt wird. Als besonders arg, ja unerträglich, bezeichnet der Redner die ständigen Zeitungsartikel über die Weinbewirtschaftung. Der tritt im Detail den auf diesem Gebiet in der Öffentlichkeit gemachten Einwänden entgegen und stellt fest, dass das Landwirtschaftsministerium schon in der ersten Junihälfte alle an der Weinwirtschaft Beteiligten zur Beratung einer Verordnung eingeladen habe, die jedoch erst am 19.Oktober, als die Lese fast abgeschlossen war, kundgemacht werden konnte.

Der Redner schildert ausführlich alle Massnahmen, die vom Landwirtschaftsministerium sowohl vor der Weinernte, wie auch seither zur Erfassung und Verteilung des Weines und der Weinprodukte getroffen wurden. Zur Unterstützung seiner Feststellungen zitiert der Redner eine Reihe von Presseäusserungen in denen dargetan wird, dass der Misserfolg in der Erfassung der Weinernte den Weinhandel treffe. Hinsichtlich des Leopoldi-Weines führt der Redner an, dass in Wien etwa die fünffache Menge Wein lagere, die zur Erfüllung dieses Aufrufes notwendig wäre, trotzdem gibt es heute noch viele Leute, die ihre Leopoldi-Weinmarken noch nicht eingelöst haben.Wie recht der Landwirtschaftsminister hat, zeigte sich am vergangenen Samstag in der Weinlenkungskommission, wo der Präsident der sozialisten Arbeitsbauern, Mentasti, sich offen für den Antrag des Landwirtschaftsministers aussprach, der Wirte mit grossen Weinvorrat gemäss der Weinlenkungsverordnung zwingen will, den Wein entweder raschest gegen Weinmarken oder einem anderen Gastwirt ohne Weinlager abzugeben. Wenn Wein im Wege der Bewirtschaftung erworben wird, dann soll er keine Kapitalsanlage sein, sondern dem Konsum zugeführt werden.

Gemeinderat Dr.Ing. Hengl wird im weiteren Verlauf seiner Rede, in der er sich nach wie vor mit der Weinernte beschäftigt, von den sozialistischen und kommunistischen Gemeinderäten durch andauernde Zwischenrufe, in denen der Redner aufgefordert wird, sich mit den Fragen der Ernährung des Volkes und nicht der Genussmittel zu beschäftigen, unterbrochen. Er schliesst seine Rede unter dem Beifall seiner Parteigenossen mit einem Dank an die Bürgermeister

und Genossenschaftsfunktionäre der Weinbaugemeinden für die Pflichterfüllung, die sie durch ihre Arbeit im Rahmen der heurigen Weinernte bewiesen haben.

Unterbrechung der Gemeinderatssitzung.

GR. Lauscher (KPÖ) kritisierte die Ausführungen des GR. Ing Hengl und sagte, er sei persönlich zu tiefst beschämt, daß ein Vertreter der Wiener Bevölkerung anlässlich der alarmierenden Tatsachen, die Stadtrat Sigmund aufgezeigt habe, keine anderen Sorgen habe, als die Interessen der Weinproduzenten hier im Gemeinderat zu vertreten. (Beifall bei den Sozialisten und Kommunisten.) Er hoffe, daß die Mehrheit der ÖVP im Gemeinderat, wenn sie es auch nicht offen zeigt, mit ihm der gleichen Meinung sei.

Ein Wiederaufbau ist geistig und physisch unmöglich, wenn wir nicht die Ernährung der Wiener Bevölkerung sicherstellen. Wien ist nicht in der Lage, nur einen Bruchteil dessen aufzubringen, was für die Versorgung einer Millionen-Bevölkerung notwendig wäre. Wien ist abhängig von der Aufbringung in den Bundesländern und von den Zuschüssen durch das Ausland. Den Ausführungen des amtsführenden Stadtrates ist zu entnehmen, daß sowohl die Möglichkeiten einer restlosen Ausnützung unserer einheimischen Landwirtschaft, wie auch die Anbahnung von Handelsbeziehungen mit Hilfe unserer Kompensationsgüter noch nicht voll ausgeschöpft sind.

Die Zweiteilung unserer Volksernährung, nämlich in Lebensmittelaufbringung und Lebensmittelverteilung trägt an der schlechten Versorgung die Hauptschuld. Sie ist auch eine der Gründe für das Versagen der Wirtschaftsverbände.

Der Redner erwähnte dann einen Bericht des heutigen "Kleinen Volksblattes", wonach der Landeshauptmann von Tirol, Dr. Ing. Weißgatterer, eben aus der Schweiz nach Innsbruck zurückgekehrt sei, wo er erfolgversprechende Verhandlungen zur Verbesserung der Ernährungslage Tirols geführt hätte. Wir sind aber der Auffassung, daß es nicht Aufgabe der einzelnen Bundesländer sein kann, selbst Schritte zur Verbesserung ihrer Ernährungslage zu unternehmen, sondern daß dies Angelegenheit des Ernährungsministeriums sein müßte, welches dann auch die Lebensmittel auf alle Bundesländer gerecht zu verteilen hätte. (Rufe: Sehr richtig.)

In seinen weiteren Ausführungen hob GR. Lauscher hervor, daß die Hausfrauen für jedes Kilogramm Kartoffeln 5 Groschen für einen Ausgleichsfonds an das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft zu zahlen haben. Bei den bis jetzt in Wien verteilten 130.000 Tonnen Kartoffeln ergibt das eine Summe von 6 1/2 Millionen Schilling. Der Herr amtsführende Stadtrat sollte nun mitteilen, inwieweit dieser Fonds dazu herangezogen wurde, um die Lebensmittelpreise

zu verbilligen.

Die Forderung nach 4-wöchiger Bevorratung wurde noch immer nicht verwirklicht. Redner fragt, was der Amtsführende Stadtrat durch seine eigene Initiative in seiner Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Volksernährung zu unternehmen gedenkt, um, wie s im abgelaufenen Jahre der Wiener Bevölkerung zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen?

Wir brauchen heute eine grundlegende Änderung unserer Ernährungspolitik. Unsere Bundeshauptstadt muss sich aktiv einschalten, um zur Sicherung der Volksernährung das Mögliche zu tun. Es stimmt, das Zehntausende von Bauern ihre Ablieferungspflicht erfüllt haben, aber sie sind ebenso die Geprellten wie die Arbeiter und Angestelten, da sie für ihre Pflichterfüllung kein Entgegenkommen finden. Sie erhalten keine Zuteilungen aus den Industriewaren, so daß sie zu Kompensationsgeschäften schreiten müssen. Die Planlosigkeit unserer Wirtschaftspolitik wirkt sich katastrophal aus, [illegible] Ein Fortschritt im Wiederaufbau des Staates wird nur möglich sein, wenn eine Änderung der allgemeinen Politik eintritt. Daher unsere Forderung nach Neuwahlen. In der Verfolgung einer Politik, die getragen ist, von der grössten Verantwortung für die Sicherung des Lebens und der Gesundheit unserer Wiener Bevölkerung und die auf eine grundlegende Änderung der Ernährung abzielt, wird meine Partei dem amtsführenden Stadtrat in jeder Weise mit allen Mitteln unterstützen.

Gemeinderätin Antonie Alt (SPÖ) [illegible] zu Beginn ihrer Ausführungen, daß die Gemeindeverwaltung von sich aus alles Menschenmögliche gemacht hat, um der gegenwärtigen Ernährungslage Herr zu werden. Sie erwähnte die Bemühungen des Gemeinderates Jirava, der einige Male in die Tschechoslowakei fuhr und Kartoffeln und Gemüse nach Wien brachte, sodaß sich die Bevölkerung endlich wieder einmal sattessen konnte. Gut wäre es für Wien, wenn es mehrere solcher Männer hätte, wie es Stadtrat Sigmund ist, dem der Dank aller Wiener Frauen und Kinder gebühre. (Langanhaltender Beifall der SPÖ und KPÖ.)

Tuberkulose und Rachitis haben ihren Einzug gehalten als Folge der Unterernährung. Die Statistiken weisen Zahlen auf, die allen ans Herz greifen müssen. 80.000 Wiener Kinder sind unterernährt. Diese Zahl ist eine furchtbare Anklage gegen die, die

an der Ernährungslage und der Lage unserer Volkswirtschaft die Schuld tragen. Hätten wir keine Auslandshilfe; unsere Kinder wären längst verhungert. Den Auslandsaktionen kann für ihre Unterstützung nicht genug gedankt werden.

GR.Alt erhob dann Protest gegen die Abschnürung von den Bundesländern. Es ist notwendig, in dieser Richtung energische Schritte zu unternehmen. Die Hausfrauen sind enttäuscht über die Versprechung von Zusatzkarten, die sie dann nicht erhalten haben. Wie kann man von der Bevölkerung noch Vertrauen erwarten, wenn man sie zum Besten hält.

In weiterer Folge verlangte auch sie die ehebaldigste Rückführung der Kriegsgefangenen. Sie machte die Mitteilung, daß tausende Frauen aller 3 Parteien seit Wochen in kalten Nähstuben damit beschäftigt sind, aus alten Lumpen Bekleidungsstücke für die Wiener Kinder herzustellen.

Vieles können die Wiener Frauen nicht verstehen, so auch nicht die Tatsache, daß wir in Österreich über eine Anzahl Salzbergwerke verfügen, während auf die Lebensmittelkarte viel zu wenig Salz zu bekommen ist. Mit lebenswichtigen Artikeln sollen keine Kompensationsgeschäfte gemacht werden. Die Rednerin führte auch darüber Klage, daß die Kinder keinen Kaffeezusatz bekommen und die Frauen deshalb den teuren Bohnenkaffee kaufen müssen. Bei aller Anerkennung der Arbeit des Bauern und des Weinhauers, müsse auch gesagt werden, dass es in dieser Zeit der fürchterlichen Not, wichtiger ist, zuerst vom Brot zu reden und dann erst vom Schnapsbrennen und Weinproduzieren.

Die Rednerin richtete an alle verantwortlichen Stellen die Mahnung, ihre Pflicht besser und vor allem schneller zu erfüllen als es bisher der Fall war. Niemand soll sich mitschuldig machen am Siechtum unserer Kinder und damit Totengräber seines eigenen Volkes sein. Man soll nicht warten auf die volle Verzweiflung der Bevölkerung, weil dann vielleicht der Tag kommen könnte, wo die jetzt Verantwortlichen hinweggefegt werden könnten.

Gemeinderätin Alt verlangte dann ein noch energischeres Vorgehen gegen den Schleichhandel. (Lebhafter Beifall.)

In seinem Schlußwort stellte Stadtrat Sigmund fest, daß er sich in seinen Ausführungen weder an seine Parteifreunde noch an die Vertreter der ÖVP oder der KPÖ gewendet, sondern nur pflichtgemäß Bericht erstattet habe, in welcher Situation wir uns befinden. Ich habe meine Funktion nie parteipolitisch aufgefaßt, fuhr Stadtrat Sigmund fort, aber noch weniger wollte ich dem Herrn Ernährungsminister Kraus nahetreten und ich betone, daß ich den Namen hier überhaupt nicht genannt habe.

Zu den Ausführungen der Debatteredner sagte der Stadtrat: Die Möglichkeiten Wandel zu schaffen, sind begrenzt, die Entscheidung kann nicht im Wiener Gemeinderat fallen, wohl aber haben in der Regierung alle drei Parteien die Möglichkeit, die Ernährungslage entscheidend zu beeinflussen und deshalb auch meine offenen Worte, obwohl ich weiß, daß sie nicht überall gerne gehört werden.

Es wurde von G.R. Lauscher die Anfrage gestellt, was mit dem Ausgleichsfonds für die Erdäpfel geschieht. Der Fonds ist zweckmäßig bestimmt, wie weit seine Mittel aufgebraucht sind, ist mir momentan nicht bekannt.

Frau G.R. Alt hat irrtümlich die Mitteilung gemacht, daß auch die Zusatzkarten für Arbeiter und Schwerarbeiter zurückgezogen werden sollen. Dies bezieht sich aber nur auf die Umgruppierungen, die von den Alliierten nicht bewilligt wurden.

Der Redner erwidert auf verschiedene in der Debatte aufgeworfene Fragen und schließt mit der Feststellung, daß es ihm fern gelegen sei, schuldige Personen zu suchen, sondern daß er den Gemeinderat über die Ernährungssituation aufklären und bitten wollte, der Wiener Bevölkerung zu helfen über diesen Winter hinwegzukommen. (Lebhafter Beifall).

In der Abstimmung wird das 10. Hauptstück des Voranschlages für das Jahr 1947 angenommen. Daraufhin wird die Sitzung um 12 Uhr unterbrochen.

Nachmittagssitzung

Der Gemeinderat nimmt um 14 Uhr unter dem Vorsitz des Bgm. Körner die Budgetberatungen wieder auf. Die Verhandlung der Verwaltungsgruppe VI, Bauwesen, leitet amtsführender Stadtrat Novy ein. Stadtrat Novy führte aus, dass es notwendig und zweckdienlich sei, vorerst einen Rückblick über die geleisteten Arbeiten im Jahre 1946 zu halten, um richtig für das Jahr 1947 weiter planen zu können.

Bei der Gruppe "Tiefbau", sei zu erwähnen, daß nahezu alle Kriegsschäden an den Straßen Wiens repariert sind. Es gab 4.415 Bombentrichter in den Straßen Wiens und diese sind entweder provisorisch oder endgültig behoben, sodass sich der Verkehr normal abwickeln kann. Es wurden bisher 583.000 m^2 Straßen und 21.000 m^2 Gehsteige wiederhergestellt. Auch am Kanalnetz ist die Behebung der Kriegsschäden nahezu vollendet. An Brücken wurden 72 endgültig oder provisorisch wiederhergestellt. Es handelt sich hierbei aber nicht nur um Brücken über die Donau oder den Donaukanal, sondern insbesondere um Brücken in solchen Gemeinden, die wohl noch unter der Verwaltung Wiens stehen, aber später wieder zu Niederösterreich gehören werden.

Noch eine andere große Aufgabe war zu bewerkstelligen. Im Laufe des Jahres ist am Wienfluss eine Strassensenkung eingetreten. An dieser Arbeitsstelle wird heute noch gearbeitet. Dieser Schaden hat der Gemeinde eine grosse Kostensumme verursacht; die Gemeinde wird zumindestens 3 Millionen Schilling für die Behebung dieses Schadens sicherstellen müssen.

Die Wiener Wasserwerke hatten 3559 Bombenschäden aufzuweisen. Hier wurde ebenfalls ganze Arbeit geleistet.

Im heurigen Jahre wurde der Rest dieser Schäden, das sind 604 Schäden, behoben.

Stadtrat Novy stellte zusammenfassend fest, daß auf dem Gebiete des Tiefbaues, also Strassenwesen, Kanalisation, Wasserwerke, die Kriegsschäden nahezu vollständig behoben sind, und daß diese Leistungen vor allem den unermüdlichen Arbeitern und Angestellten zu verdanken seien.

Bezüglich der öffentlichen Beleuchtung erinnerte der Referent daran, daß Wien vor Ausbruch des Krieges eine Straßenbeleuchtung im Ausmass von 950 km hatte. Diese Straßenbeleuchtung war am Ende des Krieges zerstört. Heute haben wir bereits wieder 550 km in Betrieb. Wenn wir genügend Strom zur Verfügung hätten, könnten schon 600 km Straßenbeleuchtung in Betrieb genommen werden. Es wurden von Gemeinderäten der ÖVP in der gestrigen Sitzung Anträge eingebracht, daß die Beleuchtung in den Aussenbezirken rascher instandgesetzt werden solle. Wir waren bis jetzt nur imstande, geringe und mittlere Schäden am Beleuchtungsnetz wieder zu reparieren. In den Aussenbezirken sind aber grössere Schäden zu beheben, zu deren Beseitigung es uns vor allem an Kupferdraht und Armaturen mangelt.

Stadtrat Novy hat dem E-Werk gegenüber den Wunsch ausgesprochen, die Strassenbeleuchtung, die momentan in Betrieb ist, um 1/4 Stunde später einzuschalten und früh 1/4 Stunde früher abzuschalten, dafür aber die restlichen bereits hergestellten 50 km mitzubeleuchten. Diese 50 km sind in den Aussenbezirken und ihre Beleuchtung würde sicherlich eine grosse Erleichterung für die Bevölkerung sein.

In Privathäusern haben wir im Jahre 1946 3.729 Wohnungen wieder benützbar gemacht, weitere 14.351 äusserst schwer gefährdete Wohnungen wurden bewohnbar gemacht. In Gemeindebauten wurden 1.800 Wohnungen, die überhaupt unbenützbar oder schwer gefährdet waren, wieder instandgesetzt.

Im Interesse des Wiederaufbaues unserer Industrie konnten wir 346.906 m^2 Produktionsfläche im vergangenen Jahre wieder herstellen, 204 Schulen reparieren und dem Betrieb übergeben, 74 Mutterberatungsstellen, 14 Gesundheitsämter, eine Reihe von Büchereien, 53 Amtsgebäude und eine Anzahl anderer Gebäude gebrauchsfähig machen. An Fensterglas wurden im Jahre 1946 den Haushalten 781.794 m^2, der Industrie 119.790 m^2 Glas zur Verfügung gestellt.

Bis Ende des heurigen Jahres wurden 550.000 m^3 Schutt aus den Strassen Wiens geschafft. Wir wären mit der Beseitigung des Schuttes schon längst fertig, wenn wir die nötigen Transportmittel und allem den nötigen Treibstoff gehabt hätten. Heute sind bereits zwei Drittel des auf öffentlichen Plätzen, Strassen und Gehsteigen gelegenen Schuttes aus Wien entfernt. Wenn wir in dem gleichen

Tempo wie in den letzten Wochen fortfahren können, werden unsere Strassen in ca. 5 bis 6 Monaten schuttfrei sein. Insgesamt waren in den Strassen ca. 800.000 bis 850.000 m³ Schutt gelegen. Die nächste Arbeit wird die Sprengung der Hausruinen sein. Der Schutt dieser Ruinen läßt sich auf rund 2 Millionen Kubikmeter schätzen.

Wir hätten im Bauwesen weit mehr leisten können, wenn man uns mehr Baumaterial zur Verfügung gestellt hätte. Je weiter man nach dem Westen oder nach dem Süden kommt, umsomehr kann man feststellen, wie man dort Wien im Wiederaufbau voraus ist. Daraus erkennt man auch, daß Wien weit weniger an Baumaterialien als die anderen Länder erhält.

Stadtrat Novy kam dann auf die Baustoffzuteilungen durch das Handelsministerium zu sprechen. Der Schlüssel für die Zuteilung wurde auf Grund der Schadensmeldungen der einzelnen Bundesländer, die für das Land Wien 60% ergibt, errechnet. Die Baustoffzuweisung für Wien wurde aber nicht mit 60% sondern nur mit 27.7% berechnet. Damals setzte die Benachteiligung Wiens ein, deren Folge es ist, daß Wien nicht so aufbauen kann wie die Bundesländer. Aber selbst die zugesagten 27.7% wurden nicht bei einem einzigen Baumaterial erfüllt. Den höchsten Satz erfüllt Glas mit 25%, dann folgt Holz mit 18%, Dachpappe mit 16%, die so notwendigen Dachziegel mit Zement 3.7% 9.8%, und Eternitplatten, die eben so wichtig wären wie Dachziegel, gar nur 2.15%. Die Gemeindeverwaltung ist dagegen beim Bundesministerium in energischer Form vorstellig geworden, das ganze Jahr über wurde um eine größere Zuteilung gekämpft, und auch manches erreicht, denn ohne den andauernden Bemühungen wäre die Zuteilung ja noch kleiner gewesen. Auch im Parlament hat die Sozialistische Partei auf die Benachteiligung Wiens hingewiesen, ebenso überall in der Öffentlichkeit und in den Zeitungen. Bundesminister Heinl hat zugesagt, daß die Aufteilung für 1947 auf 20.5% erhöht werden soll. (Rufe: unerhört!). Zu solchen Ergebnissen kann es aber auch nur kommen, weil es in seinem Ministerium Leute gibt, die es scheinbar auf die Benachteiligung Wiens abgesehen haben.

Bei einer Konferenz in Ischl sollten neue Prozentsätze festgesetzt werden. Man müßte annehmen, daß in einem solchen Falle das zuständige Ministerium entscheidet.

Es ist zu einer Aussprache gekommen, als deren Ergebnis eine Neuberechnung des Gesamtschadens angestellt wurde. Auf Wien entfiel dabei interessanter Weise nur mehr eine Schadenssumme von 46 %. Es wäre dagegen nichts eingewendet worden, wenn der Baumaterialschlüssel nach den gleichen Prozentsätzen festgelegt worden wäre. Der dort anwesende Sektionschef Kloss hat sich aber die Sache sehr leicht gemacht und die Anträge der Bundesländer zur Abstimmung gebracht, wobei auf jedes Bundesland eine Stimme entfiel, das heisst, dass Z.B.: Vorarlberg das gleiche Stimmrecht hatte wie Wien. In dieser Art wurde die Abstimmung über den Baumaterialzuweisungsschlüssel vorgenommen. (Zwischenruf: Ist Herr Kloss noch im Dienst?) Bei dieser Methode könnte man sich ein Ministerium überhaupt ersparen. Der von der Ischler Konferenz unter solchen Umständen zugewiesene Materialsatz ist natürlich für Wien nicht hinreichend und stellt eine schwere Benachteiligung der Bundeshauptstadt dar. Es gibt ausser den Kontingentträgern, in Gestalt der Bundesländer auch Sonderkontingentträger, wie die Bundesbahn, die Post und die drei Kultusgemeinden, die in jedem Bundesland separat die Zuweisungen vom Ministerium erhalten. Auf der Ischler Konferenz wurde die Zahl der Sonderkontingentträger noch erhöht. Wir haben bei unzähligen Versprachen immer wieder verlangt, dass jedes Bundesland nur ein Kontingentträger sein soll und dass auf Grund der Dringlichkeit der Bauvorhaben über die Zuweisung der Baustoffe entschieden wird. Ich habe ein diesbezügliches Gesetz ausarbeiten lassen und werde es demnächst dem Wiederaufbauminister vorlegen. Sollte ich wieder kein Verständnis finden, so werde ich diesen Entwurf meinen Parteigenossen im Parlament zur Weiterleitung übergeben.

Ich möchte hier noch auf eine Äusserung, die in der Generaldebatte gefallen ist, hinweisen. Man hat von Solidarismus gesprochen und ohne jemanden festnageln zu wollen, möchte ich bemerken, wenn dieses Wort in die Tat umgesetzt wird, dann mögen uns die ÖVP ernstlich helfen; und das kann sie auch, durch die Mehrheit die sie im Parlament hat. Mit der Benachteiligung Wiens auf dem Gebiet der Baumaterialzuweisung muss endlich Schluss gemacht werden.

Auf dem Gebiet des Tiefbaues sind fast alle Schäden beseitigt worden. Beim Wohnbau ist der grösste Teil unserer Totalschäden bereinigt, und wir können im nächsten Jahr mit den Teilschäden beginnen, wenn wir mehr Baumaterial bekommen und planen können,

in welcher Form und zu welchem Zweck die freigegebenen Baumaterialien verwendet werden sollen.

Wir haben Kontingentscheine für Dachziegel erhalten, aber diese konnten nicht mehr eingelöst werden, weil das Ministerium mehr Scheine ausgegeben hat als Ziegel vorhanden waren. Im Dezember werden wir deshalb keine Dachziegel bekommen. Ich sage das nur deshalb, damit endlich mehr Planung in diesem Ministerium eintritt. Es muß gleichzeitig mit der Zuweisung auch bekanntgegeben werden, wo wir dieses Baumaterial bekommen können. Unter diesen Voraussetzungen werden wir im nächsten Jahr in der Lage sein, mehr zu leisten als im vergangenen.

Ich möchte abschließend sagen, daß wir auch im nächsten Jahre alles daran setzen werden, die Kriegsschäden so rasch wie möglich zu beheben, damit wir in Wien, so wie vor 1934, wieder sozialen Wohnhausbau betreiben können. (Lebhafter Beifall.)

Inzwischen hat G.R. Dr. Robitschek (ÖVP) den Vorsitz übernommen. In der Debatte sprach als erster G.R. Kammermayer (ÖVP).

Das Bauen ist heute mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Schuld daran trägt aber nicht nur allein das Ministerium, sondern auch der Umstand, daß wir uns noch nicht frei entfalten können.

Daß für Siedlungsbauten 15 Millionen Schilling ausgeworfen worden sind, ist sicher sehr zu begrüßen, doch wären in erster Linie die beschädigten Häuser und Amtsgebäude wiederherzustellen. Nur auf diese Weise würde die wohnungssuchende Bevölkerung endlich wieder ein Dach über dem Kopf bekommen.

G.R. Kammermayer betonte, daß die ÖVP Stadträt Novy in seinen Bestrebungen für den Wiederaufbau nach besten Kräften unterstützen werde.

Der Redner stellte dann einen Antrag, die Wiederherstellung des Amtsgebäudes in Floridsdorf zu beschleunigen. Bis jetzt war man gezwungen, das Amtsgebäude an acht verschiedenen Stellen des Bezirkes provisorisch unterzubringen.

Bezüglich der Straßenbeleuchtung sollte getrachtet werden, in den Außenbezirken wenigstens die Durchzugsstraßen zu beleuchten, damit die dort häufig vorkommenden Überfälle vermieden werden.

Der Planung sollte erhöhtes Augenmerk zugewendet werden. Man muß natürlich die sich an Wettbewerben beteiligenden Architekten weit besser dotieren. Es geht nicht, daß diese mehr Spesen haben, als sie ersetzt bekommen.

Die Wohnungsfrage sollte nun endlich einer Lösung zugeführt werden. Sie würde beschleunigt werden, wenn wir endlich frei sein würden, denn dadurch würde ein Großteil von Wohnungen wieder frei werden.

Wir dürfen aber in unseren Bemühungen nie erlahmen, damit Wien wieder aufgebaut und schön wird. Diesem Ziele sollte aber nicht nur eine Partei sondern alle drei Parteien gemeinsam dienen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Gemeinderat Maller (KPÖ): In Wien ist leider bis heute sehr wenig zur Beseitigung der Kriegsschäden und zur Behebung der Wohnraumnot geleistet worden.

Von den Folgen werden in diesem Winter wieder tausende von Frauen und Müttern mit ihren Kindern betroffen. Die Benachteiligung Wiens in der Baustoffzuteilung ist bekannt, die Folgen hat die Wiener Bevölkerung zu tragen. Redner bemängelt, daß bei Aufstellung des Verteilungsplanes die Wiener Häuser und die Häuser in der Provinz mit demselben Bedarf an Wiederaufbaumaterial eingesetzt wurden, obwohl ein Haus in Wien bedeutend mehr Material benötigt. Gegen diese Benachteiligung muss Wien den Kampf führen. Die Beschlüsse der Ischler Konferenz sollten revidiert werden. Wenn alle 3 Parteien gemeinsam die Forderungen Wiens mit allem Nachdruck vertreten, müßten sie innerhalb der Regierung durchgesetzt werden können.

GR. Maller richtet an den Amtsführenden Stadtrat die Anfrage, welche Massnahmen getroffen wurden, um die Baustoffproduktion auf dem Wiener Gebiet zu erhöhen, und ob die Gemeinde Wien bereits in Verhandlungen eingetreten sei, um im Falle einer solchen Erhöhung diese Produktion ausschliesslich für den Wiederaufbau Wiens sicherzustellen.

Der Leidtragende der Tatsache, daß die Kommunalisierung der Baustoffproduktion nicht durchgeführt wurde, ist wieder die Wiener Bevölkerung, und insbesondere jener Teil der sehnsüchtig die endliche Zuweisung einer Wohnung erwartet. Meine Fraktion ist der Meinung, daß die Frage des Wiederaufbaues keine Frage eines Lippenbekenntnisses sein darf, sondern eine solche der tatsächlichen Zusammenarbeit aller 3 Parteien sein muss. Neben dem Bau von Wohnungen muss die Reparatur bombenbeschädigter Wohnungen in verstärktem Masse erfolgen. Neuerliche Erhebungen über jene Wohnungen werden anzustellen sein, die mit verhältnismässig wenig Materialaufwand und in verhältnismässig kurzer Zeit wieder hergestellt werden können.

GR. Koci (KPÖ) kam auf den Baustoffmangel zu sprechen und erklärte, daß es ihm unbegreiflich wäre, daß man verlangt, 2.000 Wohnungen zusätzlich zu bauen, wenn mit dem zugewiesenen Baumaterial nicht einmal die notwendigen Reparaturen durchgeführt werden können. Er wandte sich auch dagegen, daß Dachschäden an Kultusbauten vordringlicher durchgeführt werden als solche an Wohnhäusern. Die Arbeiter fänden es unbegreiflich, daß die Kirchen schon eingedeckt sind und die Wohnungen noch immer nicht.

Er schlug vor, die Produktion in ganz Österreich zu kontrollieren, weil man doch gar nicht wisse, was wirklich erzeugt wird.

...n man erfährt, daß Favoriten 2 Millionen D..zi..l b ...tigt, aber nur 166.800 erhalten hat, dann könne man sich ungefähr vorstellen, wie es dort aussieht. H..te haben die H...n von der Öv ihr gutes Herz entdeckt, aber es gab eine Zeit, wo ...n gegen das Hauptstück "Bauwesen" Sturm gelaufen ist. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Er gab der Meinung Ausdruck, daß Stadtrat Novy seine ganze Kraft einsetzen sollte, daß es zur Bildung von Bauausschüssen komme. Es gibt heute schon wieder Hausherren, die sich weigern, ihre Häuser instandzusetzen und deswegen ist es unbedingt notwendig, in das neue Wohnbaugesetz eine Bestimmung aufzunehmen, der die Hausherren zur Instandsetzung ihrer beschädigten Häuser zwingt. (Beifall.)

Stadtrat Novy kam in seinem Schlusswort wieder auf den beabsichtigten Neubau der 2.000 Siedlungswohnungen zu sprechen. Er teilte mit, daß die Hauptveranlassung dazu in erster Linie darin zu suchen sei, daß die von den neuen schwedischen Baumaschinen aus alten Bruchziegeln hergestellten Formsteine nicht zu Instandsetzungsarbeiten verwendet werden können, weil sie ihrer Stärke nach, nicht zu den üblichen Ziegeln passen. Die neuen Formsteine, mit deren Erzeugung schon zu Beginn des neuen Jahres begonnen werden kann, können daher am zweckmässigsten nur bei Neubauten Verwendung finden.

Was die Stadtplanung im grossen Stile betreffe, so kann die praktische Verwirklichung einer solchen immer nur mit ungeheuren finanziellen Mitteln durchgeführt werden. Schon der Wettbewerb Stephansplatz zeigt auf, daß die Neugestaltung durch die notwendige Ablösung von Grundstücken der Gemeinde Wien ein schönes Stück Geld kosten wird. Zu einer umfassenden Planung ist aber auch ein geeignetes Enteignungsgesetz notwendig. Der Österreichische Städtebund hat ein solches Gesetz ausgearbeitet, das eine Enteignung gegen Entschädigung vorsieht. Der Redner begrüsste diesen Entwurf, gibt aber der Meinung Ausdruck, daß nur eine kostenlose Enteignung der zur Assanierung notwendigen Grundstücke die notwendigen Voraussetzungen für den Wiederaufbau schaffen kann. Man sieht also, daß jede grosse Planung realer Grundlagen bedarf.

Die Gemeindevertreter sind ständig bemüht, wenn irgendwelche Schwierigkeiten auftreten und die Gefahr einer Stillegung besteht, so rasch als möglich die notwendigen Materialzuweisungen vom Wiederaufbauministerium zu erreichen. Es geschieht also von uns aus auch alles, um einer Steigerung der Baustofferzeugung auf Wiener Gebiet zu erzielen, aber wir können über diese Mehrproduktion nicht selbst verfügen, weil dem die Baustoffbewirtschaftung entgegenstehe. Dazu kommt, dass sich nur ein geringer Teil der Baustoffindustrie in Wien befinde.

Dass nur 1800 Gemeindewohnungen wieder hergestellt worden seien, resultier daraus, dass das Verhältnis zwischen Privat- und Gemeindewohnungen 1 zu 9 sei und das Verhältnis der Kriegsschäden ungefähr ebenso. Nach diesem Verhältnis werde auch das Baumaterial verteilt. Stadtrat Novy stimmt dem G.R. Koci zu, der es als wünschenswert erklärte, dass man die Hausbesitzer dazu zwingen könnte, ihre Häuser wieder instandzusetzen, widrigenfalls sie enteignet werden würden.

Der Redner stellt fest, dass alle drei Parteien einer Meinung sind, dass endlich mit der Benachteiligung in der Baustofflieferung Schluss gemacht werden müsse. Die weitere Zusammenarbeit werde ergeben, wer diese Einstellung nur als Wort gebraucht oder auch in der Tat bewiesen hat. Uns ist jede Unterstützung recht, weil sie doch im Interesse der ganzen Wiener Bevölkerung liegt. Allerdings berührt hier eine Stellung nahme des "Kleinen Volksblattes" zum Mieterschutzgesetz etwas eigenartig, denn ohne Mieterschutz kann es keinen sozialen Wohnhausbau geben. Und ich werfe hier die Frage auf, ob wir ohne Mieterschutz zu einem rot-weiss-roten Wien kommen können.

Zu dem Antrag des G.R. Kammermayer auf Wiedererstellung des Gebäudes des magistratischen Bezirksamtes in Floridsdorf teilte der Stadtrat mit, dass diese nur wegen des Materialmangels noch nicht durchgeführt werden konnte, dem Bezirksamt jedoch ein anderes Gebäude zur Verfügung gestellt worden sei. Er bitte den Antrag der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zu überweisen.

Zu dem Antrag bezüglich der Strassenbeleuchtung in den äusseren Bezirken stellte der Redner fest, dass bereits mehr Anlagen der öffentlichen Beleuchtung wiederhergestellt seien, als das E-Werk in Betrieb nehmen könne. Er bat, auch diesen Antrag der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zu überweisen. (Beifall bei den Parteigenossen). In der Abstimmung wird das sechste Hauptstück des Voranschlages für das Jahr 1947 angenommen und die beiden Beschlussanträge der Verwaltungsgruppe VI zur weiteren Behandlung übergeben.

Den Vorsitz hat GR. Amalie Resnicek (SPÖ) übernommen.

Der Gemeinderat ging sodann in die Verhandlung des Voranschlages der Verwaltungsgruppe VII - Technische Angelegenheiten und Baupolizei - ein. Amtsführender Stadtrat Rehrhofer (ÖVP) leitete die Verhandlungen ein. Er führte u.a. aus: Es wurde alles darangesetzt, die städtischen Gartenanlagen, die Grünflächen und die Baumpflanzungen von den Kriegsschäden zu befreien. Außerdem hat das städtische Gartenamt 120.000 Alleebäume in Wien zu betreuen. Die Pflanzungen und Gehölze hiefür wurden im städtischen Reservegarten im II. Bezirk, in der städtischen Gärtnerei Hohe Warte, in weiteren 7 kleineren Gärtnereien und in der städtischen Baumschule in Albern herangezogen. Von den städtischen Gärtnereien wurden ausserdem an Erntelandler 42 Millionen Gemüsepflänzchen ausgegeben. Im Jahre 1947 sollen ca. 140 bis 150 grössere und kleinere Parkanlagen wiederhergestellt werden.

Der Personalstand bei den städtischen Friedhöfen beträgt derzeit ca. 386 Personen und 368 Saisonarbeiter. Das Krematorium hat am 20. April 1946 seinen Betrieb wieder aufgenommen und es finden derzeit täglich 12 bis 15 Einäscherungen statt. Auf den städtischen Friedhöfen wurden insgesamt 31.369 Personen beerdigt und 1.973 Exhumierungen vorgenommen. Für die Gräberausschmückung stehen der Gemeinde Wien eigene Gärtnereien zur Verfügung, so am Zentralfriedhof, am Meidlinger-, Hietzinger-, Ottakringer-, Hernalser- und Grinzinger-Friedhof. Die städtische Steinmetzwerkstätte am Zentralfriedhof wird im Jahre 1947 in der Lage sein, ungefähr 500 Grabsteine abzuverkaufen.

An städtischen Bädern stehen der Bevölkerung derzeit 43 zur Verfügung. Im Jahre 1946 ist es gelungen 3 Warmbäder, 3 Sommerbäder und 4 Kinderfreibäder wieder in Betrieb zu nehmen. Leider mussten infolge der Stromabschaltungen einige Bäder wieder gesperrt werden. Es ist geplant, im Jahre 1947 das Floridsdorfer Bad wieder zu eröffnen, ferner soll das Volksbad im 5. Bezirk und ein Teil des Amalienbades wieder in Betrieb genommen werden. Der Vollbetrieb des Amalienbades wird voraussichtlich erst Ende 1948 oder zu Beginn des Jahres 1949 wieder aufgenommen werden.

Ausserdem werden im Jahre 1947 zwei Sommerbäder, u.zw. auf der Hohen Warte und an der Schwedenbrücke, der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Weiters sollen 5 Kindenfreibäder eröffnet und die Wiederherstellungsarbeiten für den Neubau des Gänsehäufels aufgenommen werden. Es wurde zu diesem Zweck ein Wettbewerb ausgeschrieben, an dem sich 8 Architekten beteiligten. Ausserdem ist der Neubau des Theresienbades und von Wannen- und Brausebädern in Liesing geplant. Die Ausführung dieser Projekte hängt allerdings in erster Linie von der Baustoffbeschaffung ab.

Die Aufgaben der Transportlenkung waren ausserordentlich umfangreich. Im abgelaufenen Jahr wurden 2,719.155 Tonnen lebenswichtige Güter transportiert. Um diese Aufgabe leisten zu können, mussten 511,857 Kraftfahrzeuge eingesetzt werden. 99.114 Pferdefuhrwerke bewältigten eine Tonnage von 236.657 t. Die geringe Treibstoffzuteilung bedingte die Einteilung sämtlicher Kraftfahrzeuge in Dringlichkeitsstufen. Rund 10.000 Kraftfahrzeuge konnten monatelang überhaupt nicht mit Treibstoff versorgt werden.

Zu der Mineralöl- sowie der Benzinversorgung führte der Berichterstatter aus: Die Rohölförderung beträgt in Zistersdorf pro Monat rund 70.000 t. Vorausgesetzt dass die Gesamtrohölförderung den österreichischen Raffinerien zugewiesen wird, könnten schätzungsweise erzeugt werden: 4.900 t Benzin, 6.000 t Petroleum, 32.000 t Heizöl, 14.000 t Gasöl und 4000 t Schmieröl. Von der russischen Besatzungsmacht wurden im Dezember für ganz Österreich freigegeben: 4000 T Benzin, 4200 t Petroleum, 23.000 t Heizöl, 7000 t Gasöl und 2250 t Schmieröle. Eine besonders große Differenz besteht zwischen den freigegebenen Mengen an Gas- und Heizöl. Von dieser Zuteilung bekommt Wien rund 26 %.

Der Treibstoffbedarf Wiens beträgt bei Anlegung des strengsten Maßstabes monatlich 1,800.000 Liter in den letzten Monaten wurden ungefähr 800.000 bis 1,000.000 Liter zugewiesen. Die Methangesellschaft stellt gegenwärtig 20.000 m^3 Erdgas pro Tag bei, der Bedarf wäre aber mindestens das Doppelte. Gegenwärtig werden Verhandlungen mit der Methangesellschaft auf eine erhöhte Zuteilung geführt.

Der fast zur Gänze zerstörte Wagenpark des städtischen Fuhrwerksbetriebes konnte durch Zuweisung von Fahrzeugen der Alliierten und durch Reparaturen bisher auf den Stand von 1000 Fahrzeugen gebracht werden. Gegenwärtig stehen 67 Fahrzeuge für die Müllabfuhr, 19 für die Straßenpflege, 95 für die zugewiesenen Lebensmittel und Brennstoffe und 184 für diverse andere Bedarfsstellen, außerdem rund 50 Personenkraftwagen in Betrieb.

Zu Beginn des Jahres 1946 lagerten noch rund 60.000 m^3 alten Mülls in den Wiener Straßen. Er ist bis auf ganz geringe Mengen abtransportiert. Der anfallende Frischmüll wird, allerdings nur mit Behelfsfahrzeugen, restlos abgefuhrt. Er beträgt mit täglich rund 1700 m^3 um ca. 10% mehr als in den letzten Friedensjahren. Besonders schwierig ist der Ersatz bei beschädigten oder gänzlich zu Grunde gegangenen rund 30.000 Müllgefäße.

Die Straßenpflege steht noch immer vor sehr schwierigen Verhältnissen. Ein großer Teil der Straßenreinigungsmaschinen, die zur Verfügung standen, ist durch die Kriegsereignisse verloren gegangen. Eine Straßenbespritzung konnte mit den zwei vorhandenen Fahrzeugen nur im I. Bezirk durchgeführt werden.

Zur Staubbekämpfung auf Makadamstraßen wurde auch heuer wieder mit Straßenölungen begonnen, ungefähr 96.500 Quadratmeter Fahrbahnfläche konnten staubfrei gemacht werden.

Auch der städtische Fuhrwerksbetrieb hat großen Schaden dadurch erlitten, daß die Großgaragen im 5. und 20. Bezirk schwer beschädigt wurden, ebenso die Betriebobjekte der Straßenreinigung in fast allen Bezirken.

Für das Jahr 1947 sind verschiedene Vorhaben geplant und bereits eingeleitet. Dazu gehört die Anschaffung von 15 Großraummüllwagen mit einem Kostenaufwand von 2,250.000 Schilling; weiter die Beschaffung von 20.000 Müllgefäßen mit einem Anschaffungsbetrag von 730.000 Schilling. Für die Straßenpflege werden 5 Schneepflugtrieb-wagengebaut und 1 Kehrmaschinenzug soll wieder betriebsfähig gemacht werden. Weiter sind zwei 10-Tonnenzüge für den Treibstoff- und Heizöltransport geplant. Auch die Straßenölung soll im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel weiter forciert werden.

Stadtrat Rohrhofer kam dann auf die städtischen Forste zu sprechen, die im Quellgebiet der Hochquellenwasserleitung 24.700 Hektar und im Großraum Wien 10.200 Hektar Gesamtfläche umfassen.

Durch die im Jahre 1947 bevorstehenden Ausgemeindungen werden sich die Gemeindewälder um rund 3.300 Hektar verringern.

Die Haupterträgnisse der Staatsforste ergeben sich in der Hauptsache aus dem Verkauf von Nutz- und Brennholz sowie aus der Verwertung von Nebennutzungen. Im Grossraum Wien liegende städtische Wälder haben in erster Linie Wohlfahrtszwecken zu dienen und können aus diesem Grunde nicht als Ertragswälder genutzt werden. Jagd und Fischerei leiden sehr unter der Besetzung. Durch ununterbrochene Abschüsse, auch in der Schonzeit, ist der Wildbestand fast gänzlich vernichtet. Von der Landwirtschaft im Lainzer Tiergarten wäre zu sagen, daß hier durch die andauernde Trockenheit sowie durch den zeitweisen Auftrieb von Vieh in die reifende Frucht stark herabgeminderte Erträgnisse zu verzeichnen sind. Seit Eröffnung des Tiergartens am 7. April 1946 konnten durch den Verkauf von Eintrittskarten ca. 41.700 Schillinge eingenommen werden.

Am Schlusse seiner Ausführungen dankte Stadtrat Rohrhofer der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft der ihm unterstellten Abteilungen. (Lebhafter Beifall.)

In der Debatte zu diesem Kapitel kam GR. Dr. Soswinski (ÖVP) auf die Tatsache zu sprechen, dass in Wien noch immer viele Bauten durchgeführt werden, die nicht Wohnzwecken dienen. Er verwies dabei insbesondere auf Kino- und Geschäftsbauten, für die unerklärlicher Weise Baumaterial vorhanden ist. Er begrüsste die Massnahme, dass bei jeder Bauausführung die Baubewilligung angeschlagen sein muss, meinte aber, dass dieser Beschluss sehr spät gefasst wurde und die Überprüfungsmassnahmen nihht strong genug durchgeführt werden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede kam Dr. Soswinski auf die Benzinzuteilungen zu sprechen und erklärte, dass von der russischen Besatzungsmacht im Dezember nicht 4.000 Tonnen Benzin, sondern 4624 Tonnen für ganz Österreich freigegeben wurden. Daneben wurde an eine grosse Anzahl von Betrieben, wie z.B. an die St.-Pöltner Glanzstoffwerke grosse Treibstoffkontingente freigegeben, sodass man zusammen auf ein Quantum von 44000 Tonnen Treibstoff komme.

In die Presse sind auch Nachrichten gekommen, die besagten, daß die Preise für Erdölprodukte angeblich gestiegen sind. Dazu ist zu sagen, daß im Jahre 1937 100 kg 13 S kosteten, am 1. Mai 1945 der Preis 11 RM betrug und im Dezember 1946 daher 11 S berechnet werden. Es ist der einzige Artikel in Österreich, der heute billiger ist als im Jahre 1937.

G.R. Schandara (ÖVP) kam zuerst auf die Friedhöfe zu sprechen. Eine große Anzahl von Grüften ist noch immer bombenbeschädigt. Zur Abschaffung dieses Übelstandes werden nun die Eigentümer der Gräber aufgefordert, diese in einem kurzen Zeitraum instand zu setzen, widrigenfalls der Platz enteignet wird. Es wäre hier angebracht, die eingeschlagene Praxis zu ändern und entweder die Instandsetzungsfrist zu verlängern oder überhaupt die Schäden von der Friedhofsverwaltung selbst provisorisch beheben zu lassen. Jedenfalls sei diese Vorgangsweise zu radikal.

Auch die Kehrichtabfuhr ist nicht hinreichend. Schließlich bezahlt die Bevölkerung dafür und so kann man auch verlangen, daß die Abfuhr klaglos funktioniert. Ebenso ist es nach nunmehr fast 2 Jahren nach Kriegsende unverständlich, daß Parkanlagen und Kinderfreibäder, die einzige Erholung einer schwer arbeitenden Bevölkerung, noch immer nicht zugänglich sind, weil sich dort der Schutt zu Bergen türmt.

Dank der Hilfe der Alliierten ist es zwar gelungen, endlich eine größere Zahl von Fahrzeugen bereit zu stellen, trotzdem ist dies alles viel zu wenig. An erster Stelle stehen hier selbstverständlich die Ernährungstransporte, die zur Versorgung Wiens zum Großteil mit Lastwagen durchgeführt werden müssen. Wir wissen alle daß wir, trotzdem Österreich große Erdölquellen besitzt, Mangel an Benzin haben. Eine höhere Macht weist uns eine Menge Bezin zu, die nicht ausreicht, um auch nur einen kleinen Teil unserer Bedürfnisse zu decken. Wir müssen daher die Erdgasversorgung ausbauen.

Der Redner kritisiert die Zustände bei den Erdgastankstellen und kündigt einen Antrag an, der einen Weg zur Bereinigung dieses Mangels weist.

GR. Dinstl (SPÖ) betonte, dass man beim Wiederaufbau darauf Bedacht nehmen soll, daß jene Häuser, die nicht in der Baulinie stehen, nicht mehr aufgebaut werden. Auf diese Weise würden so manche Verkehrshindernisse beseitig werden.

Ws sollte weiter getrachtet werden, in den Parkanlagen wieder Bänke aufzustellen, denn nur so würden die Parks der Erholung dienen.

Der Redner führte weiter aus, daß sich unter dem Forstpersonal noch viele Nationalsozialisten befänden. Diese müssten nun endlich entfernt werden; sie dürfen infolge ihrer Parteizugehörigkeit keine Waffen tragen.

Zum Schluss forderte GR. Dinstl, dass zu den Beratungen bei Vergebung von Gründen in den Bezirken auch die Bezirksvorsteher herangezogen werden. (Beifall.)

In seinem Schlusswort erwiderte Stadtrat Rohrhofer auf die Anfragen und Anregungen der Debattenredner.

Die Schuttabfuhr in den Privathäusern sei Angelegenheit der Schuttabtransportgesellschaft. Sollte diese für ihre Arbeiten zu hohe Preise verlangen, so müssten Mittel und Wege gefunden werden, diesen Übelstand abzustellen.

Zur Beschwerde über die Kehrrichtabfuhr im II. Bezirk erklärte Stadtrat Rohrhofer, dass solchen Beschwerden sofort Rechnung getragen werde, daß aber bisher noch keine eingelangt seien.

Auf die Verteilung von Erdgas habe die Gemeinde Wien keinen Einfluss, die Verwaltung der Pumpstationen obliegt der Methangesellschaft. Die mangelnde Abräumung der Hausruinen habe darin ihren Grund, daß in Wien nur eine Firma zur Sprengung von Ruinen zur Verfügung steht. Daß es heuer noch nicht möglich war, die genügende Anzahl an Parkbänken herzustellen, erklärt sich aus dem Mangel an Arbeitskräften.

Wir bemühen uns, zur Strassenreinigung wieder einen Kehrmaschinenzug in Dienst zu stellen. Vom Forstpersonal wurden 31 Personen entlassen. Die Säuberung des Personals von Mitgliedern der NSDAP kann aber nur schrittweise erfolgen.

Das 7. Hauptstück wird sodann mit den Ansätzen des ordentlichen und des ausserordentlichen Voranschlges angenommen.

Nun übernimmt G.R. Thaller (SPÖ) den Vorsitz.
Den Voranschlag der Verwaltungsgruppe VIII, Siedlungs- und Kleingartenwesen, begründet amtsführender Stadtrat Albrecht.

Bei Besprechung der Verwaltung der städtischen Wohnhäuser stellt er fest, daß es der Wohnbautätigkeit der roten Gemeindeverwaltung zu verdanken sei, daß die Gemeinde heute der größte Hausbesitzer in Wien ist. Die Wohnhäuserverwaltung hat rund 80.000 Mietobjekte zu betreuen. Im Vorjahr wurden 3027 Kündigungen eingebracht - es handelt sich fast durchwegs um Nationalsozialisten - von denen 1324 stattgegeben wurden. In diesem Jahre wurden weitere 454 Kündigungen eingebracht und 139 davon stattgegeben. Im Jahre 1946 wurden 1861 Wohnungstausche durchgeführt, die vor allem minderbelastete Nationalsozialisten in den Gemeindehäusern betroffen haben. Wir haben ein Referat eingerichtet, das die unterbelegten Wohnungen erfassen soll und bereits 712 solcher Wohnungen festgestellt und Einweisungen in sie vorgenommen. Unsere Häuser werden derzeit von 44 Hausinspektoren verwaltet, von denen jeder rund 2000 Mietobjekte zu betreuen hat.

Stadtrat Albrecht richtet einen Appell an die Mieter in den Gemeindehäusern, von der Haltung von Kleintieren in ihren Wohnungen aus hygienischen Gründen Abstand zu nehmen, so verständlich diese auch im Hinblick auf die Ernährungsschwierigkeiten sei. Ferner appellierte er an die Mieter, den Wasserverbrauch vor allem durch rechtzeitige Anmeldung von Gebrechen an der Leitung zu drosseln.

Bei der Besprechung der allgemeinen Wohnraumlage machte Stadtrat Albrecht die Mitteilung, daß es derzeit 398.800 Kleinwohnungen, 132.900 Mittelwohnungen und 22.160 Großwohnungen, also zusammen rund 554.000 Wohnungen gibt, gegen 635.800 im Jahre 1938. Nichts ist unangenehmer als die Bewirtschaftung des Wohnraumes in einer Zeit, wo keine Möglichkeit besteht, den Bedürfnissen der Bevölkerung auch nur halbwegs entgegenzukommen.

Der Redner gab hierauf einen kurzen Überblick über die Leistungen des Wohnungsamtes im abgelaufenen Jahr. Insgesamt sind 68.744 Ansuchen um Wohnungen eingegangen. Die Anforderungsgruppe hat 14.249 Anforderungsbescheide erlassen. Es konnten an politisch und rassisch Verfolgte 1442 und an Bewerber mit Dringlichkeitsstufe I 2636 Wohnungen definitiv vergeben werden.

4220 vorläufige Einweisungen mussten in definitive umgewandelt werden. In 3233 Fällen machten Hausbesitzer von ihrem Vorschlagsrecht Gebrauch, dem auch entsprochen wurde.

Dazu kommen die Dringlichkeitsfälle. Es erfolgten 14.854 Notstandseinweisungen, 11.131 Untermietereinweisngen, 249 Familien erhielten Einweisungen in Siedlungshäusern, 2486 bedürftige Familien erhielten Kleingärten und an 6100 Ausgebombte und KZler wurden Wohnungseinrichtungen vergeben.

Eine erhebliche Belastung bedeutet die Belegung von Wohnraum durch die Alliierten. An öffentlichen Gebäuden, Hotels usw. sind 434 beschlagnahmt, dazu kommen 213 Villen, 5199 Wohnungen und 1134 Wohnräume. Wenn heute die Alliierten Wien verlassen sollten, wird wohl eine gewisse Erleichterung eintreten, aber nicht in dem Masse, wie manes sich vielfach erhofft. Die meisten Familien, die von Einquartierung betroffen wurden, wohnen jetzt bei Verwandten und werden nach der Freimachung ihrer Wohnungen selbstverständlich wieder dorthin zurückkehren.

Bei der Abfassung des Entwurfes des neuen Wohnungsanforderungsgesetzes wurde mit Absicht nicht das Einvernehmen mit den politischen Parteien gepflogen, weil in dem Entwurf lediglich der amtliche Standpunkt zum Ausdruck kommen sollte.

Stadtrat Albrecht kam dann auf die aus dem Westen zurückkehrenden Flüchtlinge zu sprechen, die nun hier wieder aufgenommen werden sollen und unseren Wohnungsmarkt belasten.

Eine besondere Kritik hat der von uns nicht mehr aufgenommene § 3 des bisherigen Wohnungsanforderungsgesetzes ausgelöst. Es war unsere Ansicht, Mietern, die sich eine Wohnung selbst instandsetzten, diese nicht wegzunehmen oder sie noch einmal anzufordern. Wenn GR. Schwaiger meint, dass der § 3 einen grossen Anreiz für den Wiederaufbau bietet, so freue ich mich darüber, aber es darf nicht dazu führen, dass andere mit der Not Geschäfte machen.

Es wird uns auchoft der Vorwurf gemacht, dass die Materialzuweisungen mangelhaft seien und trotzdem aber für Privatbauten Material zur Verfügung stehe. Wenn uns aber nachgewiesen wird, dass jemand eine Wohnung unter gesetzlich zulässigen Voraussetzungen erwerben will, so wollen wir hier nicht hindernd eingreifen.

Eine kritische Frage stellt die zwangsweise Umsiedlung dar. Wir wollen mit dieser Bestimmung keineswegs in die Privatrechte des Mieters so eingreifen, daß die Existenz in irgend einer Form gefährdet wird. Wenn aber eine Wohnung nicht voll ausgenützt wird, so ist es nicht am Platze, so viel Rücksicht zu nehmen, wenn auf der anderen Seite drei Familien in einer kleinen Wohnung leben müssen. Wir wollen die Möglichkeit haben, durch einen solchen Tausch krasses Unrecht zu vermeiden.

Für die Beschaffung von Räumlichkeiten zur Errichtung von Tuberkulosefürsorgestellen sind die Vorarbeiten bereits im Gange.

Zur Frage der Doppelwohnungen bemerkte der Redner, daß auf öffentliche und zivile Beamte, die aus dienstlichen Gründen zeitweise von Wien abwesend sind oder auf jene Fälle wo jemand eine Schrebergartenhütte besitzt, Rücksicht genommen werden müsse. Da können wir nicht gut verlangen, daß der Betreffende in seiner Sommerwohnung ständig leben soll. Er verwies auf die Fälle der Künstler und Reisenden, bei denen gleichfalls eine Anforderung nicht gut möglich ist.

Es wird uns auch der Vorwurf gemacht, daß Wohnungen durch Terminverluste verloren gehen. Es hat sich in letzter Zeit eingebürgert, daß die Hausbesorger sagen, eine Wohnung sei schon besetzt, auch wenn dies garnicht zutrifft. Solche Wohnungen stehen dann leer. Wir haben auch Mangelwohnungen, die längere Zeit nicht instandgesetzt wurden und die sich in einem Zustand befinden, daß nicht gerne jemand einzieht. Die Wohnung muß erst gereinigt und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden, die aber sehr lange dauern. Daher kommt es, daß solche Wohnungen länger freistehen.

In Anbetracht des überaus großen Wohnungsmangels sind aller Augen auf die Tätigkeit unserer Beamten gerichtet und der größte Teil von unserenLeuten ist auch immer bestrebt Helfer der Bevölkerung zu sein. Der Parteienverkehr mit nervösen und verärgerten Menschen in kalten Räumen ist ein schwerer Dienst. Die Meinung aber, daß Beamte des Wohnungsamtes bestechlich seien, trifft nicht zu. In den meisten Fällen hat es sich herausgestellt, daß die Anschuldigungen falsch waren oder gegen Personen gerichtet, die dem Wohnungsamt überhaupt nicht angehören.

Das heute bestehende Punktesystem entspricht nicht allen Anforderungen. Es wurde jedenfalls sichergestellt, daß in erster Linie Obdachlose, in zweiter Linie alle Kranken, an offener Tuberkulose Leidende und die KZ-Ler berücksichtigt werden. Werden diese Fälle behandelt, dann kann das Wohnungsamt über Monate hinaus keine anderen Einweisungen tätigen.

Abschliessend erklärte Stadtrat Albrecht, so lange ein derartiger Mangel an Wohnraum besteht, muss zu solchen Massnahmen, wie sie unser Entwurf eines Anforderungsgesetzes vorsieht, gegriffen werden. (Lebhafter Beifall.)

Die Spezialdebatte über das 8. Hauptstück wird morgen früh um 9 eröffnet werden.

Schluss der Sitzung um 18 Uhr.

Verschärfung der Stromlage.

Über Anordnung des Bundeslastverteilers teilt der Landeslastverteiler für Wien folgendes mit:

Wegen der plötzlich eingetretenen Verschärfung der Energielage werden die Industriebetriebe im Versorgungsgebiet der Wiener E-Werke angewiesen, am Mittwoch, den 18. ds.M. den Arbeitsbeginn auf 8.30 Uhr zu verlegen und den Strombezug am Dienstag, den 17. und Mittwoch, den 18. um 16 Uhr einzustellen, damit die notwendige Entlastung des Verbundnetzes während der Morgen- und Abendspitze gewährleistet ist.

In diesem Zusammenhang wird mitgeteilt, daß heute in den Mittagsstunden Abschaltungen durch den Rückgang der Stromlieferung aus den Wasserkraftwerken notwendig geworden sind, die in den Abendstunden wieder aufgehoben werden konnten.

-.-.-.-.-.-.-

P r e s s e s p i e g e l vom 16. und 17. Dez. 1946

Wiener Kurier, 16. Dezember:

Weihnachtspakete mit Spielzeug und Süssigkeiten für 150.000 Kinder. Kleine österreichische Gäste bei amerikanischen Soldaten und Zivilangestellten. USFA-Weihnachtsfeier im Konzerthaus am 23. Dezember 1
Linien 61 und 13 vor Inbetriebnahme 3
Verkehrsausstellung wurde eröffnet 3
Kampf gegen Großstadtnot wird aufgenommen. Großzügiger Ausbau des Wohlfahrtswesens geplant 3

Weltpresse, 16. Dezember:

Tuberkulose Ansteckung durch Bücher 4
Wiener Messe wird vergrössert (Abendausgabe) 5
Das Dianabad hat Normalbetrieb 5

Neues Österreich, 17. Dezember:

Warum es in Österreich keine Strümpfe gibt 2
Ein Jahr Fürsorgeaktion 2
Gemeinderat berät das Budget für 1947. Wie wird das 100-Millionendefizit gedeckt? 735 "Armeekinder" in Wien, darunter zwei Negerlein. Früherer Dienstschluss für Schaffnerinnen. . Zur RK 3
Die Premiere der "Praterbuben" verschoben. Kulturpolitische Einwände gegen den dritten österreichischen Film 3
Frost bedingt Kürzung der Gaslieferzeiten. RK 3
Gasmesser vor Frost schützen! RK 3
Keine Beglaubigung auswärtiger Urkunden im Bundeskanzleramt 3
Baustoffbezugscheine werden ungültig. RK 3

Arbeiter-Zeitung, 17. Dezember:

Der Wiener Gemeindehaushalt. Beginn der Budgetverhandlungen im Gemeinderat. 457.630.000 Schilling Ausgaben nur 387.650.000 Schilling Einnahmen. Für die Fürsorge sind 161 Millionen Schilling veranschlagt. Für das Wiener Schulwesen, 91 Millionen Schilling für Bauzwecke. Kultur und Volksbildung. Wohlfahrtswesen - Tuberkulösenhilfe. 170.000 Kinder tägliche Ausspeisung. Wien zu einem Weltzentrum der Fürsorge. RK 2
Tagung der sozialistischen Presse. RK 2
Von der Bauernstube in die Hofburg. Der Bundespräsident spricht über sein neues Buch 3
Irland hilft Wien 3

Das Kleine Volksblatt, 17. Dezember:

OeVP-Feststellungen in der Wiener Budgetdebatte: Diktatursozialismus stört Zusammenarbeit. Klares Mitspracherecht gefordert. Personalreferent hält sich nicht an die Verfassung. Keine Politik in der Fürsorge! Für reformbedürftige Entwürfe. Wien und Österreich bilden ein Ganzes. Kultur und Volksbildung. Gegen Gleichschaltung in der Volksbildung. . Zur RK 2
Scharfe Kritik an der Parteileitung. Unzufriedenheit bei den Sozialdemokraten Ungarns 4
Zur Bewirtschaftung textiler Rohstoffe: Strümpfe, die grosse Sorge jeder Frau 5
Amerikanische Weihnachtsbescherung für österr. Kinder 5

Kunst kommt zum Publikum. Wiener Konzerthausgesellschaft
Oelgemälde, Aquarelle, Pastelle und Graphiken 7

Österreichische Volksstimme, 17. Dezember:

Am Mieterschutz darf nicht gerüttelt werden! Scharfe Warnung der Kommunisten im Wiener Gemeinderat. Die Debatte zum Gemeindebudget 1947. Zur RK 1
100.000 DP. belasten den Wiener Wohnraum. Die Erhöhung der Erhaltungsbeiträge. Allgemeine Anerkennung für Stadtrat Dr. Matejka. Für einen gerechten Finanzausgleich. Das Budget. Zur RK 2
Zwei Zementfabriken wegen Kohlenmangels eingestellt. Folge der Benachteiligung der Ostzone bei der Kohlenbelieferung. 2
6.000 Tonnen UNRRA-Getreide in Tirol verschwunden. Lebensmittelsendungen aufgehalten. Verdorbenes Getreide. 2
Ein Entlastungsangriff für die Kohlensaboteure 2
Christbaumrummel 3
Gaslieferzeiten vorübergehend gekürzt. RK 3
Die Ankunft der 1400 Heimkehrer in Wiener Neustadt und Wien. Sie wollen mitkämpfen für ein demokratisches Österreich 3

Österreichische Zeitung, 17. Dezember:

Kommunalisierung des Wohnhausbaues geplant. Nur 382.000 Beschäftigte in Wien. 3.000 Angestellte zuviel. Die Generaldebatte. Immer noch nazistische Finanzgesetze in Kraft. Kulturfragen. 91 Millionen für das Wohlfahrtswesen. Zur RK 1 u. 2
Maßnahmen des Ernährungsdirektoriums. Absetzung eines Nichtablieferers 2
Geregeltere Baustoffbewirtschaftung? 2
"Vermögenssicherung" in der Praxis 3
Es geht vorwärts in Floridsdorf. "OeZ"-Besuch in der Wiener Lokomotivfabrik 6

Linzer Volksblatt, Linz, 14. Dezember:

Neues Meldeverfahren in der Baustoffindustrie 4

Neue Zeit, Linz, 14. Dezember:

"Hallo, bei uns brennt es!" 3

Vorarlberger Volkswille, 14. Dezember: (Bregenz)

Sozialistische Forderung wird erfüllt. Die in der letzten Versorgungsperiode ausgefallenen Kalorien werden auf alle Fälle nachvergütet - Ernährungsausschüsse - Erfassungs- und Verteilungsausschüsse . 4

Vorarlberger Volksblatt, 14. Dezember: (Bregenz)

Hilfe für Kriegsgefangene, Kinder und Kranke 2

Volkszeitung, Klagenfurt, 14. Dezember:

Noch eine Kontrolle für die Bauern. Haben wir noch zu wenig Beamte? - Vorschläge im Landesversorgungsausschuß 2

Die Neue Zeit, 13. Dezember (Klagenfurt)

Kriegsweihnacht - aber frei von Furcht. Die grosse sozialistische Familie bereitet das Fest vor - Weihnachtsfreuden für unsere Kinder 3

Die Neue Zeit, Klagenfurt, 14. Dezember:

Alarm und in 30 Sekunden hilfsbereit. Geschehenes und Erlauschtes bei der Klagenfurter Berufsfeuerwehr 5

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

18. Dez. 1946 Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer Blatt 1852

Gemeinderat

Der Wiener Gemeinderat setzte heute um 8 Uhr früh unter dem Vorsitz des Bürgermeisters General Dr.h.c. Körner die Beratung des Voranschlages 1947 fort. Der 3. Tag der Budgetdebatte wurde mit der Spezialdebatte über das 8. Hauptstück: Wohnungswesen eröffnet.

G.R. Mühlhauser (ÖVP) bezeichnete die Lösung der Wohnraumfrage als eine Frage der elementarsten Lebensbedingungen. Es ist Pflicht an ihre Lösung mit allem Ernst herranzutreten. Dazu wären vier Voraussetzungen zu erfüllen:

1. Eine gerechte Verteilung des vorhandenen Wohnraumes.

2. Die rascheste Wiederherstellung der kriegsbeschädigten Wohnungen.

3. Die Teilung von Großwohnungen, und

4. die Einstellung von Wohnungsbeschlagnahmen durch die Alliierten.

Zu dem letzten Punkt ist zu sagen, daß in einer Zeit wo es 21.700 Wohnungswerber der Dringlichkeitsstufe I gibt, die Besatzungsmächte uns doch nicht weiteren Wohnungsraum entziehen können. Auch die Einweisung von Privatpersonen durch die Alliierten muß aufhören, weil damit nicht immer die Bedürftigsten zu einer Wohnung kommen.

Der Redner stellte sodann fest, daß sich die Beamten des Wohnungsamtes im allgemeinen sachlicher und guter Arbeit befleissigen. Es gibt aber noch Stellen wo z.B. bei der Anlegung der Wohnungsakte und der Bewertungen nicht immer pflichtgemäße Obsorge waltet. Es dürfen auch nicht Wohnungen in Gemeindehäusern monatelang leer bleiben, nur weil andere Personen im Wohnungsamt über sie verfügen, als die zur Zuteilung Berechtigten.

Gemeinderat Mühlhauser verlangte dann die Schaffung eines Wohnungseigentumsgesetzes. Ein solches Gesetz würde bewirken, daß die Wiederherstellung des kriegsbeschädigten Wohnraumes in rascherem Tempo vonstatten gehen würde. Durch die Schaffung solcher Wohnungen würde der Wohnungsmarkt weiter entlastet werden. Da erwiesenermaßen viele Arbeiter und Angestellte ihre letzten Ersparnisse dazu verwendet haben, um solche Wohnungen instandzusetzen, kann es sich durch Schaffung eines solchen Gesetzes auch nicht um eine Bevorzugung finanziell bessergestellter Schichten handeln.

Der Redner hält es für besser, zur Ausnützung von Großwohnungen nicht Zwangstausche, sondern eine Teilung dieser Wohnungen vorzunehmen. Solche Wohnungsteilungen könnten ohne große finanzielle Mittel und ohne viel Baumaterial durchgeführt werden. Der Redner empfiehlt, daß die Gemeinde Wien zur gegebenen Zeit soviel Wohnungen als möglich bauen soll. Aber auch Staat und Privatinitiative müßten angeregt werden, um neuen Wohnraum zu schaffen. Besonderes Augenmerk und Unterstützung soll dem Bau von Siedlungen zugewendet werden.

Am Schlusse seiner Rede ersuchte Gemeinderat Mühlhauser, daß man im Interesse der Gesunderhaltung unserer Stadt auch kinderreiche Nazifamilien in Wohnungen unterbringen möge. Es ginge nicht an, daß Kinder dafür verantwortlich gemacht werden, weil ihre Väter der NSDAP beigetreten sind.

G.R. Maller (KPÖ) stellt am Beginn seiner Rede fest, daß das Wohnungsamt zu den schwierigsten Ressorts der Gemeindeverwaltung gehöre. Die Ursachen dieser Schwierigkeiten sind vor allem der Mangel an Wohnraum, aber auch organisatorische Mängel. Es wäre gut sich einmal damit auseinander zu setzen.

Diese Schwächen führen zu einer unerhörten Überlastung der Beamten. Es gibt kein zweites Amt, wo die Beamten so sehr dem Druck der Parteien ausgesetzt sind. Wenn man die Leistung dieser Leute mit der Bezahlung vergleicht, muß man staunen, daß überhaupt so viel gemacht wurde. Ich glaube daher, daß es notwendig ist, den Beamtenapparat rationeller einzusetzen und auch den Außenstellen, die bis jetzt nur damit betraut waren, die Recherchen durchzuführen, mehr Befugnisse einzuräumen.

Als weitere Unzulänglichkeiten bezeichnete G.R. Maller die noch immer provisorischen Einweisungen und die Einweisungen mit Fliegerquartierscheinen.

Der Redner trat dann im Namen seiner Fraktion auf das schärfste den Bestrebungen zur Durchlöcherung des Mieterschutzes entgegen und betonte, daß er diese Erklärung nicht für überflüssig halte, damit auch endlich jene Partei eine diesbezügliche Erklärung abgebe, die bisher immer wieder das Mieterschutzgesetz durchlöchern wollte.

Bezüglich des neuen Wohnungsanforderungsgesetzes bedauerte G.R. Maller nochmals, daß es nicht vorher den drei Parteien vorgelegt worden sei und daß auch die Begründung, daß dieses Gesetz nur für die Bedürfnisse des Amtes geschaffen wurde, nicht stichhältig sei, denn ein solches Gesetz müsse wohl vor allem den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen.

Ich möchte aber auch versuchen, fuhr der Redner fort, einen Ausweg aus der Wohnungsnot zu zeigen. Das einzig wirklich wirksame Mittel wäre wohl ein rascher Neubau von Wohnungen. Eine zweite Möglichkeit ist aber auch, so rasch als möglich jene Wohnungen ausfindig zu machen, die mit wenig Mitteln instandgesetzt werden könnten. Dann noch die Erfassung aller Großwohnungen von vier Zimmern aufwärts, die Erfassung der Doppelwohnungen, worunter ich nicht die Schrebergartenhütte eines kleinen Beamten verstehe, sondern die Leute, die oft sogar drei Wohnungen besitzen. Ferner wenn man alle belasteten Nazi zusammenfaßte, womit ich nicht die Mitläufer meine, sondern vor allem die Ariseure. Auch die Wohnungen der faschistischen Ausländer könnten hier verwendet werden. Zum Schluß stellte G.R. Maller noch die Frage, was mit den Wohnungen der durchschnittlich 10 Familien geschieht, die wöchentlich aus Wien ins Ausland reisen. Er regte an, diese Räume vorher in Erfahrung zu bringen, um sie so unserem Wohnungsmarkt zuzuführen.

G.R. Johann Swoboda (SPÖ) erklärte, die im Verlaufe der Debatte aufgeworfenen Fragen können nur Teilfragen sein, die Hauptfrage ist, raschest alle zerstörten und beschädigten Wohnungen wieder aufzubauen, die uns der Krieg hinterlassen hat und darüber hinaus neue Wohnungen zu bauen. Nur so würde man eine bleibende Lösung des gesamten Wohnungsproblems erreichen.

Zu der im Wohnungsanforderungsgesetz aufgenommenen Bestimmung, daß mit privaten Mitteln durch Mieter oder Hausbesitzer wiederhergestellte Wohnungen von der Anforderung durch das Wohnungsamt befreit sind, muß festgestellt werden, daß solche Wohnun-

gen von den Hausbesitzern oder Hausverwaltern an Meistbietende verschachert werden. Es wurden oft 10.000 bis 15.000 Schilling für solche Wohnungen gefordert. Nach der noch heute bestehenden Kriegssachschadenverordnung hat aber auf solche Wohnungen der Altmieter das Hauptrecht. Es sollte darauf Bedacht genommen werden, daß dem Altmieter nicht sein Recht geschmälert wird. Es sollte versucht werden, in der heutigen Zeit der Not die Hausherrenvorschläge von vornherein auszuschalten.

Der Redner sprach sich gegen ein Wohnungseigentumsgesetz aus. Nur eine Sozialisierung des gesamten Hausbesitzes würde der Bevölkerung einen wirklichen Segen bereiten. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Auf die von G.R. Mühlhauser (ÖVP) aufgeworfene Frage der Zuweisung von Wohnmöglichkeiten für kinderreiche Nazifamilien, erwiderte der Redner, daß ihm kein berücksichtigungswerter Fall bekannt sei, wo nicht getrachtet worden wäre solche Familien wenigstens in Untermiete einzuweisen. Er habe das Gefühl, daß die ÖVP hier schon wieder Versammlungsreden halte.

G.R. Swoboda verwies im weiteren Verlauf seiner Rede auf den Übelstand, daß viele Geschäftsportale wiederinstandgesetzt würden, während für den Bau von Wohnungen kein Material vorhanden sei.

Zum Schluß forderte G.R. Swoboda alle drei Parteien auf, gemeinsam zu erwirken, daß die Gesetze geschaffen werden, die es der Gemeinde Wien ermöglichen, planmäßig an den Wiederaufbau der zerstörten und an den Neubau von Wohnungen zu schreiten. (Beifall).

Stadtrat Albrecht machte in seinem Schlußwort die Mitteilung, daß die vielen Interventionen gegen die Wohnungsbeschlagnahmen durch die Alliierten bereits dazu geführt haben, daß diese die Notwendigkeit des angeforderten Wohnraumes in der Presse zu begründen versuchen. Die Besatzungsmächte haben auch bereits aufgehört in Wohnungssachen zu intervenieren. Es wäre zu wünschen, daß sie den von ihnen beschlagnahmten Wohnraum selbst überprüfen.

Was die noch zeitweiligen Mängel in der Arbeit des Personals des Wohnungsamtes betrifft, so wird versucht, diese durch eine entsprechende Schulung des Personals zu beseitigen.

Was die Teilung von Großwohnungen anlangt, so wird eine solche durchgeführt werden, wo sie nur möglich ist. Doppelwohnungen werden immer angefordert, wenn das Wohnungsamt von solchen

Kenntnis erhält. Da die Beamten des Außendienstes für eine intensive Ausforschung dieser Fälle nicht ausreichen, wird die Bevölkerung gebeten hier mitzuhelfen. Solange es auf dem Wohnungsmarkt eine Zwangswirtschaft gibt, muß das Wohnungsamt eine Möglichkeit haben, in allen Fällen eingreifen zu können.

Besondere Aufmerksamkeit muß der Geschäftsraumlenkung gewidmet werden, besonders wegen der vielen Büroräume die unberechtigterweise in Anspruch genommen werden.

Stadtrat Albrecht unterstrich dann die Wichtigkeit der Wohnungskommissionen, die einzig und allein berechtigt wären über Einweisungen zu bestimmen.

Was die Aufgaben der Aussenstellen des Wohnungsamtes anlangt, so sind diese in erster Linie dazu da, die Parteien in Wohnungsfragen zu belehren. Es soll ein eigenes Referat eingerichtet werden, das sich mit dem Wohnungstausch beschäftigen wird.

Zur Frage der provisorischen Einweisungen erklärte Stadtrat Albrecht, daß diese nach Inkrafttreten des Nazigesetzes sofort definitiv werden würden.

Hierauf erfolgte die eintimmige Annahme der Ansätze zum 8.Hauptstück.

Über das 9. Hauptstück des Voranschlages - Wirtschaftsangelegenheiten berichtete Amtsführender Stadtrat F l ö d l (ÖVP).

In dieser Geschäftsgruppe ressortiert der wirtschaftliche Teil des Wiener Schulwesens.

Wir haben gegenwärtig an den Volks-, Haupt- und Sonderschulen 101.883 Schüler, um rund 23.000 Schüler mehr als im Vorjahre, was einer ungefähr 20%igen Steigerung entspricht. Die hohe Geburtenziffern im Jahre 1939/40 läßt im kommenden Schuljahr ein weiteres Ansteigen der Schülerzahl um 6-7000 erwarten.

Zahlreiche Schulgebäude sind durch die Kriegsereignisse, wie ja bekannt ist, schwer beschädigt worden. Derzeit stehen für Unterrichtszwecke 295 Schulen in Benützung.

Für schulfremde Zwecke dienen:

18 Schulen sind von den Alliierten besetzt,
8 Schulen sind Flüchtlingslager,
12 Schulen finden als Spitäler, Ämter oder für Parteizwecke Verwendung.

Mit Rücksicht auf die sehr knappe Brennstofflage mußte mit Beginn der Heizperiode der Unterricht auf 164 Schulhäuser zusammengezogen werden.

Die Beschaffung der Lehr- und Lernmittel stößt auf grösste Schwierigkeiten.

Mitte November gelangten ein Sprachkundebuch, ein Lesebuch und ein Religionsbuch zur Neuausgabe. An den Hauptschulen werden 8 Lehrbücher neu aufgelegt.

An Schulmaterial benötigen wir jährlich:

1,000.000 Schreibfedern,
700.000 Schulhefte und
200.000 Bleistifte.

Der sehr intensive Studienbetrieb am Pädagogischen Institut der Stadt Wien wird ausser in der Zentrale Burggasse noch in drei Zweigstellen abgehalten und hat eine Steigerung der Frequenz von 1.429 Hörern im Sommersemester auf 2.290 Hörer im Wintersemester zu verzeichnen. Der Bücherbestand der Pädagogischen Zentralbücherei beträgt wieder rund 200.000 Bände, von denen in diesem Jahre bisher 49.932 Bände entliehen wurden.

An den gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen ist die Schüleranzahl von 17.850 im Vorjahr auf 25.739 im laufenden Schuljahre gestiegen.

Die Handelsakademien sind mit einem Schülerstand von 1.900 unverändert geblieben.

Die gewerblichen und hauswirtschaftlichen Frauenberufsschulen weisen 1.076 Schüler auf. Nur die Wirtschaftsschulen weisen eine Senkung der Teilnehmerzahl um 12 % auf. Sie beträgt 1.498 Schüler.

Von den 10 Fortbildungsschulgebäuden sind an 8 bereits die Kriegsschäden behoben worden. Eine der drei vollständig zerstörten Werkstattenhallen im Zentralfortbildungsschulgebäude konnte vollkommen hergestellt werden.

Der Liegenschaftsbesitz umfasst derzeit im Raume von Groß-Wien 215,000.000 m^2.

Die von den Nationalsozialisten vorgenommenen Veränderungen im städtischen Grundbesitz werden in vielen Fällen rückgängig gemacht werden müßen.

Der Haushalt einer Millionenstadt benötigt naturgemäss enorme Warenmengen der verschiedensten Art. Der Bedarf wird durch den Zentraleinkauf gedeckt, der zugleich auch eine Verbrauchskontrolle der einzelnen Dienststellen ermöglicht.

Der infolge der Kriegshandlungen in den städtischen Lagern entstandene Schaden durch Zerstörungen oder Entwendungen beträgt rund 2,800.000 Schilling. Bisher konnte allein der Verlust von 349 Schreibmaschinen festgestellt werden.

Der Jahresbedarf an Textilien für die Gemeinde ohne die städtischen Unternehmungen beträgt: 80.000 m Wollstoff zur Anfertigung von Uniformen und Dienstkleidern für die monturberechtigten Angestellten. 1,100.000 m Baum- oder Zellwolle für Bett-, Leib- und Operationswäsche. 75.000 Stück Strick- und Wirkwaren. 480.000 Stück Scheuer-, Staub- und Geschirrtücher u. dgl. 60.000 m Webwaren für technische und sonstige Zwecke.

Die die Bevölkerung aber am tiefsten berührende Frage, ist neben der Ernährung die Versorgung mit Bekleidung und Brennstoff.

Die Einführung der Lieferzusage hat in der Bevölkerung Unwillen hervorgerufen. Die Leute müssen von einem Geschäft ins andere laufen, bis sie endlich eine Lieferzusage erreichen. Die Lieferzusage allein berechtigt aber noch nicht zum Bezuge der verlangten Ware, sie ist ausserdem noch an den sogenannten Bezugschein gebunden, der nur bei nachgewiesenem Notstand ausgestellt wird.

Versuchsweise wurde in einzelnen Sparten die Auflassung der Lieferansage vorgenommen, dies hat dazu geführt, daß die Kartenstellen bei der allgemeinen Not an lebenswichtigen Bedarfsgütern in einem Ausmaß beansprucht wurden, die deren Leistungsfähigkeit bei weitem übersteigt. Anläßlich der ersten Ausgabe von 48.000 Paar Kontingentschuhen sind bei den 192 Kartenstellen rund 300.000 Anträge eingebracht worden.
Zur Überbrückung des Notstandes in der Bekleidung standen verschiedene Hilfsaktionen zur Verfügung, die teilweise durch das Wohlfahrtsamt zur Ausgabe gelangten.

Aus der Alliiertenhilfe Amerika wurden rund 50.000 Bezugscheine für Kleidungsstücke verschiedener Art, sowie für Wäschestücke ausgegeben. Diese Aktion, so dankbar wir für sie sind, hat den Nachteil, daß die Ausgabe nur an die Bevölkerung in der amerikanischen Zone und an Wiener, die derzeit bei den Amerikanern angestellt sind, erfolgen darf.

Gegenwärtig erfolgt auf Grund einer Sonderzuteilung des Handelsministeriums eine Ausgabe von 150.000 Paar Damen-, Herren- und Kinderstrümpfen.

Die derzeitige Lage auf dem Ledermarkte ermöglicht für jeden Wiener nur 1 Paar Doppler im Jahre und alle 5 Jahre ein Paar neue Schuhe. Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau stellte aus einer Sonderaktion 30.000 Paar Schuhe zur Verfügung. Davon 19.000 Paar Straßenschuhe für Erwachsene, die weisungsgemäss zur Gänze dem Österreichischen Gewerkschaftsbund zur Verteilung überwiesen wurden. Die Aufteilung der restlichen 11.000 Paar Kinderschuhen erfolgt an die bedürftigsten Kinder im Einvernehmen mit den zuständigen Schulbehörden.

Bewirtschaftet werden weiters noch Möbel, Koch- und Heizgeräte, Haushaltsgegenstände, Bürsten und Besenwaren, Seife und Waschmittel.

Die Radioerzeugung ist seit kurzem wieder in bescheidenem Umfange angelaufen.

Neu zur Verteilung wurde dem Hauptwirtschaftsamte mit August die Autobereifung zugewiesen. Doch auch auf diesem Gebiete ist der Bedarf weit grösser als das Angebot, sodaß nicht einmal 10% der Ansuchen befriedigt werden können.

Nun zur Brennstoffversorgung. Bis Juli dieses Jahres lag die Aufbringung und Verteilung von Steinkohle, Braunkohle,

Briketts und Koks in den Händen der Alliierten. Erst ab diesem Zeitpunkte wurde die Kohlenaufbringung der österreichischen Zivilverwaltung übergeben. Aber auch jetzt noch kann die Kohlenaufbringung und Verteilung nur mit Zustimmung der Alliierten erfolgen, da wir im starken Maße auf Einfuhren aus dem Auslande angewiesen sind. Die Kohlenzuteilung erfolgt durch die Oberste Bergbehörde monatlich auf Grund eines Verteilungsplanes, wobei die Industriekohle durch die Handelskammer zur Verteilung gelangt. Der Friedensbedarf an Kohle und Koks für die damaligen 21 Wiener Bezirke war rund 860.000 t jährlich. Für die Monate September, Oktober, November wurde eine Lieferung von 167.000 t Hausbrandkohle zugesagt, die bei sorgfältigster Planung folgende Aufteilung zuließ:

Spitäler, Alters- und Kinderheime	100 %,
lebenswichtige Betriebe	80 %,
sonstige Betriebe	50 % und
die Haushalte mit	25 %

der auf ihrer Kohlenkarte eingetragenen Jahresmenge. Tatsächlich angeliefert wurden aber nur 125.000 t, sodass eine Minderanlieferung in diesen drei Monaten von 42.000 t erfolgte. Die Ursache der Minderanlieferung liegt darin, daß die Alliierten die monatliche Einfuhr aus Deutschland bereits im September von 140.000 t auf 115.000 t herabsetzten und ausserdem ihren eigenen Bedarf, den sie bisher selbst aufbrachten, in der Höhe von je 23.000 t, der im Oktober auf 24.000 t, im November ebenfalls 24.000 t und im Dezember auf 38.000 t erhöht wurde, ebenfalls aus diesem Kontingent deckten. Die Kohlenlage verschärfte sich durch das Ausbleiben des Wasserkraftstromes aus dem Westen, das zu einer verstärkten Erzeugung von kalorischem Strom in den beiden E-Werken zwang. Diese Belastung musste durch einschneidende Sparmassnahmen wettgemacht werden. Den Theatern, Kabaretts, Kinos und Vergnügungsstätten kann Kohle oder Koks überhaupt nicht zugewiesen werden. Die gewerblichen Betriebe wurden je nach Art ihrer Erzeugung entsprechend gekürzt.

Da die Anlieferung aus dem Ausland nur schleppend und ungenügend vor sich geht, erklärt es sich, daß von den 700.000 Haushalten etwa 250.000 Haushalte bis Ende November nicht mit

den für sie vorgesehenen 25 % ihrer Jahresmenge eingedeckt werden konnten. Die Wiener Gaswerke haben im November 14.000 t Koks erzeugt. Davon erhielten die Alliierten 4.000 t, die Bundesländer 3.000 t, für Wien verblieben 7.000 t, wovon die Spitäler allein 3.000 t benötigten.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß die steirischen Bergarbeiter anfangs dieses Monats eine Sonntagsschicht eingefahren haben und von dieser Produktion 500 t der Stadt Wien für ihre Humanitätsanstalten zur Verfügung stellten. Ihnen sei hiefür herzlichst gedankt. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Die Kohleneinläufe haben seit ungefähr einer Woche endlich eine Wendung zum Besseren gebracht und wenn die Zufuhren im gegenwärtigen täglichen Ausmaße anhalten, wird es möglich sein, alle Haushalte, die noch kein Brennmaterial erhalten haben, bis zu den Feiertagen mit mindestens 50 kg Kohle oder Briketts zu beliefern und in kürzester Zeit den ihnen zustehenden Rest auszufolgen. Während es im Vorjahre noch möglich war, den Ausfall an Kohle durch Holzschlägerungen in Wien und Niederösterreich teilweise auszugleichen, ist dies derzeit kaum möglich, wenn wir nicht haben wollen, daß der ohnehin schwer devastierte Wienerwald der Vernichtung preisgegeben werden soll. Es wurde mit allen beteiligten Stellen ein Holzverteilungsplan ausgearbeitet, Nach diesem sollen 66.000 rm von der Österr. Holzwirtschaftsstelle und vom Holzhandel hereingebracht werden, 40.000 rm, sogen. Russenholz, stammen von der vorjährigen Aktion des russischen Elements, ist bereits geschlägert, konnte aber noch nicht hereingebracht werden. 100.000 rm sollen im Wege einer Aktion des amerikanischen Elements aus Salzburg und Oberösterreich nach Wien kommen. Bei der Holzaufbringung müssen grosse Hindernisse überwunden werden, die die Beteiligten oft vor fast unlösbare Aufgaben stellt. Trotzdem konnten bisher insgesamt 70.000 rm für mit Holz befeuerte Betriebe und für Holzdauerbrandöfen in Haushaltungen ausgegeben werden. Mit Rücksicht auf den Mangel an Kohle und Holz wurden in vielen Betrieben, Krankenhäusern usw. die Feuerungsanlagen auf Ölfeuerung umgebaut. Das im November zugewiesene Quantum von 2.040 t Heizöl reicht auf keinen Fall aus, um nur die wichtigsten Bedarfsträger versorgen zu können.

Es konnten daher private Zentralheizungsanlagen für Raumbeheizungen mit Heizöl nicht berücksichtigt werden.

Im November wurden der Stadt von der russischen Mineralölverwaltung über das Handelsministerium 1.300 t Petroleum zur Verfügung gestellt, das durch die 42 Tankstellen der Oropher auch durch einschlägige Einzelhandelsgeschäfte ausgegeben wird. Ungefähr 50 - 60.000 Haushalte haben in ihre Öfen Ölbrenner einbauen lassen, die mit Dieselöl zu speisen sind. Für den Monat Oktober wurden noch 1.350 t Dieselöl für Wien freigegeben, während im November nur noch 600 t zur Verfügung standen. Auch hier sind Bestrebungen im Gange, um wenigstens eine Verdopplung der Monatszuweisungen zu erhalten, damit den Bedürfnissen halbwegs Rechnung getragen werden kann.

Wenn ich die Lage auf dem Brennstoffsektor zusammenfassen darf, möchte ich abschliessend feststellen, daß die gegenwärtige Situation sowohl bei der Kohle, wie beim Holz, als auch beim Öl zwar sehr kritisch ist, daß aber doch die berechtigte Hoffnung besteht, daß wir über die grössten Schwierigkeiten hinwegkommen werden,

Stadtrat Flödl schliesst seine Ausführungen mit einem Dank an die Beamten, Angestellten und Arbeiter seiner Gruppe für die vielfach aufopfernde Tätigkeit im angelaufenen Jahre. (Lebhafter Beifall.)

In der Debatte nahm zuerst G.R. Dr. Soswinsky (KPÖ) das Wort. Er stellte fest, daß sich in der Verwaltungsgruppe IX die gesamte österreichische Wirtschaftspolitik widerspiegle. Die Gemeinde Wien verfügt nicht über die nötigen Kompensationsartikel, um das, was wir brauchen, aus dem Auslande einzuführen.

Das entscheidendste ist der Mangel an Kohle, der im Grunde jeden anderen Mangel bedingt. Ich glaube daher, daß der Schlüssel zu allen uns bewegenden Fragen in der Aufbringung der Kohle liegt. Es genügt aber nicht festzustellen, daß es diese und jene Schwierigkeiten gibt, sondern wir müssen uns vielmehr fragen, warum die Gemeinde keine Möglichkeit hat, mehr Kohle zu verteilen.

Der Redner kritisiert sodann mit ironischen Worten die Verhandlungen um die polnische Kohle, die unterbrochen wurden, weil die Polen die Entfernung reichsdeutscher Nazi aus den zuständigen Stellen forderten, und dies als ein Eingriff in die österreichische Souveränität betrachtet wurde. Erst als durch eine Besatzungsmacht diese Säuberung durchgeführt war, wurden die Verhandlungen, jetzt natürlich zu spät, fortgesetzt. Man hat dann auch bemerkt, daß die polnische Kohle viel zu teuer sei und deshalb versucht, Ruhrkohle nach Österreich zu bringen. Zum Schlusse aber stellte sich heraus, daß die Ruhrkohle dasselbe gekostet hat wie die vorher verschmähte polnische Kohle.

G.R. Dr. Soswinsky griff dann die ungerechte Verteilung der gelieferten Kohlenmengen an, von denen Wien nur 20 bis 30 % bekommen hat, beleuchtete aber auch die Mißstände im Warenverkehr mit dem Ausland und daß z.B. trotz der guten Weinernte Tirol Wein aus Italien gegen Zement bezogen habe, oder Weinstöcke aus Ungarn gegen Grubenholz, das in Österreich sonst nicht aufzutreiben ist, eingeführt wurden. Der Redner stellte zum Schluß fest, daß diese Machinationen letzten Endes eine Ausplünderung Österreichs bedeuten.

G.R. Marek (SPÖ) berichtete, daß es gelungen sei, außer den 203.700 den Schulkindern zur Verfügung gestellten Lehrbüchern eine Wiener Stadtfibel in einer Auflage von 28.000 Exemplaren herzustellen. Ein solcher Lehrbehelf in den Händen unserer Kinder wird sie nach der faschistischen Ära zu demokratischen Denken erziehen.

Der Mangel an Schulheften, Federn, Bleistiften und sonstigen Schulbehelfen sollte durch die Gründung von gewerblichen Betrieben, die diese Waren erzeugen würden, ausgeglichen werden. Auch Radiergummi und Lineale müssen aus dem Ausland eingeführt werden, weil wir nicht imstande sind, solche gewerbliche Betriebe ins Leben zu rufen.

G.R. Marek betonte, daß er den Optimismus des Stadtrates bezüglich der Brennholz- und Kohlenversorgung nicht teilen könne. Man hätte versuchen müssen, schon vor Einbruch des Winters das nötige Holz und die Kohle zu beschaffen. Erschwerend sei auch der Umstand, daß die zugesagten Lieferungen von Holz aus Oberösterreich bis jetzt nicht erfüllt wurden und auch die Waldbesitzer Niederösterreichs kommen ihrer Ablieferungspflicht nicht nach. Die Holzwirtschaftsstelle sollte die Säumigen zur Erfüllung der Ablieferung verhalten.

G.R. Marek schilderte den Leidensweg der Gewerbetreibenden bei Ansuchen von Kohlenzuweisungen beim Hauptwirtschaftsamte, nach welchem sie dann 50 kg Kohle bekommen. Man sollte den Gewerbetreibenden gegenüber einsichtsvoller sein und die Innungen beauftragen, die Kohlenscheine auszugeben.

Stadtrat Flödl, sollte sich weiters von der Sichhältigkeit der dem Redner zugekommenen Mitteilung, daß es auf den Kohlenrutschen Aufseher gäbe, die durch Zahlung eines Trinkgeldes eigenmächtige Zuweisungen an Kohle vornehmen, ehest überzeugen.

Am Schlusse seiner Ausführungen forderte G.R. Marek, daß die Gemeinde Wien bei der Auswahl der Lieferfirmen sich erst über deren politische Verläßlichkeit informieren sollte. Es ist eine Ehre, mit der Gemeindeverwaltung in Geschäftsverbindung zu stehen. Wir wünschen, daß den Gewerbetreibenden und Kaufleuten jede Förderung gegeben wird, wir lehnen es aber ab, mit Firmen zu verhandeln, die wohl keine Nazi-Unternehmen sind, die aber noch heute versuchen, den nazistischen Geist fortzusetzen. Solche Firmen gehören geächtet und aus den Reihen der Kontrahenten gestrichen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

G.R. Gottfried Resniczek (ÖVP) bezeichnete die Versorgung Wiens mit Brennstoffen als eines der brennendsten Probleme. Alles was aber nur möglich war, wurde von der Gemeinde Wien auf diesem Gebiete unternommen. Wenn auch Wien wegen seiner Gastfreundschaft bekannt ist, so geht es aber nicht an, daß Angehörige

der Besatzungmächte Kohle und Koks zum Preise von 1,-- bis 1,50 Schilling an Private verkaufen, während die Wiener Bevölkerung frieren muß.

Was die Bekleidung betrifft, so ist die Wiener Bevölkerung vollkommen verarmt und manche Arbeiter besitzen nur mehr ein einziges Hemd. Den Beamten auf den Kartenstellen müßte zur Pflicht gemacht werden, sich politischer Äußerungen zu enthalten. Es dürfe z.B. nicht vorkommen, daß eine Partei die Auskunft erhält, erst dann wäre der gewünschte Artikel zu bekommen, wenn die kommenden Neuwahlen vorbei wären. (Hört, Hört-Rufe bei der ÖVP).

Es gibt aber auch Probleme, deren Lösung außerhalb dieses Hauses zu suchen ist, das ist die Kontrolle über unsere eigenen Produkte und Erzeugnisse. Es geht nicht an, daß die Bevölkerung aufgefordert wird sich auf Heizöl umzustellen, wenn jetzt nicht einmal das für die Spitäler notwendige Heizöl geliefert wird. Hätte Österreich Zistersdorf vollkommen unter seiner Kontrolle, so hätte es die Möglichkeit, alle benötigten Rohstoffe im Kompensationswege beschaffen zu können.

Stadtrat Flödl verwies in seinem Schlußwort auf die Wichtigkeit der schon in diesem Winter funktionierenden und von den Alliierten garantierten Einfuhr der Ruhrkohle. Er kam in diesem Zusammenhang auch auf die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen zu sprechen, die sehr schleppend vor sich gegangen sind, obwohl sie schon im Mai dieses Jahres eingesetzt haben. Während die Ruhrkohle durch die Lieferung von Strom beglichen wird und gegen einen Dollarkredit zu bekommen ist, wären wir bei Polen verpflichtet gewesen Kompensationsware abzugeben, deren Aufbringung derzeit nicht möglich ist.

Zu den Holzlieferungen aus den Bundesländern erklärte Stadtrat Flödl, daß aus Oberösterreich bisher 25.000 Raummeter Holz eingetroffen sind. Lieferungen aus Salzburg sind vorläufig ausgeblieben, sollen aber im Jänner erfolgen.

Der Redner versprach sodann, Vorsorge zu treffen, daß die Lieferanten der Stadt Wien auf ihre politische Verläßlichkeit geprüft werden. Es ist auch richtig, daß Angehörige der Besatzungsmächte Koks und Kohlen an Privatpersonen abgeben. Nach Überprüfung derartiger Fälle wird versucht werden diesen Unfug abzustellen.

Am Schlusse seiner Ausführungen machte Stadtrat Flödl noch die Mitteilung, daß die österreichisch-russische Erdölproduktionsgesellschaft sich bereit erklärt hat, für die Wiener Spitäler ein zusätzliches Kontingent an Heizöl zur Verfügung zu stellen.

Die dann folgende Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der Ansätze des 9. Hauptstückes.

Unterbrechung des Gemeinderatsberichtes.

Zur Kürzung der Gaslieferzeiten

In einer Zeitungsmeldung wurde beanstandet, daß mit der Gaslieferung jetzt erst um 6 Uhr begonnen wird, daß dadurch die Berufstätigen, die zwischen 4 und 6 Uhr ihr Heim verlassen müssen, besonders betroffen werden und daß man die Einsprungszeit auf die Stunden von 8 bis 10 oder 11 Uhr verlegen möge.

Hiezu ist zu bemerken, daß die Aufrechterhaltung des Gasdruckes während der Nacht, die in letzter Zeit eine wesentliche Verminderung der Gasunfälle bewirkte, derzeit wegen des Gasmangels unmöglich ist und durch ein Absperren der Gaslieferung während der Vormittagstunden alle Wohlfahrtseinrichtungen (Spitäler, Werksküchen u.dgl.) sowie sämtliche industriellen und gewerblichen Betriebe, die auf Gasversorgung angewiesen sind, auf das schwerste betroffen würden.

Die Neuerwerbungen der Städtischen Sammlungen

Am Montag, den 23. Dezember 1946, um 11.30 Uhr vormittag, findet in den Räumen des Historischen Museums der Stadt Wien, (Rathaus, Aufgang über die Feststiege I) die Eröffnung der Schau "Neuerwerbungen der Städtischen Sammlungen seit April 1945" mit Gemälden und Plastiken älterer und zeitgenössischer Künstler - Künstlerwerkstätten - Gedächtniszimmer berühmter Wiener Persönlichkeiten (Architekten, Dichter), Kunstgewerbe und Neuerwerbungen des Uhrenmuseums statt.

Über die Ansätze des 11. Hauptstücks des Voranschlages - Allgemeine Verwaltung - berichtete Amtsführender Stadtrat Afritsch (SPÖ):

Wien zählte im Jahre 1934, bezogen auf das Gebiet der Bezirke I - XXVI, 2,086.847 Einwohner. Im Mai 1946 hatte Wien 1,618.072 und am 24. November 1946 eine Einwohnerzahl von 1,684.712 erreicht. Es ist also ein Zuwachs von 66.640 Menschen zu verzeichnen, der sich leicht erklären lässt, durch die Zahl der Heimkehrer aus der Gefangenschaft oder der Emigration, aber auch durch Leute, die aus dem westlichen Österreich zurückkommen. Die Zahl der Männer beträgt 713.687 und die Frauen 971.025.

Auf je 10.000 der Bevölkerung starben 1930 123 Menschen. 1945 waren es im Durchschnitt 358, die höchste Sterbeziffer weist der April mit 526 auf. Das ist fünfmal so viel als in normalen Zeiten. Im März 1946 waren es aber nur mehr 234 Fälle und im Juli 1946 127. Die günstige Entwicklung in dieser Hinsicht hält weiter an und wir bemerken, dass wir uns der Friedenssterblichkeit nähern.

Noch deutlicher tritt dies bei der Säuglingsterblichkeit in Erscheinung. Auf je 1000 starben im Jahre 1930 50 Säuglinge, im Durchschnitt des Jahres 1945 191, im April 1945 war die Zahl siebenmal so hoch als in normalen Zeiten, nämlich 364, im Oktober 1945 nur mehr 145 und der Durchschnitt der Monate August, September und Oktober betrug nur mehr 66 gestorbene Kleinkinder.

Eine Gegenüberstellung der Sterbeziffern mit jenen der Geburten ergibt folgendes Bild: 1945 starben 55.319 Menschen, während 17.302 geboren wurden, es sind also dreimal mehr Menschen gestorben als geboren worden sind. Von Jänner bis September 1946 wurden 10.551 Geburten und 21.052 Sterbefälle gezählt. Hier beträgt der Sterblichkeitsüberschuss nur mehr 10.501. Im Monat Jänner wurden 849 Menschen geboren, aber 3.545 sind gestorben; im April stehen 1244 Geburten 2611 Todesfällen gegenüber und im August sogar 1571 Geburten 1538 Sterbefällen. Allerdings muss hierzu bemerkt werden, dass erfahrungsgemäss die Monate August und September die grössten Geburtenziffern aufweisen.

Die Staatsbürgerschafts- und Heimatrechtsangelegenheiten sind eine Hauptarbeit unserer Verwaltungsgruppe und ich spreche an dieser Stelle den Beamten dieser Abteilung meinen Dank aus. Es wird zwar oft über das mangelnde Tempo geklagt, aber ich kann ihnen versichern, daß alle Personen, die vor 1938 in Wien gewesen sind, mit einer raschen Erledigung rechnen können. Alle aber, die nach 1938 gekommen sind, können nur dann befriedigt werden, wenn es uns klar ist, daß sie sich in moralischer und politischer Hinsicht anständig verhalten haben. 13.034 Staatsbürgerschaftserklärungen wurden positiv erledigt und ebenso 3425 Einbürgerungen. Ich betone aber, daß keiner von diesen Eingebürgerten Nazi gewesen ist.

Eine Abteilung die uns noch immer sehr belastet, ist die **Heimatrollenabteilung. Seit 1. Jänner 1946 wurden 107.600 Heimatscheine ausgestellt.**

Die Umsiedlerstelle hat die Aufgabe, aus den Meldebogen der Ausländer jene herauszusuchen, die für den Wiederaufbau unserer Stadt nützlich sein können. Auch hier bekommen nur politisch Einwandfreie die Aufenthaltsbewilligung. Wir haben insgesamt 9658 Aufenthaltsbewilligungen erteilt, die vor allem für Bau- und Holzarbeiter, Metallarbeiter und andere Mangelberufe ausgestellt wurden. Jede dieser Aufenthaltsbewilligungen ist zeitlich befristet.

Unsere Heimkehrer- und Kriegsgefangenenfürsorgestelle hat von 1. August 1945 bis 1. Dezember 1946 162.154 ehemalige Kriegsgefangene betreut. 61.581 davon waren Wiener, 5000 Kriegsgefangene sollen in der nächsten Zeit aus Rußland heimkehren. Ein Transport ist schon angekommen und ein zweiter Transport ist in Ödenburg auf dem Weg nach Wiener Neustadt und heute noch werden 8 bis 900 Heimkehrer in Wien eintreffen. (Beifall). 585 ehemalige Gefangene sind heute Nacht, von Pisa kommend, in Wien angekommen. Eine eigene Wohlfahrtsstelle hat die Aufgabe, die Heimkehrer mit Geld, Straßenbahnfahrscheinen und Zigaretten zu beteilen. An die Bedürftigsten von ihnen wurden 9289 Anzüge und Wäschestücke und 1985 Schuhe oder Stiefel ausgegeben.

Über die registrierten Nationalsozialisten konnte Stadtrat Afritsch zum erstenmal mit genauen Ziffern Auskunft geben.

Insgesamt wurden 118.841 Nazi in Wien registriert, wovon 22.253 selbständig Erwerbstätige waren, 24.639 öffentliche Angestellte und nur 20.537 Privatangestellte, obwohl deren Zahl bedeutend größer ist. Es ist allerdings dabei zu bedenken, daß auf die ersten ein größerer Druck ausgeübt worden ist. Bei den öffentlichen Arbeitern allerdings ist die Zahl der Registrierten sehr gering, es sind 2434, während die Arbeiter in privaten Betrieben 17.323 Registrierte aufweisen.

Die Schöffenlisten wurden in einem langen und schwierigen Verfahren aufgelegt. Rund 1,000.000 Formblätter wurden ausgefüllt. Vom Einspruchsrecht wurde nicht viel Gebrauch gemacht. Es liegen insgesamt nur 7 Einsprüche und 5 Befreiungsansuchen vor.

Das Preisbestimmungsamt hat etwa 8850 Preisüberprüfungen vorgenommen. Von der Abteilung für Gewerbeangelegenheiten sind in den letzten 11 Monaten 8063 Gewerbeberechtigungen erteilt worden. Es wurde schon erwähnt, daß die Zahl der Anmeldungen nicht so groß ist, wie vor dem Krieg, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse ganz andere sind. Trotzdem glaube ich, daß zuviel Gewerbsberechtigungen erteilt werden und viele davon nur als Rückhalt für den Schleichhandel benützt werden. Ich habe daher Anweisung gegeben, die Berechtigungen rigoroser zu handhaben.

Die Bestellung und Abberufung von öffentlichen Verwaltern ist weiterhin notwendig. Nach dem neuen Verwaltergesetz sind die österreichischen Behörden wieder für die Einsetzung der öffentlichen Verwalter zuständig. Wir müssen aber auch die öffentlichen Verwaltungsbetriebe laufend überprüfen, 4500 Verfahren wurden durchgeführt oder sind noch anhängig.

Von den Wiener Kinos sind 181 wieder spielfähig. Von diesen stehen aber nur mehr 56 in öffentlicher Verwaltung, da 59 über Anordnung der Alliierten der öffentlichen Verwaltung entzogen wurden. Diese 56 Betriebe haben im Jahre 1946 einen Umsatz von 13 Millionen Schilling aufzuweisen und ein Reinertragnis von 2,281.000 Schilling gebracht.

Wir versuchen, die Feuerwehr weiter auszubauen und ihre Schlagkraft zu erhöhen. Zu diesem Zwecke müssen drei Hauptaufgaben bewältigt werden, nämlich die Ausbildung der Feuerwehrleute für den Branddienst, die Vervollkommnung der technischen Behelfe und Ausrüstungsgegenstände und die Wiederherstellung der zerstörten und beschädigten Feuerwachen. Daß hier schon große Fortschritte gemacht wurden, beweist die im heurigen Jahre erfolgreich durchgeführte Bekämpfung von 3 Großfeuern, 75 Mittelfeuern und 858 Kleinfeuern. Ausserdem wurde unsere Feuerwehr in 4071 Fällen zu Hilfeleistungen bei Verkehrsunfällen, Hauseinstürzen usw. gerufen.

Eine der Hauptaufgaben von "Jugend am Werk" ist die, jungen Menschen bei der Berufswahl zu helfen. Es wurden 5249 Arbeitsvermittlungen vorgenommen. "Jugend am Werk" verfügt über 12 Bezirksstellen mit 18 Heimen, die im Winter als Wärmestuben den Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden. Die vom "Jugend am Werk" erfassten Jugendlichen beteiligen sich an der Arbeit in den Lehrwerkstätten, sie leisten tatkräftige Hilfe im Landeinsatz, in den Kindergärten, bei Schutt- und Aufräumungsarbeiten, bei der Schwedenhilfe und im Spitalseinsatz. "Jugend am Werk" hat ausserdem 1.655 grössere und kleinere kulturelle Veranstaltungen durchgeführt.

Am Schlusse seiner Ausführungen betonte Stadtrat Afritsch, dass er und sein Personal immer ein Diener und Helfer der Wiener Bevölkerung sein werden. (Beifall bei den Parteigenossen.

Die Sitzung wurde um 12 Uhr unterbrochen und wird um 14 Uhr 30 mit der Spezialdebatte über das II. Hauptstück fortgesetzt.

Die Gasabgabe

Infolge leichter Besserung der Gasversorgungslage wird morgen Donnerstag, den 19.ds. Gas bis 13 Uhr abgegeben werden.

Ob auch an den folgenden Tagen diese Gaslieferzeit beibehalten werden kann, ist derzeit noch ungewiß. Die Gasverbraucher werden daher aufgefordert, die täglichen Verlautbarungen der Ravag bezüglich der Gaslieferzeiten zu verfolgen.

Um 14.50 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Zuerst gab Bürgermeister General a.D. Dr. h.c.Körner bekannt, dass die Gemeinderäte Hrastnig und Cäsar ihr Mandat zurückgelegt haben. Gemäss § 16 der Verfassung der Stadt Wien werden Frau Philomena Haas und Herr Julius Fischer als Ersatz in den Gemeinderat einberufen.

Nach der Angelobung der neuen Gemeinderäte nahm in der Spezialdebatte zum 11. Hauptstück Gemeinderat Bauer (ÖVP) das Wort. Er kritisierte das noch immer lange Zeit in Anspruch nehmende Verfahren bei Einbürgerungsansuchen. Er wolle nicht die Beamten beschuldigen, glaube aber, dass die Handlungsweise in diesem Amt nicht einem demokratischen Gemeinwesen entspräche.

G.R. Bauer wandte sich in diesem Zusammenhang dagegen, die sogenannten Volksösterreicher als Menschen zweiter Ordnung abzustempeln. Er stellte fest, dass diese Leute sehr arbeitsam und bescheiden seien und als Facharbeiter Wertvolles für den Wiederaufbau Österreichs leisten könnten.',,Es muss klar ausgesprochen werden, dass diese Menschen wahre Kulturträger Österreichs sind."

Zum Kostenbeitrag für die Polizei bemerkte der Redner, daß der Ansatz 8,000.000 Schillinge für das Jahr 1946 betragen habe, während er im Voranschlag für 1947 wesentlich gekürzt wurde. Wenn dies eine Kürzung des Polizeibudgets darstellen soll, müssten wir energisch dagegen Stellung nehmen. Ich bitte den Herrn Stadtrat darüber Aufschluss zu geben.

Hinsichtlich des Gewerberechtes betonte der Redner die Zwitterstellung die das Gast-, Kaffee- und Hotelgewerbe nunmehr einnehmen müsse, weil die Nazi im Jahr 1941 ein eigenes Gaststättengesetz geschaffen hätten und sich nun niemand dafür zuständig fühle. Auch hier müsste der verantwortliche Stadtrat die Dinge einer Lösung zuführen.

Zu der Abteilung für öffentliche Verwalter stellte der Redner fest, dass es hier doch langsam zu einer Konsolidierung der Verhältnisse käme, wenn auch noch immer Einiges zu bemängeln sei. Es war zwar nach den Tagen der Befreiung notwendig, rasch zuzugreifen, nun kommt es aber auch vor, dass Aufhebungsanträge schon monatelang bei dem zuständigen Amt laufen, obwohl es den Betroffenen gelungen sei, nachzuweisen, dass sie nie bei der

NSDAP waren. Ich möchte auch hier bitten, dass raschere Arbeit geleistet wird.

Abschliessend erklärte G.R. Bauer, dass seine Fraktion bisher mit den Abteilungen der Verwaltungsgruppe XI wenig Kontakt gehabt hätte, gab aber seiner Hoffnung Ausdruck, dass es gelingen würde, im neuen Jahr fruchtbringend zusammenarbeiten zu können. (Beifall bei den Parteigenossen.)

G.R.Dr. Altmann (ÖVP) sprach zuerst über das Kapitel Staatsbürgerschaft. Man müsse die Personen, die sich um die Einbürgerung bewerben, einer genauen Prüfung unterziehen. Es sollte vor allem vermieden werden, ganzen Personengruppen, die sich unter dem Schlagwort "Volksösterreicher", um die Staatsbürgerschaft bewerben, einzubürgern. G.R. Bauer habe in seinen Ausführungen dieses Wort "Volksösterreicher" geprägt. Die Einbürgerung von solchen Personen entspräche aber durchaus nicht dem Willen des Österreichischen Volkes. Unter den sogenannten "versetzten Personen" gibt es viele, die sich unter Hinweis darauf, daß sie einmal in der österreichisch-ungarischen Monarchie gelebt haben, um die Staatsbürgerschaft bewerben. Solchen Einbürgerungen sollte aber nur dann stattgegeben werden, wenn sie wirklich den Interessen Österreichs entsprechen.

G.R. Dr. Altmann sprach sich für eine Reform des Gewerberechtes aus. Es sollte endlich einmal von dem altertümlichen unübersichtlichen Recht Abschied genommen und ein neues modernes Gesetz geschaffen werden. Die Gemeindeverwaltung selbst kann zwar ein solches nicht schaffen, aber sie sollte die Vorarbeiten leisten und damit dem Parlament die Grundlagen eines solchen neuen Gewerberechtes vorlegen.

Durch die mit einigen Abänderungen erfolgte Annahme des Nationalsozialistengesetzes durch den Alliierten Rat werden der Verwaltungsgruppe XI in nächster Zeit große und wichtige Aufgaben erwachsen. Es soll daher heute schon Vorsorge getroffen werden, um diese rasch und eindeutig zu erledigen.

Auf dem Gebiete des Feuerwehrwesens wurde schon viel Arbeit geleistet. Wien soll hier wieder an der Spitze der Großstädte Europas stehen.

Der Heimkehrerfürsorge, die zwar Aufgabe des Bundes ist, muss erhöhtes Augenmerk zugewendet werden. Wir alle hoffen zwar,

dass in den nächsten Monaten oder zumindest im Laufe des nächsten Jahres alle unsere Kriegsgefangenen zu Hause sein werden. Aber bis dahin muss die Heimkehrerfürsorgestelle die Heimkehrenden möglichst rasch wieder zu wirklichen Wienern machen und ihnen Heimstätten und Arbeitsplätze geben. Der Redner hält es für notwendig, die Heimkehrerfürsorge mehr auszubauen und die hiefür noch notwendigen Mittel im Wege eines Nachtragskredites heranzuziehen. (Beifall.)

Gemeinderat Gross (SPÖ) nahm darauf Bezug, dass bereits über 8.000 Gewerbescheine ausgegeben wurden und unterstrich die Notwendigkeit, alle diese Fälle zu untersuchen, da durch manche verzweifelte Existenzgründungsversuche die Not in bestimmten Gewerbegruppen vergrössert wird. Nach Ankündigung des Bundesministers Heinl wird in allernächster Zeit ein Gesetzesantrag auf Überprüfung der Gewerbescheine die seit dem Mai 1945 ausgestellt wurden, eingebracht werden. Es wäre aber zweckmässig auch alle zwischen den Jahren 1934 und 1945 ausgestellten Gewerbeberechtigungen zu überprüfen, weil sie nicht immer auf rechtlicher und richtiger Grundlage erteilt wurden.

Der Redner kam dann auf die geringen Leistungen der Meisterkrankenkassen zu sprechen, (Lebhafte Zwischenrufe der ÖVP-Gemeinderäte Bauer, und Dr. Kresse, die sich mit Personalfragen der Meisterkrankenkassen befassten und Entgegnungen auf der Linken, die den Vorsitzenden Bürgermeister Dr.Körner veranlassen, zur Ruhe zu mahnen.

In Fortsetzung seiner Rede verlangte Gemeinderat Gross auch eine Änderung der bestehenden Gewerbeordnung.

Im Schlusswort bemerkte Stadtrat Afritsch zuerst, dass er in der angenehmen Lage sei, darauf hinzuweisen, dass die Angelegenheit der Meisterkrankenkassen nicht in sein Ressort falle und er daher nicht darauf eingehen könne.

Im wesentlichen ist hier über die Staatsbürgerschaft gesprochen worden. Ich erkläre noch einmal, dass wir in Österreich derzeit kein Heimat- sondern nur ein Staatsbürgerrecht besitzen und dass es unmöglich ist, alle Ansuchen im Ausschuss zu beraten, weil sonst die Antragsteller noch länger warten müssten als bisher.

Die Erledigungen könnten wohl rascher durchgeführt werden, aber die Hauptschwierigkeit liegt bei den Gutachten der Staatspolizei, die sehr lange Zeit in Anspruch nehmen. Das Innenministerium hat jedoch Erleichterungen versprochen. Stadtrat Afritsch schilderte die großen Schwierigkeiten die auch auf diesem Gebiete zu überwinden waren. Es waren keine Räume, keine Beamten vorhanden und die Gesetze mußten erst ausgearbeitet werden. Daß es trotzdem gelang, soviele Ansuchen positiv zu erledigen, danken wir den Beamten, die auch dann noch gearbeitet haben, als in den anderen Ämtern schon lange das Licht ausgegangen war.

Stadtrat Afritsch betonte sodann, daß ergrundsätzlich gegen Grupeneinbürgerungen Stellung nehme, weil er es nicht verantworten könne, Faschisten zu österreichischen Staatsbürgern zu machen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Einen Ausweg, auf den in der Debatte leider nicht hingewiesen wurde, stellen die Aufenthaltsbewilligungen dar. Die Alliierten repatrieren die Betreffenden dann nicht.

Zur Frage der Berufslenkung der Jugend, die von großer Bedeutung ist, führte der Redner aus, daß im Augenblick drei Lehrwerkstätten für Holzarbeiter, Elektriker und Metallarbeiter in Betrieb sind.

Stadtrat Afritsch erwiderte sodann auf die in der Debatte an der Mag.Abt.69 geübten Kritik und erklärte, daß man bei kritischer aber objektiver Betrachtung der ihm unterstehenden Geschäftsgruppe anerkennen müsse, daß alles getan werde die Wünsche der Antragsteller zu befriedigen und das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen.

In der Abstimmung wird das 11. Hauptstück einstimmig angenommen.

Die Verhandlungen über die Verwaltungsgruppe XII, Städtische Unternehmungen, leitete amtsführender Stadtrat Dr. Exel (ÖVP) ein.

Er behandelte zuerst den Wirtschaftsplan der Städtischen Gaswerke. Die Differenz der Budgetposten zwischen 1946 und 1947 ergebe sich aus der Erhöhung des Preises der Kohle, der vom Weltmarkt bestimmt wird. Wir sind gezwungen, Kohle, und zwar die für die Gaserzeugung notwendige Fettkohle, zu importieren. Der Preis für diese Kohle, die wir aus dem Ruhrgebiet beziehn, beträgt seit 1.Oktober 1946 110 S pro Tonne; polnische Nußkohle kostet 134 bis 139 S und Feinkohle 116 S pro Tonne, während in den Wirtschaftsplänen für 1946 ein Preis von 34.5 Schilling vorgesehen war.

Diese Erhöhung der Weltmarktpreise wirkt sich aber bei einem anderen Produkt für unsere Wirtschaft günstig aus. Wir sind in der Lage Benzol und Tolluol in die Schweiz zu exportieren. Der Inlandspreis für Benzol beträgt 75o S pro Tonne, der Schweizer Preis, umgerechnet zum Kurs von 2.3o, 14oo Schilling pro Tonne. Es ist gelungen bei der Schweizerischen Nationalbank ein kommerzielles Konto zu eröffnen, dem diese Exporterlöse gutgeschrieben werden. Auf diese Weise können wir, unter der Voraussetzung, dass das Warenverkehrsbüro die Bewilligung erteilt, Importe durchführen.

Die Gaswerke verbrauchen 33.000 Tonnen Kohle im Monat. Diese reichen nicht aus, um den Gasbedarf zu befriedigen, es wurden daher Sparmassnahmen eingeführt. Gemeinsam mit Stadtrat Flödl will der Berichterstatter nun einen Plan ausarbeiten, der es ermöglichen soll, jedem Wiener wieder die Benützung seines Backrohres zu sichern. Auf diese Weise wird Hausbrandkohle erspart. Es würden aber 48.000 Tonnen Kohle im Monat benötigt, dann könnte man das Gas Tag und Nacht mit nur einer Sperrzeit von 14 bis 18 Uhr unter Druck halten.

Das Stadtgas setzt sich derzeit aus drei Komponenten zusammen: aus Erdgas, Koks- und Generatorgas und Kohlengas. Nur deshalb, weil wir Erdgas brauchen, sind in den letzten Tagen diese grossen Schwierigkeiten aufgetreten.

Stadtrat Dr. Exel berichtete sodann über die bisherigen Leistungen der Gaswerke. Es wurden 1o.000 Meter zerstörte Gasrohre durch neue ersetzt, von 8 zerstörten Reglerstationen wurden 4 neu aufgebaut. Als besondere Heldentat der werkseigenen Arbeiter führte der Berichterstatter die Wiederinbetriebsetzung des kleinen

Gasbehälters in Leopoldau der einem Fassungsraum von 150.000 m³ hat, an. Er bezeichnete die Arbeiter als "Helden des Alltags". (Allgemeiner Beifall.) Leider wird es erst in 1½ bis 2 Jahren möglich sein, den sogenannten "grünen" Gasbehälter, ein Wahrzeichen Wiens, wieder in Betrieb zu nehmen. Durch die Wiederinstandsetzung der zerstörten Benzolfabriken in Simmering und Leopoldau ist es erst möglich geworden, wieder Benzol zu exportieren.

Stadtrat Dr. Exel sprach dann über die Schwierigkeiten, die seinerzeit in Frankreich gekauften 1125 Tonnen Gasrohre in den Handelsvertrag zwischen Frankreich und Österreich einzubauen. Es ist bisher nur gelungen, 800 Tonnen aufzunehmen.

Auf die Wiener Elektrizitätswerke übergehend, berichtete Stadtrat Dr. Exel, daß in den Kraftwerken Simmering und Engerthstraße Umbauten und viele Verbesserungen vorgenommen wurden. Um eine Katastrophe wie sie der 17. Oktober 1946 für die Wiener Stromversorgung bedeutete, in Hinkunft zu vermeiden, sind Öltanks gepachtet worden, von denen bereits einer repariert ist. Dadurch wird die Anlegung einer Ölreserve für mehrere Tage möglich.

Zur Frage der Versorgung mit elektrischem Strom erklärte Dr. Exel, daß die Ursache des Mangels auch darin zu suchen sei, daß durch den Ausfall von 2 Hochleistungskesseln als Folge des Krieges und durch die Überbeanspruchung der Anlagen während der Nazizeit die Kapazität stark abgesunken ist. Dazu kommt, daß eine Verdopplung des Verbrauches vom Haushaltsstrom gegenüber 1937 eingetreten ist. Es ist aber vorgesehen, für jedes der beiden Kraftwerke einen Hochleistungskessel neu anzuschaffen.

Was die Wiener Verkehrsbetriebe betrifft, so nehmen dort die Personalauslagen eine entscheidende Stellung ein, sodaß sich jede Gehaltserhöhung sofort fühlbar auswirkt. Es hat sich eine Steigerung des Personalaufwandes von rund 46 Millionen Schilling auf mehr als 65 Millionen Schilling ergeben. Während vor dem Kriege 3600 Wagen vorhanden waren, gibt es jetzt nur 1835. In dieser Zahl sind jedoch schon ca. 800 Wagen eingerechnet, die zum Großteil in der eigenen Hauptwerkstätte repariert wurden, denn die einschlägige Privatindustrie war lange Zeit nicht in der Lage, Aufträge zu übernehmen. In unserer Hauptwerkstätte

sind 1195 Mann tätig. Für das Jahr 1947 ist als Beförderungsleistung vorgesehen bei der Straßenbahn und beim Stadtbahnbetrieb 550 Millionen Fahrgäste, beim Kraftwagenverkehrsbetrieb 5,636.000 Fahrgäste und beim Obusbetrieb 1,500.000 Fahrgäste. Wie sehr die E-Werke unter den Einwirkungen der Materialpreiserhöhungen zu leiden haben geht daraus hervor, daß z.B. bei Radreifen eine solche von 500 %, bei Kugellagern eine solche von 400 % und sogar bei Kleinigkeiten, wie es Schienenstreusalz ist, eine Erhöhung von 200 % eingetreten ist. Für die nächste Zukunft sollen neue Autobusse und Obusse angeschafft werden, die von inländischen Firmen hergestellt werden.

Stadtrat Dr. Exel besprach sodann den Wirtschaftsplan des Brauhauses der Stadt Wien und bemerkte einleitend, daß sich der Betrieb vor einigen Monaten noch viel leichter angelassen habe als heute. Die städtische Brauerei hat zwar noch für mehrere Monate Öl, doch bestehe die große Gefahr, daß keine Kohle zur Verfügung gestellt wird. An Hopfen konnte auf dem Kompensationsweg nur ein einziger Waggon herangeschafft werden. Von den 15.000 t Gerste, die angefordert worden waren, wurden nur 7.500 t bewilligt. Die Bierpreise, die bis jetzt 48 S pro Hektoliter betragen haben, werden wahrscheinlich auf ungefähr 72 S erhöht werden müssen. Der Bierausstoß selbst dürfte sich wie im Vorjahr auf ungefähr 100.000 Hektoliter belaufen. Die Grädigkeit des Bieres wird 0,8% betragen.

Die "Gewista" ist mit der Städtischen Bestattung eine jener Unternehmung, die mit positiven Zahlen kalkulieren. Der Erfolgsplan weist einen Geschäftsertrag von 1,750.000 S aus. Von dem Gebarungsüberschuß kommen 168.550 S an die Gemeinde Wien zur Abfuhr, während 55.000 S als Rücklage Verwendung finden. Der positive Abschluß dieses Unternehmens hängt wohl mit der Monopolstellung wie auch mit der Entwicklung des Erwerbslebens zusammen. Bedauerlicherweise werden wir keine Planken als Werbeflächen zur Verfügung haben.

Bei der Städtischen Bestattung ergeben sich ebenfalls positive Ziffern. Der Jahresgewinn ist mit 200.000 S. veranschlagt, doch wird der Gewinn aller Voraussicht nach bedeutend höher sein. Allerdings ist die Kriegskonjunktur vorüber und es wird mit durchschnittlich 20.000 Beerdigungsfällen gerechnet werden müssen.

Ein trauriges Kapitel ist der Landwirtschaftsbetrieb der Gemeinde Wien. Der Wirtschaftsplan ist durch die schlechte Ernte des Jahres 1946 wesentlich beeinflusst. Die Erträgnisse der Feldfrüchte waren äusserst gering. Die Aufstockung des verlorengegangenen Viehbestandes konnte bis heute nicht durchgeführt werden. Bei den Zuckerrüben ist ein Ernteausfall von 2.000 Waggon zu verzeichnen. Der Milchertrag weist einen Ausfall von 4,500.000 Litern auf. Der Voranschlag schliesst mit einem Betriebsabgang von 1,469.000 Schilling, zu dessen Deckung dem Landwirtschaftsbetrieb nur mehr ein Betrag von 973.000 S zur Verfügung steht, sodass zuzüglich der Investitionskosten von 1,083.000 S 1,579.000 S ungedeckt bleiben. Ich hätte gerne grössere und bessere Erfolge berichtet, aber seien Sie versichert, dass die Arbeiter und Angestellten bestrebt sind, alles zu tun, um zum Wiederaufbau Wiens, und damit untrennbar verbunden, zum Wiederaufbau Österreichs beizutragen. (Lebhafter Beifall).

In der Spezialdebatte führte GR. Lauscher (KPÖ) aus: Es ist charakteristisch für die Zeit, in der wir leben, dass die Städtische Bestattung und die Gewista aktiv und die übrigen fünf Unternehmungen passiv abschliessen. Wir wissen, dass mit zahlreichen Schwierigkeiten gerungen werden muss und nur allmählich eine Überwindung der Folgen des Krieges auf diesem Gebiete möglich ist. Die Arbeiter und Beamten stossen bei ihren Bemühungen auf Hindernisse, die ausserhalb ihres Wirkungskreises liegen. Ich meine, dass die allgemeine Wirtschaftslage, die Lage des Aussenhandels und das Fehlen einer Wirtschaftsplanung sich in den städtischen Unternehmungen wiederspiegelt.

G.R. Lauscher wendet sich dann den städtischen Verkehrsbetrieben zu. In der Zeit der Verkehrsspitze ist es heute lebensgefährlich auf der Strassenbahn zu fahren. Das ist nicht verwunderlich, denn die städtischen Verkehrsbetriebe leiden grossen Mangel an Wagen. Die dadurch bedingte unerträgliche Mehrbelastung kommt in dem monatlichen Anfall an beschädigten Wagen zum Ausdruck. Es fehlt aber das für Reparaturen notwendige Material. Eine wesentliche Erleichterung unserer Verkehrsverhältnisse würde eine grosszügige und rasche Wiederherstellung unseres beschädigten Wagenparks mit sich bringen.

Trotz dieser ungünstigen Umstände ist es erfreulich, daß die städtischen Verkehrsbetriebe mit einer Leistungssteigerung im kommenden Jahre rechnen.

Der Redner sprach dann über die ungenügende Versorgung unserer Stadt mit elektrischer Energie und darüber, wie schwerwiegend es sich heute auswirke, daß es von früheren Gemeindeverwaltungen unterlassen wurde, die Entwicklung der Wasserkraftwerke zu fördern und Wien entsprechend an diesen Kraftwerken zu beteiligen.

Der Herr amtsführende Stadtrat hat in seinen Ausführungen davon gesprochen, daß die städtischen Gaswerke Vorarbeiten treffen, um den Gasdruck auch während der Nacht aufrechtzuerhalten. Dies würde eine Steigerung unseres monatlichen Kohlenbedarfes auf 48.000 Tonnen bedeuten, und einen Jahresbedarf von 576.000 Tonnen Kohle ergeben. Bei einem Preis von 110 S pro Tonne ergibt dies eine Summe von rund 63 Millionen Schilling. Es ist daher verwunderlich, warum im Budget nur ein Betrag von 36 Millionen Schilling eingesetzt wurde. In diesem Sinne beanstandete G.R. Lauscher auch den Ansatz für den Erlös aus den Koksverkauf und beantragte, den dafür in den Voranschlag eingesetzten Betrag von 6,550.000 Schilling auf 22,925.000 S zu erhöhen.

Der Redner schloß mit den Worten: "Wir sollen einen gemeinsamen Kampf zum Aufbau einer Wirtschaft, die nur den Interessen unserer gesamten Bevölkerung dienen will, führen, denn darin liegt die Voraussetzung, daß auch die städtischen Unternehmungen einen entscheidenden Schritt vorwärts tun."(Beifall.)

G.R. Dipl. Kfm. Nathschläger (ÖVP) betonte die Notwendigkeit der Konzentration im Wiener Gemeinderat. Es müßten alle zusammenstehen, um die Schwierigkeiten der augenblicklichen Situation gemeinsam meistern zu können. Die Abgangsziffern des Budgets seien nicht der Ausdruck einer schlechten Wirtschaft, sondern ein Ausdruck unserer derzeitigen wirtschaftlichen Gesamtlage. Oberstes Gebot bei den Städtischen Unternehmungen und Betrieben müsse es sein, daß sie nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden. Dieser Grundsatz soll aber nicht nur hier, sondern überall dort gelten, wo Geld ausgegeben wird. Leider ist es so, daß es die Gemeinde Wien ganz gerne sieht, wenn die Unternehmungen einen Gewinn abwerfen, um dann über diesen

Überschuß zu verfügen, während sie auf der anderen Seite die Auffassung vertritt, daß Verluste von den Unternehmungen selbst getragen werden müssen. Während die Gemeinde Wien sich in Nöten an den großen Bruder Staat wendet, steht sie bezüglich ihrer Töchter nicht auf dem gleichen Standpunkt.

Bei den Städtischen Unternehmungen ist festzustellen, daß sie überall mit hohen Kosten zu rechnen haben. Man kann aber nirgendwo ersehen, ob überhaupt alle notwendigen Anstrengungen gemacht wurden, um ein Defizit zu vermeiden. Es muß überhaupt gesagt werden, daß auf Grund der zur Verfügung stehenden Unterlagen, ein nur geringer Einblick in die Betriebsführung möglich ist. Es wird deshalb notwendig sein, daß in Hinkunft der Gemeinderat in einem stärkeren Ausmaß als bisher und unter Hinweis auf die hohen Abgänge einen größeren Einblick als bisher erhält. Wenn ein Defizit von 70 Millionen Schilling zu beurteilen ist, dann wäre es ein Versämnis abschließen oder beschließen zu wollen, wenn man nicht weiß, wie sich die Dinge wirklich verhalten.

Der Redner verwies dann auf die Notwendigkeit, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und überall dort Einsparungen vorzunehmen, wo es möglich ist. Endlich hätte sich aber auch die neugeschaffene Generaldirektion auszuwirken. Es müßte ein zentraler Einkauf und ein gemeinsames Inkasso für E-Werk und Gas-Werk erfolgen. Ferner wäre es auch wichtig, auf eine Vereinheitlichung des Rechnungswesens der Städtischen Unternehmungen hinzuarbeiten.

Im Zusammenhang mit dem Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien kam der Redner auf die Ablieferungspflicht und Ablieferungsbereitschaft zu sprechen. Er vertrat die Ansicht, daß der Anteil des Produzenten am Verkaufspreis ein entsprechend höherer sein müßte. Es wird sich aber das Problem von selbst erledigen, wenn Österreich wieder einmal seine neue und stabile Währung hat.

G.R. Dipl.Kfm. Nathschläger ragte dann den Neubau von Straßenbahnwagen an und stellte fest, daß das Fahrpersonal der Wiener Verkehrsbetriebe ihren Dienst in bewundernswerter Weise versieht.

Ihm und darüberhinaus allen Arbeitern und Angestellten der Städtischen Betriebe müsse gedankt werden. (Allgemeiner Beifall) Der Redner anerkannte dann die vielen Verbesserungen auf dem Gebiete des öffentlichen Verkehrs und verlas einen Antrag der Gemeinderäte Unger und Ing. Rieger auf Einführung eines Pendelverkehres auf der Strecke Gürtel-Döblinger Hauptstrasse bis Barawitzkagasse, als Ersatz für die Linie G_2.

Der Redner forderte dann Massnahmen für eine Verbesserung des Verkehrs in der Inneren Stadt. In seinen weiteren Ausführungen machte GR.Nathschläger verschiedene praktische Anregungen, so die Wiedereinführung von Raucherwagen und der "letzten Blauen".

Trotz aller Kritik, fuhr der Redner fort, die wir im Interesse der Bevölkerung geübt haben, hoffe ich, dass es möglich sein wird, die Gemeindebetriebe auf das alte Niveau zu bringen, denn im jetzigen Stadium sind sie keine Propaganda für Verstaatlichungsprojekte. Wir hoffen, dass im neuen Jahr für die städtischen Unternehmungen wieder eine bessere Wirtschaftsepoche anbricht. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Adelpoller (SPÖ) bemerkte, dass sich gerade bei den städtischen Unternehmungen die ganze Kraft der geleisteten Arbeit zeige. Im vergangenen Jahr wurden von den Verkehrsbetrieben 618 Millionen Fahrgäste befördert, deren Zahl sich noch durch die nicht erfassten Schwarzfahrer erhöht. 250 km neue Leitungen wurden gelegt. Das sind wohl Leistungen, die sich sehen lassen können.

GR. Adelpoller würdigte auch die Leistungen des E-Werkes, das, wenn genügend Kohle und die moderne Kesselanlage vorhanden wäre, zwei Drittel des Wiener Strombedarfes decken könnte.

Der Redner beschäftigte sich dann mit der Frage der Aufnahme von Anleihen und trat für eine streng kaufmännische Betriebsführung bei den städtischen Unternehmungen nach dem Prinzip der Selbsterhaltung ein.

Nach Besprechung der Verwertung der Nebenprodukte bei der Gaserzeugung wendete sich der Redner dem städtischen Landwirtschaftsbetrieb zu.

Die Ergebnisse dieses Unternehmens zeigen uns, dass es günstig wäre, die gesamte Landwirtschaft unter dieselbe Kontrolle zu stellen, wie dies die Gemeinde tut. (Beifall bei den Parteigenossen.)

In seinem Schlußwort ging Stadtrat Dr. Exel auf die einzelnen Anfragen und Anträge ein.

Den Antrag des G.R. Lauscher auf Erhöhung des Ansatzes für den Erlös aus dem Kocksverkauf lehnte Stadtrat Dr. Exel mit der Begründung ab, daß dies die Vorwegnahme noch nicht erschlossener Einnahmen bedeute und damit den Grundregeln der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre widersprechen würde. Die Preisbehörde habe der Kokspreiserhöhung noch nicht zugestimmt. In eine lebende Bilanz kann kein Hoffnungsbetrag eingesetzt werden.

Bezüglich des Ausbaues der Wasserkraftwerke durch die Gemeindeverwaltung, stehe auch der Herr Bundesminister für Energiewirtschaft auf dem Standpunkt, daß dies Angelegenheit des Bundes sei.

Daß die E-Werke in ihrer Kalkulation den Kohlenpreis höher angesetzt haben als die Gaswerke, sei nicht richtig, denn gerade die E-Werke seien, was die Qualität der Kohle anlangt, sehr genügsam und es kann daher auch nur ein Preis von 60 S pro Tonne angenommen werden.

Was die Neuanschaffung von Straßenbahnwagen betreffe, bestehe derzeit leider nur ein Reparaturprogramm. Es muß getrachtet werden, vorläufig die 1460 schwer beschädigten Wagen zu reparieren. Jeder dieser Wagen erfordert 900 bis 1000 Arbeitsstunden. Von einer gut geleiteten Fabrik können in einem Monat höchstens 4 bis 7 reparierte Wagen geliefert werden. Die Kosten für die Neuherstellung eines Wagens würden ungefähr 200.000 S betragen. Es müßte aber mit einer Serienherstellung von mindestens 200 Wagen begonnen werden. Das allein würde einen Betrag von 40 Millionen Schilling ergeben. Ein Wagenbauprogramm kann daher nur im Wege einer Anleihepolitik in Angriff genommen werden.

Daß die Produkte aus den Landwirtschaftsbetrieben zur Gänze der Gemeinde Wien zukommen, ist wohl nicht möglich, da auch diese Betriebe im Rahmen der Bundesplanung ihrer Ablieferungspflicht nachkommen müssen.

In der Personalpolitk steht Stadtrat Dr. Exel auf dem Leistungsprinzip.

Einen leistungsfähigen Menschen wird man einstellen, den Untauglichen entfernen. (Beifall bei den Parteigenossen)

Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe Städtische Unternehmungen und die vorgelegten Wirtschaftspläne wurden unverändert angenommen. Ein Antrag der GR.Unger und Ing. Rieger (ÖVP) betreffend die Einführung eines Pendelverkehres auf der Strecke Gürtel- Döblinger Hauptstrasse wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Der Antrag des GR. Lauscher wurde abgelehnt.

Der Vorsitzende, GR. Thaller, teilte sodann mit, dass die nächste Sitzung des Gemeinderates Freitag den 2o.Dezember 1946, um 15 Uhr nachmittags stattfindet. In dieser Sitzung wird das 1. Hauptstück des Voranschlages mit den Ansätzen über Personalwesen zur Beratung kommen. Im Zusammenhang damit werden die in den Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Gemeindeangestellten getroffenen Vereinbarungen unter anderem die neue Dienstordnung und die neuen Gehaltsschemen für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen, zur Verhandlung kommen. Anschliessend daran wird sich der Gemeinderat mit einer Reihe anderer wichtiger Geschäftsstücke, die in den letzten Tagen von den zuständigen Ausschüssen und vom Stadtsenat vorberaten wurden, zu beschäftigen haben.

Schluss der Sitzung um 19.45 Uhr.

Der Beauftragte des Irischen Roten Kreuzes im Wiener Rathaus

Der Beauftragte des Irischen Roten Kreuzes, Mr. Brady, der sich zur Zeit in Wien aufhält, um sich über die Lage der Bevölkerung zu informieren und Unterlagen für weitere Hilfsaktionen zu sammeln, wurde heute im Wiener Rathaus von Bürgermeister General Dr.h.c. Körner in Anwesenheit des amtsführenden Stadtrates für das Wohlfahrtswesen, Dr. Freund, und des Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes in Wien, Dr. Moser, empfangen. Mr. Brady gab der Meinung Ausdruck, dass die von Irland gespendeten Lebensmittelmengen wohl gross aber im Verhältnis zu der in Wien herrschenden Not, noch gering sind. Nachdem der Bürgermeister für die grosszügige Lebensmittelspende herzlichst gedankt hatte, schilderte Stadtrat Dr.Freund dem irischen Abgesandten die Verhältnisse im Wiener Wohlfahrtswesen und gab verschiedene Anregungen für neue Aktionen auf diesem Gebiete.

Verkehrsunterbrechung in der Taborstrasse

Die Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe gibt bekannt. Wegen Behinderung des Strassenbahnverkehres durch Abreissen der Hausruine Taborstrasse 65 wird am Donnerstag, den 19.Dezember l.J. der durchgehende Verkehr in der Taborstrasse auf die Dauer des Bedarfes unterbrochen. Die Züge der Linie C werden über die Praterstrasse abgelenkt.

Die Züge der Linie O werden von der Inneren Stadt nur bis zur Oberen Augartenstrasse und stadtwärts bis zur Nord-West-Bahn geführt.

Kein Detailverkauf am Sonntag

In den Tagesblättern erschien eine Benachrichtigung über die Geschäftszeiten am Sonntag, den 22. Dezember 1946.

Im Hinblick auf die indessen erfolgte Aufhebung der hiefür massgeblichen Ausnahmeverordnung ist diese Benachrichtigung als überholt anzusehen.

Es gilt daher auch am 22.Dezember die Sonntagsruhe.

Schwedische Trockenmilch

Die schwedische Trockenmilchausgabe für die 3 bis 6 jährigen Kinder der Bezirke I., IE., XV., XX. und XVI, die an der Ausspeisung in der letzten Woche teilgenommen haben, die für den 23. vorgesehen war, wird auf Freitag den 20.Dezember 1946 ververlegt. Dieser Tag ist unbedingt einzuhalten.

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

19.Dez.1946 Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer Blatt 1885

In Kaffeehäusern darf nur jede zweite Lampe brennen.
So ist es gemütlicher und wir sparen Strom.

Gaslieferzeiten für Freitag, den 2o.Dezember

Am Freitag, den 2o.Dezember, ist Gas von 5.3o bis 12 Uhr und von 18 bis 21 Uhr.

Die städtischen Kassen in der Weihnachtswoche.

Die Stadtkassen der Gemeinde Wien bleiben während der Weihnachtswoche an den Werktagen 27., 28., 3o. und 31. Dezember 1946 für den Parteienverkehr geschlossen, weil in dieser Zeit die Konten abgeschlossen werden.

Für die Erledigung unabweisbarer Fälle, sowie für die Ausgabe von Postsparkassenerlagscheinen während der allgemeinen Amtsstunden wird Vorsorge getroffen, so dass die Einzahlung von Steuern keine Unterbrechung erleidet.

Einschränkungen im Strassenbahnverkehr

Die Wiener Verkehrsbetriebe teilen mit:

Wegen der katastrophalen Stromlage und des Ausfalles an Fahrpersonal durch Erkrankungen infolge des Mangels an Wintermänteln und Schuhen muss die für die Zeit der Stillegung der Industriebetriebe vorgesehene Reduzierung des Verkehrs auf allen Strassenbahnlinien bereits ab Freitag, den 2o.ds.M. durchgeführt werden. Die Wiener Bevölkerung wird dringend ersucht, vermeidbare Fahrten zu unterlassen.

Die goldenen Hochzeiten im Jahr 1946

Wie früher, hat auch in diesem Jahr die Gemeinde Wien auf die Alten nicht vergessen. Erst in der vergangenen Woche beglückwünschte Bürgermeister General Dr. h.c.Körner im Stadtsenatsitzungssaale in mehreren Gruppen 3oo Jubelpaare die in der letzten Zeit ihre goldene Hochzeit gefeiert haben. Insgesamt hat

unsere Stadt im Jahr 1946 559 goldenen,11 diamantenen Hochzeiten und, aus dem 5.Bezirk, sogar einem eisernen Hochzeiterpaar gratulieren können. Aus diesem Anlass wurde jedem Paar ein Lebensmittelpaket, eine kleine Geldspende und ein Diplom überreicht.

Zur Zusammenstellung dieser Lebensmittelpakete waren 571 kg Zucker, 72 kg Bohnenkaffee, 571 Flaschen Oel, 1142 kg Mehl, 1142 Flaschen Wein und 571 Torten notwendig, während die Geldspenden insgesamt 28.065 Schilling ausmachen.

Die Stadt Wien wird auch im kommenden Jahr versuchen, an diesem Festtag den alten Leuten eine kleine Freude zu bereiten.

Lebensmittelpreise der Weihnachtszuteilungen

Das Marktamt der Stadt Wien gibt zum Weihnachtsaufruf folgende Verbraucherpreise bekannt:

Nährblockschokolade Block zu 5 dkg	S.	0.40
Nährblocktafel zu 9 dkg	"	0.80
Rationsschachtel (Emergency Ration)	Stück	1.--
Rum	pro Liter	10.--
Salzgurken	pro kg "	2.60
Salzschalen	" "	2.96
Essiggurken	" " "	3.16 bzw. 3.48
Paprikasalat	" " "	6.16
Roter Rübensalat	" " "	2.88
Grüne Tomaten	" " "	2.48
Gemischter Salat	" " "	3.52
Zwiebel	" " "	0.88
Spritessig 3% ig	" Liter "	0.35
Kräuteressig 3%ig.	" " "	0.39
Spezialessig 3%ig.	" " "	0.49
Spritessig 5% ig	" " "	0.52

Kein Strombezug während der Nachstunden

Ergänzend zu der Verlautbarung des Bundeslastverteilers vom 19.12. teilt der Landeslastverteiler Wien mit, dass auch die schriftlich zugesagten Bewilligungen des Strombezuges während der Nachtstunden von 22. bis 6 Uhr in der Zeit vom 19.12. 1946 bis 2.1.1947 aufgehoben werden.

Elektrische Bahn Wien-Baden

Ab 22.Dezember 1946 wird der durchgehende elektrische Verkehr von Wien nach Baden und zurück wieder aufgenommen.

Die Züge verkehren ab Philadelphiabrücke tagsüber in Abständen von einer Stunde. In den Früh- und Abendstunden werden die Intervalle auf 25 Minuten verkürzt. Näheres bei den Anschlägen der Haltestellen und bei den Schaffnern.

Verhütet das Einfrieren eurer Wasserleitungen

Infolge des starken Kälteeinbruches wird die Bevölkerung erneut auf die Gefahr des Einfrierens der Wasserleitungen aufmerksam gemacht und gebeten, dagegen alle geeigneten Massnahmen zu treffen. Stark gefährdete Leitungen sind im Einvernehmen mit den Hausparteien über Nacht zu sperren. Bei der Sperrung sind die Leitungen gut zu entleeren und dabei der oberste Auslaufhahn so lange geöffnet zu halten, bis das Wasser vollständig ausgeflossen ist. Die Wasserentnahme aus Feuerhydranten ist ausnahmslos verboten.

Zündhölzer-Abschnitte verlieren Gültigkeit

Das Hauptwirtschaftsamt gibt bekannt:

Die ab 26.11.1946 zum Bezug von Zündhölzern aufgerufenen Abschnitte und zwar Nummer 22 des Einkaufscheines bzw. 38 der Mangelwarenkarte verlieren ab 31.Dezember 1946 ihre Gültigkeit und dürfen von diesem Zeitpunkte an von Einzelhandelsgeschäften und Trafiken nicht mehr eingelöst werden.

In der Zeit vom 1. bis 5.Jänner 1947 haben die Einzelhandelsgeschäfte und Trafiken ihren Grossisten die etwa noch vorhandenen Bestände an Zündhölzern bekannt zu geben.

Denkmal für die Opfer des Naziterrors auf dem Zentralfriedhof

Die Gemeindeverwaltung hat bei verschiedenen Gelegenheiten die Absicht zum Ausdruck gebracht, den Blutopfern des Naziregimes auf dem Zentralfriedhof ein würdiges Denkmal zu setzen. Die Vorarbeiten dafür sind bereits sehr weit fortgeschritten und der Platz,

auf dem sich dieses Denkmal erheben soll, wurde bestimmt. Im gleichen Rondeau des Zentralfriedhofes, wo die Opfer des 15.Juli 1927 eine würdige Grabstätte gefunden haben, wird links davon das Erinnerungsmal, das allen Blutopfern des Nationalsozialismus geweiht sein wird, von denen bekanntlich derzeit eine grössere Anzahl in den Schachtgräbern der Gruppe 40, aber auch an anderen Stellen des Zentralfriedhofes sowie auf anderen Wiener Friedhöfen begraben sind, erstehen. Über Antrag des Bürgermeisters General Dr. h.c. Körner hat der Stadtsenat das Stadtbauamt beauftragt, für eine würdige gärtnerische Ausgestaltung der Grab- und Erinnerungsstätte zu sorgen.

Um einen Denkmalentwurf zu gewinnen, der der Grösse des Opfers, das geehrt werden soll, gerecht wird, hat das Stadtbauamt vier namhafte Wiener Künstler, die Bildhauer Karl Stemolak, Fritz Wotruba, Fritz Cremer und Mario Petrucci zu einem Wettbewerb eingeladen, in welchem jeder von ihnen, gemeinsam mit einem von ihm zu wählenden Architekten, ein Entwurfsmodell ausarbeiten hat. Die Schöpfer der besten Arbeit sollen dann mit der Ausführung des Denkmals betraut werden. Die Vorarbeiten werden so beschleunigt, dass bereits im Frühjahr 1947 die Weihestätte der Märzopfer der Öffentlichkeit übergeben werden kann.

Übersiedlung des städtischen Referates für Lebensmittelzubussen.

Die Magistrats-Abteilung 15, Referat für Lebensmittelzubussen, befindet sich nunmehr in Wien, I., Zelinkagasse 3, II.Stock.

Aufruf des Weihnachtsweines

Das Landesernährungsamt für Wien gibt bekannt:

Auf die Abschnitte 1, 2 und 3 der Weinkarte wird eine Bouteille oder je Abschnitt ein Viertelliter Wein aufgerufen. Der Wein kann nach freier Wahl bei Gastwirten, bei Lebensmittel-Kleinhändlern (unbeschränkter Gemischtwarenhandel) oder bei Hauern mit dem Recht zum Buschenschank oder Selbstmarkten bezogen werden. Der Lebensmittelkleinhandel darf nur Bouteillenwein abgeben, bei den Gastwirten und Buschenschenken kann der Wein auch viertelliterweise bezogen werden. Die aufgerufenen Abschnitte sind bis zum Ende der 23. Versorgungsperiode, d.i. bis 2. Februar 1947 giltig. Die er-

forderliche Menge ist für sämtliche Verbraucher sichergestellt, wenn auch durch gewisse Schwierigkeiten nicht die gesamte Menge noch vor Weihnachten zur Ausgabe kommen kann.

Die Ausgabestellen einschliesslich der Hauer haben die vereinnahmten Bezugsabschnitte anlässlich der Periodenabrechnung in der Zeit zwischen 3. und 15. Februar 1947 bei der Bezirksverrechnungsstelle abzurechnen.

P r e s s e s p i e g e l vom 18./19. Dezember 1946

Seite

Wiener Zeitung, 18. Dezember

Gesundheit und Ernährung. Die Sorgen der Wiener Stadtväter. 166 Millionen Schilling für Wohlfahrt und Gesundheit. Normaler Stand der Infektionskrankheiten. Ungünstige Ernährungslage Wiens. Bau- und technische Angelegenheiten. Zur RK 2
Auftakt zum Österreichischen Nationalmuseum 5

Wiener Kurier, 18. Dezember

Verbot von Adelstiteln in Ungarn 1
Lebensmittelversorgung Wiens hat große Schwierigkeiten zu überwinden. Fortsetzung der Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat. Zur RK 2
Stromlage erzwingt Arbeitskürzung. Ab Samstag Besserung zu erwarten 3
"Wien muß ein erstklassiges Opernhaus haben" Ministerialrat Dr. Hilbert über Pläne und Nöte der Wiener Staatsoper 4
New York baut einen Sportpalast mit acht Stockwerken 5
Ungarn führt Kleiderkarte ein. Textilwarenverteilung nach Punktesystem, spätestens ab 1. Februar 1947 5

Weltpresse, 18. Dezember

Alarmierender Hilferuf an die Großmächte. Genfer Rotes Kreuz: "Eine furchtbare Katastrophe bedroht Millionen Menschen!" 1
Wien, die einzige Stadt ohne Gasthausverpflegung. Zur RK 1
Für 170.000 Wiener Kinder täglich ein Mittagessen. Das Handelsministerium gibt Wien nur ein Viertel der vorhandenen Baustoffe. Zur RK 2
Neue österreichische Schulbücher. Unterrichtsminister Dr. Hurdes gab einen Rechenschaftsbericht 5
Weitere Kürzung der Gaslieferzeiten. RK 5
Nicht ausdrücklich zugewiesene Möbel müssen herausgegeben werden. Wichtige Feststellung des Obrlandesgerichtes - Das Recht der Eigentümer 8

Weltpresse, 18. Dezember, Abend-Ausgabe

Kohle für die Wiener Haushalte. Stadtrat Flödl beurteilt Brennstofflage optimistisch. Zur RK 1
Erhöhung der Postgebühren ab 1. Jänner 1947. Briefe im Ortsverkehr 12 Groschen, im Fernverkehr 18 Groschen 1
Steigerung der Schuherzeugung ab Jänner. Statt 65.000 werden 150.000 Paar pro Monat hergestellt 8

Welt am Abend, 18. Dezember

Budapest lebt auf 2
Ernährungsschwierigkeiten in Wien. Sitzung des Wiener Gemeinderates. Woran es fehlt. Schweinefleisch zu Weihnachten 2

Seite

Sechs Millionen Schilling Strafgelder in einem Jahr. Preisüberwachungsstelle arbeitet mit Hochdruck 3
Reger Betrieb in St. Marx 3
Ernährungskrise in Innsbruck 3
Badezeiten in den städtischen Bädern zu den Feiertagen. RK 3
Der demokratische Sozialismus im Donauraum 5

Neues Österreich, 19. Dezember

Schwere Stromkrise infolge des Kälteeinbruches. Kohlenzüge warten an der Demarkationslinie - Kraftwerk Linz soll die Stromlücke ausfüllen 1
Ankurbelung des Fremdenverkehrs. Von Bundesminister Dr. Hans Frenzel 1
Stadtrat Flödl im Gemeinderat. Hoffnung auf Besserung in der Brennstoffversorgung Wiens. Zur RK 2
Kein Detailverkauf am Goldenen Sonntag. RK 3
Die Brotversorgung in der Weihnachtswoche ist bisher nicht gesichert. Die Wiener Bäcker haben nur mehr für zwei Tage Vorräte 3
Preisausschreiben der CARE für Mittelschüler 3
Weihnachtsspenden für Altersheim in der USA-Zone Wiens 3
Stadtrat Exel kündigt Bierverteuerung an. Aus der Budgetdebatte des Wiener Gemeinderates. Staatsbürgerschaftsangelegenheiten. In Wien wurden insgesamt 118.841 Nazi registriert. Erhöhung der Bierpreise. Zur RK 3
Die DP wollen Sport betreiben 3

Arbeiter-Zeitung, 19. Dezember

Warum ich gewarnt habe. Von Stadtrat Rudolf SIGMUND, Referent für Ernährungswesen der Gemeinde Wien 1
Leistungen und Sorgen der Stadt Wien. Das Kapitel Wirtschaftsangelegenheiten. Versorgung der Bevölkerung mit Bekleidung und Brennstoff. Allgemeine Verwaltung Die Wiener Feuerwehr wird weiter ausgebaut. Städtische Unternehmungen. Zur RK 2
Das Problem der "Vierten Partei". Von Nationalrat Bruno Pittermann 2
Eine Großschiebung mit Gemüse. Die Affäre Judex 3
Die Kohlenlage Österreichs 3

Das Kleine Volksblatt, 19. Dezember

Forderung der ÖVP-Mandatare zur Wiener Gemeindeverwaltung. Recht auf Einblick und Mitbestimmung. Verbesserung in der Brennstofflage zu erwarten. Neuwahlen und Kartenstelle. Allgemeine Verwaltung, Volksösterreicher helfen am Wiederaufbau. Die Lage der städtischen Unternehmungen Wiener E-Werke, Bei den Wiener Verkehrsbetrieben. Brauhaus der Stadt Wien. Landwirtschaftsbetriebe. Einsichtnahme in die Bilanzen verlangt. Zur RK 2
ÖVP. beantragt Pendelverkehr nach Döbling. Zur RK 2

Seite

Die Kohlenverteilung an unsere Industrie 3
Volksabstimmung gegen die Großgemeinden. (Von unserem Vorarlberger Mitarbeiter) 4
Feststellung über die Weinzuteilung. Rundfunkvortrag Dr. Hengl 5
Einbahnstraße im Kulturaustausch. Für Ordnung im Kunstgew. 7

Österreichische Volksstimme, 19. Dezember

250.000 Haushalte ohne Kohle. Bis Weihnachten nur noch höchstens fünfzig Kilogramm 1
Mißwirtschaft in Niederösterreich. Kommunisten stimmen gegen das Budgetprovisorium 1
Der Weg aus der Wohnungsnot. Die Debatte im Wiener Gemeinderat. Zur RK 2
Mehr für die Heimkehrer. Gemeinderat Dr. Altmann in der Budgetdebatte im Gemeinderat. Zur RK 2
Kohlenkatastrophe und Kohlenskandal 2
Kohlenzug wird nicht entladen. 1000 t Briketts seit einer Woche auf der Nordbahn 3
Judex verschob 29 Waggon Gemüse. Zehntausende Kunden um ihre Gemüseabschnitte betrogen 3
Um Kerzen vier Stunden anstellen! 3

Österreichische Zeitung, 19. Dezember

Gemeinderatssitzung:
Zivilgerichte schützen Nazi. Zum Nachteil der Hitleropfer. Bis zu den Feiertagen 50 Kilogramm Kohle pro Haushalt? 118.000 registrierte Nazi in Wien. Autobusverkehr in der Innern Stadt kommt wieder. Zur RK 1/2
Weihnachtsfeiern für österreichische Kinder ab 25. Dezember in der Hofburg 2
Völkerkundemuseum soll wieder größer werden 4
Kunstwerke als Weihnachtsgeschenke 5
Briefkasten unserer Leser. Der Weihnachtstisch 1946 7
Neuerwerbungen der Städtischen Sammlungen. Zur RK 4

Das Steirerblatt, Graz, 17. Dezember

Landesmusterkellerei wieder in bäuerlicher Hand. Seit 40 Jahren Pflegestätte besten steirischen Weines - Gebinde für 7000 Hektoliter 3

Wahrheit, Graz, 17. Dezember

Ist unser Radio u n s e r Radio? 1
Der Wohnungsbau in Rußland 2

Oberösterreichische Nachrichten, Linz, 16. Dezember

Unsere Kinder sollen schöne Weihnachten haben. Lebensmittelaufruf und Weihnachtszuteilung für die Woche vom 23. bis 29. Dezember 1946 3

Tagblatt, Linz, 16. Dezember

Schöpf schöpft ab. Leiter des Wirtschaftsamtes der Stadt Linz 3

Seite

Tagblatt, Linz, 17. Dezember

Wiedergeburt der Internationale 1
Arbeitersportler seid ihr unfallversichert ?
Die Bundesleitung des ATUS.Wiener Städtische Versicherung. Versicherungsvertrag 3

Linzer Volksblatt, 17. Dezember

Bewährungsprobe gut bestanden. Kartenstelle Humboldtstraße entsprach allen Erwartungen 2

Neue Zeit, Linz, 17. Dezember

Die "Großen Fünf" Österreichs. Creditanstalt. Nationalbank, Alpine Montan, Böhler & Co. Schöller & Co. 2

Salzburger Volkszeitung, 17. Dezember

Schneeräumaktion in der US-Zone einsatzbereit 2
Fischspende aus Schweden. Fürsorgeabteilung der Landeshauptmannschaft Salzburg 3

Tiroler Nachrichten, Innsbruck, 16. Dezember

Solidarität in der Genossenschaft 1

Kulturdienst der Stadt Wien

(Beilage zur "Rathaus - Korrespondenz")

19. Dezember 1946 Blatt 383

Kunsthandwerk - Weihnachtsschau

Der Wiener Kunsthandwerkverein - Österreichischer Werkbund veranstaltet in seinen Ausstellungsräumen Wien I., Kärntnerstrasse 15 eine Weihnachtsschau mit Verkauf von Arbeiten seiner Mitglieder.

Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und des Mangels an Rohmaterial sind wieder ganz ausgezeichnete Arbeiten ausgestellt.

Der Gründer der Wiener Jugendkunstklasse gestorben

Der Gründer derweltberühmten Jugendkunstklasse in Wien, Regierungsrat Prof. Franz Cizek ist am 17.Dezember 1946 in Wien im 81 Lebensjahre gestorben. Mit Prof. Cizek hat Wien eine der markantesten Persönlichkeiten auf dem Gebiete der Kunsterziehung verloren. Schon während seiner Studienzeit hat er sich mit dem Problem der Weckung und Förderung der schöpferischen Begabung im Kinde befasst und stellte schliesslich sein eigenes Schaffen zurück, um sich ganz der Erziehung der Jugend zur Kunst zu widmen. Er sammelte eine Schar Kinder um sich, die er frei arbeiten liess und so ergab sich ganz von selbst die erste Pflegestätte der Jugendkunst. Um auch Aussenstehenden das Ergebnis seiner Arbeit mit den Kindern vor Augen zu führen, zeigte er die von den Kleinen angefertigten Zeichnungen, Malereien und Plastiken in Ausstellungen, die er in seinem Atelier veranstaltete. Die Erziehungsmethode Cizeks machte bald Schule und wurde weit über die Grenzen Österreichs bekannt. Aus allen Ländern Europas und von Übersee kamen Interessenten, um sie zu studieren und für ihren Bereich auszuwerten. Trotz aller Anerkennung, die Cizek nicht nur in der Heimat, sondern auch in allen Welt genoss, stellten sich dem Wirken Cizeks immer wieder Schwierigkeiten entgegen. Um diese nach Möglichkeit zu bannen, hat sich die Stadt Wien schon seit langem der Jugendkunstklassen in besonderer Weise angenommen, sie betreut und beschützt, wo immer es nottat. Sie wird auch weiterhin bestrebt sein, das Werk Prof. Cizeks zu hüten, ein Werk dem er sich mit innerster Anteilnahme uneigennützig und rastlos bis in seine letzten Lebensstunden hingab.

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Gaslieferzeiten für Samstag und Sonntag

Am Samstag, den 21. und Sonntag, den 22. Dezember 1946 ist Gas von 5'30 bis 12 Uhr und von 18 bis 21 Uhr.

Modeschülerinnen beim Bürgermeister

Heute früh überbrachte eine Abordnung der Schülerinnen der Modeschule der Stadt Wien, geführt vom Direktor des Institutes Dr. Kunz und von Stadtrat Dr. Matejka, dem Bürgermeister die Weihnachtsgrüße der Modeschule und einen selbst angefertigten Weihnachtsbaum.

Der Bürgermeister dankte den Schülerinnen für die Aufmerksamkeit und versicherte sie der steten Förderung ihres Institutes durch die Gemeindeverwaltung.

Die Abordnung sprach dann noch beim Finanzreferenten, Stadtrat Honay vor, um auch diesem die Weihnachtswünsche der Modeschule zu überbringen.

Spielsachen für kranke Kinder

Den Bemühungen Gemeinderates Hartmann (ÖVP) ist es gelungen, eine größere Menge Spielsachen zur Verfügung zu stellen, die kranken Kindern im Prey'erschen Kinderspital und auf der Baumgartner Höhe eine Weihnachtsfreude bereiten sollen.

Beitritt zum WIJUG

Das wiedererrichtete Wiener Jugendhilfswerk fordert alle Organisationen, die satzungsmäßig Erholungsfürsorge für Kinder und Jugendliche betreiben und noch nicht dem WIJUG angehörten auf, die Anmeldung bis längstens 15.2.1947 bei der Geschäftsstelle des WIJUG, Wien 1., Rathausstraße 9, vorzunehmen.

Gemeinderat

Der Wiener Gemeinderat setzte in seiner letzten Sitzung des heurigen Jahres zunächst die Beratungen über den Voranschlag für das Jahr 1947 unter dem Vorsitz des Bürgermeisters General a.D. Dr.h.c. Körner fort.

Es gelangt das 1. Hauptstück: Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, und im Zusammenhang damit die Anträge, betreffend die Neuregelung des Dienst- und Besoldungsrechts der Bediensteten der Stadt Wien zur Beratung.

VBgm. Speiser (SPÖ) verweist zu Beginn seines Referates darauf, daß das Personalbudget als Letztes zur Behandlung gelange, weil eine Reihe mit ihm in engster Verbindung stehender Vorlagen trotz angestrengter Arbeit erst jetzt fertig geworden sind, diese Vorlagen aber die Interessen der Angestellten, Arbeiter, Beamten und Bediensteten der Gemeinde Wien in einem solchen Maße berühren, daß die Gemeinderatsmitglieder aller Parteien den Wunsch der Angestelltenschaft der Gemeinde begreiflich fanden, daß diese Gegenstände noch im heurigen Jahre erledigt würden.

VBgm. Speiser gab hierauf folgende Zahlen über den Personalstand und die Budgetsummen aus dem Personalreferat bekannt: Die Gemeinde Wien hatte am 31. September 1946 13.700 Beamte; am 31. Dezember 1938 7.906, an Angestellten am 31. Dezember 1938 5.303, am 30. September 1946 12.616; an Arbeitern am 31. Dezember 1938 7.537, im Jahre 1936 13.216. Ende 1938 gab es also in der Hoheitsverwaltung 19.846 aktive Angestellte gegenüber 39.532 am 30. September 1946. Pensionisten gab es im Jahre 1938 9.118, im Jahre 1946 10.410. Die Lehrerpensionisten, von denen 1938 5.364 zu verzeichnen wa-

ren, scheinen in diesem Voranschlag nicht mehr auf, weil die Lehrer vom Bund übernommen wurden. Ebenso sind auch die 4.803 aktiven Lehrer aus dem Jahre 1938 nicht mehr enthalten. Bei den Städtischen Unternehmungen gab es am 1. Dezember 1946 insgesamt 22.660 aktive Angestellte, darunter 1465 Beamte, 1831 Angestellte und 19.364 Arbeiter; an Pensionisten insgesamt 14.576.

Der Personalstand des Magistrats betrug also ohne Lehrer am 31. Dezember 1938 19.846 gegenüber 39.532 Personen am 30. September 1946. Die Differenz beträgt demnach 19.686. Von diesen 19.686 sind 4.835 außer Dienst gestellte ehemalige nationalsozialistische Angestellte, so daß eine Differenz von 14.851 Personen verbleibt. Diese Differenz ist durch den Zuwachs neuer Agenden zu erklären, insbesondere durch die Fondsspitäler mit rund 10.000 Angestellten, die erst nach 1938 übernommen wurden, durch jene Angestellten, die infolge der Eingemeindung der neuen Wiener Bezirke neu aufscheinen, durch die Angestellten der Standesämter, die früher nicht vorhanden waren, durch die Beamten der Lebensmittel- und Verbrauchsgüter-Verteilungsapparate, der Ämter für Kriegsschädenbehebung, usw. Dieser Zuwachs durch die neuen Agenden beträgt rund 12.000 Personen. Der noch verbleibende Rest ist auf die ganz eigenartigen Verwaltungsmethoden der Nazi zurückzuführen, die noch nicht ganz überwunden werden konnten, und zum Teil darauf, daß das neue Personal doch noch nicht voll in seine Agenden hineingewachsen ist und daher noch in späterer Zeit eine sparsamere Verwaltung auf diesem Gebiete möglich sein wird.

Insbesondere aber ist dieses Mehr an Personal darauf zurückzuführen, daß die Nationalsozialisten ohne Rücksicht auf die Gemeindefinanzen und darauf, daß das Volk diese überzähligen Beamten zu bezahlen hat, in die Gemeindebetriebe ihre Proektionskinder gebracht haben. Dies ist wieder ein Musterbild nationalsozialistischer Verwaltungskunst.

Es wurden bei der Gemeinde Wien viele tausende Angestellte ausgeschieden, die nicht zu uns passen und es sind nur solche hinzugekommen, die zu uns passen. Ohne Rücksicht auf Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei sind 12.000 Antifaschisten eingestellt worden. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Unter ihnen sind tausende von Volksparteilern und hunderte von Kommunisten. VBgm. Speiser zu den Bänken der Kommunisten gewendet: " Herr Vizebürgermeister Steinhardt, dauten sie nicht "Nein", gerade sie haben sich grosse Verdienste auf diesem Gebiete erworben!" (Heiterkeit). Trotzdem ist seit den Tagen der Befreiung die Zahl der Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien ständig herabgesetzt worden. Gegenwärtig sind im Gemeindedienst um 3.700 Personen weniger als im Mai 1945. Es ist hier schon gelungen Schäden der nationalsozialistischen Verwaltung gut zu machen und neues, demokratisches Blut in die Gemeindeverwaltung einzuführen und unzuverlässige Elemente in grosser Zahl auszuscheiden, besonders jene die als Nationalsozialisten und wegen ihrer nationalsozialistischen Gesinnung seit 1938 in den Dienst der Gemeinde Wien gestellt worden sind. Die Zahl dieser Personen kann etwa auf 10.000 geschätzt werden. Damit ist ein grosser Erfolg auf personalpolitischem Gebiet zu verzeichnen.

Bei der Hoheitsverwaltung hat also die Gemeinde 39.532 aktive Angestellte und bei den Unternehmungen 22.68o Angestellte, im Ganzen also 62.212 Angestellte. Die Zahl der Pensionisten beträgt bei der Hoheitsverwaltung lo.41o und bei den Unternehmungen 14.576, zusammen 24.986. Der Personalaufwand der Hoheitsverwaltung beträgt 2o3,423.810 Schilling gegenüber 16o,911.3oo Schilling im Jahre 1946. Die Auswirkung der Pragmatisierung ist ziffernmässig noch nicht abzusehen. Sie kann mit etwa 4o Millionen Schilling angenommen werden. Der Personalaufwand stellt die grösste Ausgabenpost dar und umfasst 45 % der gesamten Ausgaben. Die Gesamtsteigerung um 42 1/2 Millionen Schilling ist sowohl eine Folge der Erhöhung der Bezüge und der Anpassung des erforderlichen Personalstandes an die Erfordernisse des Betriebes.

Der Personalaufwand der städtischen Unternehmungen ist für 1947 mit rund 139.5 Millionen Schilling gegenüber 103 Millionen Schilling im Jahre 1946 vorgesehen. Der Prozentanteil der städtischen Unternehmungen an den Gesamtpersonalauslagen ist von 37,9 % im Jahre 1946 auf 38,1 % im Jahre 1947 gestiegen. Die gesamten Personalauslagen für 62.212 Aktive und 24.986 Pensionsparteien insgesamt also für rund 87.000 Personen für Hoheitsverwaltung und Unternehmungen betragen demnach rund 343 Millionen Schilling. Wo Aufgaben zuwachsen, ist neues Personal, wo neues Personal ist sind neue Ausgaben notwendig.

Hinzufügen möchte ich noch, führte VBgm. Speiser weiter aus, daß in allen Sparten der Gemeindeverwaltung, auch viele KZler angestellt wurden, bei denen die Gemeinde so großzügig wie nur möglich vorgegangen ist. Ebenso Kriegsversehrte und die Menschen, die wegen ihres Glaubensbekenntnisses in den vergangenen Jahren so besonders grausam behandelt worden sind, die Juden. Ihre Angelegenheiten werden wir, mit Rücksicht auf die von ihnen durchgemachten Leiden, nach Möglichkeit gut behandeln.

VBgm. Speiser wandte sich sodann der Neuregelung des Dienst- und Besoldungsrechtes für die Bediensteten der Stadt Wien zu. Das deutsche Dienst- und Besoldungsrecht wurde durch den § 1 des Beamtenüberleitungsgesetzes mit Wirksamkeit vom 31. August 1945 außer Kraft gesetzt und die vor dem 13. März 1938 bestehenden österreichischen dienstrechtlichen Bestimmungen für die öffentliche Verwaltung wieder eingeführt. Dagegen wurde die deutsche Reichsbesoldungsordnung nicht aufgehoben und die Überleitung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Im § 3 des Beamtenüberleitungsgesetzes wurde der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, vorläufige Vorschüsse festzusetzen. Dieser unerfreuliche Zustand machte es notwendig, sobald als möglich in jeder Beziehung geordnete Rechtsverhältnisse zu schaffen. Die städtische Verwaltung hat daher mit der Gewerkschaft der Gemeindeangestellten vor mehreren Monaten Verhandlungen eingeleitet. Bei dem Umfang der Verhandlungen ist es begreiflich, daß diese zeitraubend und mühevoll waren. Ich möchte aber besonders darauf hinweisen, daß es gelungen ist, zwischen der Gewerkschaft und der Gemeindeverwaltung einen Abschluß herbeizuführen, der im vollen Einvernehmen getätigt wurde.

Dieser Abschluss ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil auch der Österreichische Städtebund die Neuregelung übernommen hat und sie für die Bediensteten in den Städten richtunggebend sein wird. Es ist dies ein Markstein in der Entwicklung dieser Rechtsmaterie für die Bediensteten in der öffentlichen Verwaltung. Zum erstenmal ist der Unterschied zwischen Beamten und Arbeitern beseitigt und die Pragmatisierung auch auf die Arbeiter ausgedehnt worden. (Lebhafter Beifall). Es wird künftig bei der Gemeinde Wien nur ein einheitliches Dienst- und Besoldungsrecht für die Arbeiter und Beamten geben. Das heisst: gleiche Probedienstzeit, gleichen Urlaub und eine gleiche Arbeitszeit von 48 Stunden. Auch die Alters- und Hinterbliebenenfürsorge wird nach den gleichen Grundsätzen durchgeführt werden.

Ebenso ist das Besoldungsrecht einheitlich für alle geregelt worden und soll darüber hinaus auch auf die Vertragsbediensteten Anwendung finden. Durch die Anrechnung von Dienstzeiten soll bei diesen die Entlohnung nach Möglichkeit dem Lebensalter angepasst werden.

Im Zusammenhang damit, berichtete sodann der Referent über andere noch zu beschliessende dienst- und besoldungsrechtliche Massnahmen.

Dies seien vor allem die Teuerungszuschläge, die seit September 1946 an die Bediensteten zur Auszahlung gelangen und ein Bezugsvorschuss von 5o Schilling für die Arbeiter.

Die Bestimmungen über den Erholungsurlaub sollen auch auf die Vertragsangestellten und Arbeiter in gleicher Weise wie auf die Beamten angewendet werden. Der Erholungsurlaub für Jugendliche bis 18 Jahre wird mit 4 Wochen festgesetzt.

Besondere Härten, die sich bei der Anwendung des neuen Dienst- und Besoldungsrechtes ergeben, können durch den Gemeinderatsausschuss für Personalangelegenheiten bzw. durch den Stadtsenat entsprechend gemildert werden.

Die Kosten der vorgeschlagenen Besoldungsmassnahmen lassen sich nicht genau bestimmen, weil die Auswirkungen auf die einzelnen Bediensteten sehr unterschiedlich sind, Im Voranschlag für das Jahr 1947 sind rund 4o Millionen Schilling vorgesehen. Die Überführung der Angestellten in das neue Schema wird ein ausserordentlich langwieriges und schwieriges Werk sein. Was durch den Faschismus in Unordnung gebracht wurde, kann nicht so rasch wieder gutgemacht werden. Der Magistrat schätzt die Zeit, in der diese Arbeit geleistet werden kann, auf ungefähr zwei Jahre.

Ich werde mich aber bemühen, diese Zeit auf ein halbes Jahr herabzusetzen. Dann werden wir in der gesamten Angestellten- und Arbeiterschaft der Gemeinde endlich geordnete Verhältnisse haben.

VBgm. Speiser sprach dann über die Betriebsdemokratie in den städtischen Betrieben und Verwaltungszweigen und betonte, daß man sich bemühen werde, diese Betriebsdemokratie zu verwirklichen und praktisch zu erarbeiten. Mit Theorien allein kann man auf diesem Gebiet nichts machen.

Zum Schluß, führ der Redner fort, möchte ich die geschichtliche Bedeutung dieser Vorlage besonders würdigen. Nach langen Jahren ist der Gemeinderat wieder dazu berufen, ein Dienst- und Besoldungsrecht zu beschließen, das auf demokratischer Grundlage wieder eingeführt wird und im demokratischen Geist geschaffen wurde. Dieses neue Recht wird eine wichtige Voraussetzung für den Wiederaufbau und Ausbau einer geordneten Verwaltung bedeuten. Damit wurde für die Stadt Wien ein Werk geschaffen, auf das sie stolz sein kann und es ist ein Beweis dafür, daß wir Neues und Gutes schaffen können. Ich bitte, in diesem Sinne um die Annahme meiner Vorlage.

Mit der Neuregelung der Bezüge der städtischen Bediensteten, die am 1. September 1946 in Kraft tritt, erfolgt auch die Neufestsetzung der Funktionsgebühren der gewählten Funktionäre, die in ein festes Verhältnis zu jenen der Funktionäre des Bundes gebracht wurden.

Die vor dem Jahre 1934 bestandene Pensionsregelung für den Bürgermeister, die Vizebürgermeister, die Mitglieder des Stadtsenates und die Bezirksvorsteher wird nun auch auf die Vorstände der Fürsorgeämter ausgedehnt.

Dem Gemeinderat liegt eine Änderung der Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien vor. Diese Änderungen sind nicht wesentlich, da sich die Satzungen, die vor dem Jahre 1934 in Kraft waren, außerordentlich gut bewährten.

Die Pensionskasse für die Arbeiter des Wiener Krankenanstaltenfonds ist stark passiv. Sie wurde mit den Krankenanstalten übernommen. Da diese Pensionskasse oft nicht in der Lage war, die Renten auszubezahlen, mußte die Gemeinde schon mehrmals Vorschüsse an diese Pensionskasse gewähren.

Es ist nun um der Pensionskasse die Weiterzahlung der satzungsmäßigen Leistungen zu ermöglichen, die Zahlung von Vorschüssen bis zu einem Gesamtbetrag von 400.000 S in Aussicht genommen, die auf den Ralitäten der Kasse hypothekarisch sicherzustellen sind. Gleichzeitig wird beantragt, den Pensionsparteien dieser Kasse die gleichen Teuerungszulagen zu gewähren wie den Pensionsparteien der Stadt Wien.

VBgm. Speiser berichtete sodann über eine Bezugserhöhung für die Angestellten und Arbeiter der "Gewista".

Zum Schluß legte VBgm. Speiser den Arbeitsvertrag für die Arbeiter des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien vor. Diese Arbeiter wurden bisher nach den für die Privatwirtschaft geltenden Grundsätzen entlohnt. Die Ausgabensumme, die sich hieraus ergibt, beträgt 240.000 Schilling jährlich. Die Mittel dafür muß vorläufig die Gemeinde Wien hergeben. Erst in späteren Zeiten wird es möglich sein, daß sich dieser durch den Krieg schwer geschädigte Betrieb, selbst erhält und wieder aktiv wird. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

In der Debatte bezeichnet GR. Dr. Freytag (ÖVP) die bisherige Personalpolitik der Gemeinde Wien als nicht sehr erfreulich und stellt namens seiner Fraktion fest, dass die Angehörigen der ÖVP in Personalangelegenheiten benachteiligt würden. Dies beginne bei den Neuaufnahmen und gehe über die Beförderungen und Auszeichnungen bis zu den Pensionierungen, wo sie allerdings bevorzugt behandelt wurden. In vielen Abteilungen sind wir in keiner Weise dem Proporz entsprechend vertreten. In einer Abteilung, wo wir z.B. 43 % der Stimmen bekommen haben, besitzen wir keinerlei Referenten und keinen Stellvertreter. Besonders bedauerlich ist es, dass unsere Leute bei der Wiedergutmachung und Wiedereinstellung sehr benachteiligt werden. (Lebhafter Widerspruch bei der SPÖ.)

Redner führt unter wiederholten heftigen Protestrufen der Gemeinderäte der SPÖ und Gegenrufen der ÖVP einzelne Fälle an, in denen die Betroffenen nicht entsprechend berücksichtigt worden seien. (Zwischenruf bei der SPÖ: Und vom Jahr 1934 sagt Ihr nichts! - Gegenrufe bei der ÖVP.)

Es gibt wohl auch einige von unserer Partei, die infolge ihrer persönlichen Tüchtigkeit massgebliche Posten innehaben aber es ist für uns unbefriedigend, dass wir ziffernmässig in den Abteilungen nicht unserer Stärke gemäss vertreten sind. Den Einwand, dass einzelne bestimmte Leute ohnehin der ÖVP angehören, können wir nicht zur Kenntnis nehmen, denn wer ÖVP-Mann ist, das zu bestimmen, wird man wohl uns überlassen müssen. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.) Wir verwahren uns dagegen, dass den Bewerbern um Aufnahme in den Dienst der Gemeinde Wien der Beitritt zur SPÖ nahegelegt wird. Wir können nicht darüber froh sein, dass das Parteibuch wieder eingeführt wird. Wir haben genug davon.

Unser Antrag auf früheren Dienstschluss für die Strassenbahnschaffnerinnen trägt keineswegs demagogischen Charakter, sondern der Wunsch stammt aus den Kreisen der Gewerkschaft.

Die ÖVP, die 36 % der Wiener Bevölkerung vertritt, hat wohl einen Anspruch darauf, dass sie auch im Personal einigermassen vertreten ist. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Dasselbe hat die SPÖ-Minorität im niederösterreichischen Landtag verlangt. Leider zeigen sich auf einigen Gebieten Anzeichen, die dazu angetan sind, ein erträgliches Zusammenarbeiten zu stören. Nach einer von sozialistischer Seite aufgestellten Liste für die Verteilung der der Gewerkschaft der Gemeindeangestellten zustehenden 250 Care-Pakete entfalle auf die ÖVP-Fraktion nur ein Paket. Eine auf dem Jugendtag der sozialistischen Jugend gefasste Resolution besage, dass ein Zusammenarbeiten mit der der ÖVP oder der KPÖ nahestehenden Jugend undenkbar sei. Das ist tief bedauerlich.

Es kommt heute nur darauf an, das Einigende zu suchen und das Trennende zu vermeiden. Das ist der Wunsch aller Wähler aller Parteien. Unserer Meinung nach kann die Parole für die nächste Zeit nur sein: Staatsinteresse und Volksinteresse vor Parteiinteresse im Sinne des Aufbaues eines glücklichen Wien in einem schönen, bald wirklich freien Österreich. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Parteigenossen.)

Gemeinderat Dr. Altmann (KPÖ) lehnte eine Personalpolitik nach den Grundsätzen des Proporzes ab, weil eine solche nicht demoktratisch ist, sondern das Gegenteil. Nach dem Proporz dürfe auch dann nicht vorgegangen werden, wenn es der günstigste Proporz für die eigene Partei wäre. Entscheidend müssten die Eigenschaften als guter Demokrat und antifaschistischer Österreicher sein. Diese Grundsätze müssen überall bei der Gemeinde Wien entschlossen angewendet werden. Der Redner glaubt, dass, wenn die Gemeinde Wien ein vorbildlicher Dienstgeber sein soll, sie auch auf dem Gebiete der Betriebsdemokratie vorauszugehen hat. Es ist zu hoffen, dass jeder Erfolg auf dem Gebiete der Betriebsdemokratie geeignet ist, um in ganz Österreich eine wirkliche und gefestigte Demokratie zu schaffen.

Die Vorlage der neuen Dienstordnung der Beamten der Bundeshauptstadt Wien ist zweifellos ein Schritt nach vorwärts, weshalb auch die Kommunistische Partei dafür stimmen wird. Diese Vorlage kann aber nicht der letzte Schritt sein. Vor allem müssen gewisse Sicherungen eingebaut und um sie gekämpft werden, die diese Dienstordnung noch nicht voll enthält. Der Redner wies auf die Begrenzung der Pragmatisierung mit dem vierzigsten Lebensjahr hin und gab der Hoffnung Ausdruck, dass es sich hier nur um eine Norm handeln möge, neben der Ausnahmen möglich sein müssten. In normalen Zeiten wäre eine solche Bestimmung zu verstehen, für unsere Zeit könne sie aber nicht gelten. Nach sieben Jahren Naziherrschaft gibt es Personen, die sicher früher ihren Weg zur Gemeinde Wien gefunden hätten, wenn ihre antifaschistische Einstellung ihre frühere Aufnahme nicht unmöglich gemacht hätte. Eine Begünstigung sollen aber auch die Opfer des Faschismus erhalten oder jene, die mit der Waffe für Österreich und Wien gekämpft haben.

GR. Dr. Altmann wandte sich dann gegen die Benachteiligung aller, die keine Dauerverwendung finden werden und betonte, wenn dieses neue Dienstrecht für die Stadt Wien ein grosser Erfolg und ein Schritt nach vorwärts bedeute, dann vor allem darum, weil es eine einheitliche Regelung des Dienst- und Besoldungsrechtes für alle Arbeiter und Angestellten der Gemeinde vorsieht. Die Einschränkungen jedoch, die durch die eben angeführte Bestimmung gemacht werden, erscheinen mir gefährlich. Alle Angestellten der Stadt, die in den sogenannten Kriegswirtschaftlichen Ämtern tätig sind, sind demnach keine Beamten im Sinne der neuen Dienstordnung. Es sind einige tausend,

die sich in dieser Notzeit mit dieser wichtigen Aufgabe beshäftigen. Es kann doch kein Problem sein, bei der Auflösung dieser Verwaltungszweige die dort Beschäftigten in anderen Verwaltungsgruppen unterzubringen. Es ist für diese Menschen ein Unrecht, sie von der Unterstellung unter das neue Dienst- und Besoldungsrecht auszunehmen. Dieses neue Recht muß wirklich für alle Arbeiter und Angestellten gleiche Bedingungen schaffen.

Der Redner befaßte sich sodann mit einer weiteren Reihe von Unzulänglichkeiten der Vorlage.

Diese Regelung ist weitgehend und gibt einer großen Zahl von Arbeitern und Angestellten das ihnen zukommende Recht. Sie ist aber noch nicht mit Leben erfüllt und noch sind die Arbeiter und Angestellten nicht in die neue Dienstordnung eingereiht. Ich hoffe aber, daß diese Überleitung in einem sozialen Geiste durchgeführt werden wird.

Ich kann dann noch darauf hinweisen, daß bei einzelnen Gruppen diese Einreihung Anlaß geben muß, gewisse historische Vorurteile beiseite zu stellen, wie die formalistischen Vorbedingungen, die noch lange nicht die Fähigkeiten eines Beamten beweisen. Dazu gehört auch, daß gewissen Gruppen Unrecht geschehen ist oder daß es heute als Unrecht empfunden wird, wie z.B. die Scheidung bei den Fürsorgerinnen zwischen Haupt- und Hilfsfürsorgerinnen. Ich verlange, daß gleiche Dienstleistung auch gleich behandelt wird.

Am Schluß befaßte sich G.R. Dr. Altmann mit den Rechten der Bezirksvorsteher und forderte eine Neuschöpfung und Demokratisierung der Bezirksvertretungen und die Heranziehung zur Mitarbeit in der Verwaltung, wie auch die endliche Festlegung der Rechte der noch immer provisorischen Bezirksvertreter, die wenn auch einen kleinen, so doch nicht unwichtigen Schritt in der Demokratisierung der Verwaltung bedeute.

G.R. Lifka (ÖVP): Die Fraktion der ÖVP stimme restlos dafür, daß nur Demokraten und gute Österreicher eingestellt werden. Die neue Dienstordnung ist sehr zu begrüßen, weil durch sie gerade bezüglich der Rechte der Arbeiter ein sehr beträchtlicher Fortschritt gemacht wurde.

Diese Besserstellung der Arbeiter bedinge aber gleichzeitg auf der anderen Seite eine Schmälerung der Rechte der Angestellten und Beamten. Die Urlaubsbestimmungen der Beamten haben eine Verschlechterung erfahren und auch die Arbeitszeit wurde denen der Arbeiter angeglichen. Diese Angleichung dürfte aber nicht durch die gegenwärtige wirtschaftliche Lage bedingt sein, sondern vielmehr ihren Grund in dem Versuch einer Gleichschaltung zwischen Beamten und Arbeitern haben.

GR. Lifka führte weiter aus, dass aus dem Gehaltsschema ersichtlich sei, wie Kanzlei- und sonstige Büroarbeiten bagatellisiert werden. Z.B. werden im Schema I. Hausarbeiter und Bedienerinnen in Gruppe 7 mit einem Anfangsgehalt von 18o Schilling eingestuft, während für Kanzleidienst oder ähnliche Verwendungen ein Anfangsgehalt von 172 Schilling vorgesehen ist.

In diesem Hause wurde wiederholt festgestellt, dass die Beamten und Arbeiter der Gemeinde Wien beim Wiederaufbau Grosses geleistet haben. Trotzdem ist es möglich, wenn die Pragmatisierung durchgeführt sein wird, dass ein bestimmter Beamtengeist Einzug hält und der Dienst nur mehr langsam erfüllt wird, bis die Pensionierung erreicht ist. Die neue Beamtenschaft wird daher beweisen müssen, dass sie voll und ganz als Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung gelten wollen.

Viele Beamten schlagen gegenüber der bei einem Amt vorsprechenden Partei noch immer den alten Ton aus der nazistischen Ära an. In anderen Städten seien die Beamten viel höflicher und freundlicher. Als Fremdenverkehrsstadt, die wir wieder werden wollen, ist auf diesem Gebiet viel nachzuholen.

Zum Schluss forderte der Redner, dass die Beamten nicht nur mechanisch arbeiten, sondern aus sich Initiativvorschläge einbringen sollten und auf diese Weise die Verwaltung der Stadt Wien so gestalten, dass sie zum Wohle der gesamten Bevölkerung werde. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Gemeinderat Olah (SPÖ) betont, seine Partei hätte es gerne gesehen, wenn diese neue Dienstordnung von der anderen Seite eindeutiger, freudiger und klarer bejaht worden wäre. Unsere Partei blickt mit Genugtuung auf dieses Werk als Fortsetzung einer einmal unterbrochenen Tradition sozialer Personalpolitik in diesem Hause.

Von hier aus ist einst ein neuer sozialer Gedanke in der Behandlung der Gemeindeangestellten und -Arbeiter ausgegangen, und heute noch denken wir daran zurück, daß die Gemeindeverwaltung in Wien vorbildlich nicht nur im Dienstrecht sondern auch in der Entlohnung ihrer Bediensteten gewesen ist.

Diese Vorlage bedeutet auf dem Wege einer sozialen Dienstordnung einen großen Schritt nach vorwärts. Mit ihr findet eine geschichtliche Forderung der arbeitenden Bevölkerung Erfüllung, nämlich die Forderung nach gleichen Rechten für alle, die an einem gemeinsamen Werk arbeiten, in dem wir die Arbeiter emporheben und sie in sozialer Hinsicht angleichen. Wir freuen uns auch darüber, daß diese neue Dienstordnung der Bundeshauptstadt gleichzeitig ein Muster ist und Nachahmung in den dem österreichischen Städtebund angeschlossenen Städten findet. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Die Vorlage sichert dem Arbeiter die gleichen Rechte hinsichtlich der Pragmatisierung, Urlaub, Pension und Hinterbliebenenversorgung und darüber hinaus auch den vierwöchigen Urlaub für die Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Im Gehaltschema wird im Laufe der Zeit noch manches zu verbessern sein, aber das große grundsätzliche Werk, die Schaffung eines neuen Beamtenkörpers für Wien und die Ausstattung einer vorbildlichen Dienstordnung als Vorbedinung für eine freudige Mitarbeit der Bediensteten, ist fertiggestellt. Bei Schaffung dieses neuen Beamtenkörpers muß als zwingende Voraussetzung die Forderung vorangestellt werden, einen in Haltung und Gesinnung einwandfreien demokratischen Beamtenkörper zu schaffen.

Wir wollen nicht den parteipolitischen Kampf um jeden einzelnen Posten. Wir wollen die tüchtigsten, die charakterlich einwandfreiesten, die verläßlichsten und arbeitsfreudigsten Menschen im Dienst unserer Stadt und unserer Bevölkerung haben. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Hierbei wird Rücksicht auf jene Menschen zu nehmen sein, die sich seit Beginn des Neuaufbaues unserer Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt haben, auch wenn sie u.U. die Altersgrenze von 40 Jahren bereits überschritten haben.

Allen Kräften soll nach ihren Fähigkeiten freie Bahn auch in der Verwaltung offenstehen. Der fähige Mensch soll auf den Posten kommen können, den er ausfüllen kann, auch wenn er die formale Vorprüfung und die Dienstprüfungen nicht hat. Besonders berücksichtigt müssen bei Neueinstellungen auch diejenigen werden, die in der Vergangenheit Verfolgungen wegen ihrer Treue zum Staat und zur Demokratie erleiden mussten.

Der Kampf um die Betriebsdemokratie ist ein Stück des uralten Kampfes der arbeitenden Menschen um das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht. Die Auseinandersetzung darüber wird in nächster Zeit im Parlament bei Behandlung des neuen Betriebsrätegesetzes erfolgen. Die Personalvertretungen und die zu schaffende Personalkommission werden die Grundlagen für dieses Mitbestimmungsrecht bilden.

Heute wurde davon gesprochen, dass unsere Gemeindeverwaltung eine einseitige Personalpolitik betreibe, die nicht sehr demokratisch sei. Es hat in diesem Hause auch eine Zeit gegeben, in der die Frauen und Männer, die heute an der Personalpolitik der Gemeindeverwaltung so sehr Kritik über, mehr als heute zu sagen hatten; ich habe aber nicht davon gehört, dass in dieser Zeit eine Dienstordnung für die Arbeiter und Angestellten unserer Stadt bestanden hätte, die allen Bediensteten das Recht auf Koalitionsfreiheit gewährt (Starker Beifall bei den Parteigenossen), ich habe auch nicht gehört, dass alle Bediensteten das Recht auf freie politische Betätigung gehabt hätten. (Erneuter starker Beifall bei den Parteigenossen.)

In den Kreisen unserer Anhänger wird davon gesprochen, die Gemeinde Wien möge bei ihrer Personalpolitik nicht darauf vergessen, dass die Sozialisten hier 11 Jahre ausgeschlossen gewesen sind. (Anhaltender Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Galerien.)

Bürgermeister Dr.Körner (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte die Galerie, sich jeglicher Kundgebung zu enthalten, sonst müsste die Galerie geräumt werden.)

GR. Olah(fortsetzend): Es freut uns sehr, dass Dr. Freytag eine Lanze für die Demokratie gebrochen hat, weil ich mich an die Zeit erinnere, wo er unter der Regierung des Jahres 1934 zu dem allgewaltigen Bevollmächtigten für die Arbeitersportorganisationen eingesetzt worden ist und damals noch nicht so demokratisch war. (Stürmische Zwischenrufe bei der ÖVP.-Lebhafte Gegenrufe bei der SPÖ.)

Der Redner dankte allen, die an dem Zustandekommen dieses Werkes besonderen Anteil haben. Es ist dies vor allem unter Personalreferent und Vizebürgermeister Speiser (anhaltender Beifall und Händeklatschen) der das Werk seiner Personalpolitik mit dieser neuen Dienstordnung krönt. Es sind die Beamten unseres Rathauses mit dem Herrn Magistratsdirektor an der Spitze, denen wir allen dafür danken, daß sie ihre Kraft und ihren guten Willen in den Dienst der Sache gestellt haben. Wir danken nicht zuletzt aber auch dem gewerkschaftlichen Vertrauensmännern der Arbeiter und Angestellten dieser Stadt, die wohl den Bedürfnissen der heutigen Zeit Rechnung tragend, aber doch die Interessen ihrer Kollegen vertretend, an dem gemeinsamen Werk mitgearbeitet und damit für den neuen Geist dieser Gemeindeverwaltung und für den Neuaufbau dieser Stadt ein großes Stück begetragen haben. (Anhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Parteigenossen.)

Vizebürgermeister Speiser wandte sich in seinem Schlußwort gegen die Behauptung des G.R. Dr. Freytag, daß die Angehörigen der ÖVP bei der Neueinstellung benachteiligt, dagegen aber bei Pensionierungen bevorzugt werden. Es sei aber ganz selbstverständlich, daß unter den 12.000 eingestellten Antifaschisten der überwiegende Teil der Sozialistischen Partei angehöre, weil doch die SPÖ die größte Partei in Wien ist. Sie hat deshalb ein gewisses Anrecht auf eine doppelte Wiedergutmachung; die Wiedergutmachung für die Hinausgeworfenen und die Wiedergutmachung für die Nichteingestellten. Was aber die Pensionierung betrifft, so kann nachgewiesen werden, daß ebensoviele aus den Reihen der SPÖ nach Wiedergutmachung in Pension geschickt wurden, als solche, die der ÖVP angehören. Eine gewisse Aufmerksamkeit hat man natürlich denjenigen zugewandt, die sich 1934 bei der Bekämpfung der Demokratie besonders hervorgetan haben. Diese Menschen würden sich in der neuen Verwaltung sehr schwer tun und der neuen Verwaltung auch Schwierigkeiten bereiten (Beifall bei den Parteigenossen.)

VBgm. Speiser wies dann an Hand einiger Beispiel nach, daß gewisse Dienststellen der Gemeinde Wien mit einer überwiegenden Zahl von Angehörigen der ÖVP besetzt sind.

während der Leitungsapparat der Gemeinde infolge des Umstandes, dass von 1934 bis 1945 keine leitenden Personen aus sozialistischen Kreisen eingestellt wurden, nur mit wenigen Angehörigen der SPÖ besetzt ist.

Der Redner wandte sich dann den Ausführungen des GR. Dr. Altmann zu und erklärte, dass auch er nicht für Personaleinstellungen nach dem Proporz sei. Die Posten müssten mit jenen Menschen besetzt werden, die imstande sind sie auszufüllen, weil das allein im Interesse der Wiener Bevölkerung sein kann. Es ist selbstverständlich, dass die Personalpolitik der Gemeinde Wien ein Muster an Betriebsdemokratie sein soll. Bei Einstellung von KZlern oder anderen politisch schwer geschädigten Menschen soll die Bestimmung, nach der die Erreichung des 40. Lebensjahres eine Pragmatisierung ausschliesse, nicht angewendet werden.

Zu der Auslegung des Begriffes "Bedienstete, die keine Dauerverwendung finden sollen" stellte der Redner fest, dass deshalb von ihrer Pragmatisierung Abstand genommen worden sei, weil die kommenden Verhältnisse nicht abzusehen sind. Es sei auch besser, den Kreis der für die Pragmatisierung in Betracht kommenden enger zu ziehen.

Darüber, daß es eine Gruppe von Angestellten gebe, bei denen der Begriff: gleiche Arbeit - gleicher Lohn nicht angewendet wird, sagte VBgm. Speiser, daß dies eine Übergangsgruppe sei, von den sogenannten Volksfürsorgerinnen keine höhere Vorbildung verlangt wird und die Arbeit auch nicht der der Hauptfürsorgerinnen entspricht.

Darin, daß den Bezirksvorstehern grössere Rechte eingeräumt werden müssen, stimme er mit GR.Dr. Altmann voll überein.

Zu der Meinung des GR. Lifka, daß bezüglich des Urlaubs wohl eine Besserstellung der Arbeiter, aber eine Novellierung der Angestellten eingetreten sei, bemerkte der Redner, daß die Beamten durch die Urlaubsgleichstellungsaktion bis auf eine kleine Gruppe von Beamten, die sich im Interesse des Abschlusses der Verhandlungen entschlossen haben, für die grosse Zahl der Anderen ein kleines Opfer zu bringen, durchaus günstig behandelt worden sind.

Bei dem Vergleich der Schemata I und II habe GR. Lifka vergessen, die Teuerungszulagen und die Haushalts- und Kinderbeihilfen dazuzurechnen.

Sodann wandte sich der Referent den gegen ihn von GR.Schwaiger in der Generaldebatte vorgebrachten Beschuldigungen zu, in denen er des Diktatursozialismus bezichtigt worden sei, und entgegnete, dass er sich in allen wichtigen Personalfragen mit den Vorständen des betreffenden Ressorts ins Einvernehmen setze.

Zum Schluss dankte VBgm. Speiser dem GR. Olah, der seine Bestrebungen, in der Verwaltung- und Betriebsreform weiterzukommen, unterstütze. Er dankte auch den Gewerkschaften und bedauerte, dass es ihm nicht möglich gewesen sei, den Pensionisten wieder die Automatikklausel zu geben. Er hoffe aber, dass es gelingen werden, wieder Zustände zu schaffen, die ihre Wiedereinführung erlauben.

Die Beamten und Angestellten der Stadt Wien werden sicher gerne mitwirken, das Verhältnis zur Bevölkerung inniger zu gestalten. Er hoffe, dass diese im Geiste der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Wiener Gemeindeverwaltung geschaffene Vorlage der Zustimmung des gesamten Gemeinderates sicher sei.

In der Abstimmung werden die Ansätze des ersten Hauptstückes des Voranschlages sowie alle übrigen vom Referenten eingebrachten Vorlagen einstimmig angenommen.

Nun gelangt als letztes das Kapitel Bilanz und Bedeckung zur Verhandlung.

Amtsführender Stadtrat Honay (SPÖ) stellt als Berichterstatter nahmens des Stadtsenates den Antrag, folgende Beschlüsse zu fassen:

"Der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1947 wird in seinem ordentlichen Teil mit Einnahmen von 387,653.17o S und Ausgaben von 457,626.44o S und in seinem ausserordentlichen Teil mit Einnahmen von 6,51o.ooo S und Ausgaben von 53,oo8.1oo S genehmigt."

In der Folge regelt der Antrag die Form der Bedeckung des Abganges des Voranschlages.

Anschliessend erstattete Stadtrat Honay als Abschluss der viertägigen Debatte über den Voranschlag für das Jahr 1947 einen Bericht über die am 16.Dezember d.J. mit dem Bundesminister für Finanzen in Gegenwart sämtlicher österreichischer Landesregierungen

gepflogenen Verhandlungen über gewisse Zuschüsse, die den Ländern und Gemeinden aus dem Titel der Finanzzuweisungen neuerlich zu geben sind.

Das Finanzministerium und insbesondere der Finanzminister haben den Nöten der Länder und der Gemeinden ein sehr weitgehendes Verständnis entgegengebracht. Es ist mitgeteilt worden, daß das Finanzministerium für das Jahr 1946 eine Reserve an Finanzzuweisungen von 2,3 Millionen Schilling verfügbar hat, von welchem Betrage der Gemeinde Wien 1,2 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben in diesen Verhandlungen auch die Forderung gestellt, daß die Schullasten-Ablösungsbeiträge für das Jahr 1946, die nach dem Voranschlag 13,147.000 Schilling betragen, eine Summe, die wir an den Bund zu leisten haben, um ein Drittel herabgesetzt werden sollen. Ich freue mich, konstatieren zu können, daß auch dieser Forderung des Landes Wien vom Bunde entsprochen worden ist. Außerdem ist es uns gelungen, den an den Bund zu zahlenden Polizeikostenbeitrag um 2,666.000 Schilling herabzusetzen.

Meine wiederholten Vorhalte, daß die Bürgersteuer Ausgleichsbeiträge den Ländern und Gemeinden ungerecht zugeteilt worden sind, wurde für 1946 insofern Rechnung getragen, daß für das Land Wien aus den Bürgersteuerbeträgen ein 15 %iger Zuschlag ausbezahlt wird, was für die Gemeinde Wien immerhin den ansehnlichen Betrag von 3,920.000 Schilling ausmacht. (Erneuter Beifall.)

Damit bekommt die Gemeindeverwaltung als Land und Gemeinde für das Jahr 1946 vom Bund einen Betrag von 12,169.166 Schilling. Das ist ungefähr der Betrag, der dem Lande und der Gemeinde Wien an Mehrkosten für die erhöhten Personalbezüge für das Jahr 1946 ersteht, ein Ergebnis, das uns zweifellos befriedigen kann.

Ich darf dem Gemeinderat weiter mitteilen, daß auch unsere Verhandlungen über die Ertragsanteile für das Jahr 1947 beim Bund auf Verständnis gestoßen sind. Im Nationalrat wurde ein Antrag angenommen, daß die Finanzzuweisungen für die Länder von 80 Millionen für das Jahr 1947 auf 92.5 Millionen Schilling zu erhöhen sind.

Der Berichterstatter gab dann einen Überblick über die letzten Verhandlungen mit dem Finanzminister und sagte dann weiter:

Wichtig ist die Erklärung des Finanzministers, dass er bereit ist, wenn die Einkommenssteuer, die Lohnsteuer und die Umsatzsteuern für das Jahr 1947 einen höheren Ertrag, als im Bundesvoranschlag vorgesehen, erbringen, vor allem die Länder und Gemeinden an diesem Mehrertrag zu beteiligen.

Das Land und die Gemeinde Wien bekommt also für 1946 ein Mehr von 12,169.166 und für das Jahr 1947 vorläufig einen Betrag von 5,621.191, insgesamt also 17,790.357.

Bei diesen Verhandlungen ist weniger von den Ländern als vom Finanzminister die Einhebung einer Landesbiersteuer durch die Länder angeregt worden. Die Bundesregierung wird einen dementsprechenden Entwurf ausarbeiten. Geplant ist die Einhebung einer Landessteuer von 10 Groschen für den Liter Bier.

Einer weiteren Anregung des Finanzministeriums zufolge wird auch ein Gesetzentwurf über eine Benzinsteuer ausgearbeitet werden, deren Höhe noch nicht festgelegt ist. Aber schon jetzt wurde bestimmt, dass die Hälfte des Ertrages den Ländern und die andere Halfte dem Bund zufliessen soll. Von allen Ländern wurde insbesondere verlangt, dass so wie bis 1938 an Stelle der gegenwärtigen Lohnsummensteuer eine eigene Fürsorgeabgabe einheitlich für ganz Österreich eingeführt werden soll.

Welches Plus an reinen Gemeindezuweisungen wir für das Jahr 1947 bekommen, steht noch offen. Wir haben hier noch keine Verhandlungen geführt, es ist aber bekannt, dass für diese Zwecke vorläufig vom Finanzministerium allen Ländern ein Betrag von 12,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt worden ist.

Ich glaube zusammenfassend sagen zu können, dass der Gemeinderat die Versicherung des Bundesministers für Finanzen, dass Wien bei der in Aussicht genommenen Regelung der Gemeindezuweisungen gut abschneiden wird, mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen kann. Auf Grund disser Mitteilungen können wir mit Mut, mit Optimismus und mit Zuversicht in das neue Jahr gehen und werden, wenn alle zusammenarbeiten, ...

Auch im Jahre 1947 im Interesse unserer Stadt Gutes, Nützliches und Fruchtbringendes leisten. (Allgemeiner starker Beifall und Händeklatschen.)

Bei der Abstimmung werden die zu diesem Punkt gestellten Anträge angenommen.

Stadtrat Honay berichtete sodann über den Rechnungsabschluss der Stadt Wien für die Zeit vom 1.April 1944 bis 31.März 1945. Nach diesem ergeben sich Einnahmen von 56o,415.264 RM gegenüber Ausgaben von 588,973.93o RM. Die Mindereinnahmen betragen somit 28,558.666 RM. Von 398,9 Millionen Reichsmark an Rücklagen sind 177,18o.000 RM, das sind mehr als 44% aller Rücklagen, in wertlosen Schatzanweisungen des Deutschen Reiches angelegt worden. Mit diesem Rechnungsabschluss hat das traurigste Kapitel in der Verwaltung der Bundeshauptstadt Wien sein Ende gefunden. Stadtrat Honay erklärte, dass alles daran gesetzt werden muss, dass in diesem Staat und in dieser Stadt der Boden der Demokratie nicht mehr verlassen wird. Die Demokratie müsse mit allen zu Gebote stehenden Mitteln geschützt werden, damit nicht wieder Lumpen, Verbrecher und Strauchritter das Volk verderben und ins Unglück führen können. (Lebhafter Beifall.)

Der Rechnungsabschluss 1944/45 wird ohne Debatte genehmigt, ebenso der Bericht des Kontrollamtes zu diesem Rechnungsabschluss.

Von den übrigen Geschäftstücken, die auf der Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung standen, wurden die meisten ohne Wortmeldung beschlossen. Darunter befinden sich die Rechnungsabschlüsse der Wiener Hypothekenanstalt und des Kreditvereines der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für das Jahr 1944, ferner die Verlängerung der Frist für die Gewährung von Sparkassendarlehen zur Wiederherstellung kriegsbeschädigter Wohnungen für die die Stadt Wien die Bürgschaft trägt, bis zum 3o.Juni 1947 ohne Debatte erfolgte die Festsetzung beziehungsweise Abänderung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen, die Genehmigung eines Kredites von 235.ooo Schilling für den Ausbau der Wasserversorgung in der Siedlung "Kordon" in Hütteldorf und verschiedener Subventionen an Sportvereine und kulturell tätige Vereine und Gesellschaften, unter anderem ein Betrag von 125.000 Schilling für die Wiener Volksbildung.

Unter den Geschäftsstücken, die der Gemeinderat gleichfalls ohne Wortmeldung, bereits in seiner letzten Sitzung genehmigte, befinden sich mehrere Beschlüsse über Anschaffungen größeren Ausmaßes für die städtischen Unternehmungen. So die Bereitstellung von 10 Millionen Schilling für die Anschaffung neuer Dampfkessel für die städtischen Elektrizitätswerke in der Engerthstraße und von 7,4 Millionen Schilling für die Anschaffung eines neuen Dampfkessels für das Elektrizitätswerk Simmering. Durch Einstellung dieser beiden Kesselanlagen soll die Kapazität der kalorischen Kraftwerke der Stadt Wien auf die den Bedarf entsprechende Höhe gebracht werden.

Einer teilweisen Wiedergutmachung von Kriegsschäden dient der weitere Beschluß des Gemeinderates, 900.000 Schilling für die Reparatur von 180 kriegsbeschädigten Trieb- und Beiwagen der Wiener Straßenbahnen bereitzustellen, die von der einschlägigen Privatindustrie durchgeführt werden soll. Für die Anschaffung von 150 Stück Motoren für die Wiener Straßenbahn werden außer den Ansätzen des Wirtschaftsplanes weitere 2,691.000 Schilling bewilligt. Dadurch wird eine teilweise Modernisierung der Fahrbetriebsmittel unserer Verkehrsbetriebe erzielt werden, durch die eine wesentliche Verbesserung des Verkehres auf einigen besonders belasteten Strecken erzielt werden soll.

Am Schluß der Budgetdebatte führte Bürgermeister Gener Dr.h.c. Körner aus: "Es ist die letzte öffentliche Sitzung, die wir haben und auch die wichtigste. Sie war besonders gekennzeichnet durch zwei Berichte. Durch den Bericht des Stadtrates Honay haben wir zur Kenntnis nehmen können, daß im vergangenem Jahr in energischer und zielklarer Arbeit ein ordentliches und sauberes Budget zustande gekommen ist (Beifall.) Der 2. Bericht enthält die neue Dienst- und Besoldungsordnung der Stadt Wien, durch die eine neue soziale Richtung eingeschlagen werden soll, die man fortschrittlich, ja sogar revolutionär nennen kann."

Der Bürgermeister dankte sodann den Mitgliedern des Wiener Gemeinderates für die geleistete Arbeit, für alle Anregungen und für die Kritik.

Der Bürgermeister fand warme Worte der Würdigung für die Arbeit des Personalreferenten VBgm. Speiser und des Magistratsdirektors Dr. Kritscha, aber auch der anderen leitenden Beamten, die an dem Zustandekommen der Dienst- und Besoldungsordnung hervorragend beteiligt sind. Diese Besoldungsordnung kann vorläufig nur eine Formel sein, eine Vereinbarung, die erst Leben bekommen wird. Er erinnerte dann die Beamtenschaft daran, daß sie für das Volk sa sei. Nach so vielen Jahren des Faschismus steckt in einzelnen noch etwas von einem Autokraten. Der Beamte kann also nicht ruhig genug den Bittenden und Beschwerdeführenden gegenübertreten.

Zum Schlusse seiner Rede sprach der Bürgermeister den Alliierten und allen anderen Staaten, die uns in unserer grossen Not geholfen haben, im Namen des Wiener Gemeinderates und der Stadt Wien den Dank aus. (Allgemeiner Beifall.) Der Bürgermeister beschloss die Beratungen des Gemeindesrates über den Haushaltsplan der Stadt Wien für das Jahr 1947 mit einem herzlichen Dank an die Wiener Bevölkerung, die in dieser schwierigen Zeit so viel Einsicht und Geduld aufgebracht hat und weiter aufbringen wird müssen, bis wieder Ordnung in unsere Stadt gebracht werden kann. (Lebhafter Beifall und Ovationen für den Bürgermeister.)

Schluss der Sitzung um 19 Uhr 15 Minuten.

Dr. Rudolf Kalmar liest aus "Zeit ohne Gnade."

Am Sonntag, den 21. Dezember, um 17 Uhr, liest Dr. Rudolf Kalmar aus seinem Buch "Zeit ohne Gnade" in der Ausstellung "Niemals vergessen" im Künstlerhaus.

Kalmars Buch ist heute bereits weit über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt. Seine Eindringlichkeit, Erlebnistiefe und Darstellungskraft haben es zu einer der politisch wichtigsten und lesenswertesten Neuerscheinungen gemacht.

P r e s s e s p i e g e l 19./20. Dezember 1946

Wiener Zeitung, 19. Dezember:

Lebensmittelpolizei eine Notwendigkeit 1
Wien betreut 80.000 Mietobjekte. Gegenüber 1938 Wohnungsmanko 81.800. 554.000 Wohnungen. Der Wohnbedarf der Besatzung. Drei Debattenredner. Kritische Lage auf dem Brennstoffsektor. 125.000 t Kohle für drei Monate. Ein Holzverteilungsplan. 118.841 registrierte Nationalsozialisten in Wien. Rückläufige Sterblichkeit. 3425 Einbürgerungen. 8063 Gewerberechtigungen. Das Stadtbier wird teurer 1/2
Gemüsezufuhren etwas besser 4

Wiener Kurier, 19. Dezember:

Budgetdebatte im Gemeinderat: Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Brennstoffen wird sich bessern. 118.841 Nazi wurden in Wien registriert. 150.000 Paar Strümpfe werden verteilt.
Bierpreise sollen erhöht werden. 2
Die Wiener sind am scheidungslustigsten. Dagegen die Tiroler die besten Eheleute. 3
Mehr Strom zu den Weihnachtsfeiertagen! Industriestillegung ermöglicht Einsparung 2
Amerikanische Militärärzte besuchen Wien 3
Verbotsliste nach dem Literaturreinigungsgesetz wird ausgearbeitet 4
Innsbruck sucht wieder die Welt. Kunst und Kultur in der Tiroler Landeshauptstadt 4

Weltpresse, 19. Dezember:

Kärnten rettet seinen Kunstbesitz 5
Neuerwerbungen der Städtischen Sammlungen. Eröffnung der Schau. RK 5
Wien, die Stadt der Stufenstrassen. Die öffentlichen Stiegen bildeten einst wichtige Verkehrswege 6
Weitere Verschärfung der Stromlage zu erwarten. Schwere Folgen des Kälteeinbruches - Akuter Kohlenmangel der Werke 8

Weltpresse, 19. Dezember, Abendausgabe:

Drohende Brotkrise in Wien. Ohne sofortige Mehllieferung an die Bäcker gibt es zwei Tage kein Brot. 1
Ab morgen stark eingeschränkter Wiener Strassenbahnverkehr. Keine Mäntel und Stiefel für Fahrpersonal. Auch Stromlage schuld. 300 Mäntel für 13.000 Bedienstete. Kein Strombezug während der Nachtstunden 1
Gesteigerte Ausgaben bei den Verkersbetrieben. Sitzung des Wiener Gemeinderates 2
Zum Thema "Zeitnahe Kunst". (Die Forderungen aus dem Publikum.) 6
Österreichischer Film braucht besseren Start. (Von Stadtrat Dr. Matejka.) 6
Banknotenfälscher-Werkstatt in Wien ausgehoben. 1300 Stück Hundert-Schilling-Falsifikate bei der Verhaftung beschlagnahmt 8

Welt am Abend, 19. Dezember:

Jugend am Werk. Jugendliche basteln Kinderspielzeug für die Kleinen 3

Zehn Fässer Speiseöl sollten "verschleicht "werden 3
Bisher fast 100.000 Christbäume eingetroffen 3
Der Beauftragte des Irischen Roten Kreuzes im Wiener Rathaus 3

Neues Österreich, 20. Dezember:

Leichte Bssserung in der Stromversorgung. Die Industriebetriebe arbeiten heute und morgen. Zusätzlicher Strom aus Linz und Bayern 1
Die Forderungen des Niederösterreichischen Bauernbundes 2
Herrenschuhe markenfrei. (Prag) 2
Wieder Omnibusverkehr nach Vösendorf 2
Weihnachtswein aufgerufen und sichergestellt. RK 3
Ab Sonntag wieder elektrischeıBahn Wien-Baden 3
Wieder Turmblasen zu Weihnachten und Neujahr 3
Der Gründer der Wiener Jugendkunstklasse gestorben .(Prof.Cizek) 3
Denkmal für die Opfer des Naziterrors auf dem Zentralfriedhof 3
RK
1947 wieder genügend Streihhölzer 3
Weitgehende Verschärfung des Bedarfsdeckungsstrafgesetzes. Aufnahme neuer Strafbestimmungen - Ausweitung des Begriffes Schleichhändler 3

Arbeiter-Zeitung, 20. Dezember:

Im Dienste des Volkes. Die Leistung der sozialistischen Minister. Vizekanzler Dr. Adolf Schärf. Innenminister Oskar Helmer. Minister für soziale Verwaltung Karl Maisel. Ernährungsminister Dr. Hans Frenzel. Verkehrsminister Vinzenz Übeleis. Staatssekretär Franz Rauscher. 1
Für die Jugend ist das Beste gut genug.Naue Bücher für unsere Schulen 3
500.000 Schilling für die arbeitende Jugend. (Wiener Arbeiterkammer.) 3

Das Kleine Volksblatt, 20. Dezember:

Grundlegende Forderungen der n.ö. Bauern. (Tagung des n.ö. Landesbauernrates.) 2
Wünsche der geistig Schaffenden 6
Neue Massnahmen zur Literaturreinigung 7

Österreichische Volksstimme, 20. Dezember:

Wir müßten nicht hungern 1
Was geschieht mit der Wohnbausteuer? 3
Brotkrise zu Weihnachten? Ein Zehntel der Bäckereien steht wegen Mehlmangels. Wiener Hungerrekord 3
Ab heute: Strassenbahnverkehr eingeschränkt. Hoher Krankenstand infolge mangelhafter Bekleidung. Zur RK 3

Österreichische Zeitung, 20. Dezember:

Der Wochenausweis der Nationalbank. Flüssigmachung der Besatzungskonstenrate ohne Vergrösserung des Zahlungsmittelumlaufes 2

Die Wirtschaftswoche, 20. Dezember:

Fieberthermometer der Wirtschaft. Unsere Produktion im Lichte der Statistik 2
Gegen Kitsch und Ramsch. Der Kampf der Spielwarenerzeuger 6
Geringes Verständnis der Behörden

Die Wirtschaftswoche, 20. Dezember Fortsetzung:

Aus dem Voranschlag der Stadt Wien für 1947 5
Steirische Aepfel 5

Die Wirtschaftswoche, 21. Dezember:

Sinnwidrigkeiten, Planung der Wirtschaft oder der Wirtschaftspolitik? (Ungereimtheiten unseres Bewirtschaftungssystems.) Das verhängnisvolle Nebeneinander und seine Folgen. Zuerst die Branchen bedenken. 2
Die Wahrheit über 6.000 Paar Schuhe. Stimmungsmache gegen das Handelsministerium oder gegen die Besatzungsmacht? 2
950 Staatsgebäude sind instand zu setzen. Der Bund als Bauherr. Wohnungen gehen bevor. In Wien 257 Baustellen. 50 % der Wohnungen wieder benutzbar. Schulbauten. 4.000 Tonnen Schutt in der Oper. Brandverwüstungen im Burgtheater.
Am Parlament für mehrere Jahre Arbeit 4
Folgen der Zwangswirtschaft. Übervolle Keller und kein Wein. Die Tragikomödie der Weinbewirtschaftung. Eine Darstellung von gewerblicher Seite. 1. Akt: Der Leopoldi-Wein. 2.Akt : Niemand will verkaufen. 3. Akt: Das Rätsel um den Weihnachtswein 4
Fremdenverkehrsjahr 1947? Verheissungsvolle Ansätze. Ernstes Interesse im Westen. Voraussetzungen, die erfülltwerden müssen. Von Dr. Josef Fink, Obmann der Sektion Fremdenverkehr der Tiroler Wirtschaftskammer 16
Kunst und Kitsch in einem Topf. Einheitliche Regelung in allen Bundesländern erforderlich. Unerträgliche Verhältnisse für das Kunsthandwerk. 16

Die Wirtschaft, 21. Dezember:

Grösste Vorsicht am Platze. Grenzen der Verstaatlichung.(Von Ing. Manfred von Mautner-Markhof, Vorsitzender der Sektion Industrie der Bundeskammer für gewerbliche Wirtschaft.) 3
Bedenkliche Tariferhöhungen. Ungünstige Auswirkungen, die vermieden werden könnten.(Von Landtagsabgeordneten Dr.Ludwig Fischer.) 5
Kein goldener, aber ein fester Boden. Günstige Zukunftsaussichten des österreichischen Gewerbes.(Von LAbg.Dr.Josef Kresse, Vorsitzender der Sektion Gewerbe in der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.)
Ein Lexikon für den Wirtschaftstreibenden. Der Österreichische Wirtschaftsbundkalender erschienen 7
Wieder einmal Inventur? Die Bestandaufnahme ist für Steuerzwecke jährlich vorzunehmen 7
Wassergebühr für Bombenschaden. Unglaublich, aber wahr 7
Wann österreichische Donauschiffahrt? Die DDSG und ihr Schicksal. Eine Lebensnotwendigkeit für Österreich. Der schwere Aderlass. Die Potsdamer Beschlüsse. Wie wurde die DDSG deutsches Eigentum? Für Österreich unentbehrlich. Für Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Schicksalsstunde angebrochen 13
Schiene und Strasse. Auch die Bahnen können den technischen Fortschritt nicht aufhalten. Von Bundesinnungsmeister Stadtrat Anton Rohrhofer 13

Die Furche, 21. Dezember:

Auf der Hasenleiten. Wohnzustände 2
Gedanken über Städtebau. Von Professor Hans Hofmann, Zürich 6

Demokratisches Volksblatt, 17. Dezember: Salzburg - 4 -

Einheitliche Lebensmittelversorgung in Österreich ? 3
Die Kinder und Jugenlichen bekamen Fische 3

Volkszeitung, Innsbruck, 17. Dezember:
Kirchen oder Wohnräume? Pressebesprechung bei Bürger,eister Dr. Melzer 2

Tiroler Nachrichten, Innsbruck, 17. Dezember:

Der Fall Schuschnigg. Ein Skandal aus dem neuen Österreich 1

Tiroler Neue Zeitung, Innsbruck, 18. Dezember:
Prämien für gute Milch- und Butterlieferanten 1

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Weitere Kürzung der Gaslieferzeiten

Infolge katastrophaler Verschlechterung der Erdgaslieferung muß die Gasabgabe ab sofort weiter gedrosselt werden. Heute wird die Gasabgabe von 9 bis 11 Uhr gesperrt und Gas nur in der Zeit von

11 Uhr bis 13 Uhr bezw.
von 18 Uhr bis 20 Uhr

abgegeben.

Bis auf weiteres gelten ab Sonntag, den 22.d.M., folgende Gasabgabezeiten:

von 6 Uhr bis 8 Uhr,
von 11 Uhr bis 13 Uhr und
von 18 Uhr bis 20 Uhr.

Eine allfällige Verbesserung wird im Radio verlautbart werden.

Die Weihnachtsfeste in den städt. Kindergärten und Horten

In den meisten städtischen Kindergärten und Horten wird Weihnachten am Montag, den 23. Dezember gefeiert. Es trifft sich heuer gut, denn viele Eltern haben schon an diesem Tag frei. So können die Väter und Mütter mit ihren kleinen und großen Kindern in den Kindergärten und Horten das Weihnachtsfest miterleben. Und es werden trotz der Not unserer Tage schöne Feste werden, denn in den Heimen der Stadt Wien wird überall eifrig gearbeitet, emsig vorbereitet, an diesem Abend den Kindern viel Freude zu schenken.

Die genauen Zeiten der Feiern sind bei den Leitungen der Kindergärten und Horte zu erfragen.

Wieder eineinhalb Millionen Schilling für die Behebung von Kriegsschäden.

In einer seiner letzten Sitzungen hat der Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten unter anderem mehr als eine halbe Million Schilling für die Behebung von Kriegsschäden und sonstige Instandsetzungsarbeiten in zehn Schulgebäuden genehmigt. Es handelt sich um die Vergebung von Arbeiten in den Schulen Obere Augartenstraße 38, Vereinsgasse 29 und Schönngasse 2 im 2. Bezirk, ferner in den Schulen 3., Kolonitzgasse 19, 4., Waltergasse 16, 6.,Rahlgasse 2, 20., Vorgartenstraße 42 und 21., Deublergasse 19 sowie im Linienamtsgebäude 10., Tolbuchinstraße, in welchem Schulräume eingebaut werden sollen, und im Schloß Hetzendorf im 12. Bezirk, wo die Modeschule untergebracht wird.

Weitere 340.000 Schilling wurden für die Behebung von Kriegsschäden an drei städtischen Wohnhäusern und für die Durchführung der Zimmermannsarbeiten in der neuen städtischen Siedlung Rodaun bewilligt. Auch im Alten Rathaus, im Amtshaus Hietzing, in der Salvatorkapelle, der Hauptfeuerwache Floridsdorf, dem Diphtheriepavillon des Allgemeinen Krankenhauses, im Rudolfinerhaus und im städtischen Sicherstellungsdepot in der Grinzinger Straße sollen die Kriegsschäden behoben werden. Diese Arbeiten werden 654.000 Schilling kosten.

Neuer Kündigungs- und Räumungstermin

Unter Nummer 18 des Landesgesetzblattes für Wien wird demnächst eine Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 7. November 1946 kundgemacht, wodurch bis 30. Juni 1947 die Möglichkeit gegeben ist, Mietverträge (mit mindestens vierteljährlicher Aufkündigungsfrist) während der ersten 14 Tage eines jeden Kalendermonates aufzukündigen und die Räumung der Mietobjekte während der ersten 12 Tage des Kalendermonates zu erwirken, in dem die Kündigungsfrist abläuft.

Vorübergehend verkürzte Arbeitszeit bei der Gemeinde

Auf Antrag des Personalreferenten hat der Bürgermeister infolge des herrschenden Brennstoffmangels und der zeitweisen Unmöglichkeit, Amts- und Betriebsräume zu heizen, mit sofortiger Wirksamkeit verfügt, daß an allen Tagen, an denen nicht geheizt werden kann und die Außentemparatur um 6 Uhr früh minus 5 Grad Celsius oder niedriger ist, der Dienst in Ämtern und Dienststellen der Gemeindeverwaltung auf die Zeit von 8 bis 13 Uhr eingeschränkt wird. Diese Verfügung gilt selbstverständlich nur für nicht kontinuierliche Betriebszweige.

Parteienverkehr in den Karten- und Verrechnungsstellen in der Weihnachtswoche.

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

In den Karten- und Verrechnungsstellen wird am 23., 24., 27. und 28. Dezember wegen Brennstoffmangel nur ein eingeschränkter Parteiendienst zwischen 8 und 11 Uhr vormittag gehalten. Die Bevölkerung wird ersucht, an diesen Tagen nur in unaufschiebbaren Fällen in den Karten- und Verrechnungsstellen vorzusprechen.

Schneearbeiter gesucht!

Die Wiener Verkehrsbetriebe benötigen bei Eintritt von Schneefällen dringendst Aushilfskräfte für die Schneeräumungsarbeiten. Je rascher die Schneereinigung vor sich geht, desto eher setzt der regelmäßige Straßenbahnverkehr wieder ein. Arbeitswillige melden sich bei den Aufnahmestellen. Die Löhne der Schneearbeiter betragen

für männliche und weibliche Arbeiter über 17 Jahre S 1'10 pro Stunde.
" " " " unter 17 " S 0'90 " ".

Während der Nachtstunden von 20 bis 6 Uhr wird ein Zuschlag von S 0'30 pro Stunde gewährt.

Die Schneearbeiteraufnahmestellen sind aus den Anschlägen in den Wagen und an den Litfaßsäulen zu entnehmen.

Wiener Verkehrsbetriebe

Außer im Frühverkehr fahren die Züge der Linien 46 und 49 nunmehr auch nachmittags in der Zeit von 16 Uhr bis 18'30 Uhr über die Gleisschleife bei der Bellariastraße, sie dürfen jedoch in der Fahrt über die Schleife keine Fahrgäste mitführen. Die Fahrgäste müssen deshalb in der Zeit von 16 bis 18'30 Uhr die Wagen in der Haltestelle Bellariastraße vor dem Ring verlassen und dürfen in der genannten Zeit nur in der Haltestelle Schmerlingplatz einsteigen.

Vor dem Aufspringen auf die Züge in der Fahrt über die Schleife wird eindringlich gewarnt.

Die Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe teilt mit, daß alle Schülerstreckenkarten während der Zeit der Weihnachtsferien von 22. Dezember 1946 bis einschl. 6. Jänner 1947 auf der Strassenbahn, Stadtbahn und dem Autobus (Obus) keine Gültigkeit haben.

Brandgefahr durch heiße Asche.

Viele Brände werden durch die unsachgemäß abgelagerte Asche verursacht. In der Asche der jetzt allgemein in Benützung stehenden Braunkohle und Briketts halten sich die Glutreste länger, als in solcher aus Steinkohle oder Koks. Es ist daher notwendig, die Asche an einem sicheren Orte oder in eisernen Gefäßen aufzubewahren, bezw. abzulagern.

Heiße Asche darf unter keinen Umständen in hölzerne Gehälter gegeben oder bei brennbaren Gegenständen abgelagert werden.

Entfallende Sprechstunden

Beim amtsführenden Stadtrat für das Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, Gottfried Albrecht, entfallen die Sprechstunden in der Zeit vom 24. Dezember 1946 bis 10. Jänner 1947.

Geehrte Redaktion!

Wir erlauben uns noch einmal daran zu erinnern, daß am Montag, den 23. Dezember 1946, um 11.30 Uhr vormittag, in den Räumen des Historischen Museums der Stadt Wien (Neues Rathaus, Aufgang über die Feststiege I,) die Eröffnung der Schau "Neuerwerbungen der Städtischen Sammlungen seit April 1945" mit Gemälden und Plastiken älterer und zeitgenössischer Künstler, Künstlerwerkstätten, Gedächtniszimmer berühmter Wiener Persönlichkeiten (Architekten, Dichter,) Kunstgewerbe und Neuerwerbungen des Uhrenmuseums stattfindet.

Sie werden herzlich eingeladen, dazu einen ihrer Herren zu entsenden.

Das Wohnungsamt greift ein

Das Wohnungsamt der Stadt Wien hat in Erfahrung gebracht, daß Otto Waltersam im Hause Wien, I., Lobkowitzplatz 1, zwei Wohnungen besitzt, von denen er eine mit vier Zimmern selbst in Gebrauch hat. Die zweite Wohnung, bestehend aus drei Zimmern und Nebenräumen, will er aber aus "geschäftlichen" Gründen nur ungern von fremden Leuten bewohnt wissen und hat deshalb dort seinen Freund angemeldet. Dieser Freund, ein gewisser Dr. Hermann Gedizka, ist jedoch in diese Wohnung niemals eingezogen, weil er in Wirklichkeit in Melk wohnt.

Das Wohnungsamt, das gegen solche Elemente, die von der Not des Volkes keine Kenntnis nehmen wollen und nur die Erhaltung ihrer eigenen Bequemlichkeit im Auge haben, rücksichtslos einschreitet, hat sich auch dieses Falles angenommen und gegen den Wohnungsinhaber wegen Nichtanmeldung einer unbenützten Wohnung das Strafverfahren eingeleitet.

Wieder ein Heimkehrertransport

Am 20. Dezember ist ein Transport aus englischer Gefangenschaft über das Lager Feistriz mit 98 Heimkehrern auf dem Meidlinger Südbahnhof eingetroffen.

Kulturdienst der Stadt Wien

(Beilage zur "Rathaus-Korrespondenz")

21. Dez. 1946 Blatt 384

Volksbildung - Wiener Volkshochschulen

Urania, I., Uraniastraße 1

Film: "Die steinerne Blume" - Mo, Fr, 14.30, 17 u. 19 Uhr
Di, Mi, Do, Sa, So 17 u. 19 Uhr

Märchenfilm:"Hänsel und Gretel" - Do, Fr, Sa, So 14.30 Uhr

Kurzfilme: "Weihnachten im Märchenland" Mi, Do, Sa 14.30 Uhr
Fr 17 Uhr

Mi 25. Handpuppenspiele Anny Bondy: Weihnachtsmärchen (14.30 Uhr)

So 29. Fritz Mertens: Kinder erleben den Wurstelprater von einst. (10 Uhr).

So 29. Führung Ing. Wolfram Ernst: Wir wandern durch die Josefstadt. Treffpunkt 9.15 Uhr Alserstraße, Ecke der Landesgerichtsstraße.

Volksheim Ottakring, XVI., Ludo Hartmann Platz 7

Do 26. Lustige Kinder-, Trick- u. Märchenfilme. Gustav Windhopp (Klavier), (17 Uhr) - Gastspiel der Schauspielgruppe Gregor: "Laßt Sonne herein!" (Flachsmann als Erzieher), Komödie in drei Akten von Otto Ernst (19 Uhr)

Sa 28. Max Herrmann: "Eiger-Nordwand - Symphonie auf Parsenn - Wildstrubel" (3 Schmaltonfilme), 17 u. 19 Uhr.

So 29. Gemeinschaftsveranstaltung mit der Gesellschaft der Filmfreunde: "Komiker-Paare in Stumm- und Tonfilm" mit Pat und Patachon, Oliver Hardy u. Stan Laurel usw. (17 u. 19 Uhr).

Die Volkssternwarte Ottakring, XVI., Vogelweidplatz 15 ist an sternklaren Abenden am Dienstag und Freitag von 20 bis 21.30 Uhr geöffnet.

Volksbildungshaus Margareten, V., Stöbergasse 13

Mo 23. Film: "Das unsterbliche Lied" (17 u. 19.15 Uhr). Di 24. Weihnachtsspiel: "Zwölf kleine Kerzlein" v. Marga Frank (14.30 Uhr).

Mi 25. Film: "Die lustige Filmstunde" (14.45 Uhr). Film: "Das unsterbliche Lied" (17 Uhr). "Das verwunschene Schloß" Operette von

Berla, Musik v. C. Millöcker (19.15 Uhr). Do 26. Märchenfilm: "Der kleine Muck" (13 Uhr). "Komtesse Mitzi" Komödie v. Arthur Schnitzler (17 Uhr) "Das verwunschene Schloß" Operette v. Berla, Musik v. C. Millöcker (19.15 Uhr). Fr 27. Film: "950 Jahre Österreich" (17 Uhr). "Das verwunschene Schloß" Operette v. Berla, Musik v. C. Millöcker (19.15 Uhr). Sa 28. Film: "950 Jahre Österreich" (17 Uhr). "Das verwunschene Schloß" Operette v. Berla, Musik v. C. Millöcker (19.15 Uhr). So 29. Märchenfilm: "Hänsel und Gretel" (13 Uhr). Film: "950 Jahre Österreich" (14.15 Uhr). "Komtesse Mitzi" Komödie v. Arthur Schnitzler (17 Uhr). "Das verwunschene Schloß" Operette v. Berla, Musik v. C. Millöcker (19.15 Uhr).

Volksheim Alsergrund, IX., Galileigasse 8

Mi 25. Märchenfilm: "Die verzauberte Prinzessin" (14 Uhr, im Kinosaal IX., Senseng.3). Film: "Sarasate - Sehnsucht ohne Ende" (16 u. 18 Uhr, im Kinosaal IX., Sensengasse 3), Do 26. Märchenfilm: "Die verzauberte Prinzessin" (14 Uhr, im Kinosaal IX., Sensengasse 3). Film: "Sarasate - Sehnsucht ohne Ende" (16 u. 18 Uhr, im Kinosaal IX., Sensengasse 3). Kindernachmittag - Ein Weihnachtsmärchen. Aufführung des Wiener Kindertheaters (13.30 und 15.30 Uhr). Theateraufführung der Wiener Künstlergemeinschaft "Zwei Dutzend rote Rosen", Lustspiel v. Aldo Benedetti, Regie: Burgschauspielerin Gisa Wilke (19 Uhr). Sa 28. u. So 29. Film: "Tiergarten Südamerika" (14, 16 und 18 Uhr, im Kinosaal IX., Sensengasse 3).

Wiener Zeitung, 20. Dezember:

Denkmal für die Opfer des Hitler-Terrors . RK 2
Die Literaturreinigung 3
559 goldene Hochzeiten 4

Wiener Kurier, 20. Dezember:

Favoriten hat ein neues Theater. Aus Ruinen ist ein behagliches Heim der Muse entstanden 4
Großfeuer beim Holländischen Roten Kreuz. Lebensmittel und Medikamente vernichtet. (Schottenbastei 11) 8

Weltpresse, 20. Dezember: (Abendausgabe)

Die Weinbestandsaufnahme immer wieder hinausgeschoben. Neuer Termin der 31. Dezember - Weinversorgung chaotisch 5
Warum Wien keine Weihnachtskarpfen bekam? 5

Weltpresse, 20. Dezember:

Rund 110.000 Ausländer leben in Wien. Mehr als die Hälfte davon sind Volksdeutsche. 20.000 Fremdsprachige registriert 8
Flüchtlingsberatung auch in Österreich. Warnung vor schwerem Leben der Auswanderer. Büros in vielen Landeshauptstädten 8
Für jeden Wiener einen "Doppler" im Jahr? (Abendausgabe) 8
Strassenbahn verkehrt nach dem "Frostplan" 8
Wiener Verkehrsunfälle im Steigen. Verkehrssicherheitsausstellung mit Vorträgen und Kurzfilmen 8

Welt am Abend, 20. Dezember:

Aufklärung über den Verbleib der UNRRA-Lebensmittel in Österreich gefordert. Amerikanische Senatoren für Untersuchung der Verteilung 1
Frost und Schneeverwehungen behindern Milchanlieferung nach Wien 3
Ab heute eingeschränkter Strassenbahnverkehr. Auch die Strassenbeleuchtung infolge akuten Strommangels beeinträchtigt. Zur RK 3
Das zukünftige Gesicht von Graz 5

Neues Österreich, 21. Dezember:

Geist oder Technik? (Österr. Spielfilm) 1
Die Brotversorgung gebessert. Neue Anlieferung aus Niederösterreich bevorstehend 3
Schweizer Weihnachtssüsigkeiten für die Kinder 3
Säuglingswäschepaket für alle Neugeborenen der Weihnachtsnacht 3
Weihnachtsserenaden der Wiener Sängerknaben 3
Spielsachen für kranke Kinder. RK 3

Arbeiter-Zeitung, 21. Dezember:

Wir erwarten, dass man uns hört! Bundespräs. Dr.Renner zum Jahrestag der Regierungswahl. Der Widerstand gegen den Faschismus. Die Kriegsgefangenen. Jede militärische Besetzung schafft Missverständnisse u. Schwierigkeiten. Der Präsident des Nationalrates. Leopold Kunschak. Bundeskanzler Ing.Figl. 1
Die Arbeiterbank 1
Die Personalpolitik der Gemeinde Wien. Vizebürgermeister Speiser berichtet im Gemeinderat. 12.000 Antifaschisten seit der Befreiung in städt. Dienste eingestellt. Das neue Dienst und Besoldungsrecht der Gemeindebediensteten. Frauen und Männer werden in gleicher Verwendung gleich be-

Fortsetzung Seite 2

zahlt. Debatte über Personalpolitik. Ein Sieg der demokratischen Prinzipien 2
Hausbesorgerwohnungen nur bei dringendem Bedarf 3
Keine Kinokonzessionen für ehemalige Nazi 3
Wann müssen Möbel herausgegeben werden? 3
Der Wiederaufbau des Stephansdoms 3
Stalingrad wird wiederaufgebaut 3

Das Kleine Volksblatt, 21. Dezember:

ÖVP fordert im Wiener Rathaus: Gebührende Vertretung im Gemeindepersonal. Volksinteresse vor Parteiinteresse. Initiativvorschläge der Beamten erwünscht 4
Schottengymnasium feiert 1947 den 140jährigen Bestand 5
Das Wiener Jugendhilfswerk. Aufforderung der Wijug, 6

Österreichische Volksstimme, 21. Dezember:

Schlußsitzung im Gemeinderat. Einheitliches Dienstrecht für Arbeiter und Beamte in der Gemeinde 2
Nestroys Schlafzimmer im Städtischen Museum. Zur RK 3

Österreichische Zeitung, 21. Dezember:

Gemeindehaushalt 1947 genehmigt 2
Weihnachtsversorgung in Graz gefährdet 4
Wärmestube am Wienerberg.... 4

Das Steirerblatt, Graz, 19. Dezember:

Genossenschaften fordern freien Wettbewerb 3

Tagblatt, 19. Dezember:

Gemeindeecke: Jahresvoranschlag - Sozialistische Gemeindevertreter 2

Demokratisches Volksblatt, 16. Dezember: (Salzburg)

Berliner Stadtrat-Frage gelöst 2

Salzburger Volkszeitung, Salzburg:

Schutz unserer Jugend. In Österreich monatlich 3000 bis 4.000 Geschlechtskranke mehr 3

Volkszeitung, Innsbruck, 18. Dezember:

Immer wieder die ernsteste Frage: Ernährung. Gemeinderatssitzung in Innsbruck 2

Tiroler Nachrichten, Innsbruck, 18. Dezember:

Abermals ein Notschrei der Stadt Innsbruck. Die Bevölkerung muss vor einer Katastrophe verschont werden! Böswillige Gerüchte. Die fortschreitende Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung. Ansteigen der Tuberkulose 1
Ausgabe von Bezugscheinen vor Weihnachten. Über 10.000 Bezugsscheine ausgegeben 3

Tiroler Neue Zeitung, 19. Dezember:

Ein harter Winter steht bevor. Sitzung des Innsbrucker Gemeinderates 3

Volkszeitung, Klagenfurt, 18. Dezember:

Finanzierung des Wiederaufbaues kriegszerstörer Häuser 1

Die Neue Zeit, Klagenfurt, 18.Dezember:

Männerflirt u.Diebstähle. Unsere Jugend in trauriger Perspektive Vormundschafts- und Jugendschutzwesen Klagenfurts. Nur vier Pädagogen.Über Bekanntschaft vor Gericht. Nicht richten, sondern helfen 3

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Die Weihnachtsfeier in den Wiener Kindergärten

Rund 10.000 Wiener Kinder haben dieses Jahr in den Wiener städtischen Kindergärten und Horten wunderbare Weihnachten erlebt. Wochenlang vorher haben die fleißigen Hände der Kindergärtnerinnen und Hort-erzieherinnen, unterstützt durch die freiwillige Mitarbeit vieler Eltern, sich in vielen Stunden abgemüht, die Weihnachtsfeste gut vorzubereiten. Bürgermeister Dr. h.c. Körner in Begleitung des Stadtrates für das Wohlfahrtswesen Dr. Freund, und die Vizebürgermeister Speiser und Weinberger nahmen mit fast allen anderen Stadträten und Gemeinderäten an vielen dieser Feiern teil. Sie alle konnten gerührt miterleben, wie sich gerade diese Kinder, deren Zuhause noch so Vieles entbehren muß, in ihren Kindergärten und Horten wohl fühlen, wie sie ihre Geschenke, oft ganz ausgezeichnet hergestellte Spielsachen jubelnd empfingen, wie sie aber auch selbst mit ihren Darbietungen - schönen Weihnachtsliedern und Weihnachtspielen - den Nachmittag zu dem wun-derbarsten Auftakt des Weihnachtsabendes machten.

Das Wiener Jugendamt hat mit diesen Feiern bewiesen, daß es die gute, vorbildliche Tradition von einst aufgenommen hat.

4 Millionen Schilling für städtische Tiefbauarbeiten

Während die Behebung der Kriegsschäden an Hochbauten durch den Mangel an Baustoffen, insbesondere der für den Innenausbau der Häuser erforderlichen Materialien, stark behindert ist, konnte das Stadtbauamt im Laufe dieses Jahres an Tiefbauten zum Teil sogar mehr durchführen als ursprünglich vorgesehen war. Es wurden daher schon wiederholt, besonders für Straßenbauten und Arbeiten der Wasserwerke, über den Voranschlag hinausgehende

zusätzliche Geldmittel aus unverbraucht gebliebenen Beträgen, die für andere Bauzwecke vorgesehen waren, aber wegen Materialmangels nicht verausgabt werden konnten, für den Tiefbau bereitgestellt.

In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten auf diese Weise unter anderem 1,8 Millionen Schilling für Straßeninstandsetzungen und 1,235.000 Schilling für Behebung von Kriegsschäden, Ausbau des städtischen Rohrnetzes und Ankauf von Rohrmaterial für die Wasserwerke sowie für den Ausbau der Wasserversorgung für die Siedlung "Kordon" bewilligt. Für 140.000 Schilling wurden Anstrichfarben zur Konservierung der Stahlbrücken angeschafft. Mehr als 100.000 Schilling wurden für den Bau der Schmutzwässerableitung in der neuen Siedlung Rodaun und für Arbeiten an der Kläranlage in Wiener Neudorf genehmigt. Zuzüglich eines Betrages von 525.000 Schilling für die Behebung von Kriegsschäden in den Hafenanlagen Albern und Freudenau sowie andere Wasserbauten ergibt sich eine Ausgabe von fast 4 Millionen Schilling, die in einer einzigen Sitzung für Zwecke des städtischen Tiefbaues beschlossen wurde.

Die "Badner" fährt wieder elektrisch

Vor 40 Jahren fuhr der erste elektrische Zug von Wien nach Baden. Es war damals ein großes Ereignis für die Wiener wie für die Badner, und gestern war es wieder soweit: Das erstemal seit Kriegsende fuhr die Badner Bahn durchgehend elektrisch. Ein gewaltiger Schritt nach vorwärts ist damit getan worden, ein grosses Stück sind wir normalen Verhältnissen näher gekommen. In absehbarer Zeit, wenn alles gut geht schon im Jänner, werden wir sogar wieder bei der Oper einsteigen können und in fünf Viertelstunden in Baden sein.

Nach Schluß der Kampfhandlungen sah es allerdings nicht so aus, als ob die "Badner" bald eine frohe Wiedergeburt feiern könnte. Die Brücke bei Wr. Neudorf und die Philadelphiabrücke waren zerstört, die Brücke vor Guntramsdorf beschädigt, sodaß die Strecke in drei Teile zerfiel. Viele Weichen waren gesprengt, bei der Wienerbergstraße durch eine Sprengung die Gleise verschüttet und viele Signalanlagen zerstört oder beschädigt. Dazu kamen noch die Zerstörungen an den Stromversorgungsanlagen, die einen elektri-

schen Betrieb auf weite Sicht unmöglich erscheinen ließen. So wurde in der ersten Zeit, nach Durchführung der dringendsten Reparaturen der Verkehr mit Dampflokomotiven wieder aufgenommen. Seither aber ist es den Arbeitern und Angestellten gelungen, in mühevoller Anstrengung die Hochspannungsleitung instandzusetzen, die neue Gleichstromanlage für 20.000 Volt in Betrieb zu nehmen und damit die Züge in Abständen von einer Stunde wieder elektrisch fahren zu lassen.

Zur Feier dieses Ereignisses waren die Vertreter der Wiener Presse gestern zu der Eröffnungsfahrt eingeladen worden, an der auch der Direktor der Wiener Verkehrsbetriebe, Dipl. Ing. Benesch, und der Direktor der Lokalbahn Wien-Baden, Dipl. Ing. Ullmann, teilnahmen. In Baden begrüßten Bürgermeister Meixner und Altbürgermeister Kollmann sowie Vertreter des Landes Niederösterreich die Gäste. In den Reden kam die Freude am Gelingen dieses Werkes zum Ausdruck und die Hoffnung, daß die Bahn als Brücke zwischen Wien und Baden beitragen werden, die Stadt Baden wieder zu dem Weltkurort zu machen, der sie einmal war.

Bergsonne in der Großstadt

Im Schloß Wilhelminenberg, das von der Gemeinde Wien unter der Patronanz der Schweizer Arbeiterhilfe wieder als Kinderheim geführt wird, ist es jetzt möglich geworden, den Kleinen auch die Sonne zu geben, die in ihrem Leben bisher so wenig geschienen hat. Die Firma Astralux hat dort ein Solarium eingerichtet. Der Raum ist im Gegensatz zu den bisher üblichen kahlen Bestrahlungsstationen mit freundlichen Wandzeichnungen geschmückt und nimmt so den Kindern jedes Furchtgefühl, das sie vielleicht vor der unheimlichen Apparatur empfinden könnten. Vier Quarzlampen zu je 700 und vier Tiefenstrahler zu je 2000 Watt geben die richtige Mischung von ultravioletten Strahlen und Wärme, um die Wirkung der echten Sonne zu erzielen. Die Anlage stellt für Wien eine Neuheit dar, weil bisher der sogenannte Brenner, der wichtigste Teil der Quarzlampen, nur in Deutschland erzeugt werden konnte. Nun aber wird die österreichische Firma Astralux diese ursprünglich österreichische Erfindung verwerten und ausbauen.

Bei der gestrigen Weihnachtsfeier im Schloß Wilhelminenberg, an der auch Vertreter der Schweizer Hilfe und die Stadträte Afritsch und Dr. Freund teilnahmen, übergab der Chef der Firma Astralux, Ing. Mitterndorfer, dem Bürgermeister Dr. h.c. Körner die Bestrahlungsanlage als Geschenk seiner Firma an die Gemeinde Wien.

Der Bürgermeister besuchte am Sonntag außerdem auch die Kranken des Wilhelminenspitals und der Lupusheilstätte bei ihren Weihnachtsfeiern und überbrachte ihnen die Glückwünsche der Stadt.

Gasabgabe zu den Feiertagen

Die Direktion der städtischen Gaswerke gibt bekannt:

In der Weihnachtswoche wird Gas abgegeben werden: Dienstag, 24. Dez. von 6 bis 8, 11 bis 14 und 18 bis 20 Uhr. Mittwoch, 25. Dez. von 6 bis 13 und von 18 bis 20 Uhr. Ab Donnerstag, den 26. Dez. bis auf weiteres von 6 bis 8, 11 bis 13 und 18 bis 20 Uhr.

Sollte die Erdgasversorgung eine weitere Verbesserung ermöglichen, würde dies durch die "Ravag" verlautbart werden.

Die Hausfrauen werden gebeten, am Christtag möglichst zeitig am Vormittag mit dem Kochen zu beginnen, da sonst während der eigentlichen Mittagszeit ungünstige Druckverhältnisse bestünden.

Verspätete Schweinefleischausgabe

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Infolge von Schneeverwehungen sind die Schweinetransporte für die Fleischausgabe zu Weihnachten zum Teil verspätet eingetroffen und zum Teil überhaupt ausgeblieben. Der Fleischaufruf auf Abschnitt 43 der Lebensmittelkarten mit 10 dkg Schweinefleisch kann daher nur für die Verbraucher über 12 Jahre erfüllt werden; die Kinder zwischen 3 und 12 Jahren erhalten an Stelle von Schweinefleisch 12 dkg Kalb- oder Rindfleisch ohne Anspruch auf eine bestimmte Sorte. Auf dem Abschnitt 26 der Zusatzkarte für Schwerarbeiter sowie der Mutterkarte werden an Stelle von Schweinefleisch 10 dkg polnische Wurst ausgegeben.

Mit Rücksicht auf das verspätete Eintreffen der Viehtransporte kann mit der Fleischausgabe erst am Freitag dieser Woche begonnen werden.

Baustoffbezugscheine werden ungültig

Der Landesinspektor für die Baustoffbewirtschaftung im Land Wien gibt bekannt:

Alle grünen Bezugscheine über Baustoffe, welche von einer Dienststelle des Wiener Magistrates ausgegeben wurden, verlieren mit 31.12.1946 ihre Gültigkeit.

Zur Erleichterung des erforderlichen Umtausches wird den Besitzern empfohlen, bis längstens 30. Dezember 1946 bei einem Baustoffhändler oder dem bezüglichen Lieferwerk die Bestellung aufzugeben.

Neuerwerbungen der Städtischen Sammlungen

Eine Ausstellung im Rathaus

Bürgermeister General a.D. Körner eröffnete heute mittags im Historischen Museum der Stadt Wien eine Ausstellung der Neuerwerbungen der Städtischen Sammlungen. Diese äußerst interessante und ansprechende Schau umfaßt Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen, Skulpturen und Einrichtungsgegenstände verschiedener Jahrhunderte, Stile und Techniken. Gezeigt wird ein Teil der Neuerwerbungen, die das Museum der Stadt Wien seit April 1945, teils durch Ankauf, teils auf Grund von Legaten erhalten hat. Insgesamt wurden die Städtischen Sammlungen in dieser Zeit um nahezu 1000 Stücke bereichert. Darunter befinden sich Kolossalgemälde von Hlavacek, Rothaug ebenso wie zeitgenössische Darstellungen der jüngsten Vergangenheit, Künstlerporträts, Atelierbilder, ein Nestroy-Zimmer, das Arbeitszimmer Ferstels und das Bett Metternichs. Aber auch eine Bronzebüste des Bürgermeisters Körner von Petrucci, eine des Altbürgermeisters Seitz von Hanak sowie Porträts der Wiener Vizebürgermeister Speiser und Steinhardt.

An der Eröffnungsfeier, die mit kurzen Ansprachen von Stadtrat Dr. Matejka und Bürgermeister Körner eingeleitet wurde, nahmen Unterrichtsminister Dr. Hurdes, Stadtrat Afritsch, viele Gemeinderäte und Vertreter des Wiener Kulturlebens teil. Die Ausstellung, die schon bei der Eröffnung viel Interesse und Zustimmung fand, liefert den Beweis, daß das Kulturleben Wiens trotz Not und Entbehrung der Kriegs- und Nachkriegszeit keinen Stillstand kennt, sondern sich in lebhaftester Bewegung und Entwicklung befindet.

Wiener Verkehrsbetriebe

Am 25., 26. Dezember 1946 und am 1. Jänner 1947 gilt auf der Straßenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis.

Die Vorverkaufsstellen sind am
Dienstag, den 24. Dezember 1946, von 6'30 Uhr bis 14'00 Uhr,
Mittwoch, den 1. Jänner 1947, " 8'00 " " 14'00 " geöffnet,
hingegen bleiben sie am Mittwoch, den 25. und Donnerstag, den 26. Dezember 1.J., geschlossen.

Auspeitschung unter dem Weihnachtsbaum

Vor zahlreichen Besuchern der Antifaschistischen Ausstellung "Niemals vergessen" sprach Sonntag abends Stadtrat Dr. Viktor Matejka über "Die Auspeitschung unter dem Weihnachtsbaum", eine der schlimmsten "Episoden" aus der Geschichte des Konzentrationslagers Dachau zu Weihnachten 1940. Damals wurden zehn Häftlinge vor dem ganzen Lager unter einem grossen illuminierten Christbaum über Befehl des damaligen Lagerkommandanten Biorkowsky öffentlich ausgepeitscht. Das System der öffentlichen Auspeitschungen im K.Z. ist charakteristisch für die ganze Entwicklung von 1933 - 1945. Die Statistik der Millionen Menschen, die durch die Prügelstrafe der SS schwersten Schaden erlitten, ist leider noch nicht gemacht. Die Millionen Ausgepeitschten aber, die über den Bock gehen mussten, machen es begreiflich, dass auch heute noch nicht die Wunden vernarbt sein können.

Stadtrat Matejka schloss seine Ausführungen mit der Frage an die Zuhörer, ob sie bereits alles getan hätten, um die Voraussetzungen zu der nationalsozialistischen Massenprügelanstalt zum Verschwinden zu bringen.

Dieser Vortrag Stadtrat Matejkas war der fünfzigste Vortrag im Rahmen der Ausstellung am hundertsten Tag seit ihrer Eröffnung.

Die Ausstellung bleibt nur noch bis 26.Dezember 1946 geöffnet. Alle Säumigen haben also nur mehr kurze Zeit Gelegenheit, "Niemals vergessen" zu besuchen.

Vom 100.Besuchstag der Ausstellung an wird jedem Besucher ein Katalog als Jubiläumsgabe gratis überreicht.

Die Ausstellung wird am 26.d.M. abends geschlossen, An diesem Tage spricht um 16 Uhr Anton Tesarek zu dem Thema "Ich war Soldat"; den letzten Vortrag hält um 17 Uhr der Leiter der Ausstellung Maler Victor Th. Slama über das Thema "Belogen und betrogen".

Mit Rücksicht auf den grossen Andrang zu den Vortragsveranstaltungen wird die Vortragsreihe nach Neujahr in einem grösseren Saale fortgesetzt werden. Näheres darüber in den Tageszeitungen.

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Französische Geldspende für bedürftige Kinder

Der französische Hochkommissar für Österreich, General Bethouart, hat dem Bürgermeister der Stadt Wien heute eine Spende von 20.000 S übermittelt, die zur Unterstützung bedürftiger Kinder der französischen Zone Wiens bestimmt ist. Der Bürgermeister hat dem General für diese Spende den Dank der Stadt Wien übermittelt.

Weihnachten in den Spitälern

In bescheidenem Maß, wie es heuer eben möglich ist, feiern auch die Krankenhäuser das Weihnachtsfest. Bürgermeister General Dr.h.c. Körner besuchte auch gestern wieder einige Feiern um den Patienten, Ärzten und Pflegerinnen persönlich die Glückwünsche der Stadt Wien zu überbringen.

Gestern nahm der Bürgermeister an den Weihnachtsfeiern in der Lungenheitstätte Baumgartnerhöhe und in mehreren Pavillons des Krankenhauses der Stadt Wien und des Altersheimes Lainz teil. Die Freude über das Erscheinen des Bürgermeisters war überall außerordentlich groß. Besonders aber bei den Pfleglingen der Lainzer Versorgung. Der Bürgermeister dankte allen Ärzten, Schwestern und Angestellten für ihre aufopfernde Arbeit im Dienst der Menschlichkeit und wünschte den Kranken baldige Genesung in einer besseren Zukunft.

Die Weihnachtsfeiern im Alterheim Lainz wurden noch verschönert durch künstlerische Darbietungen der Chorvereinigung "Jung Wien" unter Leitung von Prof. Leo Lehner. Weihnachtsgeschichten und Weihnachtsgedichte sprachen Luise Prasser, Stella Veith und Harry Harranth. Die künstlerische Leitung hatte Adolf Ario.

In Vertretung des Bürgermeisters nahmen an den Weihnachtsfeiern der übrigen Wohlfahrts- und Krankenanstalten der Stadt Wien die Vizebürgermeister Speiser und Weinberger sowie die übrigen Mitglieder des Stadtsenates teil.

Entfallende Sprechstunde

Freitag, den 27. Dezember 1946 entfällt die Sprechstunde bei Vizebürgermeister Weinberger.

Nach den holzsparenden Dächern - nun auch holzsparende Deckenkonstruktionen.

Der große Holzmangel im Wiederaufbau hat die Gemeinde Wien veranlaßt, alle erdenklichen Maßnahmen zu treffen, um bei den Wiederherstellungsarbeiten soviel als möglich von diesem kostbaren Material einzusparen. So wie sie vor einiger Zeit einen Wettbewerb für die beste Lösung holzsparender Dachkonstruktionen mit ausgezeichnetem Erfolg veranstaltet hat, der sich in der Bauwirtschaft noch lange günstig auswirken wird, hat die Gemeinde in konsequenter Weiterführung dieses Grundsatzes auch einen öffentlichen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen und Ideen für holzfreie Deckenkonstruktionen aus Fertigteilen ausgeschrieben.

Das Ergebnis dieses Deckenwettbewerbes liegt nun vor. Es wurden insgesamt 54 Konstruktionsideen dem Stadtbauamt eingereicht. Die Jury, die unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates für das Bauwesen Franz Novy tagte, hat folgende Preisträger nominiert:

1.Preis Oberbaurat Dr. Aladár Pecht, Kennwort "Meteor",
2.Preis Stadtbaumeister Karl Pönninger, Kennwort "Winkelstegdecke",
3.Preis Assistent Dr. Fritz Pfeffer, Kennwort" Treff AB".

Weiter wurden sechs Entwürfe durch Ankäufe ausgezeichnet und zwar:

1. "Wechselbalg", Techniker Robert Mifka,
2. "Aufbau", Fa.Pittel & Brausewtter,
3. "Vergußdecke", Ziv.Ing.Dr.Walter Klug,

4. "Doppel I-Steg", Stud.arch. Karl Kirchner,
5. "Schnellbau", Fa. Universale, und
6. "Omega", Baumeister Ing. Ladislaus Zdrahal.

Es ist erfreulich zu sehen, daß das rege Interesse in der Baufachwelt zu so ausgezeichneten Ergebnissen geführt hat. Die daran interessierten Wiener - und wer wäre an der Holzersparnis heutzutage in Wien nicht interessiert - werden eingeladen, die frei zugängliche Ausstellung der eingereichten Entwürfe in der Zeit vom 6. bis 18. Jänner 1947 zu besuchen. Der Ort der Ausstellung ist das Nordbuffet im Neuen Wiener Rathaus, Stiege 6, 1. Stock. Die Ausstellung ist an allen Werktagen in der Zeit von 8 bis 18 Uhr geöffnet.

Pressespiegel vom 23./24.Dez.1945

Wiener Zeitung, 22. Dezember:

Energiemangel - das große Problem der Stunde. Stromerzeugung und -bedarf im österreichischen Verbundnetz 1
Der Bund hilft den Ländern. Wien erhält 17 Millionen Schilling an Finanzzuweisungen 2
Rückgang der Sterblichkeit 2
Professor Franz Cizek 3
Christbäume noch zu haben. Weihnachtsfeiern und Bescherungen. Weihnachtsfeier im Schottenstift. Weihnachtsfeier im Lainzer Versorgungshaus. Verlängerung der Weihnachtsausstellung. In den städtischen Kindergärten und Horten 4
3.5 Mill. Schilling für Modernisierung der Strassenbahn 4
Kältedienstzeit beim Magistrat 4
Weitere Kriegsschädenbehebung. (Der Gemeinderatsausschuss für Bauangelegenheiten.) Zur RK 4
Neuer Kündigungs- und Räumungstermin 4
Nichtangemeldete Doppelwohnung. (Lobkowitzplatz) 4
Vorläufige Richtlinien für die Bewertung in den Bilanzen 1945. (Bundesministerium für Finanzen.) 7

Wiener Zeitung, 21. Dezember:

62.212 Angestellte der Stadt Wien. 4835 Nationalsozialisten ausgeschieden. Die Budgetdebatte beendet. Richtigstellung 2
Wie geht das Weihnachtsgeschäft? 3
Die Wünsche geistig Schaffender.(Sonderkommission des Verbandes der geistig Schaffenden.) 3
Neugestaltung des österreichischen Berufsschulwesens 4

Wiener Kurier, 23. Dezember:

General Clark verteilt CARE-Pakete. (Bild) 1
Auch im nächsten Jahr Erntelandaktion.40 Mill. kg Jahresert
Bessere Aussichten für 1947. Gespräch mit Stadtrat Flödl 3
Lebensmüde erhalten Weihnachtsgrüsse. Fürsorge zur Verhinderung von Selbstmorden wieder in Aktion 3
Österreichs Lederversorgung. Mangel an Gerbstoffen ist das größte Hindernis 4
Manfred Mautner Markhof, Präsident des Österreichischen AMTC 5

Weltpresse, 23. Dezember:

Wochenkommentar. Ernährung, Gewicht und Gesundheit in Wien 3
Wilhelminenberg erhielt Solarium. Großbestrahlungsraum für gesundheitlich gefährdete Kinder. Zur RK 5
Dachziegelerzeugung soll verdoppelt werden. Ab Jänner zentrale Bewirtschaftung von Eternit. "Durnat"-Platten aus Gmünd 5
Hochfrequenzkabel sollen Automotoren ersetzen 5
Wien-Oper - Baden-Josefsplatz 5
Rohwachs aus Zistersdorf? 5
Ergebnisse der Wiener Naziregistrierungen.Die Entregistrierungsgesuche 6

Neues Österreich, 24. Dezember:

Alliierter Rat ersucht um Ernährungshilfe für Österreich. Telegramme an UNO und UNRRA. Die Grenzen Wiens. Falsche Angaben bei Beantwortung von Fragebögen. Der Transittarif auf den Österreichischen Staatseisenbahnen. Noch keine Entscheidung über die Grenzen Wiens. 1
Welche Kriegsverbrecher müssen ausgeliefert werden? Die Geheimsitzung des Nationalrates vom 30. Oktober 1
Unterstaatssekretär a.D. Bumballa verhaftet. Wegen Vergehens gegen das Bedarfsdeckungsgesetz 1
Der gewesene Sicherheitsdirektor Dr. Baier aus der Haft entlassen 1
Weihnachten in Prag 2
Eine Regieklasse am Wiener Konservatorium. Walter Firner mit ihrer Leitung beauftragt 2
Der russische Heimkehrertransport vollzählig eingetroffen. 474 Wiener kommen nach Hause. 1200 Kriegsgefangene aus Frankreich eingetroffen. 500 Kriegsgefangene aus Salzburg heimgekehrt 3
Nestroys Zimmer und Metternichs Bett im Rathaus 3
Schweinefleisch noch im Laufe der Woche. Aber nur für Verbraucher über zwölf Jahre. Auch die Brotversorgung ist gesichert. Zur RK 3
Spende von 5400 CARE-Paketen für Österreichs Kinderspitäler 3
Weihnachtsfeier in den Wiener Kindergärten. RK 3
Die Gasabgabe an den Feiertagen. RK 3
Die Wr. Verkehrsbetriebe an den Feiertagen. RK 3
Die Badner Bahn fährt wieder elektrisch. RK 3
60 Waisenkinder Weihnachtsgäste amerikanischer Familien 4
Baustoffbezugscheine werden ungültig. RK 4
Begutachtung von Gewerbeangelegenheiten

Das Kleine Volksblatt, 24. Dezember:

Häufigste Abkürzungen in Auslandmeldungen 2
Polnisches Radium aus Wien zurückgegeben 2
Ein Christkindlbrief an der richtigen Adresse. (Puppenwagen im Kanzlerzimmer.) 2
Berliner Vorortezug ausgeraubt 4
Der Kardinal besucht Wiener Spitäler 5
Weihnachtsfeier im Stephansdom 5
Vier Millionen für städtische Tiefbauarbeiten. RK 5
Wasserleitung nachts absperren! RK 5
Die Wiener Sängerknaben für die Angehörigen der USFA 7

Arbeiter-Zeitung, 24. Dezember:

Mieterschutz und Wohnungsnot 1
Die Gemeinde Wien voran! Gleiches Recht für Beamte und Arbeiter. Kundgebung der Sozialisten im städtischen Dienst. Stadtrat Karl Honay. Vizebürgermeister Speiser. Alle Kraft und Energie dem Wiederaufbau 1
Warum wird Ferdinand Pölzl nicht verhaftet? 2
Wien, Stadt des Weines und des Weinens 4
Die Weihnachtsfeier in den Wiener Kindergärten. RK 5
Russische Weihnachtsfeier für die Kinder 5
Bergsonne in der Großstadt. (SchPB Wilhelminenberg) RK 5
Kinovorstellungen für die Wiener Kinder 5

Österreichische Volksstimme, 24. Dezember:

Alle 5000 Heimkehrer aus Rußland eingetroffen.(Weihnachtsfreude für tausende Familien) 1
Der Skandal um Jelusich. Behörden wollen mit Steckbrief warten 1
Prager Weihnachten bei vollgedeckten Tischen 1
[illegible] 1
Weihnachten in kalten Wohnungen. (Der Kohlenskandal) 2
Glückliche Kinder bei "Kinderland" Weihnachtsfeiern in allen Wiener Bezirken. 5000 Kinder Weihnachtsgäste in der Hofburg 3
Ehemaliger ÖVP-Staatssekretär - Großschleichhändler. Raoul Bumballa verhaftet - 32.000 m Stoff verheimlicht 3
Weihnachtsschweinefleisch erst nach Weihnachten. 3
Auspeitschung unter dem Weihnachtsbaum. (Ausstellung "Niemals vergessen!" - Stadtrat Dr. Viktor Matejka).RK 3
Weihnachten ohne Zigaretten 3

Österreichische Zeitung, 24. Dezember:

Weihnachtsrummel in Schleich- und Ramschwaren. Hochkonjunktur für Druckerzeugnisse. Stadtgeschäfte tarnen schwarze Umsätze. Offizielle Feiertagszubussen noch nicht verwirklicht. Was ist eigentlich "Alliertenware"! 2
Vier Millionen Schilling für städtische Tiefbauarbeiten. RK 2
Vom Grazer Kulturleben 5
Wohnfreiplätze für Studenten 6
Weihnachtsfeiern in Wiener Kindergärten 6

Ausstellungen in Wien

I. Bezirk

Akademie der bildenden Künste Schillerplatz 3	Österr. Kunsthochschule in ihrem historischen Werdegang.	10-16 Uhr So 10-13 Uhr
Albertina Augustinerbastei 6	Das schöne Wien.	Mo,Di,Do,Fr 10-14 Uhr Mi,Sa 10-13 15-18 Uhr
Altes Rathaus Wipplingerstraße 8	Schätze aus dem Schutt.	9-13,17-19 Uhr So 9-13 Uhr
Erzbischöfl.Palais Rotenturmstraße 2	Dom- und Diözesanmuseum.	Di,Do,So 9-12 Uhr
	Religiöse Kunst seit 1938.	9-16 Uhr täglich So 9-11 Uhr
Galerie Agathon Opernring 19	Weihnachsschau - Kunst und Kunstgewerbe.	8'30-12'30, 13'30-16'30 Uhr Sa 8'30-12 Uhr So geschlossen
Galerie Welz Weihburggasse 9	Vilma Eckl - Pastelle.	9-17 Uhr Sa 9-13 Uhr So geschlossen
Hofburg Michalerplatz	Meisterwerke der Gemäldegalerie des kunsthistorischen Museums.	10-16 Uhr Fr geschl. So 10-13 Uhr
Künstlerhaus Karlsplatz 5	"Niemals vergessen" - Antifaschistische Ausstellung.	10-20 Uhr
Kunstverlag Wolfrum Augustinerstraße 10	Carl Theodor v. Blaas-Helene v. Blaas, Porträtzeichnungen und Blumenaquarelle.	9-17 Uhr Sa 9-13 Uhr So geschl.
Museum f.Völkerkunde Neue Hofburg	Österreicher in aller Welt.	tägl.außer Mo 9-13 Uhr So 10-13 Uhr
Neue Galerie Grünangergasse 1	Ein Kunstwerk als Geschenk.	10-12'30, 13'30-17 Uhr So geschl.

Österr.-holländ.Gesellschaft Wipplingerstraße 32	Marianne Beer - Holzschnitzarbeiten.	8-12, 14-17 Uhr
Österr.Werkbund Kärntnerstraße 15	Luxusausgaben französicher Bücher.	10-17 Uhr
Neues Rathaus Historisches Museum der Stadt Wien Zugang Feststiege I	Neuerwerbungen der städt. Sammlungen seit April 1945.	9-13 Uhr Montag geschl.
Pasqualatisches Haus Mölkerbastei 8	Adalbert Stifter als Maler.	10-17 Uhr
Staatl. Kunstgewerbe-Museum Weißkirchnerstraße 3	Österr. Kunst vom Mittelalter bis zur Gegenwart.	9-16 Uhr
Ausstellungsräume Opernring 11	"Verhüte Verkehrsunfälle"	9-12, 13-18 So 9-17 Uhr
Wirtschaftsgenossenschaft der bildenden Künstler Opernring 17	Junge Kunst.	8-13, 14-16 Sa 8-13 Uhr.

III. Bezirk

Foyer des Wr.Konzerthauses Lothringerstraße 20	Verkaufsausstellung "Wiener Malerei zu Weihnachten 1946".	9-17 Uhr

VI. Bezirk

Kulturreferat Mariahilf Getreidemarkt 1	Heimische Künstler Klosterneuburg.	9-17 Uhr So 9-13 Uhr
Local France Mariahilfer Straße 47	Hitlerwerk - Hungersnot.	9-12, 14-17 Uhr

VIII. Bezirk

Laudongasse 19	Weihnachtliche Volkskunst aus Österreich.	Di-Fr 9-14 Uhr Sa,So 9-12 "
	Österr. Trachten in der Volkskunst und im Bilde.	

XV. Bezirk

Hütteldorfer Straße 5/19 "Die Naturfreunde".	18. Photoausstellung.	10-16 Uhr.

Ein neues Döblinger Heimatbuch

Seit 25 Jahren ist die "Döblinger Heimatkunde" vergriffen. Immer wieder wird aber nach ihr gefragt, jetzt auch aus dem Ausland. So hat denn der Döblinger Volksbildungsverein beschlossen eine Monographie Döblings herauszugeben, die dem letzten Stand der Heimatsforschung Rechnung trägt. Gefördert von allen amtlichen Stellen, insbesondere von der Bezirksvertretung, vom Stadtschulrat und vom Amt für Kultur und Volksbildung der Stadt Wien, sind die Vorbereitungsarbeiten dazu beendet.

Mit der Herausgabe wurde Prof. Dr. Gottfried Strohschneider betraut. Fachprofessoren der Uhiversität und anderer Hochschulen sowie anerkannte Kenner und Fachleute haben ihre Mitarbeit zugesagt, so der Altmeister der Heimatforschung, Hofrat Dr. Anton Becker, Univ. Prof. Dr. Haberlandt, Nationalrat Karl Mark und Bezirksvorsteher Schwender. Es soll bei dieser Arbeit nicht nur die Vergangenheit sondern - durch Einbeziehung der Döblinger Industrie - auch die Gegenwart zu ihrem Recht kommen.

Wer nun glaubt, durch seine Erinnerungen oder sein Wissen dieser Sache nützen zu können, ist gebeten der Arbeitsrunde zur Schaffung der Neuausgabe der Heimatkunde beizutreten. (Schriftlich an den Herausgeber, Bundesrealgymnasium Wien 19., Billrothstraße 26.)

Weihnachtsschau des Kunsthandwerkes

Der Wiener Kunsthandwerkverein - Österr. Werkbund - hat in seinen Ausstellungsräumen in der Kärntnerstraße 15 eine Weihnachtsschau eröffnet. Dort werden künstlerische Keramik, Plastiken und Vasen, Geschirr und schöne Schalen (Maria Bilger, Pontoni, Fischer, Bucher, Leinfellner), Zeichnungen, Aquarelle, Pastelle (Zülow, Bertoni), Gebrauchsgegenstände aus Holz und blankem Messing (Auböck, Hagenauer, Redl), Spiegel in geschnitzten Rahmen, eingelegte Holzkassetten (Max Welz), Lampen, Leuchter, Email, Stickereien, Textilien und Weihnachtsengel (Fritsche, Stöhr, Onic, Rada), gezeigt.

B R I T I S H C O U N C I L V I E N N A

Programme of activities: December 1946

The following programme of locally-arranged lectures will take place in the Council's Lecture Hall in Freyung 2 during the month at 7.15. p.m.:

Monday, 2nd December	Some Aspects of English Couvernment (English) Mr.W.J.Perryman (Britsh Council)
Thursday, 5th December	University Life in England (English) Mr.C.W.Baty (Direktor,Education Division, A.C.A.)
Friday, 6th December	University Life in England (German) Mr.C.W.Baty (Direktor,Education Division, A.C.A.)
Monday, 9th Dezember	The Constitution & Some Problems of the British Empire (English) Mr.E.A.S.Butterworth (British Counc.
Tuesday, 10th December	Some Permanent Elements of British Democracy (English) Mr.E.A.S.Butterworth (British Coun
Thursday, 12th December	"Black and White" Printing and Bo Production in England (English) Captain D.M.Arthur (A.C.A. Printi Press)
Friday, 13th December	Shakespeare's "Henry V" (in conn with coming performances of the "Henry V" at the Burgkino) (Englis Mr.A.Colvin-Smith (British Council,
Tuesday, 17th December	A Survey of British Painting (with slides) & English) Miss Mary Chamot (Interpreters'Pool,)
Thursday, 19th December	Lytton Strachey: A Modern Biographe (English) Mrs. H.M.van Linthoudt.
Friday, 20th December	Shakespeare's"Henry V" (German) Mr.A.Colvin-Smith (British Council)

Professor John A.Hawgood, D.Litt., Ph.D., Professor of Modern History and Government at the University of Birmingham will be visiting Austria during December to lecture for the British Council

and for the Education Division A.C.A.

The programme of lectures für the British Council is as follows:-

Vienna

2 courses each of 3 lectures in German at Vienna University:

(a) December 9th to 11th incl.daily at 10 a.m.on "The Citizen & Government".

(b) December 12th to 14th incl. " " " " " "The Atlantic Basin in Modern World History".

1 lecture in German at the Volksheim Margareten on December 12 th at 8 p.m. on "The Citizen & Government".

Pressespiegel vom 24. /25.Dez.1946

Wiener Zeitung, 24. Dezember:

Die "Badner" fährt wieder elektrisch 2
Weihnachtsbraten vom Schnee verweht 8

Wiener Kurier, 24. Dezember:

Keine Stromerleichterung während der Feiertage. (Mehr Gas für den Christtag.) RK 3

Weltpresse, 24. Dezember:

"Wir sind keine verdorbene Jugend..." Das Wunder der 10.000 Spielsachen, die Lehrlinge bastelten 14

Welt am Abend, 24. Dezember:

Weihnachten unter den Dächern Wiens. Kleiner Streifzug durch unsere Stadt. (Städtische Kinderübernahmsstelle, Heil- und Pflegeanstalt Steinhof.) 3

Neues Österreich, 25. Dezember:

Berechtigte Hoffnungen unter dem Christbaum. Weihnachtsbotschaft des Bürgermeisters Dr. Körner für das "Neue Österreich" 1
Wiener Weihnachten 1946 5
Amerikanisches Rotes Kreuz verteilt 400.000 Kleidungsstücke 5
Weihnachten in den Wiener Spitälern. RK 5
Acht verschiedene Sorten Falschgeld im Umlauf. Sie stammten teilweise aus Italien 5

Arbeiter-Zeitung, 25. Dezember:

Oesterreich - das Land der enttäuschten Hoffnungen 1
Berlin ist sozialdemokratisch 1
Unter dem Ernährungsminimum.(Ein erschütternder Bericht) 1
Die Sozialdemokraten jagen nicht mit. (Budapest) 2
Er hat vergeblich gemahnt. Zu Popper-Lynkeus' 25. Todestag 3
Illegalen kann auch ohne Verurteilung gekündigt werden. (Wiener Zivillandesgericht) 4
Vor sechzig Jahren. (Wochenblatt "Gleichheit") 5
5
Olympisches Blinkfeuer. (Oesterr. Olympisches Komitee.) 5
Holzsparende Deckenkonstruktionen. RK 5
Weihnachten in den Spitälern. RK 5
Neuerwerbungen der Städtischen Sammlungen. RK 5
Höhepunkt im Eishockey 5

Das Kleine Volksblatt, 25. Dezember:

Theater von heute - Theater von Morgen? Von einem Kenner der Wiener Theaterverhältnisse. Das jetzige Gesicht der Theaterstadt Wien 12

Österreichische Volksstimme, 25. Dezember:

Österreichische Geschichte. Zu Eva Priesters "Kurze Geschichte Österreichs" 2
Unter dem Weihnachtsbaum oder Jenseits der Grenzen der Phantasie. Von Dr. Victor Matejka 3
Wichtiges Übereinkommen imSkisport 7
Schöne Versprechungen - leerer Weihnachtstisch. Kein Fleisch, keineErdäpfel, Brotknappheit 6
Sechsfacher Ariseur in Freiheit. Warum wird Ferdinand Pölzl nicht verhaftet? 6

Aus dem Pferdestall in das Erholungsheim 6
Leichter Verdienst. (Lagerhausgenossenschaft) h 6
60 Prozent der Klagenfurter Lehrlinge gesundheitlich gefärdet 6

Österreichische Zeitung, 25. Dezember:

Für sie gibt es keinen Weihnachtsabend 3
Das Wort haben die Heimkehrer. Die SU entläßt österreichische Kriegsgefangene. Entschliessung. "Die Heimfahrt möchte ich mit dir teilen". Wie denken Österreicher im Lager über Österreich? Ein kleiner Ausschnitt aus einem Kriegsgefangenenlager 5

Die Presse, 25. Dezember:

SOS für Wien 1
90 Jahre Geographische Gesellschaft 7
Österreichs Vertretungen im Ausland. (Verzeichnis der derzeit bestehenden österreichischen Vertretungen im Ausland) 7
Messe oder Jahrmarkt? 9
1947 wieder Grillparzer-Preis. Von Univ.-Prof.Dr.Richard Meister, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften 8
Die Versorgung mit Schweinefleisch 10
Erdölleitung Donau - Elbe 10
Finanzgericht oder "Führererlaß"? 11

Morning News , 25. Dezember:

Mr. Hynd's message to the people of Austria. "New era of Peaceful Co-Operation" 3

Neue Zeit, 20. Dezember, Graz:

Mehr Gas vor den Feiertagen. 270 neue Wohnungen. Voranschlag der Stadtgemeinde im Gemeinderat 3

Neue Zeit, Graz, 21. Dezember:

Erhöhung der Fleischpreise ab 1. Jänner. Steiermark zahlt monatlich drei Millionen Schilling an Kriegsopferrenten. 3
Der Voranschlag der Landeshauptstadt. Von Bürgermeisterstellvertreter Hermann Aust. Fürsorgewesen und Jugendhilfe. Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen. Der Personalaufwand. Das Wohnungswesen 4

Das Steirerblatt, 21. Dezember:

Voranschlag der Stadt Graz beschlossen. Gehaltsvorschuss für die städtischen Bediensteten. Erhöhung der Schlachthausgebühren. Aussicht auf bessere Textilversorgung 3

Das Steirerblatt, 22. Dezember:

Diktatursozialisten stören Wiener Rathauskoalition 1
Die Wirtschaft: Die Lage auf dem Wäschesektor 2
1500 Tbc-Fälle in Graz 3

Wahrheit, 18. Dezember:

Ein "bürgerlicher" Mieterbund 3
Landessportrat konstituiert 3
Der Paragraph 144. Von Della Postranetzky 2

Wahrheit, 19. Dezember:

Was gibt es doch zu Weihnachten zu essen? 1
Raumheizung mit Kleinölbrennern 3

Wahrheit, 20. Dezember, Graz:

Täglich wird in Steiermark ein Haus produziert - aber für das Ausland. 1
Versagen der Milchaufbringung. Gute Getreideablieferung 2
Jeder sechste Grazer hat Wohnungssorgen. Gaszeit wird verlängert. Generaldebatte im Gemeinderat 3

Wahrheit, 21. Dezember: Graz

Wird das Fleisch ab 1. Janner teurer? Autobus-Gösting Gratwein.
Kohle "schwarz" auf dem Jakominiplatz 3

Wahrheit, Graz, 22. Dezember:

ÖVP bereitet Angriff auf den Mieterschutz vor 1
Die Brauerei Göss steht still 5
Bonbons, Schokolade und einen weissen Wecken für die Grazer Jugend 5
1500 TBC.-Kranke in Graz 5
Ueberwundene Erdenschwere. Ein wenig Geschichte des Eiskunstlaufes 4
Wien vom Hunger bedroht. (Soz. Stadtrat Sigmund) 8

Oberösterreichische Nachrichten, 24. Dez., Linz:

Industrialisierung der Bundesländer. Die Keraton-Werke in Weibern als Beispiel 4

Tagblatt, Linz, 21. Dezember:

Neue Dienst- und Besoldungsordnung angenommen. Der Linzer Gemeinderat gibt den städtischen Angestellten und Arbeitern die gleichen Rechte 2

Linzer Volksblatt, 21. Dezember:

Die Linzer Stadtväter tagten. Keine Mehrabgabe von Gas zu Weihnachten - Bilanz 1945 2

Linzer Volksblatt, 23. Dezember:

Wir lesen: Beamte, die lügen 1
"Hier" - ist auch knapp 2

Neue Zeit, Linz, 23. Dezember:

Rechte der städtischen Arbeiter pragmatisiert. Aus der Sitzung des Linzer Gemeinderates 3

Demokratisches Volksblatt, Salzburg, 21. Dezember:

Das Feuerwehrwesen im Lande Salzburg 3
Auch in Arbeiterwohnungen fliessendes Wasser und Bad. Gemeinderat beschliesst einen "Rehrl-Platz", Budget-Provisorium 1947 festgelegt 3

Salzburger Volkszeitung, Salzburg, 21. Dezember:

Der Landesfeuerwehrinspektor erzählt ... 2
Aus Ruinen wurden wieder Wohnstätten. Stolzer Erfolg der katholischen Hilfsaktion Salzburg-Itzling 3
Leistungsschau der Wirtschaft. (Salzburger Wirtschaftskammer, Fragen der Bewirtschaftung. Textilien, Lederwaren, Lebensmittelversorgung. Andere Bedarfsartikel. Kohlenversorgung, Elektromaterial, Benzin, Spezialbenzin, Fahrräder und Fahrradpneus, Fernsprechwesen, Strassenbau, Stromfrage 6
Aufgaben der Wirtschaft im Jahre 1947 6

Volkszeitung, Innsbruck, 20. Dezember:

Alle Kraft für unsere Freiheit 3

Volkszeitung, Innsbruck, 21. Dezember:

Der Kampf des Selbständigen. Freier Wirtschaftsverband Österreichs. Vordringliche Forderungen 5

Tiroler Neue Zeitung, Innsbruck, 21. Dezember:

Arbeiter und Bauer. Von Oskar Deubler 1
Reparaturkarten für Schuhe 5
Wieviel Strümpfe gibt es? 5

Vorarlberger Volksblatt, 21. Dezember: (Bregenz)

Solidarität von Bauer und Arbeiter 1

Die Neue Zeit, 20. Dezember, Klagenfurt:

Zahlen, die unser Schicksal bedeuten. Kärnten bringt als erstes Bundesland den Voranschlag für das Jahr 1947 ein. Erfolgreiche Verhandlungen des Finanzreferenten Dr. Jobst bei der Bundesregierung. Die Eröffnung der Landtagsdebatte. Alles für unsere Jugend, für Österreichs Zukunft 2

Die Neue Zeit, Klagenfurt, 21. Dezember:

Die neue Milchkontingentierung. Mindestlieferungen sind festgesetzt. Es wird eine 20prozentige Milchmehrlieferung erwartet 5
Haushaltsplan überschritten.(Gemeinderat Villach) 5
Praxis - theoretisch gefördert. Neue Volkshochschulen der Arbeiterkammer in Klagenfurt. Auch für die Hausfrau 6

Die Neue Zeit, Klagenfurt, 22. Dezember:

Perspektiven der Kärntner Wirtschaft. Planung des Wohnbauwesens nicht für Sonderinteressen, sondern für die Allgemeinheit 2
Ausschliesslich sozialistische Personalvertretung bei den städt. Verkehrsbetrieben 2
Schüler bauten ihre Schule auf. Widererstehen der Zentralberufsschule - 1939 fertiggestellt, 1944 zerstört, 1946 aufgebaut 3
Strassenbahnpendelverkehr am Abend. Um 22.30 Uhr die letzte Fahrt. Vorschläge der "Neuen Zeit" angenommen 3

Die Neue Zeit, Klagenfurt, 23. Dezember:

Weihnachtsfeiern und Jubilarehrung. Bürgermeister Petschnik würdigt die Verdienste der städtischen Betriebe Villachs 5
"Wiener Eisrevue" in Klagenfurt 5

Volkszeitung, Klagenfurt, 20. Dezember:

Bäume fällen - maschinell. Bahnbrechende Neuerungen auf dem Gebiete der Holzverarbeitung. Das "Fahrbare Sägewerk", ein Produkt kärntnerischen Erfindergeistes 3

Volkszeitung, Klagenfurt, 21. Dezember:

186 Personen wohnen in 118 Räumen. Klagenfurt im Spiegel von Zahlen 5
Aktuelle Steuerfragen. Umsatzsteuer bei öffentlicher Gewalt 4

Volkszeitung, Klagenfurt, 22. Dezember:

Oberverwaltung und Beamtenfragen 1
Eine Schule hilft sich selbst. Wiederaufbau der Zentralberufsschule in Klagenfurt zum Grossteil beendet 3
Beschlagnahmungen nach Reichsleistungsgesetz.Eine wichtige Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes 3

Vorarlberger Volkswille, Bregenz, 21.Dezember:

Aktivität u.Aktionen. SPÖ Stadtorganisation Bregenz 5

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Der Bürgermeister bei den Lehrlingen

Am Weihnachtsabend besuchte Bürgermeister General Dr. h.c. Körner die Lehrlingsheime in Döbling, Hartäckerstraße 26, und Nußdorf, Hammerschmidtgasse 22. Die Lehrlinge hatten die Heime zum Besuch ihres Bürgermeisters festlich geschmückt und bereiteten ihm einen begeisterten Empfang.

Der Bürgermeister richtete herzliche Worte an die jungen Menschen. Er zeigte den Lehrlingen die Aussichten, die ein erlerntes Handwerk in sich trägt und wünschte ihnen für ihr Fortkommen und die weitere Zukunft alles Gute. Die Lehrlinge dankten dem Bürgermeister durch ihre Lieder und andere kleine Darbietungen.

Die Gaslieferzeiten

Wie das Gaswerk mitteilt, wird morgen, Samstag, den 28. Dezember, von 6 bis 8, von 11 bis 14 und von 18 bis 21 Uhr Gas abgegeben werden.

28. Dezember 1946

Landesernährungsamt Wien — Rathauskorrespondenz — Blatt 1928

22/4 LEBENSMITTELAUFRUFE

für die Woche vom 30.12.46 bis 5.1.1947 — **WIEN**

WAREN		Normalkartenempfänger KLST 0-3 Monat	Abschn.	KLK 3-6 Monat	Abschn.	K 6-12 Monat	Abschn.	JGD 12-18 Monat	Abschn.	E über 18 Monat	Abschn.	Zusatzkartenempfänger S Schwerarbeiter Monat	Abschn.	A Arbeiter Monat	Abschn.	B Angestellte Monat	Abschn.	M Kl. Männer Monat	Abschn.
Brot	dkg	25	1/IV	50	W1/IV	50	W1/IV	50	W1/IV	50	W1/IV	140	37	35	37				
="=	"			35	2/IV	50	2/IV	100	2/IV	100	2/IV								
="=	"					30	3/IV	80	3/IV	80	3/IV								
="=Kleinabschnitte	"	20	4St	20	4St	45	9St	50	10St	50	10St								
="=	"			10	W12	10	W12	10	W12	10	W12								
Mehl	"	18	2/IV	18	3/IV	18	4/IV	18	4/IV	18	4/IV								
1 Schmalz	"							4	Kl.A.	4	Kl.A	12	38	11	38				
2 ="=	"	8	35	1/3	46 W11	1 2/3	46 W11	4/3	46 W11	4/3	46 W11								
Hülsenfrüchte	"			5	W10	5	W10	5	W10	5	W10	16	40	8	40	8	21	18	33
3 Haferflocken	"							12	4St	12	4St							17	34
4 Gerstenmehl	"							10	4St	10	4St								
Grieß	"	19	30	30	30	22	30												
Trockenei	"			1	31	1	31												
Maisgrütze	"					24	32												
Margarine	"															10	19	18	35
Zucker	"											6	41	4	41			6	36
Suppenpulver, Erbsen oder Bohnenmehl	"											13	42					13	37
5 Fischkonserven	"											45.4	43			32	20	47	38
Salzspeck	"											24	39	24	39			12	39
Frischmilch täglich	l	3/4		1/2														1/2	
Magermilch täglich	l					1/4													
6 Erdäpfel KARTOFFEL-KARTE	dkg	70	22/IV	140	22/IV	140	22/IV	140	22/IV	140	22/IV	70	44	70	44				
. . .																			
Durchschnittlicher Tageskalorienwert. Zusatzkartenempfängern einschließlich Normalzuteilung.		1007		1332		1552		1547		1547		2805		2196		1759		2508	

1) Auf 8 Fettkleinabschnitte zu je 1/2 dkg = 4 dkg
2) Die Abschnitte 35 und 46 mit Aufdruck "SV" sind ungültig
3) Auf vier Fleischkleinabschnitte je 3 dkg Haferflocken
4) Auf vier Hülsenfrüchtekleinabschnitte je 2.5 dkg Gerstenmehl
5) 45.4 dkg = eine Dose zu 16 Unsen; 32 dkg = eine Dose; 47 dkg = eine Dose zu 32 dkg und eine Dose zu 15 dkg
6) Aufruf gilt nur für jene Verbraucher die keine Einlagerung rayoniert haben, Abschnitte bleiben bis auf weiteres gültig.

Jugendliche und Verbraucher über 70 Jahre erhalten nach Anlieferung 1/8 lt Magermilch täglich.

Abschluß der Ausstellung "Niemals vergessen!"

Mit einem Rekordbesuch von 6.000 Besuchern am letzten Tag wurde am 26. Dezember 1946 die antifaschistische Ausstellung "Niemals vergessen!" in Wien geschlossen. Sie war 103 Tage lang geöffnet und wies einen Gesamtbesuch von 260.000 Menschen auf. Den Abschlußvortrag hielt der technische und künstlerische Leiter der Ausstellung Viktor Slama unter dem Titel "Belogen und betrogen". Er rief die zahlreichen Besucher dazu auf, die richtigen Lehren aus dieser Ausstellung für die praktische Arbeit im Leben zu ziehen. Er forderte sie auf zur kritischen Wachsamkeit allen Zeitereignissen gegenüber, um einer zeitgemäßen Entwicklung gegenüber nicht fremd zu verbleiben.

Namens der Stadt Wien sprach Stadtrat Viktor Matejka abschließende Worte des Dankes an alle Mitarbeiter und Besucher. Er begrüßte den mündlich und schriftlich geäußerten Wunsch zahlreicher Besucher, die Stadt Wien möge diese erste große politische Ausstellung des neuen Wien in einer dauernden antifaschistischen Gedenkstätte fortsetzen.

Ferner kündigte er die Wanderung der Ausstellung, zunächst nach Bregenz und nach Graz an, wofür bereits die Vorbereitungen getroffen werden. Im Laufe der nächsten Monate sollen dann alle größeren Städte Österreichs mit dieser Ausstellung beschickt werden. Die Ausstellung wird also ihren Beitrag auch weiterhin dazu leisten, eine neue Einstellung bei den Österreichern vorbereiten zu helfen im Sinne einer gründlichen Liquidierung des Faschismus auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Die Gaslieferzeiten

Nach einer Mitteilung der Direktion der Wiener Gaswerke wird Gas morgen Sonntag, den 29. Dezember in der Zeit von 6 bis 13 Uhr und von 18 bis 21 Uhr abgegeben.

Die Gaslieferzeiten am Montag den 30. und Dienstag den 31. Dezember sind: von 6 bis 8 Uhr früh, von 11 bis 14 Uhr und von 18 bis 21 Uhr.

Sollte die Versorgungslage der Gaswerke es gestatten, wird Montag und Dienstag vormittags ohne Unterbrechung Gas abgegeben und Dienstag abends die Lieferzeit verlängert werden.

Heimkehrer zu Weihnachten

Am Weihnachtsabend kam ein Transport aus Ägypten und England über das Sammellager Feistritz mit 1045 Mann, darunter 721 Wienern, am Hütteldorfer Bahnhof an. Am selben Bahnhof ist am 25. Dezember ein französischer Kriegsgefangenentransport aus Chartres mit 341 Heimkehrern, davon 154 Wiener, eingetroffen.

200 Tonnen Lebensmittel aus Zürich

Wie bereits mehrmals berichtet, hat die Aktion "Zürich hilft Wien", der wir schon manche wertvolle Spende verdanken, unmittelbar vor Weihnachten zu einer großen Sammelaktion aufgerufen. Die Aktion "Zürich hilft Wien" steht bekanntlich unter der Leitung des Züricher Stadtpräsidenten Dr. Lüchinger und eines aus Vertretern aller politischen Parteien und religiösen Bekenntnisse gebildeten Aktionsausschusses.

Die Leitung der Aktion hat das Weihnachtsfest zum Anlaß genommen, um für das notleidende Wien wieder eine großzügige Sammlung von Lebensmitteln zu veranstalten. Die Organisation wurde gründlich vorbereitet, die Schuljugend und die Angehörigen von Jugendorganisationen und Internaten in ihren Dienst gestellt. Die Leiter der organisatorischen Zentren der Aktion waren zumeist Gemeindevertreter, Lehrer und Geistliche. Zum Transport der Sammelgüter standen 120 Lastkraftwagen der Züricher Firmen zur Verfügung. In Aufrufen der Aktion "Zürich hilft Wien" wurde die Bevölkerung der Stadt aufgefordert, für einen bestimmten Samstag-Nachmittag ihre Spenden an entbehrlichen Lebensmitteln zur Abholung bereitzustellen. 1200 Kinder und Jugendliche schwirrten von 26 Schulhäusern, die als Sammelstellen eingerichtet wurden, in die Quartiere der Stadt Zürich aus und kämmten planmäßig Straße für Straße und Haus für Haus durch. Nach den Berichten der Züricher Zeitungen über diese Aktion wurden die eifrigen Sammler in keiner Wohnung abgewiesen. Die "Neue Zürcher Zeitung" vom 2. Dezember bezeichnet den Sammeltag für Wien als einen "Ehrentag Zürichs" und die Aktion als die "größte Lebensmittelsammlung der Stadt". "Das Sammelwerk ist durch eine begeisterte Gebefreudigkeit unserer Bevölkerung davor bewahrt worden, ein Bettelwerk sein zu müssen", berichtet die "Zürcher Zeitung". "Die meisten Geber hatten ihr Paket bereitgelegt und den Jugendlichen blieb nur noch übrig, mit lachenden Gesichtern ihre schweren Frachten auf die kleinen Wagen zu laden und dem Schulhaus zuzufahren, wo die Lebensmittelberge von Stunde zu Stunde wuchsen."

Das Ergebnis der Aktion hat die Erwartungen ihrer Veranstalter nicht nur erreicht sondern um 100% übertroffen. Man hat mit durchschnittlichen Spenden von 1 kg pro Haushalt gerechnet, aber ein doppelt so großes Ergebnis erzielt. Rund 200 Tonnen hochwertiger Lebensmittel wurden gespendet. Die ersten 5 Waggons mit 61.000 kg Lebensmitteln, wie Hülsenfrüchten, Trocken- und Kondensmilch, Kakao, Dörrobst, Fett, Sardinen und Seife, sind heute früh in Wien eingelangt und namens der Gemeindeverwaltung von Stadtrat Afritsch übernommen worden.

Für den Versand der in der Sammlung aufgebrachten Getreideprodukte, wie Mehl, Grieß und Kindernährmittel, für die in der Schweiz ein Ausfuhrverbot besteht, liegt die Zustimmung der zuständigen amerikanischen Behörden noch nicht vor. Es ist aber zu hoffen, daß diese bald erteilt werden wird, sodaß der Rest von rund 14 Waggons Cerealien ebenfalls bald in Wien einlangen kann.

Diese großzügige Lebensmittelspende wird in erster Linie den von der Gemeinde betriebenen und betreuten Wohlfahrtsanstalten zugeführt werden. Es werden damit die öffentlichen und privaten Kinderheime, Kindergärten und Jugendhorte, Lehrlingsheime, Erziehungsanstalten und Spitäler beteilt werden. Es ist aber auch geplant von Lebensmittelsorten, die in größeren Mengen im Rahmen dieser Aktion einlangen, einen zusätzlichen Aufruf für alle Jugendlichen Wiens zu machen. Darüber kann jedoch erst entschieden werden, wenn das gesamte Sammelergebnis in Wien eingetroffen sein wird.

Mit dieser Aktion hat die Stadt Zürich wieder einen neuen Beweis für ihre große Freundschaft zu Wien und für die Gebefreudigkeit der Schweizer erbracht. Ähnliche Sammelaktionen wurden auch in Thurgau, Winterthur und Biel veranstaltet.

Der Bürgermeister hat der Aktion "Zürich hilft Wien" den Dank der Stadt Wien für diese Spende bereits übermittelt.

Preise der aufgerufenen Lebensmittel

Für die im Rahmen des Wochenaufrufes 22/4 vom 3o.12.1946 bis 5.1. 1947 vorgesehenen Lebensmittel gibt das Marktamt der Stadt Wien folgende Verbraucherpreise bekannt:

Schmalz	S 2.16	pro kg
Salzspeck	S 1.7o	" "
Margarine	S 3.72	" "
Erbsen	S o.9o	" "
Bohnen	S o.6o bezw. S o.94	" "
Haferflocken	S 1.1o	" "
Gerstenmehl	S o.51	" "
Griess	S o.78	" "
Trockenei	S 7.--	" "
Maisgrütze	S o.51	" "
Zucker (Normalkristallzucker)	S 1.8o	" "
Zucker (Feinkristallzucker)	S 1.82	" "
Suppenpulver	S 1.96 bzw. 2.3o	" "
Erbsenmehl	S 1.--	" "
Bohnenmehl	S 1.o4	" "
Fischkonserven, Dose zu 15 dkg	S o.72	" "
" " , Dose zu 32 dkg	S 1.5o	" "
" " , Dose zu 45.4 dkg	S 2.2o	" "

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Griessaufruf für Kinder

Der für die kommende Woche aufgerufene Griess wird für Kinder bis zu 6 Jahren auf Abschnitt 3o und für Kinder von 6 bis 12 Jahren auf Abschnitt 33 der Lebensmittelkarte abgegeben.

Eierausgabe für Kinder

Die Kinder bis zu 6 Jahren erhalten auf Abschnitt p des Einkaufscheines ein Ei gegen nachträgliche Anrechnung auf den Kalorienansatz. Mit der Ausgabe wird morgen, Montag, begonnen.

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Bäckerei auf Brotmarken

Die Zuckerbäcker sind berechtigt, an alle Verbraucher ohne Unterschied der Altersgruppe die anlässlich der Weihnachtsfeiertage erzeugte Bäckerei auf Brotkleinabschnitte der Lebensmittelkarten abzugeben.

Die eingenommenen Brotabschnitte sind nach dem 5.Jänner 1947 wie üblich in der Bezirksverrechnungsstelle abzurechnen. Der zur Ausgabekontrolle vor Weihnachten aufgerufene Abschnitt 29 der Lebensmittelkarten für Kinder und Jugendliche ist nicht zu verrechnen. der erhaltenen Bezugschein ist bei der "Zubäck" abzugeben.

Zusatzkartenausgabe durch die Kartenstellen

Die Kartenstellen geben die Lebensmittelzusatzkarten für die kommende Versorgungsperiode an Betriebe mit 1o oder weniger Angehörigen abMontag, den 3o.Dezember 1946,nach den Anfangsbuchstaben der Firmennamen aus, und zwar für A bis G am Montag, H bis K am Dienstag, L bis O am Donnerstag, P bis Sch am Freitag und St bis Z am Samstag.

Ausgabezeit am Samstag von 8 bis 12 Uhr und an den übrigen Tagen von 1o bis 15 Uhr.

Die Anforderungslisten sind in zweifacher Ausfertigung beizubringen. Bei jedem Bezugsberechtigten ist der Wohnbezirk anzugeben.

P r e s s e s p i e g e l vom 27./28.Dez.1946

Wiener Kurier, 27. Dezember:

Amerika übergibt fünf grosse Wohnbauanlagen an Österreich. Früherer deutscher Realbesitz im Werte von 30 Millionen Schilling 1
Französische Spende für Wiener Kinder 3
Wieder Musik im Opernhaus am Ring. Foyer als Kammermusiksaal vorgesehen 4
Kamera kämpft gegen Tuberkulose. Aufnahmen in der Lupusheilstätte zu dem Film "Die Macht im Dunkeln" 4

Weltpresse, 27. Dezember:

Illegalität auf jeden Fall Kündigungsgrund 2

Welt am Abend, 27. Dezember:

SPD-Bürgermeister von 1932 - wieder Bürgermeister von Hamburg 2
Neuerwerbungen der Städtischen Sammlungen. RK 3
6.000 Schneearbeiter gesucht ... 3

Neues Österreich, 28. Dezember:

Bundespräsident Dr. Renner: 30.000 Mann Besatzungstruppen würden genügen 1
Der Literaturwettbewerb der Jugend 2
260.000 Personen besuchten die Ausstellung "Niemals vergessen!" 3
Der Bürgermeister bei den Lehrlingen. RK 3

Arbeiter-Zeitung, 28. Dezember:

Die Wiener Tariferhöhungen. Nur zur Deckung der Selbstkosten 1
Wohnhausbau und Wohnbaufinanzierung 1
Höhepunkt der Leuchtgaskatastrophe. Vierzehn Tote und dreiundvierzig Vergiftete während der Feiertage. Nicht nur Unglücksfälle, sondern auch Selbstmorde 3
Der Oberste Gerichtshof über den Schnaps 3
Der Bürgermeister bei den Lehrlingen.RK 3
Niederösterreichische Landgemeinden helfen Wien 3

Das Kleine Volksblatt, 28. Dezember:

Vizebürgermeister Lois Weinberger: Der Stadthaushalt Wiens 1
Strassenbahn, Gas und Licht sollen teurer werden 4
Weihnachtsausstellung des Wiener Kunsthandwerkvereines. 7

Österreichische Volksstimme, 28. Dezember:

Bittere Überraschungen zum neuen Jahr: Eine Strassenbahnfahrt 35 Groschen. Erhöhung der Gas- und Strompreise um 40 Prozent. Aeusserst magerer Lebensmittelaufruf. Der erste Lebensmittelauf des neuen Jahres 1
Nicht nur Wein und Bier, sondern auch Schnaps ist lebenswichtig 3
Noch keine Besserung der Erdgaslieferung 3
Möbel für das Volk, 'Von Fritz Neubauer, Sekretär der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft 2

Österreichische Zeitung, 28. Dezember:

Straßenbahn, Gas und Strom werden teurer 2
"Mitglieder der Reichskulturkammer" bevorzugt. Korporation der Buch-, Kunst- und Musikalienhändler in Wien 2

Schüler und Lehrer erbauten selbst ihre Schule(Klagenfurt) 2
Rettungsgesellschaft hatte in der Weihnacht Hochbetrieb.
Zahlreiche Unglücksfälle durch ausströmendes Leuchtgas 3
Gas als Treibstoff für Kraftwagen 4

Die Furche, 28. Dezember:

Ziffern, die reden. (Führerköpfe der Beamtenschaft abgeschlagen. Niederösterreichisches Landhaus und Verwaltung der Stadt Wien.) 2
Ein Erlebnisbuch Dr. Schuschniggs. Ein wichtiges zeitgeschichtliches Werk 6
Wasserkraft, Strom und Licht. Von Dr.techn.V.Rybicka 10

Tagblatt Linz, 24. Dezember:

Besuch in Wien. Von Giuseppe Saragat. (Österreichischer Sozialismus.) 1

-o-o-o-o-o-

K u l t u r d i e n s t d e r S t a d t W i e n

(Beilage zur "Rathaus-Korrespondenz")

28.Dez.1946 Blatt 391

Volksbildung - Wiener Volkshochschulen

Urania, I.Uraniastrasse 1.

Film: "Die steinerne Blume" - Tägl.17. u.19.3o Uhr.
Märchenfilm :"Der Zauberfisch" - Tägl.14.3o Uhr.
So.5.Jänner. Führung Ing.Wolfram Ernst:Welchen Raum nahm Wien zur Zeit der Babenberger ein? Treffpunkt 9.15 Uhr I.Morzinplatz, am Fusse der Ruprechtsstiege.
Führung Reg.Rat.Prof.Rudolf Sterlike:Atelier des Bildhauers Leopold Bittenauer. Treffpunkt 1o Uhr V., Spengergasse 13/6. Strassenbahnlinie 62 oder 65 bis Matzleinsdorfer Kirche.
Führung Olga Tomaschek: Die Kapuzinerkruft und der Neue Markt. Treffpunkt 1o Uhr vor der Kapuzinerkirche.

Volksheim Ottakring, XVI., Ludo Hartmannplatz 7,

Di.31.Dez. Silvester-Feier unter Mitwirkung namhafter Künstler (2o Uhr).
Mi. 1.Jänner. Gastspiel der Wiener Künstlergemeinschaft. "Zwei Dutzend rote Rosen". Lustspiel in drei Akten von Aldo Benedetti. Leitung: Burgschauspielerin Gisa Wilke (19 Uhr).
Sa. 4.Jänner.Lichtb.Vortrag Erich Dolezal: Der Mond, Ziel der Weltraumfahrt (17 Uhr).
Dr.Karl Ziak: Die politischen Ideale des Amerikaners (19 Uhr).
So. 5.Jänner.Kammerschauspielerin Maria Eis: Monologe, Balladen und Melodramen. Am Klavier Dr.Erik Werba (19 Uhr).
Die Volkssternwarte Ottakring, XVI., Vogelweidplatz 15 ist an sternklaren Abenden Dienstag und Freitag von 2o bis 21.3o Uhr geöffnet.

Volksbildungshaus Margareten, V.Stöbergasse 13.

Mo.3o.Dezember.Film: "95o Jahre Österreich" (17 und 19.15 Uhr.)
Di.31.Dezember.Kinder-Silvesterfeier: Max und Moritz (14.45 Uhr).
Film: "Ein glücklicher Mensch"(17 Uhr)

"Das verwunschene Schloss" Operette von Berla-Millöcker (19.15 Uhr).
"Silvester-Feier" ab 22 Uhr.

Mi.1.Jänner Märchenfilm: "Das tapfere Schneiderlein" (13 Uhr).
Film: "Ein glücklicher Mensch" (14.45 Uhr und 17 Uhr).
"Das verwunschene Schloss"Operette von Berla-Millöcker (19.15 Uhr).

Do.2.Jänner. Film: "Ein glücklicher Mensch"(17 u.19.15 Uhr).

Fr.3.Jänner. Film: "Nachtasyl" (17 u.19.15 Uhr).

Sa.4.Jänner. Film: "Nachtasyl" (14.45, 17 u.19.15 Uhr).

So.5.Jänner. Märchenfilm: " Der gestiefelte Kater"(13 Uhr).
Film: "Nachtasyl" (14.45, 17 u.19.15 Uhr).

Volksheim Alsergrund, IX., Galileigasse 8.

Di.31.Dezember."Zwei heitere Stunden am Silvester-Abend". Es konferiert Prof.Dr.H.Ellenberger (19 Uhr).

Mi.1.Jänner. Film:"Glückliche Schweiz" (14, 16 u.18 Uhr IX., Sensengasse 3).

Sa.4.Jänner Märchenfilm: "Der Lügenbrei" (14 Uhr IX., Senseng.3).
Film: "Der Barbier von Sevilla" (16,18 Uhr, IX., Sensengasse 3).

So.5. Jänner. Märchenfilm:"Der Lügenbrei" (14 Uhr, IX.,Sensengasse 3.)
Film:" Der Barbier von Sevilla" (16,18 Uhr IX., Sensengasse 3).

P r e s s e s p i e g e l vom 28./29. Dez. 1946

Weltpresse, 28. Dezember:

Zwanzig Jahre Konzertvereinigung Wiener Staatsopernchor 6
35-Groschen-Tarif auf den Wiener Straßenbahnen. Stadtrat Honay kündigt Erhöhung des Gaspreises um 40 Prozent an. Auch Arbeiterwochenkarten werden teurer 8

Weptpresse, 28. Sezember, Abendausgabe:

Stockung im Bezug der UNRRA-Zigaretten. Provinz ließ in Wien einkaufen. Länderquantum kommt zurück 8
Richard Waldemar gestorben 8

Welt am Abend, 28. Dezember:

Bekommt die Wiener Polizei Gummiknüppel? 3
Wiener Kulturnachrichten: Förderung österreichischer Musiktalente. Gesellschaft der Musikfreunde 5
Besuch bei Adalbert Stifter. (Adalbert-Stifter-Ausstellung im Pasqualitischen Haus .) 6

Neues Österreich, 29. Dezember:

Was gab der Budapester zu Weihnachten aus? 2
Gefahr empfindlicher Einschränkung des Güterverkehrs. Bemerkenswerte Mitteilungen über Verkehrsleistungen und und Kohlenverbrauch der Staatsbahnen 2
Sowjetkommandantur übergibt Wohnhäuser und öffentliche Gebäude 4
Weihnachtsausstellung wird bereits am Neujahrstag geschlossen 4
Zürich schenkt Wien 20 Waggon Lebensmittel. 61 Tonnen sind bereits angekommen. Zur RK 4
Ein Weihnachtsbaum für Baldur v. Schirach 4
Die Gaslieferzeiten bis Neujahr. RK 4
1500 Lebensmittelkarten gestohlen.(Kartenstelle am Hebbelplatz.) 4
2123 kg Trockenfleisch unterschlagen. (Wiener Fleischwerke) 4
Wiederaufnahme der Postkraftfahrlinie Wien-Bratislava 4
Das Leichenbegängnis des Riegierungsrates Prof.Franz Čizek 4

Arbeiter-Zeitung, 29. Dezember:

Ein Jahr sozialistische Parlamentsarbeit. Was haben die sozialistischen Volksvertreter geleistet? Gegen die Einschränkung der Rechte des österreichischen Parlaments. Lösung der Nazifrage. Verstaatlichung der wirtschaftlichen Schlüsselbetriebe. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Land- und Forstarbeiterschaft. Betriebsrätegesetz. 1
Österreichs Ernährungslage droht sich zu verschlechtern. (London "Economist".) 1
Die Gemeindebe diensteten für die Heimkehrer 4
Kriegsschäden dürfen nicht auf die Mieter abgewälzt werden 4

Das Kleine Volksblatt, 29. Dezember:

Weltanschauung und Wirtschaft. Von Landtagsabg.Franz Lifka 3
Elebnisse eines Untermieters 4
Geschäfte der "Wiflag" wurden untersucht 5

Österreichische Volksstimme, 29. Dezember:

Der Heimwehr-Mandl an der Grenze. Der Geldgeber Starhembergs und Waffenschieber Mussolinis schon wieder da 1
Ankerbrotarbeiter gegen Ernennungswillkür Dr. Kraulands 2
Zum Lebensmittelaufruf dieser Woche: Vom Ernährungsbeirat der "Volksstimme" 2
Brotsorge durch Pfundspende nicht gebannt 2
Wer erhält Gewerkschaftsunterstützung? 2
Der "Neujahrsgruß" des Rathauses. Die bevorstehenden Tariferhöhungen und ihr Echo 3
Stadlauer Lederfabriken beschenken Bergarbeiterkinder. 3
Bally-Arbeiter erzeugen 100 Paar Weihnachtskinderschuhe 3
So entsteht die Wohnungsnot. Servitengasse 20 3
Keine Abwälzung der Kriegsschäden auf die Mieter.(Eine Entscheidung des Wiener Zivillandesgerichtes.) 3

Österreichische Zeitung, 29. Dezember:

Freigabe von Wohnungen und Gebäuden in der Wiener Sowjetzone 1
Radio Moskau sendet Bericht von den Neujahrsfeiern in österreichischen Kriegsgefangenenlagern 1
Wiedergutmachung - gegen die Geschädigten? Verluste bezahlt das Opfer des Naziregimes.Einschränkung des Erbrechtes 2
Neue Baupläne der Wiener Poliklinik 3
Linz hat 176.000 Einwohner 3
Wiener Strassenbahn vor Neujahr 4
Das weiße Wunder vom Augarten.(Drei Jahrhunderte Wiener Porzellanmanufaktur.) 4

Welt-Illustrierte, 29. Dezember:

Dr. Körber empfing die schwedische Eishockeymannschaft Södertelje (Bild) 5

Sport-Tagblatt, 30. Dezember:

Was treibt der Heimwehr-Mandl in Liechtenstein? Der Geldgeber Starhembergs und Dufreund Mussolinis in Vaduz aufgetaucht. Hat er Helfershelfer in Österreich? 1
Schwedische Arbeiter für Wiener Kinder 3
Polizeipräsident Bürgermeister von Rom 5

Welt am Montag, 30. Dezember:

46.000 t Zucker warten auf die Verbraucher. Vorläufig keine Erhöhung der Rationen möglich 1
Strassenbahnzug auf dem Gürtel überfallen 3
Die Lebensmittelkartendiebe verhaftet 3
Strafprozesse im kommenden Jahr 3
Meine respektlosen Wünsche für 1947.(Stadtrat Dr.Viktor Matejka 3
Bunte Scheiben. Besuch in Wiens grösster und ältester Glasmalerei 3
Anderthalb Millionen Schilling für die Behebung von Kriegsschäden. (Gemeinderatsausschuss für Bauangelegenheiten.) 3
Linien 46 und 49 fahren über Bellariaschleife 3
Mozart-Grab erhält neuen Gedenkstein 4
Spiegelbild des Verkehrswesens. Aus der Wiener Verkehrsstatistik 4
Vom Jänner bis zum Dezember: Ein Jahr Sportgeschehen in Österreich 16

Das Steirerblatt, Graz, 24. Dezember:

Wo bleiben die Waren? Nahezu taglich Verteilersitzungen. Bevorzugte Abgabe an Arbeiter. Es summiert sich ... (Von Landesrat Kammeramtsdirektor Dr.Udo Illig.) 6

Das Steirerbaltt, Graz, 25. Dezember:

Für einheitliche Sprechtage! (Behördentage) 3

Wahrheit, 24. Dezember: (Graz)

Wer verdient an den Erdäpfeln? "Gedanken zur steirischen Agrarpolitik". 3
Heimkehrer,Achtung (Heimkehrerabwicklungsstelle) 3

Oberösterreichische Nachrichten, 28. Dezember, Linz:

Die Tariferhöhungen bei den städt. Unternehmen 3
Erhebungen über deutsche Forderung und Verpflichtungen. Magistrat der Landeshauptstadt Linz a.d.D. 4

Salzburger Volkszeitung, 27. Dezember:

Neugestaltung des österreichischen Berufsschulwesens. (Konferenz aller Aufsichtsbehörden der österr. Berufsschulen.) 3

-o-o-o-

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Schwedische Trockenmilch

Die Ausgabe Schwedischer Trockenmilch für die 3 - 6 jährigen Kinder der Bezirke II, IV, V, VIII, XII, XIV, XVI, XXI und der Orte Liesing, Atzgersdorf, Erlaa, Siebenhirten und Inzersdorf, die an der Ausspeisung in der letzten Woche teilgenommen haben, die für den 30.12.1946 vorgesehen war, wird auf Dienstag, den 7.1.1947 verschoben. Dieser Tag ist unbedingt einzuhalten.

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Jänner 1947.

Im Jänner 1947 sind nachstehende Abgaben fällig:

Am 1. Jänner: Jagdsteuer für das erste Halbjahr 1947.

Vom 2. Jänner bis zum 31. Jänner: Hundesteuer für das Jahr 1947.

Bis zum 10. Jänner: Getränkesteuer für Dezember, Vergnügungssteuer für die zweite Hälfte Dezember.

Bis zum 14. Jänner: Anzeigenabgabe für Dezember.

Am 15. Jänner: Lohnsummensteuer für Dezember.

Bis zum 25. Jänner: Vergnügungssteuer für die erste Hälfte Jänner.

Was ist im Rathaus geschehen?

Unter diesem Titel hält der Pressechef der Stadt Wien, Hans Riemer, Mittwoch, den 1. Jänner 1947 um 18.30 Uhr im Sender I der "Ravag" einen Rückblick auf die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung im Jahre 1946.

Gedrosselter Wasserleitungsdruck bei Nacht

Trotz wiederholter Pressenotizen häufen sich die Anzeigen über Störungen durch Frost, die beweisen, daß die notwendigen Schutzmaßnahmen gegen das Einfrieren der Wasserleitungen nicht getroffen wurden. Es wird daher nachdrücklichst aufmerksam gemacht, daß die Wasserwerke der Stadt Wien infolge der bestehenden Verhältnisse (Mangel an Treibstoffen, Auftaumaterial, Armaturen, Fahrzeugen etc.) nicht in der Lage sind, Frostschäden an den Wasseranschlußleitungen bezw. Wassermessern zu beheben. Dringende persönliche oder telephonische Interpellationen bei den Wasserwerken in solchen Fällen sind daher zwecklos. Jeder, der die notwendigen Maßnahmen nicht selbst veranlaßt hat, hat sich die Folgen selbst zuzuschreiben. Für die Behebung von Frostschäden an Inneneinrichtungen (nach dem Wassermesser) sind ausschließlich die Installateure zuständig.

Infolge des herrschenden Wassermangels sind die Wasserwerke außerdem gezwungen, während der Nachtzeit (von 21 - 5 Uhr) Drosselungen vorzunehmen, wodurch in dieser Zeit eine Druckverminderung eintreten bezw. das Wasser auch ganz ausbleiben kann.

Gaslieferzeiten vom 1. bis 4. Jänner 1947

Von Mittwoch, den 1. Jänner bis Samstag, den 4. Jänner 1947 gelten folgende Gaslieferzeiten:

Mittwoch, Donnerstag und Freitag:
von 6 bis 13 Uhr und
von 18 bis 20 Uhr;

Samstag:
von 6 bis 8 Uhr,
von 11 bis 14 Uhr und
von 18 bis 20 Uhr.

Diese Gaslieferzeiten gelten unter der Voraussetzung, daß keine weitere Verminderung der Erdgaslieferung eintritt. An sonsten müßten die Gaswerke gegen Vorankündigung durchs Radio Kürzungen vornehmen.

Normale Sperrstunde zu Silvester

Auf Grund von Anfragen aus Interessentenkreisen wird mitgeteilt, daß eine Verlängerung der Sperrstunde der Gast- und Kaffeehäuser in der Silvesternacht von den zuständigen Organisationen heuer nicht beantragt und daher auch nicht verordnet wurde.

Über Ansuchen des österreichischen Direktorenverbandes wurde nach Einholung der Zustimmung der Interalliierten Kommandantur für jene Gaststätten und Vergnügungslokale, die Artisten und Bühnenkünstler beschäftigen, die Sperrstunde in der Silvesternacht von 1946 auf 1947 mit 3 Uhr früh festgelegt.

Zu Silvester früher Dienstschluß beim Magistrat

Morgen Dienstag, den 31. Dezember 1946 endet die Dienstzeit der städtischen Ämter und Dienststellen um 12 Uhr mittags.

Dies gilt nur für nicht kontinuierliche Betriebe und Dienstzweige.

Alte und neue Filme

In der "Gesellschaft der Filmfreunde Österreichs" hält der bekannte Filmforscher- und Kritiker Prof. Dr. A. Hübl ab 13. Jänner 1947 jeden Montag, um 18 Uhr 30, im Kinosaal der Staatlichen Hauptstelle für den Bildungsfilm, Wien IX., Sensengasse 3, einen neuen Filmkurs:

"Wir sprechen über alte und neue Filme"

mit Filmvorführungen, Diskussionen, Besichtigung eines Filmateliers und einem Vortrag eines prominenten Regisseurs.

Näheres im Sekretariat der Gesellschaft, Wien I., Weihburggasse 4, Tel. R 27-6-30.

Der Strassenbahnverkehr in der Sylvesternacht

In der Sylvesternacht vom 31.Dezember 1946 auf den 1.Jänner 1947 werden einzelne Radiallinien und die Ringlinien B und B_K um etwa 4 Stunden über den regelmässigen Betriebsschluss hinaus geführt. Aus den Anschlägen in den Wagen sind die im Nachtverkehr betriebenen Strassenbahnlinien ersichtlich. Der Nachtfahrpreis beträgt für jede Person 5o g, der Tagesfahrschein, der Kinderfahrschein, die Wochenkarten und die Zeitkarten haben auf den Nachtverkehrszügen keine Gültigkeit.

Ehrengrab für Professor Cizek

Am heutigen Tage wurde Regierungsrat Prof.Franz Cizek, der Schöpfer der Wiener Jugendkunstklassen, der im 81.Lebensjahre verstorben ist, in dem von der Stadt Wien gewidmeten Ehrengrabe auf dem Zentralfriedhof beerdigt. Im Auftrage des Bürgermeister General a.D. Dr. h.c. Theodor Körner, überbrachte der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe Kultur und Volksbildung Dr.Viktor Matejka, die letzten Grüsse der Stadt Wien. Er führte in seiner Ansprache folgendes aus:

Mit Professor Franz C i z e k hat Wien eine der markantesten Persönlichkeiten auf dem Gebiete der Kunsterziehung verloren. Er, der sich schon als junger Mensch mit dem Problem der Weckung und Förderung der schöpferischen Begabung im Kinde befasste, schuf bereits vor mehr als fünfzig Jahren eine Erziehungsmethode, die ihre Krönung in seinem Lebenswerk, der weltberühmten "Wiener Jugendkunstklasse" finden sollte. Als Absolvent der Akademie der bildenden Künste mit dem nowendigen fachlichen Rüstzeug versehen, gelang es Prof. Cizek, die Wiener Kinder in die ihnen eigentümliche Welt des bildnerischen Schaffens und Gestaltens einzuführen und in den jugendlichen Seelen einen Stil zu erwecken, der den kindlichen Bildformen in künstlerischer Weise Ausdruck verlieh.

Wenn Professor Cizek solcher Art zu einem der vornehmsten Erforscher der Kinderseele, ja zum Entdecker des schöpferischen Kindes wurde und damit wertvollste Erkenntnisse für die künstlerische Erziehung des Volkes schlechthin gewann, so darf in diesem Zusammenhang mit besonderer Genugtuung darauf hingewiesen werden, dass es Wiener Kinder waren, die unter der künstlerischen Hand Cizek's unbewusst zu Pionieren der Jugendkunst wurden und dass die Leistungen eben dieser Wiener Kinder die Aufmerksamkeit weitester Kreise auf sich lenkten, sodass alsbald aus allen Ländern Europas und von Übersee Interessenten kamen, um die Wiener Jugendkunst zu studieren und für ihren Bereich auszuwerten.

Die Stadt Wien ist am Lebenswerk Prof. Cizek's nicht achtlos vorbeigegangen. Stand der Wiener Landesschulrat, als er bereits 1897 die Konzession für eine Zeichen- und Malschule des Meisters erteilte, sozusagen Pate bei den Bemühungen Prof. Cizek's, für seine Erkenntnisse das notwendige Betätigungsfeld zu schaffen, so waren

es in der Folge die Wiener Jugendkunstklassen, deren sich die Stadtverwaltung bis zum heutigen Tage in besonderer Weise annahm, sie betreute und beschützte. Die Stadt Wien macht es sich aber auch zur Ehrenpflicht, die Wiener Jugendkunstklassen im Geiste des Verblichenen fortzuführen und damit, über die Widmung eines Ehrengrabes hinaus, zu sorgen, dass der Name dieses grossen Künstlers und Menschen, im Kulturleben unserer Heimatstadt unvergessen bleibt. Die Erhaltung und Fortführung der Wiener Jugendkunstklassen als schulische Einrichtung unserer Stadt sei zugleich der Dank an den Mann, der, um mit Stifter zu sprechen, auf dem Gebiete der Kindesseele" das Göttliche im Kleide des Reizes sichtbar werden liess".

K u l t u r d i e n s t d e r S t a d t W i e n

(Beilage zur "Rathaus-Korrespondenz")

30. Dez. 1946 Blatt 393

Berühmte Wiener Künstler im Volksheim Ottakring

Stadtrat Viktor Matejka hat an bekannte Wiener Künstler die Bitte gerichtet, an der im Volksheim Ottakring stattfindenden Sylvesterfeier mitzuwirken. Eine große Anzahl unserer Künstler hat dieser Bitte Folge geleistet, und es haben ihr Mitwirkung zugesagt:

Frau Prof. Hanna Berger, Frau Maria Eis, Burgtheater, Frau Kammersängerin Anny Konetzny, Frau Lili Stepanek, Burgtheater, Frau Ilona Steingruber, Lisalotte Wiedermann, Staatsopernballett.

Die Herren: Hans Bachmayer, Prof. Robert Fanta, Karl Farkas, Paul Kemp, August Keilholz, Tomislav Neralic, Staatsoper, Prof. Friedrich Wildgans.

Bei der Überbürdung dieser Künstler gerade in der Sylvesternacht muß deren liebenswürdige Zusage besonders geschätzt werden.

Konzertabend Miklos Hegedüs

Der Konzertmeister der Wiener Symphoniker, Miklos Hegedüs spielt am 9. Jänner 1947 um 19 Uhr im Großen Musikvereinssaal die Violinkonzerte von Ernst von Dohnanyi und Mendelssohn, sowie die Symphonie espagnole von Lálo. Mitwirkende: Die Wiener Symphoniker unter Leitung von Prof. Robert Fanta.

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Morgenständchen beim Bürgermeister

Heute früh brachte der Jugendchor des Konservatoriums der Stadt Wien unter seinem Chormeister Ernst Karl Hofmann dem Bürgermeister General Dr. h.c. Körner im Vorraum seines Arbeitszimmers ein Ständchen. Der Bürgermeister hörte mit großer Freude den ausgezeichnet gebrachten Darbietungen zu und dankte in herzlichen Worten den jungen Leuten für die wohlgelungene Überraschung.

Betriebszeiten der städt. Bäder

Ab 1. Jänner sind die städtischen Bäder an folgenden Tagen geöffnet:

das städtische Jörgerbad (ohne Schwimmhalle):

Freitag 9 - 19
Samstag 8 - 19
Sonntag 7 - 12

die übrigen städtischen Bäder:

Freitag 13 - 19
Samstag 7 - 19
Sonntag 7 - 12

Für das Bad Mödling müssen die Badezeiten mit Rücksicht auf die Stromverbrauchsregelung fallweise festgesetzt werden.

Neujahrs-Radio-Ansprache des Bürgermeisters

Der Bürgermeister der Stadt Wien, General a.D. Dr.h.c. Theodor Körner hat in der Neujahrsnacht über den Sender Wien I folgende Ansprache gehalten:

Als Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien entbiete ich allen, die im abgelaufenen Jahre dazu beigetragen haben, daß wir wieder ein Stück vorwärts gekommen sind, Dank und Gruß! Ich danke aber auch den alliierten Mächten und dem übrigen Ausland, dessen großherzige Hilfe in diesem Jahre wirksam geworden ist und die Gesundheit unseres Volkes vor weiterem Verfall bewahrt hat. Vom kommenden Jahre erwarten wir, daß es uns wieder einen beträchtlichen Schritt weiter in der Gesundung unserer heimischen Wirtschaft bringen wird. Wenn es uns auch den Staatsvertrag und damit die wirkliche Befreiung bringt, dann dürfen wir vom neuen Jahr den endlichen Wegfall der den wirtschaftlichen Ausgleich hemmenden inneren Schranken und für jeden einzelnen von uns mehr Bewegungsfreiheit und einen größeren Anteil an den wirtschaftlichen Gütern unseres Landes, damit aber auch gesteigerte Arbeitskraft und mehr Lebensfreude erhoffen. Die Stadt Wien wird im Jahre 1947 ihre Bemühungen fortsetzen, wieder zu werden, was sie vor dem Einbruch des Faschismus in unser Land war, nicht nur eine der schönsten und reinsten, sondern auch eine der bestverwalteten Städte der Welt.

Der Bürgermeister beim Bundeskanzler

Der Bürgermeister von Wien, General a.D. Dr.h.c. Körner, hat heute vormittags Bundeskanzler Dr.Ing. Figl einen Besuch abgestattet und ihm die Glückwünsche der Stadt Wien für das Jahr 1947 übermittelt. Der Kanzler hat die Wünsche des Bürgermeisters mit großer Freude entgegengenommen und ihm versichert, daß die Bundesregierung alles daran setzen werde, den Wiederaufbau der Stadt Wien im Jahre 1947 zu fördern.

Neujahrsempfang beim Bürgermeister

Heute mittags empfing Bürgermeister General Körner das Präsidium der sozialistischen Gemeinderatsfraktion und die Fraktion der sozialistischen Stadträte, die ihm ihre Wünsche zum Jahreswechsel überbrachten. Für die sozialistische Gemeinderatsfraktion sprach Gemeinderat Lötsch, für die sozialistischen Stadträte Vizebürgermeister Speiser und namens ihrer Gruppen, Bezirksvorsteher Michal und Fürsorgeinstituts-Vorsteher Seba, für die weiblichen Mitglieder der Fraktion Rudolfine Muhr. Bürgermeister Körner dankte gerührt für die überbrachten Glückwünsche und wies alle persönlichen Verdienste zurück, indem er das Erreichte als eine Kollektiv-Leistung aller Organe der Verwaltung bezeichnete.

P r e s s e s p i e g e l vom 30. und 31. Dez.1946

Seite:

Wiener Zeitung, 28. Dez.

Änderungen in der Verbrauchsschichtung (Übersicht). 2
Der Bürgermeister bei den Lehrlingen.RK. 3

Wiener Zeitung, 29. Dez.

Wo ist die Kohle der Bahnen wirklich? 1
Ein Jahr der Gesellschaft der Filmfreunde. 3
Zürich spendet 200 Tonnen Lebensmittel. 4
Die Wiederherstellung der Dominikanerkirche. 4
Unterstützungsregulativ (Österr. Gewerkschaftsbund). 4
Preise für Wild und Wildgeflügel. 4

Wiener Kurier, 30. Dez.

Für fünf Millionen Kinder in Europa täglich eine Mahlzeit.
Das internationale Kinderhilfswerk wird fortgesetzt. 1
Sowjet-Kommandantur übergibt Wohnhäuser an Wiener Behörden. 2
Wien ist bereit für 1947.
Betriebsverlängerung auf der Straßenbahn. Erhöhte Bereitschaft bei der Polizei. 3
Fassadenkletterer wollten Hotelruine plündern. Verbrecherjagd mit der Feuerleiter. 3
Wasserrohrbruch bei der Ungarbrücke. 3
Kampf gegen verdorbene Lebensmittel. Fettuntersuchung macht keine großen Sorgen. 3
Der Weg in achtzehn Monaten. Österreichs Wirtschaft 1 1/2 Jahre nach Kriegsende. Das österr. Institut für Wirtschaftsforschung berichtet. 4

Weltpresse, 30. Dez.

100.000 Schwedenkronen für ein Wiener Heim. 2
Straßenbahnzug auf dem Gürtel überfallen. Bewaffnete Banditen plündern Fahrgäste aus. Militärpolizei verhaftet die Täter. 5
Bombenschaden rechtfertigt nicht Eigenbedarf. Kriegsschäden dürfen nicht auf dem Mieter überwälzt werden. 5
Verwahrlosung und ihre Verhütung. Ein brennendes Problem unserer Zeit (Vortragsreihe im Volksbildungswerk, Dr.A. Aichhorn). 6

Neues Österreich, 31. Dez.

Ausstellung hervorragender Sowjetmaler in Wien. 2
Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Jänner.RK. 2
Die Sperrstunde in Wien zu Sylvester. 3
Ehrengrab für Prof. Cizek. 3
Die Brotkrise in Wieh überwunden. Neue Getreidezufuhren aus Triest im Anrollen. 3
Gedrosselter Wasserleitungsdruck bei Nacht. RK. 3
Gaslieferzeiten vom 1. bis 4. Jänner. 3
Zu Sylvester früher Dienstschluß beim Magistrat. RK. 3

Seite:

Arbeiter Zeitung, 31. Dez.

Zu neuer Arbeit! Von Vizekanzler Dr. Adolf Schärf (Radioansprache). 1
Respektlos oder taktlos? (Neujahrsbetrachtung Stadtrat Dr. Matejka in der "Welt am Montag). 2
Mit Wasser sparen! RK. 3
Schützt die Wasserleitungen vor dem Einfrieren! RK. 3
Über die Tätigkeit der Gemeindeverwaltungspricht der Pressechef der Gemeinde Riemer. RK. 3
Die Philharmoniker spielten für die Wiener Arbeiter. 3

Das Kleine Volksblatt, 31. Dez.

"Berlin verelendet zusehends". (Heutiges Leben in Berlin) 2
"Überparteilicher Radiodienst" 4

Österreichische Volksstimme, 31. Dez.

Demokratisch oder autoritär? 1
Ein Jahr der Versprechungen. "Großzügiges Wohnbauprogramm kommt!" 2
Aktivistischer Optimismus für das Jahr 1947. Von Stadtrat Viktor Matejka. 2
Wohnungsproblem. 3
Die Scala im Festkleid. 3
Hoher Krankenstand verschlechtert Straßenbahnverkehr. Jeder dirtte Straßenbahner krank. Unzulänglicher Vorkehrungen der Direktion. 3
Sylvester mit Alltagsperrstunde. 3
Der Straßenbahnverkehr in der Sylvesternacht. RK. 3
Künstlersylvester im Volksheim Ottakring. KD. 3

Österreichische Zeitung, 31. Dez.

Neujahrswünsche die der Wiener nicht missen will. 3
Verkürzte Arbeitszeit bei der Gemeinde. 3
Fusel statt Schnaps. 3
Ein unvollständiger Bericht (Was geschieht mit den beschlagnahmten Rauchwaren). 6
Bedienstete des städtischen Gaswerkes erhalten kein Holz. 6
Schwarzer Markt mit Obst und Gemüse. 6

Linzer Voksblatt, 28. Dez.

Mit dem Autobus nach Wien. Schneller als die Bahn. Keine Bescheinigungen. Nur für geringes Gepäck. 2
Heimischer Zucker ist der billigste. Erfreuliche Anbausteigerung für Rüben. Neubewertung aller Kosten. 2

Neue Zeit, Linz, 28. Dez.

Durchführung von öffentlichen Sammlungen und sammlungsähnlichen Veranstaltungen (amtliche Verlautbarung). 4

Demokratisches Volksblatt, Salzburg, 23. Dez.

Probleme der staatlichen Bewirtschaftung. 1
Der Aufbau im Land Salzburg und die Zentralbürokratie.
Salzburg beharrt auf seinem Gesetz über Wohnbauförderung. 3
eine Reise nach Wien. 3

Demokratisches Volksblatt, Salzburg, 27. Dez.

Der zahlungsunwillige Vater. Die Finanzauseinandersetzung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. (Budgetsitzung des Salzburger Landtages). 2
Neugestaltung des österreichischen Berufsschulwesens. 2
Weihnachtswunder im Salzburger Wirtschaftsamt. 3

Demokratisches Volksblatt, Salzburg, 28. Dez.

Für die Einheit Kärntens. Vorbidlicher Landeshaushalt für 1947. 3

Salzburger Volkszeitung, 28. Dez.

Schwierige Arbeit des städtischen Ernährungsamtes. 5

Tiroler Neue Zeitung, Innsbruck, 28. Dez.

Ein Mahnwort an die Mitglieder der Aufbringungs- und Versorgungsausschüsse. 4

Volkszeitung, Klagenfurt, 24. Dez.

Probleme des Wiederaufbaues in Österreich. Von Univ.Prof. Dr. Josef Dobretsberger. (Preise, Löhne, Währung. Preise, Einkommen und Außenhandel. Gesamtproblematik unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung). 3

Die Neue Zeit, Klagenfurt, 24. Dez.

Dank des Bürgermeisters (Villach, an alle Angestellten und Beamten der öffentlichen Betriebe und des Magistrates.) 5
Ein Sägewerk im Kleinformat. Erfindung eines Villacher weltbegehrt. Noch in der Erzeugung, und schon für Südamerika und Holländisch-Indien gefragt. 5

Die Neue Zeit, Klagenfurt, 28. Dez.

Umerziehung der Erzieher, Von Ludwig Eldersch. 1


60984 81800